

WIEDERBEWAFFNUNG UND WESTINTEGRATION

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 20

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Martin Broszat

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

KLAUS VON SCHUBERT

WIEDERBEWAFFNUNG UND
WESTINTEGRATION

Die innere Auseinandersetzung um die militärische und
außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

2. Auflage 1972

© 1970 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart. Gesetzt aus der
Monotype Walbaum-Antiqua. Umschlagentwurf: Edgar Dambacher.
Gesamtherstellung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart.
Printed in Germany. ISBN 3 421 01533 3

INHALT

VORWORT	7
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	14
I. DER HISTORISCHE UND AUSSENPOLITISCHE HINTERGRUND	
1. Erste Diskussionen um einen deutschen Wehrbeitrag im Zeichen des Kalten Krieges (1948–1950)	17
2. Reaktionen auf den Ausbruch des Koreakrieges	21
3. Die amerikanische Initiative und die anfängliche Haltung Frankreichs und Englands in der Frage des deutschen Wehrbeitrags	26
4. Überblick über die wichtigsten Etappen auf dem Wege zum EVG-Vertrag	34
II. WEHRBEITRAG UND VERHÄLTNIS ZU DEN WESTMÄCHTEN	
1. Deutsche Truppen – Angebot Adenauers oder Forderung der Alliierten?	38
2. Argumente pro und contra auf der Basis prinzipieller Befürwortung der Westorientierung	42
3. Alternative der Radikalen: Ablehnung des Westens und des Wehrbeitrags	48
4. Das Engagement der USA in Asien und der amerikanische Isolationismus als Argumente in der deutschen Wehrdebatte	51
5. Bemühungen um die Beteiligung Englands an der europäischen Verteidigung	57
6. Die psychologischen Belastungen der deutsch-französischen Beziehungen als Hindernisse der gemeinsamen Verteidigung	59
7. Das Problem der Souveränität	62
8. Widerstände in der Öffentlichkeit und bei den ehemaligen Soldaten aufgrund von Entmilitarisierung, Reeducation und Kriegsverbrecherprozessen	73
III. WEHRBEITRAG UND WESTEUROPÄISCHE EINIGUNG	
1. Gemeinsame Verteidigung als Mittel der politischen Einigung	85
2. Die EVG und die Suche der Deutschen nach einer neuen politischen Identität	90
3. Die bewaffnete „Nation Europa“ in den Augen der extremen Rechten	95
4. Das schwierige Verhältnis zu Frankreich: Plevan-Plan und Saar-Problem	98
5. Atlantische oder europäische Lösung	104

6. Die supranationale Europaarmee – eine neue Wehrform	114
7. Kollektive Sicherheit in Europa	122
IV. WEHRBEITRAG UND DIE FRAGE DER NEUTRALISIERUNG	
1. Pazifistischer Neutralismus	128
2. Nationalistischer und kommunistischer Neutralismus	133
3. Der pragmatische Neutralismus der „Notgemeinschaft“	136
4. Die Neutralisten und das Sicherheitsproblem	137
V. WEHRBEITRAG UND WIEDERVEREINIGUNG	
1. Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit von westlicher Sicherheitspolitik und deutscher Wiedervereinigungspolitik	151
2. Westdeutsche Reaktion auf erste Moskauer und Ost-Berliner Wiedervereinigungsinitiativen zur Verhinderung eines Wehrbeitrags	154
3. Die sowjetische Note vom 10. März 1952 und ihre Ablehnung	165
4. Die Politik der Stärke	175
SCHLUSSBETRACHTUNG	184
QUELLEN- UND LITERATUR-VERZEICHNIS	
1. Akten und Archivmaterialien	191
2. Gedruckte Verhandlungsprotokolle	193
3. Dokumentenveröffentlichungen, Sammlungen von Reden, Statistiken u.a.	193
4. Wichtigere Einzeldokumente	196
5. Aufsätze	200
6. Bücher und Broschüren	204
7. Bibliographien	210
PERSONENREGISTER	213

VORWORT

Unter den politischen Problemen, vor denen die Bundesrepublik bald nach ihrer Gründung stand, ragt das Problem des Wehrbeitrags zur westlichen Verteidigung wegen seiner Tragweite für die Innen- und Außenpolitik hervor. Diese Frage stellte die deutsche Politik schon im ersten Jahr des Bestehens der Bundesrepublik vor eine Entscheidung, deren Folgen kaum abzusehen waren. Die Notwendigkeit, sich so oder so zu entscheiden, rüttelte auch die dem politischen Geschehen gegenüber seit 1945 vielfach lethargisch gewordene Bevölkerung auf und verursachte eine leidenschaftlich geführte innenpolitische Auseinandersetzung auf breiter Basis. Es gab keine gesellschaftliche Gruppe, die sich nicht an der Auseinandersetzung beteiligte, und es gab kaum eine politische Frage von Bedeutung, die von der Problematik des Wehrbeitrags nicht berührt wurde.

Seit Ausbruch des Koreakrieges entwickelte sich die Wehrfrage für die Bundesrepublik zum zentralen politischen Problem, das die Behandlung anderer politischer Fragen ins Schlepptau nahm, bestimmte latente Tendenzen voll sichtbar machte, einzelne Entwicklungsprozesse stark beschleunigte und andere vermeintliche oder echte Möglichkeiten abschnitt. Kurt Schumacher hatte zweifellos recht, wenn er in der Entscheidung über den Wehrbeitrag eine grundsätzliche politische Weichenstellung der weiteren außen- und innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik erblickte. Sie bedeutete vor allem, ohne daß das den Handelnden damals schon voll bewußt gewesen wäre, eine kaum noch reversible Vorentscheidung in der Kernfrage: ob die Bundesrepublik nur ein provisorisches Gebilde sein und bleiben oder sich zu einem souveränen Eigenstaat konsolidieren, ob sie der Wiedervereinigung oder der westeuropäischen Integration den Vorrang geben sollte und wollte.

Trotz seiner zentralen Bedeutung für die Bundesrepublik wurde das Problem des Wehrbeitrags bisher unter dieser Perspektive noch nicht zum Gegenstand einer umfassenden zeitgeschichtlichen oder politikwissenschaftlichen Untersuchung gemacht. Die Literatur zur Politik der Bundesrepublik behandelt diesen Gegenstand durchweg beiläufig und meist nur als Thema der internationalen Politik. Dies gilt z. B. für Gerhard Wettigs umfangreiche Arbeit, die das Problem der deutschen Sicherheit im internationalen Rahmen von 1943 bis 1955 erörtert und dabei vor allem die Absichten und Verhandlungen der Alliierten darstellt, den innenpolitischen Aspekt der Bundesrepublik jedoch kaum berücksichtigt¹. Auch die Darstellung von Wilhelm Cornides² legt den Schwerpunkt auf die internationalen Be-

¹ Wettig, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967.

² Cornides, Wilhelm: Die Weltmächte und Deutschland, Tübingen 1957.

ziehungen. Und die bereits vorliegenden zusammenfassenden Beiträge zur Geschichte der Bundesrepublik wie die von Ernst Deuerlein³ und Thilo Vogelsang⁴ enthalten nur in groben Zügen eine Rekonstruktion der Diskussionen und der Verhandlungen über den Wehrbeitrag. Bei den Büchern von Fritz René Allemann⁵ oder Alfred Grosser⁶ handelt es sich weniger um historische Rekonstruktionen als um erste Analysen und Interpretationen des Geschehens der frühen fünfziger Jahre durch aufmerksame und hochintelligente Zeitgenossen, die der wissenschaftlichen Behandlung bei der Hypothesenbildung dienen können. Zwei amerikanische Politikwissenschaftler wiesen in ihren Arbeiten über die Bonner Außenpolitik erstmals auf die zentrale Rolle des Wehrbeitrags für die Politik der Bundesrepublik hin⁷, gingen aber nicht näher auf sie ein.

Gegenstand der vorliegenden Studie ist die *innenpolitische* Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag. Auf die internationalen Zusammenhänge und Verhandlungen wird häufig Bezug genommen, Einzelheiten dieses außenpolitischen Hintergrundes, die in anderen Publikationen dargestellt sind, werden aber vielfach vorausgesetzt.

Die Eingrenzung der Untersuchung auf den Zeitraum von 1950 bis 1952 ist durch zwei historische Ereignisse markiert und motiviert: den Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 und die Unterzeichnung des Vertrages zur Bildung der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft (EVG) und des Deutschland-Vertrages im Mai 1952. Schon seit 1948 war hin und wieder über die Möglichkeit einer deutschen Wiederbewaffnung gesprochen worden, doch diese Diskussion war durchaus unverbindlich und spekulativ geblieben. Erst der Ausbruch des Krieges in Korea machte die Frage der Sicherheit in der Bundesrepublik und die Absicht der Verstärkung der westlichen militärischen Abwehrkraft durch einen deutschen Verteidigungsbeitrag in Europa zu einem aktuellen, vordringlichen Thema. Die zwei Jahre bis zur Unterzeichnung des EVG-Vertrages bildeten den Höhepunkt der innerdeutschen Wehrdiskussion. Die grundsätzliche Entscheidung für einen deutschen Wehrbeitrag war mit der Unterschrift unter den EVG-Vertrag gefallen. Die spätere Ablehnung der Ratifizierung des Vertrages durch das französische Parlament im Jahre 1954 konnte daran nichts mehr ändern, sie hatte nur zur Folge, daß der deutsche Wehrbeitrag dann sehr schnell in die atlantische Verteidigungsgemeinschaft der NATO integriert wurde und die deutschen Hoffnungen auf einen (durch den Wehrbeitrag zu vollziehenden) Schritt in Richtung auf die politische Einigung Westeuropas enttäuscht wurden. Unter dem Gesichtspunkt der grundsätzlichen außen- und militärpolitischen Bindung an die Westmächte waren die Würfel mithin schon im

³ Deuerlein, Ernst: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1955, Konstanz 1964.

⁴ Vogelsang, Thilo: Das geteilte Deutschland, München 1966.

⁵ Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar, Köln und Berlin 1956.

⁶ Grosser, Alfred: Die Bonner Demokratie, Düsseldorf 1960.

⁷ Vgl. Feld, Werner: Reunification and West German-Soviet Relations, The Hague 1963, S. 176 ff.; Hanrieder, Wolfram F.: West German Foreign Policy 1949–1963, Stanford California 1967, S. 95.

Mai 1952 gefallen. Auch die innerdeutsche Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag erlebte im Frühjahr 1952 ihren abschließenden, großen und entscheidenden Höhepunkt. In diesen zwei Jahren bildeten sich aus der Vielzahl der politischen Wertvorstellungen und Ziele, aus den recht unterschiedlichen Wünschen und Argumenten innerhalb der einzelnen politischen und gesellschaftlichen Gruppen bestimmte wehr- und außenpolitische Konzeptionen und Fronten. Und von den bis 1952 bezogenen Positionen wurde die Auseinandersetzung im wesentlichen unverändert bis zur Aufstellung der Bundeswehr weitergeführt.

Diese innerdeutsche Auseinandersetzung bestätigt auf mannigfaltige Weise die These Raymond Arons, daß die Sicherheit ein Grundproblem aller Politik ist⁸. Die Aktualisierung des zuvor im Hintergrund stehenden Sicherheitsproblems durch den Koreakrieg verflocht sich schnell mit einer ganzen Reihe anderer, für die Bundesrepublik hochbedeutsamer politischer Fragen. Das Verhältnis zu den Westalliierten, die westeuropäische Einigung, das Problem der Neutralisierung und die Wiedervereinigung waren dabei die Kardinalprobleme. Sie bilden auch die übergeordneten Orientierungspunkte dieser Darstellung. Innerhalb dieser großen Themenbereiche aktualisierte die Wehrdebatte aber eine Fülle von Einzelproblemen. Die bisherige alliierte Politik der Entmilitarisierung und Reeducation und auch das Besatzungsstatut wurden in Frage gestellt. Die unterschiedlichen Probleme der Beziehungen zu den einzelnen Besatzungsmächten kamen deutlich zum Vorschein bzw. wurden durch die Verhandlungen über den Verteidigungsbeitrag maßgeblich in diese oder jene Richtung gelenkt. Und infolge der Debatte über den Wehrbeitrag entstand gleichzeitig innenpolitisch ein verändertes Klima in der Bundesrepublik, eine Verlagerung der Kräfte und Schwerpunkte. Im Zusammenhang mit der Wehrfrage kristallisierten sich bei den verschiedenen Politikern, Gruppen, Meinungsträgern in der Bundesrepublik politische und weltanschauliche Standpunkte und Prinzipien, unterschiedliche Prioritäten der Ziele, Gegensätze der Taktik etc. klarer und schneller heraus als zuvor. Die Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag war in hohem Maße Katalysator politischer Konzeptions- und Entscheidungsbildung, die weit über den eigentlichen militärischen Gegenstand und Anlaß hinausgingen.

Von dieser Perspektive geht die folgende Untersuchung aus. Dabei steht aber nicht die personelle, taktische und institutionelle Seite des „decision-making“ im Vordergrund, die innerhalb der politischen Wissenschaft einen besonderen Bereich der „Entscheidungslehre“ ausmacht⁹, vielmehr der normative und konzeptionelle

⁸ Aron Raymond: *Frieden und Krieg*, dt. Ausg., Ffm. 1963, S. 92.

⁹ Vgl. Gablentz, Otto Heinrich von der: *Einführung in die Politische Wissenschaft*, Köln und Opladen 1965, S. 313 ff.; Lehmruch, Gerhard: *Einführung in die Politikwissenschaft*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967, S. 69; Snyder, Richard C.: *Foreign Policy Decision-Making*, New York 1962, S. 90; Czempiel, Ernst-Otto: *Die Entwicklung der Lehre von den internationalen Beziehungen*. – In: Nerlich, Uwe (Hrsg.): *Krieg und Frieden in der modernen Staatenwelt*, Gütersloh 1966, S. 427; Frankel, Joseph: *Die Außenpolitische Entscheidung*, dt. Ausg. Köln 1965, S. 21. Der personellen, taktischen und institutionellen Seite des „decision-making“ in der Frühzeit der Bundesrepublik ist die nach Abschluß dieser Untersuchung

Aspekt der Entscheidungsbildung. Die Fragestellung konzentriert sich auf die mit dem Wehrbeitrag verbundenen Zielvorstellungen für die deutsche Politik und die durch ihn verursachten Zielkonflikte, wobei auch nach den zugrunde liegenden politischen Normen¹⁰ zu fragen ist, wenn man Politik versteht als Handeln, „welches darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Konflikte über Werte . . . verbindlich zu regeln“¹¹. Namentlich die Frage, welchen Stellenwert der Wehrbeitrag in der Rangordnung der politischen Ziele der verschiedenen Akteure einnahm und welche Veränderungen in der Rangordnung er bewirkt hat¹², ist für diese Untersuchung von zentraler Bedeutung und bestimmt ihren Gang.

Weiter stellt sich die Frage, in welcher Weise der Wehrbeitrag in politische Konzeptionen eingebaut wurde und ob er das angemessene Hilfsmittel war, die durch ihn angestrebten Ziele zu erreichen. Streitkräfte als Mittel der Politik zu betrachten, war fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands keine Selbstverständlichkeit. Die Problematik des dialektischen Verhältnisses zwischen militärischem Instrument und politischem Ziel prägte das Bewußtsein zahlreicher Menschen. Viele befürchteten, ein deutscher Wehrbeitrag könne wieder zu einem Übergewicht des militärischen gegenüber dem politischen Denken führen, das sich in der deutschen Geschichte so verhängnisvoll ausgewirkt hatte¹³. Vielfach kam die Besorgnis hinzu, das Mittel könnte auf die Dauer die Ziele verändern. So ist neben den Zielkonflikten auch nach der Ziel-Mittel-Relation¹⁴ zu fragen.

Die Fragestellung betrifft einen Bereich, der weder dem Gebiet der Innenpolitik noch dem der Außenpolitik eindeutig zugerechnet werden kann. Joseph Frankel hat darauf hingewiesen, daß beide Bereiche nicht klar zu trennen sind¹⁵, und Karl Dietrich Bracher hat das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik charakterisiert als „eine Nahtstelle aller wissenschaftlichen Bemühungen, die dem Wesen des

erschienene Darstellung von Arnulf Baring gewidmet: Außenpolitik in Adenauers Kanzler-Demokratie, München und Wien 1969.

¹⁰ Zur Frage nach den Normen als Forschungsgegenstand der Politischen Wissenschaft vgl. Oberndörfer, Dieter: Politik als praktische Wissenschaft. – In: derselbe (Hrsg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg/Br. 1962, S. 29 und 45; Mommsen, Hans: Zum Verhältnis von Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland. – In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1962, H. 4, S. 341 ff.

¹¹ Lehbruch, Politikwissenschaft, S. 17.

¹² Bestimmung einer Rangordnung der Ziele ist nach Joseph Frankel der Kern aller Außenpolitik. Vgl. Frankel: Außenpolitische Entscheidung, S. 176; zur Bestimmung dieser Rangordnung vgl. Feld: Reunification, S. 26.

¹³ Vgl. z.B. Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. 4 Bde., München 1954, 1960 (2. Aufl. 1965), 1964 und 1968.

¹⁴ Zur Ziel-Mittel-Relation als Kriterium für politisches Handeln vgl. Frankel: Außenpolitische Entscheidung, S. 180 ff.; von der Gablentz: Politische Wissenschaft, S. 13.

¹⁵ Vgl. Frankel: Außenpolitische Entscheidung, S. 113 ff.; Arnold Bergstraesser hat die innenpolitische Auseinandersetzung um außenpolitische Ziele sogar der internationalen Politik als eine ihrer Voraussetzungen zugerechnet; vgl. Bergstraesser, Arnold: Weltpolitik als Wissenschaft, Köln und Opladen 1965, S. 25.

Politischen und seinen konkreten Erscheinungsformen gewidmet sind“¹⁶. Untersucht wird die innenpolitische Auseinandersetzung, doch der Wehrbeitrag als Gegenstand dieser Auseinandersetzung gehört zu den Instrumenten der Außenpolitik, und auch die meisten von ihm berührten Probleme zählen zu diesem Bereich.

Außerdem kann man für die Zeit des Kalten Krieges innere und äußere Sicherheit nicht deutlich gegeneinander abgrenzen. Die spezielle deutsche Situation in dem behandelten Zeitraum erlaubt eine klare Trennung um so weniger, als der Wehrbeitrag ja auch zur Sicherung gegen einen potentiellen Angriff aus dem anderen Teil Deutschlands vorgesehen war, d. h., die Bundesrepublik strebte in einem Bereich ihrer Politik, den sie unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung betont als Innenpolitik betrachten mußte, Mittel an, die bisher eindeutig zum Bereich der Außenpolitik gehört hatten. Ebenso erkennbar wird die Verwischung der Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik, wenn man in Betracht zieht, daß eine militärische Auseinandersetzung zwischen beiden Teilen Deutschlands nicht nur ein Bürgerkrieg, sondern wahrscheinlich ein Krieg zwischen den rivalisierenden Großmächten gewesen wäre. In bestimmtem Umfang war also die deutsche Innenpolitik eine Funktion der internationalen Politik¹⁷.

Daher ist in diesem Zusammenhang auch nach den Beschränkungen der Entscheidungsfreiheit durch die Konstellationen der internationalen Politik und die der Bundesrepublik durch den Besatzungsstatus gezogenen Grenzen zu fragen. Wie weit konnten unter Berücksichtigung der Interdependenz¹⁸ zwischen internationaler und nationaler Politik eigene Ziele verfolgt werden, und wie weit waren die außenpolitischen Entscheidungen des eigenen Landes dadurch schon determiniert¹⁹? Damit wurde auch die Rezeption²⁰ der Außenpolitik der beteiligten Mächte zum Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzung.

Da gemäß der Zielsetzung dieser Untersuchung nach den Zielvorstellungen und Motivationen der Akteure und nicht in erster Linie nach dem tatsächlichen Ablauf der Geschehnisse gefragt wird, wurden die Quellen vornehmlich auf jene Meinungsäußerungen hin untersucht, welche für die Fragestellung der Untersuchung belangvoll erscheinen.

Als Quelle ist in diesem Zusammenhang jedes Mittel der Veröffentlichung und

¹⁶ Bracher, Karl Dietrich: Kritische Betrachtungen über den Primat der Außenpolitik. – In: Ritter, Gerhard A., und Zieburg, Gilbert (Hrsg.): Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag, Berlin 1963, S. 115.

¹⁷ Vgl. hierzu Modelski, George: Die internationalen Beziehungen des inneren Krieges, in: Nerlich, Krieg und Frieden in der modernen Staatenwelt, S. 124 ff.

¹⁸ Zum Begriff der Interdependenz vgl. Kuhn, Hans Wolfgang: Begriff und Problem der weltpolitischen Interdependenz. – In: Oberndörfer, Dieter: Wissenschaftliche Politik, S. 237 ff.

¹⁹ Zur Frage der Vorbestimmung außenpolitischer Entscheidungen durch nicht beeinflussbare Faktoren vgl. Wolfers, Arnold: Discord and Collaboration, Baltimore 1962, S. 37 ff.; vgl. auch Hanrieder, Wolfram F.: West German Foreign Policy, S. 2 ff.

²⁰ Zum Begriff der Rezeption vgl. Erdmenger, Klaus: Das folgenschwere Mißverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949–1955, Freiburg 1967, S. 15 ff.

Überlieferung von Äußerungen in der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag zu betrachten. Dazu gehören alle Medien der Publizistik ebenso wie die Niederschriften und Berichte von Versammlungen, Tagungen und Verhandlungen jeder Art im gesellschaftlichen Bereich, welche die Absicht der Handelnden erkennen lassen, am Entscheidungsprozeß über die Frage des Wehrbeitrags teilzunehmen. Eine große Anzahl von Quellen wurde für den Untersuchungszeitraum vollständig durchgesehen, auch Tageszeitungen zu bestimmten Ereignissen und Daten ausgewertet, so z. B. in den Wochen nach Ausbruch des Koreakrieges oder nach Stalins Märznote 1952. Darüber hinaus wurden sachlich gegliederte Presseauswertungen in Bundestag, Bundespresseamt und anderen Archiven für diesen Zeitraum herangezogen. Um den Fundort wichtiger Quellen auch dem Leser und vor allem den wissenschaftlich Interessierten zugänglich zu machen, ist im Anhang der Untersuchung ein sehr detailliertes und differenziertes Verzeichnis beigelegt.

Die klassischen Quellen der neueren Geschichte, Akten der Regierungsinstanzen und Entscheidungsgremien, sind für den behandelten Zeitraum aufgrund der Sperrfrist nach der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung nur schwer verfügbar. Der Verfasser hatte dennoch die Möglichkeit, Einsicht in die Akten der Dienststelle Blank und ihres institutionellen Vorläufers, der „Zentrale für Heimatdienst“, zu nehmen. Er konnte aber aufgrund der Geheimhaltungsbestimmungen einen Teil der benutzten Akten nur als Hintergrundmaterial verwenden und nicht zitieren. Die Akten wurden vom Bundesministerium der Verteidigung an das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg abgegeben und werden heute vom Militärarchiv des Bundesarchivs verwaltet (Kennzeichen im Text: BA/MA). Der größte Teil dieser Akten enthält Material über die mit den Alliierten geführten Verhandlungen in Bonn und Paris sowie über Schriftverkehr und Arbeiten innerhalb der Dienststelle Blank. Darüber hinaus wurden in der Dienststelle Meinungsäußerungen zum Wehrbeitrag von Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen gesammelt, die an anderer Stelle heute nicht mehr zu finden sind.

Wenn das Material auch meist noch Geheimhaltungsbestimmungen unterliegt, so war seine Kenntnis doch von beträchtlichem Wert. Zwar gibt es kaum irgendwelche bedeutsamen Vorgänge in diesem Bereich der deutschen Politik und Entscheidungsbildung, die sich nicht in der Presse und anderen veröffentlichten Quellen widerspiegeln. Aber vielfach läßt doch erst die Kenntnis der Akten ein abschließendes Urteil zu über das, was tatsächlich verhandelt und getan wurde, und vor allem darüber, *wie* es geschehen ist. So konnten häufig in der Presse veröffentlichte Versionen über bestimmte Vorgänge anhand der Akten überprüft und verifiziert werden.

Der kurze Abstand zu den Geschehnissen erlaubte es, über das Quellenstudium hinaus noch lebende Teilnehmer der Auseinandersetzung persönlich durch formelle Interviews oder informelle Gespräche zu befragen. Dadurch konnten einige aus den Quellen nicht rekonstruierbare Zusammenhänge erhellt werden.

Die Studie befindet sich auf dem Grenzgebiet zwischen Zeitgeschichte und Politischer Wissenschaft und bedient sich historischer Methoden. Die Fülle der Zu-

sammenhänge wird durch die systematische Aufbereitung strukturiert, wobei der chronologische Faden zum besseren Verständnis immer wieder aufgenommen wird. Das aus einer Vielzahl verstreuter Quellen analytisch herausgearbeitete und unter systematischen Gesichtspunkten zusammengesetzte und gegliederte Mosaik der Meinungen und Argumente versucht die wesentlichen Spektren der Wehrdiskussion in der Bundesrepublik nacheinander aufzuzeigen. Diese induktive historische Methode bietet den Vorteil der stärkeren Plastizität und sachbezogenen Orientierungsmöglichkeit. Das Verfahren schien auch angebracht, um bei diesem Kapitel so leidenschaftlicher innerdeutscher Auseinandersetzung eine abgewogene und kritische Würdigung der verschiedenen Vorstellungen und Entscheidungen zu ermöglichen.

Zu danken habe ich Professor Dr. Klaus Mehnert für die Betreuung der Arbeit, dem Institut für Zeitgeschichte für die Herausgabe, Dr. Martin Broszat und Hermann Graml für die Hilfe bei der Endredaktion, dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium der Verteidigung, Oberst i.G. Dr. Hermann Heidegger und dem Leiter des Militärarchivs im Bundesarchiv, Dr. Stahl, für die Erlaubnis, die Akten des Amtes Blank und seiner Vorläufer auszuwerten, den Leitern und Mitarbeitern der im Quellenverzeichnis genannten Archive, den Privatpersonen, die mir als Zeugen des Geschehens Auskunft gaben, sowie Frau Sophia Winnertz für manche Nachtschicht kurz vor „Redaktionsschluß“. Vor allem danke ich meiner Frau, Britta von Schubert, für ihre unablässige Hilfe und kritische Lektüre in allen Phasen der Entstehung dieser Studie.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADK	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise
AP (auch ap)	Associated Press (Presseagentur)
BA/MA	Bundesarchiv/Militärarchiv
BDJ	Bund Deutscher Jugend
BP	Bayernpartei
BPA	Bundespresseamt (Kurzform von: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)
BT	Bundestag
	– sten. Ber. = stenographische Berichte
	– Drucks. = Anlage zu den stenographischen Berichten, Drucksachen
BvW	Bund versorgungsberechtigter ehemaliger Wehrmatsangehöriger
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CED	Communauté Européenne de Defense (= EVG)
COMECON	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
CSU	Christlich-Soziale Union Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presseagentur
DRP	Deutsche Reichspartei
DUD	Deutschland-Union-Dienst (CDU-Pressedienst)
DVP	Deutsche Volkspartei
EA	Europa-Archiv
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
epd	Evangelischer Pressedienst
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDJ	Freie Deutsche Jugend
fdk	Freie Demokratische Korrespondenz (FDP-Pressedienst)
FDP	Freie Demokratische Partei
Ffm.	Frankfurt am Main
GG	Grundgesetz
GO	Geschäftsordnung
HDSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HICOG	High Commission for Germany
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MS	Maschinenschriftliches Manuskript oder maschinenschriftliche Vervielfältigung
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nord-Westdeutscher Rundfunk
NZ	Neue Zeitung
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OEEC	Organization for European Economic Cooperation

SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
UEF	Union Europäischer Föderalisten
UiD	Union in Deutschland (CDU-Pressedienst)
UP	United Press (Presseagentur)
UN	United Nations
VDS	Verband Deutscher Soldaten
ZK	Zentralkomitee

I. DER HISTORISCHE UND AUSSENPOLITISCHE HINTERGRUND

1. Erste Diskussionen um einen deutschen Wehrbeitrag im Zeichen des Kalten Krieges (1948–1950)

„Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung“¹ sollten, laut Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945, Ziel der vier Besatzungsmächte sein. Fünf Jahre später jedoch beschlossen die westlichen Alliierten, die Bundesrepublik Deutschland wieder zu bewaffnen². Die Deutschen in der Bundesrepublik sollten sich sowohl mit Truppen als auch mit ihrer Industrie an der westlichen Verteidigung beteiligen.

Die in Potsdam noch manifestierte Einheit der Kriegskoalition war der grundsätzlichen Wandlung des weltpolitischen Gefüges durch den „Kalten Krieg“ gewichen. Das internationale System der Nachkriegszeit wurde nicht, wie Roosevelt gehofft hatte, von der „einen Welt“ der Vereinten Nationen, sondern von der Polarität des Ost-West-Konfliktes geprägt.

Schon das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1947 bedeutete praktisch das Ende einer gemeinsamen alliierten Deutschlandpolitik. Die Spannung zwischen Ost und West führte zur Spaltung Deutschlands, machte auch Deutschland selbst zum Objekt des Kalten Krieges. Roosevelts Beschwichtigungspolitik wurde unter der Truman-Administration durch die Konzeption zur Eindämmung der kommunistischen Expansion abgelöst. Danach sollten alle Abwehrbestrebungen der nichtkommunistischen Länder aktiv unterstützt werden, um ein weiteres Vordringen Stalins zu verhindern³.

In der Konsequenz dieser Politik lagen nicht nur die mit dem Marshallplan im Sommer 1947 begonnenen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für Europa, sondern auch die Stärkung der militärischen Abwehrkraft Westeuropas. Denn zwischen dem sowjetischen und dem westlichen Rüstungsstand existierte ein beachtliches Mißverhältnis. Während die Westmächte nach Kriegsende schnell und gründlich demobilisierten, unterhielt die Sowjetunion weiterhin ihre kriegsstarken Armeen, die vom Westen nur befristet durch das Atommonopol kompensiert werden konnten. Die Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen, sowohl in der 1946 eingesetzten Atomenergie-Kommission (AEC) als auch in der 1947

¹ Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Potsdam 1945, S. 354.

² Vgl. das Kommuniqué der Außenministerkonferenz der drei Westmächte in New York zur Deutschlandfrage vom 19. 9. 1950 und das Kommuniqué der Atlantikratstagung vom 27. 9. 1950. — In: EA, 1950, S. 3406 und 3475f.

³ Die Konzeption der Eindämmung (Containment) ging auf eine Analyse der sowjetischen Außenpolitik durch Kennan zurück und wurde im März 1947 in Washington offiziell als „Truman-Doktrin“ verkündet; vgl. hierzu: Reiss, Jürgen: George Kennans Politik der Eindämmung, Berlin 1957.

gebildeten Kommission für Konventionelle Rüstungen (CCA), waren zum Scheitern verurteilt⁴. Während die Abrüstungsverhandlungen stockten, sprach man wieder von Aufrüstung.

Erste Folge war – außer der militärischen Soforthilfe Amerikas für unmittelbar bedrohte Länder wie Griechenland – das Zusammenrücken der westeuropäischen Staaten im Brüsseler Pakt, der Westunion von 1948 (England, Frankreich, Benelux-Länder) und schon 1947 der Vertrag von Dünkirchen zwischen England und Frankreich. Dieser Vertrag richtete sich nominell noch gegen Deutschland; die Westunion wurde dagegen nicht mehr mit der Niederhaltung Deutschlands begründet. 1949 folgte schließlich die Gründung des Nordatlantikpaktes (NATO), der die Unterstützung der westeuropäischen Verteidigung durch die Vereinigten Staaten vertraglich sicherstellte. Alle diese Zusammenschlüsse hatten den Charakter regionaler Sicherheitsbündnisse zur kollektiven Selbstverteidigung im Sinne der Artikel 51 und 52 der UN-Charta.

Gleichzeitig sorgte die Sowjetunion für ein Zusammenrücken des Ostblocks unter Moskaus Führung. Nachdem die Moskauer Außenministerkonferenz gescheitert war, setzte sich im Kreml die harte Linie Shdanows durch⁵. Die Sowjetisierung der im russischen Einflußbereich liegenden europäischen Gebiete wurde intensiviert. Als Reaktion auf die amerikanische Eindämmungspolitik entstand anstelle der im Kriege aufgelösten Kommunistischen Internationale (Komintern) 1947 das Kommunistische Informationsbüro (Kominform). Der 1948 im Rahmen des Marshallplans gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) setzte Moskau 1949 den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) entgegen.

Mit der Intensivierung des Konfliktes der Großmächte und der ost-westlichen Blockbildung wanderten die beiden Teile Deutschlands in die gegnerischen Lager ab. Die Sowjetunion forcierte ab 1947 die Eingliederung der Ostzone in ihren Machtbereich und fing damit an, eine kasernierte Deutsche Grenzpolizei aufzustellen. Schon 1948 wurden in größerem Umfang als Polizeikräfte deklarierte militärische Verbände gebildet⁶. Zur gleichen Zeit war in den drei Westzonen nur eine Gemeindepolizei zugelassen. Die Westmächte hielten strikt an der völligen Entwaffnung Deutschlands fest. Trotzdem brachte es die Verschärfung des Kalten Krieges mit sich, daß die Frage einer Bewaffnung immerhin diskutiert wurde.

Als im Sommer 1948 mit den Frankfurter Dokumenten die Gründung eines

⁴ Vgl. hierzu: Volle, Hermann und Duisburg, Claus-Jürgen: Probleme der internationalen Abrüstung. Die Bemühungen der Vereinten Nationen um internationale Abrüstung und Sicherheit 1945–1961, 2 Teilbände, Berlin 1964; Siegler, Heinrich von: Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Bd. I 1943–1959, Bonn, Wien, Zürich 1966.

⁵ Vgl. Meissner, Boris: Rußland, die Westmächte und Deutschland, Hamburg 1953, S. 131 ff.

⁶ Zu den Anfängen militärischer Aufrüstung in der Sowjetischen Besatzungszone vgl. Forster, Thomas M.: NVA. Die Armee der Sowjetzone, Köln 1964, S. 33 ff.; Bohn, Helmut: Die Aufrüstung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn u. Berlin 1960, S. 101 ff.

Weststaates angebahnt und mit der Währungsreform in den drei Westzonen ein weiteres Element der deutschen Teilung in aller Bewußtsein gedungen war, tauchten auf dem Gebiet der künftigen Bundesrepublik erste Überlegungen zur Verteidigung dieses Gebietes gegen die Sowjetunion auf, von der man sich nach Beginn der Berliner Blockade erst recht bedroht fühlte.

Einen ersten Höhepunkt erreichte die Diskussion Ende 1948. Im *Rheinischen Merkur* sprach F. A. Kramer am 6. November von Abwehrverbänden, die man den Westzonen nach Wiedergewinnung ihrer Staatlichkeit zugestehen solle, und Eugen Kogon trug die Debatte bewußt in die deutsche Öffentlichkeit, nachdem er sowohl in Washington als auch beim Kongreß der Union Europäischer Föderalisten (UEF) in Rom Gespräche über die Verteidigung Westdeutschlands erlebt hatte. Richard Tüngel stellte in der *Zeit* die klare Frage: „Soll Westdeutschland aufrüsten?“⁷ Diesen Äußerungen schloß sich eine öffentliche Kontroverse an, hauptsächlich in den Leserbriefspalten der Presse. Jedoch erwies sich die Debatte, da sie nicht auf realen Erwägungen der westlichen Regierungen beruhte, als Strohhalm und fiel schnell wieder in sich zusammen⁸.

Auch in nicht öffentlichen Kreisen wurde ab 1948 die Frage der Verteidigung Westdeutschlands diskutiert, so z. B. im Laupheimer Kreis, dem u. a. Gebhard Müller (CDU), Theodor Heuss (FDP), Carlo Schmid (SPD) und Otto Lenz (CDU) angehörten. In diesem Kreis trug der ehemalige Stabschef bei Rommel, Hans Speidel, erstmals militärische Überlegungen zur Lage in Westdeutschland vor, für die sich im Dezember 1948 auch Adenauer interessierte. Er ließ sich von Speidel eine Arbeitsunterlage anfertigen, worin die militärpolitische Lage und die Operationen der Sowjetunion erörtert wurden. Speidel kam zu dem Schluß, es sei für Westdeutschland lebenswichtig, im Falle eines sowjetischen Übergriffs die westliche Verteidigung so weit ostwärts wie möglich aufzubauen⁹.

Die Verhandlungen des Parlamentarischen Rates um das Ob und Wie einer Wehrverfassung führten zu Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien, deren Ergebnis sich bei der SPD in einer Resolution des Parteivorstandes vom 11. 12. 1948 niederschlug¹⁰. Darin lehnte der SPD-Vorstand eine Wiederaufrüstung ab, da die alliierten Militärgouverneure für die äußere Sicherheit zuständig seien, forderte dafür aber den Aufbau von Länderpolizeikräften. Letzteres wurde auch von CDU-Politikern gefordert. Darüber hinaus lehnte man in der CDU Diskussionen über

⁷ Tüngel, Richard: Soll Westdeutschland aufrüsten? – In: *Die Zeit*, 2. 12. 1948.

⁸ Zur ersten innerdeutschen Wehrdiskussion Ende 1948 vgl. Archiv BPA: Mikrofilm III/93 (Archiv NZ); Deutsches Büro für Friedensfragen, *Die Wiederaufrüstung Deutschlands im Spiegel der Presse*, MS, Archiv BPA, S. 4ff.; Kogon, Eugen: *Man braucht Deutschland . . . Auch deutsche Soldaten?* – In: *Frankfurter Hefte*, 1949, H. 1, nachgedruckt in: derselbe: *Die unvollendete Erneuerung*, Ffm. 1964, S. 80ff.; Cornides, Wilhelm, und Voll, Hermann: *Die internationalen Verhandlungen über die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*. – In: *Die Vertragswerke von Bonn und Paris vom Mai 1952*, Ffm. 1952, S. XIXff.; Wettig: *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung*, S. 234ff.

⁹ Vgl. die Arbeitsunterlage von 1948, MS, Privatarchiv Speidel.

¹⁰ Wortlaut in: *Jahrbuch der SPD 1948/49*, S. 136.

Fragen einer eventuellen Wiederbewaffnung nicht generell ab, jedenfalls nicht über die Bewaffnung in Form einer „westeuropäischen Verteidigungsarmee“, wie sie der CDU-Landtagsabgeordnete Rudolf Vogel vorschlug¹¹ und wie sie schon in einer Erklärung des UEF-Kongresses gefordert worden war¹².

Diese Konzeption machte sich auch Adenauer zu eigen, der angesichts der fortschreitenden Aufrüstung jenseits der Zonengrenze die Sicherheit der Westzonen ab 1949 durch Einbeziehung in den Schutzbereich der NATO gewährleisten wollte und nach Gründung der Bundesrepublik für eine Teilnahme an der NATO plädierte, dabei aber stets betonte, daß es deutsche Truppen nur in einer Form geben sollte, die von den Nachbarstaaten nicht als Bedrohung empfunden werden könnten¹³. In diesem Sinn sprach er am 3. Dezember 1949 gegenüber dem Korrespondenten der amerikanischen Zeitung *Plain Dealer* von einem deutschen Beitrag zu einer „europäischen Armee“¹⁴.

Auf dieses Interview hin mußte sich Adenauer am 16. Dezember in einer Bundstagsdebatte der Opposition stellen. Er verlas zur Abschwächung seiner Äußerungen eine Niederschrift, die den Kern des Inhalts nicht widerrief, aber die Akzente anders setzte: Eine Wiederaufrüstung – und damit meinte er die Bildung einer herkömmlichen nationalstaatlichen Armee – lehne er ab.

„Auch wenn das Verlangen nach einem deutschen Beitrag zur Sicherheit Europas in einer unabdingbaren Weise von den Alliierten gestellt würde, käme die Aufstellung einer deutschen Wehrmacht nicht in Frage. Im äußersten Fall sei alsdann die Frage eines deutschen Kontingents im Rahmen der Armee einer europäischen Föderation zu überlegen.“¹⁵

Wieder, wie schon ein Jahr zuvor, schlugen die Wogen in der Presse hoch, doch auch diesmal nur für kurze Zeit. Noch erschien der Öffentlichkeit die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus wichtiger als das nicht so unmittelbar naheliegende Sicherheitsproblem.

Auch war die Umorientierung der westlichen Politik durch den Kalten Krieg noch nicht so weit gegangen, daß im offiziellen politischen Verkehr von einer deutschen Wiederbewaffnung gesprochen wurde. Im Gegenteil: Am Tag der Bundstagsdebatte über das *Plain-Dealer*-Interview erließ die Alliierte Hohe Kommission das Gesetz zur „Beseitigung des Militarismus“, das jeglichen Waffenbesitz verbot¹⁶; und noch im Mai 1950 erschien zum fünften Jahrestag der deutschen Kapitulation das „endgültige Gesetz zur Verhinderung einer deutschen Wiederaufrüstung“, das zur Ahndung von schweren Verstößen Freiheitsstrafen bis zu lebenslanglichem Gefängnis und Geldstrafen bis zu einer Million DM vorsah¹⁷. Die Durchführungs-

¹¹ Vgl. *Schwäbische Post*, 11. 11. 1948.

¹² Zit. in: Cornides-Volle, Die internationalen Verhandlungen, S. XX.

¹³ Vgl. verschiedene Zeitungsinterviews von 1949, in: Wettig, Gerhard: Politik im Rampenlicht. Aktionsweisen moderner Außenpolitik, Ffm. 1967, S. 92 ff.

¹⁴ Wörtliche Auszüge aus dem Interview, ebenda, S. 96 f.

¹⁵ BT, sten. Ber., S. 735.

¹⁶ Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1949, S. 2170 (nach *NZ*).

¹⁷ *NZ*, 9. 5. 1950.

verordnung dazu wurde eine knappe Woche vor Ausbruch des Koreakrieges erlassen und enthielt als Erleichterung die Genehmigung zur Herstellung von Sportwaffen sowie eine Ausnahmeregelung für Spielzeugwaffen, Pfeile, Bogen und Armbrüste¹⁸

Das Gesetz war zu diesem Zeitpunkt bereits eine historische Kuriosität. Die alte Politik der Entwaffnung und die Wiederbewaffnung überkreuzten sich. So wurden, wohl aufgrund des Eigengewichtes und der Schwerfälligkeit der Besatzungsbürokratie, noch Ende des Jahres 1950 Demontagen durchgeführt, während man gleichzeitig den Aufbau einer neuen Rüstungsindustrie plante¹⁹.

Spätestens seit Herbst 1949 bahnte sich in den westlichen Hauptstädten die Entscheidung für eine deutsche Wiederbewaffnung an. Amerikanische Generale sprachen in der Öffentlichkeit von dieser Möglichkeit, um die Stimmung zu testen, und selbst Planungsstäbe der Westunion beschäftigten sich angesichts der sowjetischen Übermacht auf dem Kontinent mit dem Problem einer deutschen Beteiligung an der westlichen Verteidigung. General Bradley, Chef der Vereinigten Stabschefs in Washington, setzte sich mit seinen Landsleuten Clay und McCloy ebenso für eine deutsche Beteiligung aus militärischen Gründen ein wie Feldmarschall Montgomery als Befehlshaber der Streitkräfte der Westunion in Fontainebleau. Doch den Entschluß zur Wiederbewaffnung Deutschlands wollte die politische Führung in Washington mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in den westeuropäischen Ländern nicht fällen²⁰. Auch die Berliner Blockade, ein Modellfall für die äußersten Verfahrensweisen im Kalten Krieg, hatte noch keine Entscheidung zur Folge. Erst mit Ausbruch des Koreakrieges änderte sich das politische Klima schlagartig zugunsten einer deutschen Wiederbewaffnung.

2. Reaktionen auf den Ausbruch des Koreakrieges

Am 25. Juni 1950 überschritten nordkoreanische Truppen den 38. Breitengrad, um die kaum geschützte Republik Südkorea anzugreifen. Hatte man bei der Berliner Blockade noch die ungeschriebenen Regeln des Kalten Krieges eingehalten, so war es nun im Fernen Osten zum Heißen Krieg gekommen. Washington betrachtete den nordkoreanischen Angriff als einen Versuch Moskaus, den sowjetischen Einflußbereich zu erweitern, und damit als eine direkte Beeinträchtigung der amerikanischen Sicherheitsinteressen.

Schon am folgenden Tag erwirkten die USA eine Sitzung des Sicherheitsrates

¹⁸ NZ, 20. 6. 1950.

¹⁹ Zu diesen Planungen vgl. Wirtschafts- und sozialpolitischer Informationsdienst für die deutsche Wirtschaft, 16. 4. 1951, S. 8 (periodische FDP-Publikation); vgl. auch Schumachers Stuttgarter Rede vom 17. 9. 1950, S. 6.

²⁰ Vgl. hierzu: Martin, Laurence W.: The American Decision to Rearm Germany. – In: Stein, Harold (Hrsg.): American Civil-Military Decisions, University of Alabama Press 1963, S. 645 ff.; Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 273 ff. und 301 ff.

der Vereinten Nationen. Da die Sowjetunion die Sitzungen dieses Gremiums gerade boykottierte, konnte es zu einer Verurteilung Nordkoreas als Aggressor kommen und einen Tag später zur Aufforderung an die UN-Mitgliedsstaaten, den bewaffneten Angriff zurückzuwerfen²¹.

Korea war – wie Deutschland – seit Ende des Zweiten Weltkrieges ein geteiltes Land. Südkorea, zunächst von den Amerikanern besetzt, hatte 1948 eine eigene Regierung gewählt, die den Maßstäben der dort wirkenden UN-Kommission entsprach. Daraufhin empfahl die UN-Vollversammlung den Abzug der Besatzungstruppen. Die US-Regierung hatte schon vor dieser Empfehlung auf Drängen ihres Generalstabes, der Korea für eine strategisch wertlose Position hielt, mit dem Truppenabzug begonnen. Auch die Sowjetunion zog ihre Truppen aus Nordkorea zurück, widersetzte sich aber einer UN-Kontrolle und hinterließ eine relativ starke nordkoreanische Armee.

Diese Armee hatte nun angegriffen, und den Deutschen drängte sich sofort der Vergleich mit den kasernierten Polizeiverbänden in der DDR auf. Mußte man in der Bundesrepublik nach dem 25. Juni 1950 nicht jederzeit mit einem Angriff der Volkspolizei auf das Bundesgebiet, in dem es keine vergleichbaren Verbände gab, rechnen?

Die koreanische Situation deckte sich aber nicht völlig mit der deutschen. Die Bundesrepublik war ein von amerikanischen Truppen besetztes Gebiet, während sich in Südkorea nur amerikanische Militärberater aufhielten und die nächste US-Garnison in Japan lag. Die Bundesrepublik befand sich durch die Anwesenheit von NATO-Truppen im Schutzbereich des Nordatlantikpaktes. Dagegen hatte der amerikanische Außenminister Acheson am 12. Januar 1950 ausdrücklich erklärt, Korea liege außerhalb der von den Vereinigten Staaten in jedem Fall zu verteidigenden Zone. Dementsprechend konnte die Sowjetunion zu der Auffassung gelangen, ein Angriff auf Südkorea werde keine amerikanische Intervention auslösen²². Gleichwohl steigerte sich in der Bundesrepublik das latente Gefühl der Unsicherheit gegenüber dem Osten zur Angst vor einem Überfall nach koreanischem Muster.

Unabhängig von der Beurteilung der politischen Absichten Moskaus war man im Westen allein schon durch das Mißverhältnis der Rüstungen beunruhigt. Nach übereinstimmenden Informationen aus verschiedenen Quellen besaß die Sowjetunion insgesamt etwa 175 einsatzbereite Divisionen, darunter an die 50 motorisierte Divisionen und Panzerdivisionen. Auf dem Gebiet der DDR standen 22 voll einsatzbereite und bewegliche Divisionen mit rund 6000 Panzern und Sturmgeschützen. Die Mannschaftsstärke einer Division lag bei 10000 Mann. Hinzu kamen

²¹ Wortlaut der Resolutionen bei Lichterman, Martin: *To the Yalu and Back*. – In: Stein, Harold: *American Civil-Military Decisions*, S. 579f.

²² Zu den Vorgängen in und um Korea vgl. Lichterman: *To the Yalu and Back*, S. 571ff.; Gruchmann, Lothar: *Das Korea-Problem*, Berlin 1960, S. 16ff.; Besson, Waldemar: *Von Roosevelt bis Kennedy. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933–1963*, Ffm. 1964, S. 155ff.; Mackintosh, J. M.: *Strategie und Taktik der sowjetischen Außenpolitik*, Stuttgart 1963, S. 46ff.

weitere 8 Divisionen, die in anderen Satellitenstaaten stationiert waren. Diese Speerspitze der sowjetischen Landstreitkräfte konnte durch eine starke Luftwaffe unterstützt werden, die allerdings nicht ganz modern war. Der Kampfwert von etwa 50 weiteren Verbänden der Satellitenstaaten schien fraglich, zumal deren Ausrüstung veraltet war. Darüber hinaus war mit einer Reserve von etwa 60 in der Sowjetunion stationierten mobilen Divisionen zu rechnen²³. Die sowjetischen Streitkräfte wurden nach ihrer räumlichen Aufteilung in der DDR als offensiv in Richtung Westen gegliedert betrachtet. Demnach waren die Sowjets nach ihrem Potential in der Lage, jederzeit ohne lange Vorbereitungen einen Angriff gegen Westeuropa zu beginnen. Nach dem Urteil der deutschen Militärexperten mußte es in diesem Fall ihr strategisches Ziel sein, sich so schnell wie möglich in den Besitz der Atlantikküste zu setzen, um die Westmächte einer brauchbaren Basis für ihre Gegenoffensive zu berauben. Erschwerend wirkten für die Sowjets nur ihre sehr langen Nachschublinien durch Polen, die von der westlichen Luftwaffe unterbrochen und damit auch zu einem Hindernis für die Heranführung sowjetischer Reserve divisionen werden konnten²⁴. Zum militärischen Potential kamen die etwa 70 000 Mann Volkspolizei in der DDR, deren Gliederung und Ausbildung nach einer Reorganisation im Frühjahr 1951 eindeutig militärische Züge annahm, die aber kaum über schwere Waffen verfügte, also ohne sowjetischen Willen nicht militärisch einzusetzen war. Immerhin konnten die Einheiten der Volkspolizei als Kern von später aufzustellenden Großverbänden benutzt werden²⁵.

In der Bundesrepublik standen dagegen weniger als 10 alliierte Divisionen, schwache Länderpolizeikräfte, und ab 1951 plante man einen Bundesgrenzschutz in Stärke von 10 000 Mann. Die schließlich von den Westalliierten im September 1950 zugesagten Truppenverstärkungen ließen auf sich warten, denn Amerika war im Koreakrieg gebunden, Frankreich in Indochina. Noch konnte der Westen auf die absolute atomare Überlegenheit vertrauen, doch auch deren Ende war abzu sehen. Immerhin blieb unter dem Gesichtspunkt des zeitlich begrenzten Atom-Monopols unter militärischen Gesichtspunkten eine Frist für den Aufbau einer westeuropäischen Verteidigung.

²³ Vgl. hierzu: Sicherheitsmemorandum des Bundeskanzlers vom 29. 8. 1950; Himmeroder Denkschrift, S. 9; Wie stark ist Rußland? – In: *Der Spiegel*, 25. 12. 1950, S. 3 ff. (Nachdruck einer Expertenanalyse des amerikanischen Nachrichtenmagazins *Time*); *Der Spiegel*, 7. 11. 1951, S. 16 ff.; Meissner, Boris: Staatspolizei und Wehrmacht der UdSSR. – In: EA, 1951, S. 4179 ff.; Aufrüstung im Sowjetischen Machtbereich. – In: Schriftenreihe der Gesellschaft für Wehrkunde, H. 2, München 1952.

²⁴ Vgl. Himmeroder Denkschrift, S. 10 f.; Sicherheitsmemorandum Adenauers, S. 2.

²⁵ Vgl. „Remilitarisierung und Aufrüstung in der Sowjetzone“. Denkschrift der SPD vom Juni 1951; Protokoll der Pressekonferenz, die Herbert Wehner zur Veröffentlichung dieser Denkschrift gab, vom 13. 6. 1951, Archiv BPA, S. 1 ff.; Bericht über die Rüstungsproduktion in der sowjetischen Besatzungszone (Stand: Frühjahr 1951), hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, MS, AE; Wo wird remilitarisiert? Wo ist Rüstungsproduktion? – In: *Die Quelle*, 1951, H. 7 (Juli), S. 346 ff. (mit detaillierten Zahlenangaben über die Rüstung in der DDR); *Der Spiegel*, 15. 5. 1951, S. 8, und 25. 7. 1951, S. 5 ff.

Jedenfalls wurde das Sicherheitsproblem innerhalb weniger Tage nach dem 25. Juni zum beherrschenden Thema der politischen Diskussion in der Bundesrepublik. Der CDU-Pressedienst beschrieb den Konflikt in Korea als „Anschauungsunterricht“ für Deutschland; alles sei wie in einem Lehrfilm abgelaufen:

„1. Aufstellung der nordkoreanischen Volkspolizei (siehe Ostzone), 2. Abzug der russischen Besatzungstruppen aus Nordkorea nach vollständiger Ausrüstung der koreanischen Armee in Nordkorea, 3. Preisgabe Südkoreas durch die Amerikaner, 4. Einbruch der Sowjetarmee Nordkoreas nach Südkorea.“²⁶

Wenn die Union auch vor „planmäßiger Nervosität“ warnte²⁷, so machte sie doch nachdrücklich auf die Existenz von 50 000–60 000 schwerbewaffneten Volkspolizisten in der Ostzone aufmerksam²⁸.

Adenauer wies sofort nach Kriegsausbruch die Alliierte Hohe Kommission in einer Denkschrift auf die erhöhte Gefährdung der Bundesrepublik hin und bat darum, die Aufstellung einer Bundespolizei als Sicherung gegen die Volkspolizei der DDR zu genehmigen. Die Bundesrepublik benötige darüber hinaus eine eindeutige und zuverlässige Garantie ihrer Sicherheit durch die Besatzungsmächte. Am 29. Juni wiederholte er seine Forderungen auf dem Petersberg persönlich und erhielt das Versprechen der Hohen Kommissare, daß seine Anliegen nach Washington, London und Paris weitergeleitet würden²⁹. Eine alliierte Sicherheitsgarantie sollte die Bevölkerung der Bundesrepublik beruhigen und Moskau von dem Versuch abhalten, das Modell des koreanischen Angriffs auf Deutschland zu übertragen.

Auch die Sozialdemokraten sahen die Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung mit Unterstützung der Volkspolizei und verlangten deshalb von den Besatzungsmächten eine Sicherheitsgarantie für das Bundesgebiet³⁰. Aus „Sicherheit vor Deutschland“ müsse nun „Sicherheit auch für Deutschland“ werden³¹.

Im Gegensatz zur Regierung hielt es die Opposition aber für eine fragwürdige Folgerung, aus dem koreanischen Überfall nun sofort die deutsche Wiederaufrüstung zu betreiben. Die SPD sah keine akute, sondern nur eine potentielle Gefahr. Den Vergleich der aktuellen deutschen Situation mit der koreanischen lehnte Schumacher im August als abwegig und als eine Erfindung der russischen Propaganda ab; er sei nur dazu angetan, Angst zu erzeugen³². Entscheidend sei zunächst das verstärkte Engagement der Besatzungsmächte, schrieb der Pressedienst der Partei, denn die Sicherheit der Bundesrepublik bleibe immer relativ, und nur das Risiko, auf den gesamten Westen zu treffen, könne den Angreifer schrecken³³.

Als einzige der drei großen Parteien hielt sich die FDP nach dem 25. Juni in

²⁶ DUD, 27. 6. 1950; vgl. auch Vogel, Rudolf: Deutschland und Korea, in: Union, 9. 7. 1950.

²⁷ Ebenda v. 28. 6. 1950.

²⁸ Vgl. Ebenda v. 27. 6. 1950.

²⁹ Vgl. Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 346 ff.; Weymar, Paul: Konrad Adenauer, München 1955, S. 522.

³⁰ Sozialdemokratischer Pressedienst, 24. 6. 1950.

³¹ Sozialdemokratischer Pressedienst, 30. 6. 1950.

³² Vgl. die Pressekonferenz Schumachers vom 23. 8. 1950, MS, Archiv BPA, S. 5.

³³ Sozialdemokratischer Pressedienst, 7. 7. 1950.

der Sicherheitsfrage sehr zurück. Der FDP-Pressedienst vom 29. Juni erwähnte Korea überhaupt nicht³⁴, der Leitartikel der folgenden Ausgabe vom 7. Juli brachte „Aphorismen zur Kunstpolitik“³⁵, und auch am 19. Juli wurden allein die Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft untersucht³⁶. Nur August Martin Euler, einer der FDP-Sprecher, unterstützte im *Industriekurier* die Forderung nach einer Bundespolizei³⁷.

Die Reaktionen der Presse auf den Kriegsausbruch in Korea boten ein vielfältiges Bild von Möglichkeiten der Beurteilung und Folgerung³⁸. In fast allen Blättern erschien Korea bald an der Spitze der kommentierten Themen. Was heute in Korea geschehe, könne sich morgen in Europa wiederholen. Diese Aussage der *Stuttgarter Zeitung* vom 27. Juni zog sich als Befürchtung durch die Kommentarspalten zahlreicher Blätter. *Christ und Welt* zitierte einen Aufruf zur Wiedervereinigung des Landes und zur Vertreibung der amerikanischen Imperialisten, den der nordkoreanische Oberste Volksrat erlassen hatte, und stellte fest, diese Erklärung könnte wörtlich der Einheitspropaganda in SED-Zeitungen entnommen sein³⁹. Die *Westdeutsche Rundschau* ging noch weiter:

„Die ganzen Hintergründe um die scheinbar lächerlichen Ansprüche der SED auf ganz Deutschland enthüllen sich jetzt als eine Vorbereitung zu einem bewaffneten Angriff auf den Westen, und die Forderung nach dem Abzug aller Besatzungstruppen ist der erste Akt dieses Angriffes.“⁴⁰

Die meisten Pressekommentatoren sahen aber auch die Unterschiede zwischen der Elbe-Werra-Linie und dem 38. Breitengrad. In Deutschland stünden sich die Weltmächte direkt gegenüber, und das mache – so die Monatszeitschrift *Außenpolitik* – einen stellvertretenden Krieg nach koreanischem Muster unmöglich⁴¹. Das Ende des Truppenabzugs in Korea, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, sei der Krieg gewesen⁴². Ein Blick auf Korea sage den Deutschen, daß der Abzug von Besatzungstruppen der Anfang vom Bürgerkrieg sein könne⁴³.

Die Mehrheit der Zeitungen stimmte darin überein, daß die Sowjetunion mit einem Angriff den Dritten Weltkrieg riskiere, solange westliche Besatzungstruppen, vor allem amerikanische, in der Bundesrepublik stünden. Deshalb wurden die Vereinigten Staaten ständig aufgefordert, unter keinen Umständen ihre Truppen aus der Bundesrepublik abzuziehen, sie im Gegenteil nach Möglichkeit zu verstär-

³⁴ fdk, 29. 6. 1950.

³⁵ fdk, 7. 7. 1950.

³⁶ fdk, 19. 7. 1950.

³⁷ Vgl. Euler, August Martin: Korea und Deutschland. – In: *Industriekurier*, 1950, Nr. 111.

³⁸ Zum Ausbruch des Koreakrieges wurden sämtliche überregionalen und die größeren regionalen Zeitungen im Juni/Juli 1950 untersucht. Die angeführten Zitate stellen nur charakteristische Beispiele dar.

³⁹ *Christ und Welt*, 29. 6. 1950.

⁴⁰ *Westdeutsche Rundschau*, 28. 6. 1950.

⁴¹ *Außenpolitik*, 1950, H. 3, S. 165.

⁴² *FAZ*, 26. 6. 1950.

⁴³ *Süddeutsche Zeitung*, 28. 6. 1950.

ken. Eine Sicherheitsgarantie in Verbindung mit einer Verstärkung der Besatzungstruppen war nach Meinung der meisten Zeitungen die vordringliche Maßnahme. Dies, so schrieb die *Rhein-Zeitung*, hieße „rechtzeitig vorbeugen“⁴⁴, und die *Rheinische Post* fragte die Amerikaner mit dem Blick auf Deutschland: „Warum war nicht Südkorea bis an die Zähne bewaffnet und mit amerikanischen Panzern gespickt?“⁴⁵

Erst in zweiter Linie erörterte die Presse Sicherungsmaßnahmen, welche die Bundesrepublik selbst ergreifen könnte. Einige Zeitungen hielten wie Adenauer eine Bundespolizei für vordringlich, andere sahen in der raschen europäischen Einigung das beste Mittel zur Sicherheit. Die Forderung nach regulären deutschen Truppen wurde in den Wochen nach dem 25. Juni noch kaum erhoben. Gert Spindler⁴⁶ ging am weitesten, wenn er alliierten Sicherheitsgarantien mit großem Mißtrauen begegnete und deshalb die Aufstellung von mindestens 20 schweren Panzerdivisionen unter deutschem Kommando vorschlug⁴⁷.

Manche politische Frage, die sich aus dem deutschen Sicherheitsproblem ergab und später in der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag eine Rolle spielte, wurde auch in den Kommentaren zum Ausbruch des Koreakrieges schon angeschnitten, doch insgesamt dachte die Presse – ebenso wie die Bonner Politiker – zunächst nur an die aktuelle Sicherung der Bundesrepublik gegen eine östliche Aggression. Im Juni und Juli 1950 ging es nicht um politische Konzeptionen und Strategien, sondern um ad-hoc-Maßnahmen gegen die Angst vor einem Überfall. Indes erkannte jedermann plötzlich die Unsicherheit der deutschen Situation. Von nun an nahm das Sicherheitsproblem für längere Zeit den ersten Platz auf der Tagesordnung politischer Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik ein.

3. Die amerikanische Initiative und die anfängliche Haltung Frankreichs und Englands in der Frage des deutschen Wehrbeitrags

Drei Wochen nach Ausbruch des Koreakrieges stellte Paul Sethe fest: „Der Gedanke an eine deutsche Wiederbewaffnung breitet sich bei den Siegermächten aus wie ein Ölfleck.“⁴⁸ Tatsächlich kam es nun bei der führenden westlichen Macht, den Vereinigten Staaten, zum Umschwung der politischen Meinung, nachdem die Entscheidung für einen deutschen Wehrbeitrag schon seit einiger Zeit im Penta-

⁴⁴ *Rhein-Zeitung*, 7. 7. 1950.

⁴⁵ *Rheinische Post*, 19. 7. 1950.

⁴⁶ Gert Spindler, Düsseldorf, Industrieller und Herausgeber der Wochenzeitung *Der Fortschritt*, beschäftigte sich viel mit Fragen der Wiederbewaffnung. Er stand konservativen Kreisen ehemaliger Soldaten nahe und förderte 1951 die Gründung des Verbandes Deutscher Soldaten (VDS) durch Zusammenkünfte in seinem Hause; vgl. hierzu: BA/MA (Bl)2–2/Bd. 173.

⁴⁷ Vgl. Spindler, Gert: Wir fordern Waffenschutz für unsere Heimat. – In: *Der Fortschritt*, 21. 7. 1950.

⁴⁸ Sethe, Paul: Man muß für alles bezahlen. – In: *FAZ*, 14. 7. 1950.

gon diskutiert, vorbereitet und gefordert worden war. Ihr Vertreter in der Bundesrepublik, der Hohe Kommissar McCloy, hatte noch nach dem 25. Juni alle entsprechenden Fragen vorerst zurückhaltend oder ausweichend beantwortet und lediglich versucht, die psychologische Wirkung des Koreakrieges in der deutschen Bevölkerung zu mindern. Am 28. Juni gab er eine Erklärung über die Anwesenheit der alliierten Truppen in Deutschland ab: „Sie sind hier und haben vor, hier zu bleiben, bis Frieden und Freiheit gesichert sind.“⁴⁹

In den folgenden Wochen setzte sich jedoch in Washington die Meinung der Vereinigten Stabschefs durch, man müsse die Deutschen angesichts der amerikanischen Verpflichtungen in Korea und der europäischen Verteidigungslücke wieder bewaffnen. Die amerikanischen Militärs versprachen sich von einer wirksamen deutschen Aufrüstung eine Entlastung zugunsten des Koreakrieges. Die Westeuropäer sollten das Defizit der Landstreitkräfte auf dem Kontinent selbst ausgleichen. In der Bundesrepublik lagen nach amerikanischer Auffassung die meisten ungenutzten Reserven für die Aufstellung neuer Divisionen.

Am 9. September billigte Präsident Truman die Empfehlungen der Vereinigten Stabschefs. Damit waren die Würfel gefallen: Die Bundesrepublik sollte sich mit eigenen Divisionen im Rahmen allgemeiner Verteidigungsanstrengungen in Westeuropa unter amerikanischer Führung an der westlichen Verteidigung beteiligen. Vor der Öffentlichkeit beschränkte sich Truman auf die Ankündigung amerikanischer Truppenverstärkungen für Europa bei entsprechenden westeuropäischen Maßnahmen⁵⁰, ohne die Entscheidung für einen deutschen Wehrbeitrag bekanntzugeben.

Mitte September fand in New York eine NATO-Ratstagung statt, auf der die US-Regierung ihre Pläne vorlegen wollte. Zuvor unternahm Acheson jedoch den Versuch, seinen französischen Kollegen Schuman und den englischen Außenminister Bevin für die amerikanischen Vorstellungen von einer deutschen Wiederbewaffnung zu gewinnen. Diese Konferenz der drei westlichen Außenminister, die am 12. September in New York begann, offenbarte beträchtliche Meinungsunterschiede. Vor allem Schuman sah sich mit Rücksicht auf das französische Parlament nicht so ohne weiteres in der Lage, auf Achesons Initiative einzugehen⁵¹.

Nach den drei schweren Kriegen mit Deutschland in den vergangenen acht Jahrzehnten mußte es schwerfallen, die Franzosen für den Gedanken einer neuen deutschen Bewaffnung zu gewinnen. Als schon vor dem Koreakrieg im Zeichen des Kalten Krieges die Frage eines deutschen Beitrags zur westlichen Verteidigung erörtert worden war, hatte man in Frankreich überwiegend an nicht-militärische

⁴⁹ NZ, 28. 6. 1950.

⁵⁰ Zur Entscheidungsbildung in Washington vgl. Martin: *The Decision to Rearm Germany*. – In: Stein, *American Civil-Military Decisions*, S. 645 ff.; Acheson, *Dean: Sketches from Life*, New York 1960; Truman, *Harry S.: Memoiren*, Bd. II. dt. Ausg. Stuttgart 1956; Wettig: *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung*, S. 326 ff.

⁵¹ Vgl. hierzu die vorhergehende Anmerkung, außerdem Moch, *Jules: Histoire du Réarmement Allemand depuis 1950*, Paris 1965.

deutsche Ersatzleistungen gedacht. „Laßt Deutschland arbeiten“ lautete der leicht mißzuverstehende Titel einer französischen Schrift aus dem Jahre 1950⁵², deren Verfasser für eine wirtschaftliche Stärkung der Bundesrepublik zur Abwehr der kommunistischen Gefahr eintrat. Das entsprach der Vorstellung, man könne die deutsche Arbeitskraft in einer europäischen Armee in Form von Arbeitsbataillonen ausnützen, ohne den Deutschen Waffen in die Hände geben zu müssen⁵³. In diesem Fall war sogar ein Rückgriff auf die schon vorhandenen Dienstgruppen bei den Besatzungstreitkräften möglich.

Andere schlugen vor, deutsche Soldaten für die europäische Verteidigung aufzustellen, ohne damit eine deutsche Armee zu bilden⁵⁴, oder nur eine deutsche Infanterie zu schaffen⁵⁵, während Frankreich sich eine modern ausgerüstete Armee mit Luftwaffe selbst vorbehalten könnte⁵⁶.

De Gaulle, der einerseits eine deutsche Wiederbewaffnung befürwortete und deshalb auch in der Bundesrepublik hin und wieder gelobt wurde, wollte andererseits nur einer Konstruktion der gemeinsamen Verteidigung zustimmen, welche die Integration französischer Truppen ausschloß und die französische Befehlsgewalt über deutsche Truppen sicherstellte⁵⁷. Die gaullistischen Generale Billotte und Koenig unterbreiteten der Öffentlichkeit noch 1951 entsprechende Vorschläge⁵⁸. Schon am 16. 3. 1950 hatte de Gaulle den politischen Hintergrund dieser Politik in einer Pressekonferenz bekanntgegeben: Er wolle das Werk Karls des Großen wieder aufnehmen und in einem solchen Europa auch Deutschland bewaffnen. Es dürfe aber zu keiner militärischen Integration kommen, denn eine auf diesem Weg mit der amerikanischen Politik verbundene deutsche Armee könne zur Hegemonie des deutschen Reiches in Europa führen⁵⁹. Dennoch entsprang gerade aus der französischen Abwehrreaktion gegen den amerikanischen Wunsch, die Bundesrepublik im Rahmen der atlantischen Verteidigung aufzurüsten, der erste

⁵² Lauret, René: Laßt Deutschland arbeiten, dt. Ausg. München 1950.

⁵³ Nach einer Notiz im Archiv des DGB machte Maurice Benusson, Generalsekretär der Force Ouvrière im Bereich der französischen Hohen Kommission, diesen Vorschlag in einem Gespräch mit deutschen Gewerkschaftlern.

⁵⁴ Paul Reynaud, nach einer dpa-Meldung vom 6. 4. 1950. – In: Deutsches Büro für Friedensfragen, Die Wiederaufrüstung, S. 16.

⁵⁵ Pierre Billotte, nach: *Stuttgarter Zeitung*, 9. 5. 1950.

⁵⁶ Vgl. *L'Epoque*, 14./16. 4. 1950.

⁵⁷ Vgl. die Wiedergabe eines Berichtes des UP-Korrespondenten A. L. Bradford von einem Interview mit de Gaulle am 11. 7. 1950, in: Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 318; Fauvet, Jacques: Von de Gaulle bis de Gaulle, dt. Ausg. Tübingen 1960, S. 220 ff.; Legaret, Jean und Martin-Dumesnil, E.: La Communauté Européenne de Défense, Paris 1953, S. 159 f.; Deutsche Einheit und Wiederaufrüstung. Die Gaullisten. – In: *Die Tat*, 8. 7. 1952.

⁵⁸ Vgl. Billotte, Pierre: Noch ist es Zeit!, dt. Ausg. Baden-Baden 1951; vgl. ferner das Referat des Generals Marie-Pierre Koenig auf dem Parteitag des RPF im November 1951, nach Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 468.

⁵⁹ Vgl. Epting, Karl: De Gaulle und die deutsche Wiedervereinigung. – In: Franz, Günther (Hrsg.): Teilung und Wiedervereinigung, Göttingen, Berlin, Ffm., Zürich 1963, S. 220 ff.

konkrete Plan für eine europäische Verteidigungsorganisation. Als die Vereinigten Staaten auf den New Yorker Konferenzen im September 1950 ihren Plan für eine deutsche Wiederbewaffnung vorbrachten, fühlte sich die französische Delegation überfahren. Jules Moch, französischer Verteidigungsminister und engagierter Gegner jeder deutschen Wiederbewaffnung, notierte noch fünfzehn Jahre später voll Bitterkeit über die Amerikaner: „Ainsi a été lancée le 12 septembre 1950 la plus grosse bombe de l'après-guerre: le projet américain de réarmement de l'Allemagne.“⁶⁰

Nicht die gesamte französische Regierung nahm Mochs Standpunkt ein, doch auch Schuman konnte nach außen keine andere Auffassung vertreten, denn die Nationalversammlung wäre ihm nicht gefolgt. Die Frage, welche Gefahr größer sei, die sowjetische oder die deutsche, wurde in Frankreich ernsthaft diskutiert. Auf eine entsprechende Anspielung Bevins antwortete Schuman im Herbst 1950 mit den Worten: „Ich betrachte die russische Gefahr als unmittelbarer, aber ich möchte nicht daneben eine neue deutsche Gefahr hochkommen sehen.“⁶¹ Da der Plan einer deutschen Wiederbewaffnung nicht mehr aus der Welt zu schaffen war und das allgemeine Sicherheitsinteresse dafür sprach, suchte die französische Regierung nach einem Kompromiß, der das Problem einer Bewaffnung der Deutschen in französischen Augen weitgehend entschärfen könnte und gleichzeitig eine aufschiebende Wirkung hätte. Der Kompromiß lag in dem Vorschlag, deutsche Truppen auf der Basis der kleinstmöglichen Einheit in die alliierten Streitkräfte einzugliedern⁶².

Gegen den Widerstand seines Verteidigungsministers Moch ließ der französische Regierungschef René Pleven nach der New Yorker Konferenz einen Plan ausarbeiten, der die diplomatische Initiative an Frankreich bringen sollte, um die Durchsetzung der amerikanischen Pläne zu verhindern. Am 24. Oktober 1950 trat er mit seinem Vorschlag vor die Nationalversammlung. Die Ereignisse in der Welt ließen keine Frist, die so delikate Frage der gemeinsamen Verteidigung in Angriff zu nehmen, um den Menschen in Europa ein Gefühl der kollektiven Sicherheit zu geben. Auch Deutschland sei aufgerufen, an einem Sicherheitssystem teilzunehmen. Die Bildung einer europäischen Armee, die mit den politischen Institutionen eines geeinten Europa verbunden wäre, würde einen weiteren Schritt auf dem Wege bedeuten, der mit der Montanunion begonnen worden sei. Die Unterzeichnung des Vertrages über die Montanunion machte Pleven zur Voraussetzung einer deutschen Bewaffnung:

„Sobald diese Unterschrift erreicht ist, fordert die französische Regierung, daß das Problem des deutschen Beitrags zur Aufstellung einer europäischen Streitkraft (force européenne) in einer Weise gelöst wird, die den grausamen Lehren der Vergangenheit und der Entwicklung, die viele Europäer in allen Ländern Europas gehen wollen, Rechnung trägt.“

⁶⁰ Moch: *Histoire du Réarmement Allemand*, S. 59.

⁶¹ Vgl. Moch: *Histoire du Réarmement Allemand*, S. 77; vgl. auch Lauret, René: *Frankreich und die deutschen Waffen*. – In: *Außenpolitik*, 1951, H. 1, S. 25 f.

⁶² Vgl. Moch: *Histoire du Réarmement Allemand*, S. 58 ff.

Ein von den beteiligten Regierungen ernannter Verteidigungsminister sollte mit den Vollmachten eines nationalen Verteidigungsministers ausgestattet werden. Die Finanzierung würde durch ein gemeinsames Budget erfolgen, und der militärische Einsatz sollte im Rahmen der vereinten atlantischen Streitkräfte vollzogen werden.

Zur Form der Europaarmee selbst sagte Plevén:

„Eine Armee des geeinten Europas, gebildet aus Männern der verschiedenen europäischen Nationen, soll, soweit dies irgend möglich ist, eine vollständige Verschmelzung der Mannschaften und der Ausrüstung herbeiführen, die unter einer einheitlichen politischen und militärischen europäischen Autorität zusammengefaßt werden. . . . Die von den Mitgliedstaaten gestellten Kontingente würden der europäischen Armee eingegliedert werden, und zwar auf der Basis der kleinstmöglichen Einheit. . . . Die europäischen Streitkräfte, die den vereinten atlantischen Streitkräften zur Verfügung stünden, würden, was die allgemeine Strategie der Organisation und Ausrüstung betrifft, gemäß den Verpflichtungen des Atlantikpaktes operieren.“

Den Mitgliedstaaten, die über eigene Streitkräfte verfügten, wurde das Recht eingeräumt, einen Teil der Truppen unter nationaler Befehlsgewalt zu behalten. Darüber hinaus sollte der europäische Verteidigungsminister bereits integrierte Truppen den Mitgliedstaaten wieder zur Verfügung stellen können, wenn sie für andere Bedürfnisse als die der europäischen Verteidigung benötigt würden⁶³.

Der Plan enthielt zahlreiche Klauseln, die der Bundesrepublik innerhalb der europäischen Verteidigung einen Status minderen Rechts zuwiesen. Die nationale Verfügungsgewalt über Truppen und einen nationalen Verteidigungsminister konnten nur diejenigen Staaten haben, die schon vorher eine Armee besaßen, während die Bundesrepublik überhaupt erst innerhalb der europäischen Armee Truppen aufstellen konnte. Als einzigem Mitgliedstaat hätten ihr keine Truppen zur nationalen Verfügung gestanden. Die Deutschen wären außerdem als einziger Teilnehmer an der europäischen Verteidigung nicht Mitglied der NATO gewesen, wodurch sie von der strategischen Führung der westlichen Verteidigung ausgeschlossen worden wären. Aber auch die höhere taktische Führung wäre deutschen Offizieren kaum zugänglich gewesen, da die Bundesrepublik durch das Prinzip der militärischen Integration auf der Basis der kleinsten Einheit keine höheren Kommandeure hätte zur Verfügung stellen können.

Der Plevén-Plan war aus dem französischen Interesse heraus entstanden, eine unvermeidbar gewordene deutsche Wiederaufrüstung unter Kontrolle zu halten und sich nicht selbst durch sie zu gefährden. Den westlichen Wunsch einer deutschen Bewaffnung, verbunden mit der Angst vor ihr, schilderte der Karikaturist des *News Chronicle* auf seine Weise mit einer Zeichnung, die alle westlichen Außenminister vor einer Wandtafel mit Waffen für Deutschland zeigt und die Unterschrift trägt: „Aber – schießen sie auch nur nach Osten?“⁶⁴

⁶³ Wortlaut der Regierungserklärung des französischen Ministerpräsidenten Plevén vom 24. 10. 1950 in der Übersetzung des Auswärtigen Amtes. – In: Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung, S. 812 ff.

⁶⁴ Nachgedruckt in: *Der Spiegel*, 20. 9. 1950, S. 13.

Vor der Beratenden Versammlung in Straßburg erläuterte Schuman einen Monat nach Plevens Erklärung den Grundgedanken des Plans und richtete seine Worte in erster Linie an die französischen Parlamentarier, wenn er darauf verwies, daß eine bewaffnete Bundesrepublik dann keine Gefahr darstellen könnte, wenn sie in eine europäische Verteidigung eingegliedert würde. Von einer Wiederbewaffnung Deutschlands im eigentlichen Sinne könne dann gar nicht mehr die Rede sein.

„Ein Land bewaffnen, das heißt, ihm oder seiner Regierung eine nationale Streitmacht zur freien Verfügung zu stellen, die geeignet wäre, zum Instrument seiner Politik zu werden. Es heißt nicht, ein Land zu bewaffnen, wenn man es nur in ein System der gemeinsamen Verteidigung mit einbezieht, das von der Gemeinschaft der Teilnehmerländer organisiert und gelenkt wird, die ihre kollektive Autorität über diese Organisation auf allen Gebieten und in allen Phasen ausübt. In einem solchen System gibt es keine nationale Armee und keine nationale Rüstung. Europa würde bewaffnet, und nicht ein europäisches Land für sich genommen.“

Wenn Deutschland bereit ist, seine Staatsbürger zu bevollmächtigen oder zu verpflichten, in einer europäischen Armee zu dienen, so würde das keine Aufrüstung des Landes selbst bedeuten. Es würde nur seinen Anteil an den Lasten und Verantwortungen übernehmen, die ihm als militärisches Mitglied einer europäischen Vereinigung obliegen.“⁶⁵

Der Pleven-Plan stand nunmehr dem amerikanischen Plan gegenüber. Von seiten der französischen Regierung war der grundsätzliche Widerstand gegen jede Form deutscher Wiederbewaffnung aufgegeben. Aber der Pleven-Plan war noch lange nicht im französischen Parlament angenommen. Schon infolge der langen Prozedur der innerfranzösischen Erörterungen blieb auch der amerikanische Plan weiter auf der Tagesordnung, und die Rivalität beider Pläne kam schließlich nicht zuletzt der taktischen Verhandlungsposition Adenauers zugute.

Der französische Argwohn gegenüber einer Wiederbewaffnung Deutschlands, durch den Pleven-Plan etwas beruhigt, ist vor allem von den grundsätzlichen Gegnern jeder deutschen Wiederbewaffnung artikuliert worden. Zu ihnen gehörten der französische Verteidigungsminister Moch⁶⁶, Daladier und Herriot, beide Radikalsozialisten und ehemalige Ministerpräsidenten⁶⁷, die noch im Sicherheitsdenken der 20er Jahre verhaftet waren, ferner auf der extremen Linken die Kommunisten, nach dem Pleven-Plan aber auch Gaullisten, die keine Preisgabe der französischen Nationalarmee zulassen wollten. Immer dann, wenn die Franzosen Anlaß zu der Befürchtung zu haben glaubten, Deutschland könne sich eines Tages von der Kontrolle lösen und werde dann über eine eigene Armee verfügen, gewann das Mißtrauen gegen die Nachbarn und ihre Armee wieder die Oberhand. So wirkte

⁶⁵ Wortlaut der Rede, in: Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung, S. 817 ff., Zitat S. 821 f.

⁶⁶ Vgl. Moch: Histoire du Réarmement Allemand; vgl. auch: *Der Spiegel*, 1. 11. 1950, S. 19 ff.

⁶⁷ Vgl. die Beiträge von Daladier und Herriot, in: *Die Tat*, 8. 7. 1952; vgl. auch Aron, Raymond: Esquisse historique d'une grande querelle idéologique. – In: *La Querelle de la C.E.D.*, S. 6.

es sich im Februar 1952 negativ auf den Verlauf einer EVG-Debatte in der Nationalversammlung aus, daß die Bundesrepublik mehrfach die Aufnahme in die NATO gefordert hatte, denn es war ja der Zweck des Pleven-Plans gewesen, den deutschen NATO-Eintritt und eine damit erreichte militärische Selbständigkeit zu verhindern⁶⁸.

Neben dem grundsätzlichen sicherheitspolitischen Einwand gegen eine deutsche Wiederbewaffnung wurde in der französischen Öffentlichkeit außerdem immer wieder die deutsche Teilung als Argument gegen einen deutschen Wehrbeitrag, auch innerhalb einer gemeinsamen Armee, angeführt: Die Beseitigung der Teilung könne von den Deutschen als das Ziel ihrer Wiederaufrüstung angesehen werden. Man befürchtete, auf diese Weise in einen neuen Weltkrieg hineingezogen zu werden. In der späteren französischen Debatte um die EVG kam das deutlich zum Ausdruck. So erklärte François Mauriac 1952, Deutschland werde seine wiedergewonnene Freiheit nur zur Wiederherstellung seiner Einheit benutzen⁶⁹, und Léo Hamon stellte in einem Aufsatz unter dem Titel „Warum Frankreich mißtrauisch ist“ den Deutschen die Frage: „Seid ihr bereit, der Wahrung des Friedens den absoluten Vorrang zu geben, selbst wenn ihr dafür den Preis einer Aufrechterhaltung der heutigen Grenzen zahlen müßt?“⁷⁰

Dem standen nur wenige französische Befürworter des Wehrbeitrags gegenüber. Einer von ihnen war der Journalist Servan-Schreiber, der den Widersachern entgegenhielt:

„Man kann Deutschland als besiegten Staat behandeln und es in diesem Zustand halten. Man kann aber auch sehr wohl einen Strich unter die Vergangenheit machen und es als Part für eine neue Ära behandeln. Aber beides zugleich wollen, das kann nur zu einem Mißerfolg führen.“⁷¹

In England waren keine vergleichbaren Widerstände gegen eine deutsche Wiederbewaffnung zu beobachten, wengleich auch hier der Zweite Weltkrieg ein erhebliches Mißtrauen gegen die Deutschen hinterlassen hatte. Winston Churchill selbst hatte nach dem Krieg in seiner Züricher Rede vom Herbst 1946 als erster von einer Rückkehr Deutschlands zur Macht gesprochen. Er brachte auch im Sommer 1950 in Straßburg die Frage einer deutschen Beteiligung an der europäischen Verteidigung vor der Weltöffentlichkeit zur Sprache⁷².

⁶⁸ Vgl. die Aufzeichnung der deutschen Vertretung in Paris über den Verlauf der Debatte, MS, in: BA/MA, (Bl)2-1/154, Bl. 143 ff.

⁶⁹ Vgl. den Beitrag von Mauriac, in: *Die Tat*, 8. 7. 1952, vgl. auch den Beitrag des Direktors von *Le Monde* an derselben Stelle; im gleichen Sinne sprach sich ein Manifest zahlreicher Persönlichkeiten gegen den deutschen Wehrbeitrag aus, in: *Le Monde*, 9. 11. 1951; vgl. hierzu ferner Lauret, René: Frankreich und die deutschen Waffen, S. 25; Grosser, Alfred: *L'Allemagne de L'Occident 1945-1952*, Paris 1953, S. 303; Buchner, Rudolf: Frankreichs Stellung zur deutschen Einheit 1945-1955. – In: Franz, Teilung und Wiedervereinigung S. 210 ff.

⁷⁰ *Außenpolitik*, 1952, H. 4, S. 219.

⁷¹ *Die Tat*, 8. 7. 1952.

⁷² Vgl. den Wortlaut der Rede vom 11. 8. 1950 vor der Beratenden Versammlung des Europarates in: Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung, S. 806 ff.

Doch die zu dieser Zeit amtierende Labour-Regierung teilte Churchills Vorstellungen von der Rolle Deutschlands nicht in vollem Umfang. Während Churchill in der Unterhausdebatte vom 12. September 1950 eine europäische Armee von 60–70 Divisionen vorschlug, zu der auch 10 deutsche Divisionen gehören sollten, betonte Premierminister Attlee, die äußere Sicherung der Bundesrepublik werde durch die Besatzungsmächte garantiert. Aber auch er ließ durchblicken, daß man über eine Beteiligung der Deutschen in der westlichen Verteidigung verhandeln könne, zumindest die von Adenauer geforderte Bundespolizei wollte er zum Schutz gegen die ostzonale Volkspolizei zugestehen⁷³.

In London sprach besonders ein Argument für einen deutschen Wehrbeitrag: die wirtschaftliche Auswirkung. Die Engländer wollten nicht die großen wirtschaftlichen Belastungen für die europäische Verteidigung tragen, während ein Deutschland ohne Streitkräfte mit den frei bleibenden finanziellen Mitteln seine Wirtschaft wieder aufbauen könnte. Sie befürchteten die Rückeroberung der Überseemärkte durch Deutschland und wollten dafür nicht auch noch durch das Verbot einer deutschen Rüstung Hilfestellung leisten. Nach britischer Auffassung hätte es schließlich so weit kommen können, daß Deutschland eine wirtschaftliche Vorrangstellung in Europa bekäme, weil England durch hohe Verteidigungsausgaben, die der Bundesrepublik erspart blieben, seinen Vorsprung nicht halten könnte. Der britische Hohe Kommissar Kirkpatrick schrieb im September 1951 über Gespräche mit Kollegen in sein Tagebuch:

„Ein Deutschland in dieser Situation bedeutete für uns ein größeres Ärgernis und mehr noch eine größere Gefahr als ein Deutschland mit einer Armee und einer Rüstungsindustrie, der durch Verträge, die eigene Wirtschaftskapazität und das Arbeitskräftereservoir Grenzen gesetzt seien.“⁷⁴

Aber auch in den Vereinigten Staaten, die den Anstoß gegeben hatten, blieb die Entscheidung für die deutsche Wiederbewaffnung keineswegs unumstritten. Einer der Kritiker der amerikanischen Deutschlandpolitik, James P. Warburg, betonte noch 1952 wie Mauriac: „Ein bewaffnetes Deutschland wird notwendigerweise ein einziges Ziel verfolgen: die Wiedervereinigung des Reiches und die Wiedereroberung der verlorenen Gebiete.“⁷⁵

Auf der anderen Seite hatte der britische General und Militärschriftsteller Fuller schon Anfang 1950 erklärt: „Es ist zwecklos, darüber zu diskutieren, ob Deutschland wieder bewaffnet werden sollte oder nicht – denn es wird wieder bewaffnet werden. Die Frage ist nur, auf welcher Seite die deutschen Truppen stehen werden.“⁷⁶ Auf keinen Fall dürfe das deutsche Potential dem Osten in die Hände fallen. Diesem Standpunkt schloß sich 1951 auch der amerikanische Politikwissen-

⁷³ Vgl. den Bericht von der Debatte nach *The Times*, in: *Archiv der Gegenwart*, 1950, S. 2576.

⁷⁴ Kirkpatrick, Ivone: Im inneren Kreis, dt. Ausg. Berlin 1964, S. 203; vgl. hierzu auch Adenauer: *Erinnerungen 1945–1963*, S. 501.

⁷⁵ Warburg, James P.: Amerikas deutsche Verantwortung. – In: *Die Tat*, 8. 7. 1952.

⁷⁶ Fuller, J. F. C.: Wie bei Dschingis Khan. – In: *Hamburger Freie Presse*, 4. 3. 1950.

schaftler Hans J. Morgenthau, ein Vertreter der „realistischen Schule“, in einer Analyse an: Deutschland sei aufgrund seiner Anlagen die mächtigste Nation in Europa, wenn man der Natur freien Lauf lasse. Es sei das Problem des Westens, die natürliche Überlegenheit Deutschlands mit den Interessen der übrigen Welt zu verbinden⁷⁷. Morgenthau mahnte, das Problem des Ost-West-Konflikts und der deutschen Wiederbewaffnung nicht als eine Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse zu betrachten, sondern als einen Machtkampf, der es notwendig mache, Deutschland zu bewaffnen. Es gelte aber, auch die emotionalen Vorbehalte zu berücksichtigen, die bei den westlichen Nationen als eine Folge zweier Weltkriege gegen Deutschland bestünden⁷⁸. Als einziger Ausweg aus dem Dilemma zwischen der sowjetischen Bedrohung und dem Mißtrauen gegen deutsche Truppen erschien Morgenthau der Plan einer Europaarmee⁷⁹. Eine Mischung aus Resignation und Realismus kennzeichnete auch die Meinung anderer amerikanischer Kommentatoren, so die von Drew Middleton, damals Bonner Korrespondent der *New York Times*, der die deutsche Wiederbewaffnung als ein „kalkuliertes Risiko“ bezeichnete⁸⁰ und meinte, es sei für keinen Teilnehmer des letzten Krieges möglich, Gefallen an der Wiederaufrüstung Deutschlands zu finden. Niemand könne die großen Bedrohungen dieser Wiederaufrüstung übersehen, aber: „Wir müssen, unter Akzeptierung aller Gefahren, einen Weg finden, Deutschland wiederzubewaffnen und es an den Westen zu binden. Wenn wir daran scheitern, werden wir an Europa und uns selbst scheitern.“⁸¹

Diese machtpolitische Begründung, ergänzt durch die rein militärische des amerikanischen Generalstabs und die wirtschaftliche der Engländer, kennzeichnete die mehr pragmatische Einstellung der angelsächsischen Länder zur deutschen Wehrfrage. Vergleicht man die Priorität der Hauptmotive, von denen her die Wiederbewaffnung Deutschlands bei den drei Westmächten betrachtet wurde, so läßt sich folgende unterschiedliche Reihenfolge erkennen:

Vereinigte Staaten	England	Frankreich
1. militärische Stärkung	1. Lastenteilung	1. Kontrolle
2. Lastenteilung	2. militärische Stärkung	2. Lastenteilung
3. Kontrolle	3. Kontrolle	3. militärische Stärkung

4. Überblick über die wichtigsten Etappen auf dem Wege zum EVG-Vertrag

Nachdem die amerikanische Initiative in der Frage des deutschen Wehrbeitrags

⁷⁷ Vgl. Morgenthau, Hans J. (Hrsg.): *Germany and the Future of Europe*, Chicago 1951, S. V und 76 ff.

⁷⁸ Ebenda, S. 77.

⁷⁹ Ebenda, S. 86.

⁸⁰ Vgl. Middleton, Drew: *The Defense of Western Europe*, New York 1952, S. 188.

⁸¹ Ebenda, S. 194.

von Frankreich im Oktober 1950 mit dem Plevan-Plan beantwortet worden war, begann im Rahmen der NATO der Versuch, zwischen den amerikanischen und französischen Vorstellungen zu einem Ausgleich zu gelangen. Zwischen der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister Ende Oktober in Washington und der NATO-Außenministerkonferenz Mitte Dezember in Brüssel tagten fast ununterbrochen die politischen und militärischen Spitzengremien der NATO, um zwischen dem französischen Wunsch nach Entschärfung und strikter Kontrolle jeder deutschen Rüstung und dem amerikanischen Streben nach militärischer Effektivität einen Kompromiß zu finden. In dieser Zeit kam es am 8. November 1950 auch zur ersten großen Wehrdebatte im Bonner Bundestag. Auf der Brüsseler Dezemberkonferenz einigten sich die Westmächte in der grundsätzlichen Bejahung des westdeutschen Wehrbeitrags; auch in den Vorstellungen über die Form dieses Beitrags kamen sie sich näher. Doch von einer förmlichen Vereinbarung blieb man noch weit entfernt. Infolgedessen wurden die nun mit der Bundesrepublik beginnenden Verhandlungen gleichzeitig an zwei verschiedenen Orten mit unterschiedlichen Zielsetzungen geführt.

Während vom 9. Januar bis zum 4. Juni 1951 auf dem Petersberg bei Bonn Sachverständigengespräche über die militärischen Probleme einer deutschen Wiederbewaffnung zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Hohen Kommission stattfanden, bei denen sowohl die Bundesregierung als auch die angelsächsischen Vertreter einen deutschen Wehrbeitrag innerhalb der NATO anstrebten, tagte in Paris seit dem 15. Januar 1951 die Plevanplan-Konferenz der westeuropäischen Sechs, die aus französischer Sicht eine deutsche Beteiligung an dem von Plevan vorgeschlagenen Projekt einer europäischen integrierten Verteidigung zum Ziel hatte. Die Sachverständigengespräche auf dem Petersberg gingen zügig voran und zeigten bald konkrete Ergebnisse hinsichtlich der Form einer deutschen Wiederbewaffnung. Die Pariser Verhandlungen nahmen dagegen einen schleppenden, für alle Seiten unbefriedigenden Verlauf, bis im Juni/Juli 1951 beide Verhandlungen in eine Konferenz mündeten. Die Petersberg-Gespräche endeten mit einem Bericht, der weitgehend den amerikanischen und deutschen Vorstellungen von der Eingliederung deutscher Truppen in die atlantische Verteidigung entsprach, und einem abweichenden französischen Votum⁸². Gleichzeitig verabschiedete die Plevanplan-Konferenz in Paris einen Zwischenbericht, der nun immerhin auch eine gleichberechtigte Teilnahme der Deutschen an einer Europaarmee zugestand⁸³. Die Amerikaner suchten jetzt einen Kompromiß zwischen der auf dem Petersberg besprochenen militärisch wirkungsvollen und der in Paris verhandelten europäischen Lösung, die nur kleinere deutsche Einheiten vorsah und der Bundesrepublik keine eigentliche Verfügungsgewalt über militärisches Potential einräumen wollte. Washington nahm Abschied von dem Gedanken, selbständige deutsche Kontin-

⁸² Vgl. den Bericht über die auf dem Petersberg geführten technischen Besprechungen betreffend die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrags 9. 1. 1951 – 4. 6. 1951. – In: BA/MA, (Bl)2–2/44, Bl. 225 ff.

⁸³ Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1951, S. 3039; Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 461 f.

gente in die NATO einzugliedern, und wandte sich dem Projekt einer Europaarmee mit integrierten deutschen Truppen zu. Im Gegensatz zum ursprünglichen Plevan-Plan war dabei aber nunmehr vorgesehen, alle westeuropäischen Vertragsstaaten unter denselben Bedingungen an der Europaarmee zu beteiligen, d. h. auch deutsche Einheiten in einer funktionsfähigen und taktisch sinnvollen Größe zuzulassen. Die Amerikaner setzten dieses Prinzip auch bei den Franzosen durch, und so wurde vom Sommer 1951 an in Paris über das als „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) bezeichnete Projekt unter voller Beteiligung einer deutschen Delegation verhandelt.

Die schon vorher in Zwischenberichten der Bundesrepublik zugesagte Gleichberechtigung innerhalb einer gemeinsamen Verteidigungsorganisation mußte in den konkreten Verhandlungen des Spätjahres 1951 dennoch erst Stück für Stück in zähem diplomatischem Ringen durchgesetzt werden. Aber anders als im Herbst 1950 faßten nun nicht mehr Außenministerkonferenzen oder der NATO-Rat Entscheidungen, die der Bundesregierung anschließend mitgeteilt wurden, sondern die in Paris tagende EVG-Konferenz arbeitete den Vertragsentwurf unter deutscher Beteiligung aus. Außenministerkonferenzen und NATO-Rat nahmen dann zu den Ergebnissen Stellung. Im November 1951 wurde Adenauer erstmals als Außenminister zu einer Sitzung der westlichen Außenminister in Paris zugezogen, als der „Dachvertrag“ zu dem parallel zur EVG verhandelten Deutschlandvertrag, der das Besatzungsstatut ablösen sollte, unterzeichnet wurde.

Zu Beginn des Jahres 1952 hatte das Vertragswerk (EVG und Deutschlandvertrag), das die Bundesrepublik an der westlichen Verteidigung beteiligte und ihr im Rahmen der Westallianz die Souveränität verschaffen sollte, weitgehend Gestalt angenommen. Die Wehrdebatte, die Anfang Februar 1952 im Bundestag stattfand, zeigte jedoch, daß die gegensätzlichen Standpunkte eher noch unversöhnlicher geworden waren. Unter diesen Umständen wurde auch außenpolitisch bis zum letzten Moment vor der Vertragsunterzeichnung am 26./27. Mai 1952 um wichtige Details, wie z. B. das Verhältnis der EVG zur NATO und damit die Form einer deutschen Beteiligung an der NATO, gerungen. Eine zusätzliche Spannung brachte die französische Regierung durch das Hochspielen der Saarfrage in die Debatte. Selbst noch anläßlich der Trauerfeier für den verstorbenen englischen König Georg VI. fanden am 14./15. Februar 1952 in London Verhandlungen der Westmächte mit Adenauer statt, während in Lissabon der NATO-Rat tagte, um einen Konsens über den in Paris zwischen den westeuropäischen Staaten ausgehandelten EVG-Vertrag herbeizuführen.

In dieser letzten Phase sorgte vor allem die Sowjetunion durch ihre Deutschlandnote an die Westmächte vom 10. März 1952 für eine neue Verwirrung der Situation und führte damit in der Bundesrepublik einen dramatischen Höhepunkt der Auseinandersetzungen herbei. Stalin bot die Wiedervereinigung und eine deutsche Nationalarmee an, verlangte dafür aber den Verzicht auf ein westeuropäisches Verteidigungsbündnis unter deutscher Beteiligung. Schon im Oktober 1950 hatte die Sowjetunion den westlichen Plan zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik durch

Gegenangebote zu verhindern gesucht. Die damals unter Leitung der UdSSR nach Prag einberufene Konferenz der acht Ostblockmächte verurteilte jede Bewaffnung der Bundesrepublik und forderte die Rückkehr zu den Potsdamer Beschlüssen; gleichzeitig bot sie den Deutschen den Abschluß eines Friedensvertrags und die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates an. Eine entsprechende Note ging den Westmächten im November 1950 zu. Später verfolgte die DDR diese Pläne im direkten Verkehr mit der Bundesrepublik weiter. Während des Jahres 1951 hielt sich Moskau auffälligerweise sehr zurück. Erst als im Frühjahr 1952 der Abschluß der Westverträge kurz bevorstand, trat die Sowjetregierung wieder direkt in die Auseinandersetzung ein.

Die Westmächte reagierten auf Stalins Märznote in voller Übereinstimmung mit Adenauer ablehnend. Der Vertragsabschluß wurde schließlich durch die sowjetische Aktion nicht verzögert, eher beschleunigt. Während in der innerdeutschen Diskussion um die Märznote die Wogen noch hoch gingen, unterzeichneten die Außenminister der USA, Frankreichs, Englands und der Bundesrepublik am 26. Mai 1952 in Bonn den Deutschlandvertrag, und einen Tag später wurde in Paris der EVG-Vertrag von Belgien, Holland, Luxemburg, England, Frankreich und der Bundesrepublik paraphiert. Damit waren die Verträge zwar noch nicht ratifiziert, aber die Entscheidung der Bundesrepublik für einen Wehrbeitrag und für die militärische Westintegration war grundsätzlich gefallen.

Der EVG-Vertrag scheiterte in der Ratifizierungsdebatte zwei Jahre später am Votum der französischen Nationalversammlung. Wehrbeitrag und Westanschluß der Bundesregierung erfolgten daraufhin im Mai 1955 in der Form des deutschen NATO-Beitritts. Dieser Ersatzlösung fehlte der große politische Vorzug der EVG: die Hinführung auf ein politisch geeintes Westeuropa. Das Scheitern dieses Plans warf einen Schatten auf Adenauers politisches Werk, denn seine Politik der Westorientierung war grundsätzlich verbunden mit dem Ziel der Überwindung des Nationalstaates in Westeuropa. Letzteres mißlang infolge des französischen Widerstandes. Die militärische und außenpolitische Festlegung der Bundesrepublik blieb trotzdem erhalten. Insofern waren bis zum Frühjahr 1952 die Weichen für die künftige Bonner Politik gestellt worden.

II. WEHRBEITRAG UND VERHÄLTNIS ZU DEN WESTMÄCHTEN

Die Westintegration wurde als schwerwiegende weil irreversible politische Folge der Wiederbewaffnung zu einem primären Problem der deutschen Diskussion um den Wehrbeitrag. Gewiß, die grundsätzliche Westorientierung der Bundesrepublik war schon im Sommer 1950 vollzogen. Die Anlehnung an den Westen war Voraussetzung und Merkmal der Gründung der Bundesrepublik gewesen und kaum mehr in Zweifel zu ziehen. Gleichwohl mußte ein Beitrag zur westlichen Verteidigung mehr als nur eine allgemeine Westorientierung bedeuten und vor allem die aus dem Besatzungsstadium erwachsene Vorstellung einer nur vorübergehenden, provisorischen außenpolitischen Bindung grundsätzlich in Frage stellen. Eine derart enge Bindung und die sich daraus ergebenden Folgen für die Zukunft konnten schwerlich unumstritten bleiben. Von der Frage des taktischen Verhaltens zur Lösung einzelner Probleme und den jeweils besonderen Beziehungen zu den einzelnen westlichen Besatzungsmächten bis hin zu grundsätzlichen ideologischen Einstellungen trat nunmehr das ganze Spektrum unterschiedlicher Motive und Argumente hervor.

1. Deutsche Truppen – Angebot Adenauers oder Forderungen der Alliierten?

Wenn die Bundesrepublik auch 1950 politisch noch weitgehend unselbständig war und unter Besatzungsrecht stand, so war doch die Aufstellung von Truppen ohne ihre Zustimmung undenkbar. Von Adenauer wußte man, daß er einem Beitrag zu einer integrierten westlichen Verteidigung nicht ablehnend gegenüberstand, aber die nach den Erlebnissen des Zweiten Weltkrieges und der alliierten Demilitarisierung und Reeducation in der Bevölkerung der Bundesrepublik aus verschiedenen Motiven bestehende Abneigung gegen jegliche Wiederbewaffnung und die weit verbreitete „Ohne mich“-Haltung waren ebenfalls bekannt. Infolgedessen mußten alle beteiligten Regierungen, die der Bundesrepublik ebenso wie die der Westmächte, bei dem Plan einer deutschen Wiederbewaffnung innenpolitische Widerstände berücksichtigen¹. Daraus ergab sich, noch bevor die Karten offen auf dem Tisch lagen, ein diplomatisches Spiel um die Frage, wer den ersten Schritt tun sollte.

Schon bald nach dem Kriegsausbruch in Korea im Juli 1950 nahmen amerikanische Dienststellen und höhere Offiziere Verbindung zur Bundesregierung und dem Sicherheitsbeauftragten des Kanzlers, Graf Schwerin, auf². Doch die Bundesregie-

¹ Vgl. Morgenthau: *Germany and the Future of Europe*, S. 81.

² Vgl. hierzu: BA/MA, Akten der Zentrale für Heimatdienst, (Schw.) 1–/Bd. 1 ff.

zung wollte sich vor Klärung der grundsätzlichen politischen Fragen nicht auf konkrete militärische Planungen einlassen. Die amerikanischen Dienststellen ihrerseits konnten keine Aufforderung zu Verteidigungsmaßnahmen an die Bundesregierung richten, bevor sie die Zustimmung ihrer Verbündeten erhalten hatten. Außerdem war der Entscheidungsprozeß innerhalb der amerikanischen Regierung im Juni und Juli 1950 noch nicht beendet. Obwohl amerikanische Regierungskreise und auch der Bundeskanzler grundsätzlich Interesse an einer Teilnahme der Bundesrepublik an der westlichen Verteidigung hatten, kam es daher in den Sicherheitsgesprächen des Juli und August nur zu einem gegenseitigen Abtasten.

Die amerikanische Regierung hätte es am liebsten gesehen, wenn eine Bitte der Bundesregierung um Teilnahme an der westlichen Verteidigung vorgelegt worden wäre, doch Adenauer war dazu weder in der Lage, da innenpolitische Rücksichten ein solches Vorgehen verboten, noch willens, da er die Bedingungen für einen Wehrbeitrag nicht kannte und McCloy sie ihm nicht nennen konnte. Ein Interview, das McCloy dem NBC-Korrespondenten Haaker gab, spiegelte sehr deutlich die Haltung des amerikanischen Hohen Kommissars. Er wollte einerseits den Deutschen eine Beteiligung an der westlichen Verteidigung nahelegen, andererseits seine Kollegen aus Europa nicht vor den Kopf stoßen. Auf die Frage:

„Wenn Deutschland angegriffen werden sollte, werden die amerikanischen Truppen das Land ohne die Hilfe deutscher Truppenteile verteidigen?“

antwortete McCloy:

„Es gibt keine deutschen Truppenkontingente, und wir werden keine aufbauen. Auf der anderen Seite glaube ich aber, daß viele Deutsche bereit und willens wären, Deutschland im Falle eines Angriffs zu verteidigen, wenn man ihnen die Möglichkeit dazu gäbe. Ich meine damit weder eine deutsche Wiederaufrüstung noch die Schaffung irgendeines Gegenstücks zu der von den Kommunisten inspirierten Volkspolizei in der Ostzone. Ich bin gegen den Wiederaufbau einer deutschen Armee, aber im Falle eines Angriffs wie in Korea, glaube ich, wäre es wirklich schwer, den Deutschen das Recht und die Mittel zur Verteidigung ihrer Heimat zu verweigern.“³

Es gehörte zur Taktik der Amerikaner, in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung nicht als Fordernde, sondern als Gewährende aufzutreten. In diesem Zusammenhang spielte ein Memorandum über Fragen der Sicherung des Bundesgebietes, das Adenauer unter strenger Geheimhaltung am 29. August 1950 McCloy überreichte, eine nicht unerhebliche Rolle, denn der Bundeskanzler erklärte darin seine Bereitschaft zur deutschen Teilnahme an einer internationalen westeuropäischen Armee, wie Churchill sie am 11. August in Straßburg vorgeschlagen hatte⁴. Über diesen Schritt war nicht einmal das Bundeskabinett informiert. Bundesinnenminister Heinemann, der Adenauers Vorgehen scharf mißbilligte, reichte deshalb am 31. 8. 1950 seinen Rücktritt ein⁵.

³ Wortlaut des Interviews vom 23. 7. 1950, in: *NZ*, 24. 7. 1950.

⁴ Vgl. das Memorandum vom 29. 8. 1950, BA/MA, (Schw.) 1-/Bd. 4, Bl. 148 ff.

⁵ Vgl. dazu Heinemanns Denkschrift „Deutsche Sicherheit“, die er nach seinem endgültigen Rücktritt am 13. 10. 1950 der Öffentlichkeit übergab; MS, Archiv BPA.

Aufgrund des Adenauerschen Memorandums konnte der amerikanische Außenminister Acheson am 15. September Truman berichten, daß die Vereinigten Staaten „nicht als Bittsteller bei der deutschen Regierung aufzutreten brauchen, sondern lediglich den Vorschlag Adenauers akzeptieren, deutsche Einheiten in die Verteidigung Europas einzuschalten, sofern er seinerseits zur Annahme gewisser Bedingungen bereit ist“⁶. Dieser Taktik diene wohl auch die Lancierung einer Meldung an die Nachrichtenagentur Reuter über das geheime Memorandum Adenauers⁷.

Noch während der New Yorker Verhandlungen der Westmächte über die deutsche Wiederbewaffnung telefonierte Acheson am 17. September mit Adenauer, um sich über das weitere deutsche Vorhaben zu informieren⁸. Adenauer verwies ihn auf die Entscheidungskompetenz des Bundestages. Das Parlament könne aber erst Stellung nehmen, wenn eine formelle Anfrage der Westalliierten an die Bundesregierung vorliege. Damit hatte er den „Schwarzen Peter“ wieder den Alliierten zugeschoben.

Doch die Anfrage erfolgte nicht, zumal sich die Außenminister nicht geeinigt hatten. Das Deutschland-Kommuniqué der New Yorker Konferenz vom 19. September ließ aber den Schluß zu, der Anstoß zur Diskussion der Frage einer deutschen Wiederbewaffnung sei von Deutschland selbst gekommen⁹. Die Amerikaner erklärten in der Folgezeit, die Entscheidung liege zunächst bei den Deutschen. Man müsse als erstes wissen, ob sie überhaupt gewillt seien, an der Verteidigung Europas teilzunehmen¹⁰.

Adenauer blieb dagegen bei seiner Auffassung, daß zunächst eine offizielle Anfrage der Alliierten erfolgen müsse. Auf dem Goslarer Parteitag der CDU bezog er sich ausdrücklich auf das Telefongespräch vom 17. September und erklärte vor der Öffentlichkeit, der Bundestag könne erst nach einer Anfrage entscheiden¹¹. Am 8. November kam es dann doch zur Wehrdebatte im Bundestag, obwohl die Anfrage nicht erfolgt war. Adenauer geriet dadurch in eine schwierige Situation. Er verschwieg auch vor dem Bundestag das mit dem deutschen Sicherheitsmemorandum vom 29. August ausgesprochene Truppen-Angebot, drängte aber nunmehr öffentlich auf ein Weiterkommen in der Sache: Es sei bisher noch kein Beitrag zur Verteidigung des Westens von der Bundesrepublik verlangt oder angeboten worden, man müsse aber trotzdem darüber reden, da erhebliche Unklarheiten über die Frage bestünden¹². Gleichzeitig mahnte er die SPD beziehungsreich, man dürfe

⁶ Vgl. den Wortlaut des Schreibens von Acheson an den Präsidenten, in: Truman, Memoiren, Bd. II, S. 285.

⁷ Vgl. den Bericht über die Reuter-Meldung nach *NZ*, in: *Archiv der Gegenwart*, 1950, S. 2555.

⁸ Vgl. Weymar: Konrad Adenauer, S. 540.

⁹ Vgl. das Kommuniqué, in: EA, 1950, S. 3406.

¹⁰ Vgl. das Protokoll der Pressekonferenz Clays vom 25. 10. 1950 in Bonn, MS, Archiv BPA, S. 3 ff. und 8.

¹¹ Vgl. Wortlaut der Rede in Goslar, in: Flechtheim, Ossip K.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung, Bd. II, S. 82.

¹² Vgl. die Regierungserklärung vom 8. 11., in: BT, sten. Ber., S. 3565.

es – auch wenn man sich nicht anbiete – nicht zulassen, „daß durch Reden unverantwortlicher Stellen die Stellung einer Frage an uns verhindert wird“.

Adenauer hatte durch die Uneinigkeit und das Zögern der Alliierten große Schwierigkeiten im baden-württembergischen Wahlkampf gehabt, die er am 16. November den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg vorhielt. Es sei eine schlechte Waffe gegen den gezielten Anti-Wiederbewaffnungs-Wahlkampf der Opposition gewesen, wenn er nur hätte sagen können: „Ob wir gefragt werden, wissen wir nicht. Wenn wir gefragt werden, sind wir bereit, einen Beitrag zu leisten.“ Er forderte deshalb die Hohen Kommissare auf, dem „Zustand des Halbdunkels“ in der Wiederbewaffnungsfrage ein Ende zu bereiten¹³. Zwei Wochen später, am 1. Dezember, zeigte er auf dem Petersberg offen seine Ungeduld:

„Wir haben jetzt Dezember. Seit mehr als drei Monaten geht zwischen den Westalliierten und den Atlantikpaktstaaten die Verhandlung darüber hin und her, ob Deutschland einen Beitrag zu leisten aufgefordert werden wird oder nicht. Die Bundesrepublik bekommt keinerlei offizielle Mitteilung darüber, sondern ist lediglich auf das angewiesen, was in den Zeitungen veröffentlicht wird. Das ist für die Regierung der Bundesrepublik ein völlig unmöglicher Zustand. Es ist ein mehr als peinliches Gefühl, wenn man auf Fragen nur antworten kann: Ich weiß nicht mehr als Sie; ich weiß auch nur, was in den Zeitungen steht. Das Ansehen der Bundesregierung hat dadurch außerordentlich gelitten. Es ist unmöglich, diesen Zustand länger fort dauern zu lassen.“¹⁴

Bald danach konnte es als sicher gelten, daß auf der bevorstehenden NATO-Ministerratskonferenz in Brüssel eine Einigung der Westmächte über den deutschen Wehrbeitrag erfolgen würde, und Regierungssprecher von Twardowski konnte am 12. Dezember die Ankündigung machen: „Wenn alles klappt, kann es vielleicht in 8 bis 10 Tagen soweit sein, daß man an uns mit einem Angebot herantritt.“¹⁵ Das „Angebot“ erfolgte denn auch nach der Atlantikratstagung und der anschließenden Außenministerkonferenz in zwei Kommuniqués am 19. Dezember, wenn auch in etwas verklausulierter Form:

„Die drei Minister haben ihre Hochkommissare in Deutschland ermächtigt, auf dem Verhandlungswege mit der Regierung der deutschen Bundesrepublik dieses Problem [des deutschen Wehrbeitrags] auf Grund der vom Rate gemachten Vorschläge weiter zu verfolgen . . .“¹⁶

Regierungssprecher von Twardowski interpretierte dies als „Feststellung der Erwünschtheit eines deutschen Beitrages.“¹⁷

¹³ Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 387 ff.; Weymar: *Konrad Adenauer*, S. 564 f. und 567.

¹⁴ Ebenda, S. 567 f.

¹⁵ Vgl. das Protokoll der Pressekonferenz vom 12. 12. 1950, MS, Archiv BPA, S. 25.

¹⁶ Communiqué über die Außenministerkonferenz vom 19. 12. 1950 in der Übersetzung des Europa-Archivs, in: EA, 1951, S. 3639.

¹⁷ Protokoll der Pressekonferenz vom 20. 12. 1950, MS, Archiv BPA, S. 1.

2. Argumente pro und contra auf der Basis prinzipieller Befürwortung der Westorientierung

Schon in der ersten Phase der innerdeutschen Auseinandersetzung zeigte es sich, daß das Pro und Contra zu dieser Frage wenig zu tun hatte mit der grundsätzlichen Einstellung „zum Westen“. Parteien, Politiker und Publizisten, deren Bejahung westlich-demokratischer Prinzipien am wenigsten zweifelhaft war, lehnten gleichwohl den Wehrbeitrag „hic et nunc“ entschieden ab, während umgekehrt hinter mancher eifertigen Befürwortung des Wehrbeitrags auch mangelndes Vertrauen in die westliche Abwehrbereitschaft gegenüber der Sowjetunion stehen konnte. Entscheidender waren unterschiedliche taktische Konzepte, abweichende Auffassungen über den Weg, wie man im Verhältnis zu den Westmächten den eigenen Interessen am besten dienen könne, Gegensätze zwischen hartnäckiger Vertretung politischer Prinzipien und geschmeidiger, auf die allmähliche Entwicklung vertrauender Politik.

In den Kontroversen zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Führer der SPD-Opposition Kurt Schumacher hatten diese Auffassungsunterschiede in der Vertretung eigener Interessen gegenüber den Westmächten schon am Anfang der Bundesrepublik scharfen Ausdruck gefunden. Adenauer war noch 1949/50 in starkem Maße von der Sorge bestimmt, die vier Besatzungsmächte könnten sich über Deutschland einigen, ohne die Deutschen nach ihren Vorstellungen zu fragen, oder die Amerikaner könnten sich aus der Bundesrepublik zurückziehen, weil sie in ihr einen unsicheren Partner sähen, und sie damit dem Einfluß der Sowjetunion ausliefern. Schumacher dagegen glaubte, man müsse den Westmächten gegenüber selbstbewußter auftreten, um den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. Adenauers Anpassung an die Westalliierten erschien ihm als Abhängigkeit von alliierten Entschlüssen und Interessen. In der Nachtsitzung des Bundestages vom 24. zum 25. November hatte er Adenauer erregt als „Bundeskanzler der Alliierten“ bezeichnet¹⁸.

Dieser Gegensatz in der politischen Taktik zeigte sich sofort auch bei der Frage des Wehrbeitrags. Auch Schumacher war nicht grundsätzlich gegen einen deutschen Wehrbeitrag, aber er nahm die Bedingungen und Modalitäten sehr viel wichtiger. Der ausgeprägte persönliche Gegensatz zwischen Adenauer und Schumacher ließ dabei den Streit um die taktische Behandlung der Wehrfrage vielfach als prinzipiellen Gegensatz erscheinen. Adenauer wollte nicht durch Vorbedingungen für einen Wehrbeitrag den Argwohn der Alliierten erwecken. Er war bereit, ihn als Vorleistung in die deutsch-alliierten Beziehungen einzubringen, um mit dem so erworbenen Vertrauenskapital politisch handeln zu können. Am Vormittag des 23. August 1950 sagte er zur Presse: „Ich bin der Auffassung: man soll Vertrauen auf die Entwicklung haben, auf die Gewalt der Tatsachen an sich.“¹⁹

¹⁸ Vgl. den Auszug aus dem Bundestagsprotokoll, in Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 290.

¹⁹ Protokoll der Pressekonferenz Adenauers, MS, Archiv, BPA, S. 8.

Schumacher antwortete noch am Nachmittag desselben Tages, er halte es für falsch, ein Angebot zu machen; das bedeute keine Stärkung der Position, denn man gebe dadurch den letzten Trumpf aus der Hand. Bedingungen wie z. B. die Änderung des Besatzungsstatuts oder der Wegfall des Ruhrstatuts wären für Schumacher selbstverständliche Voraussetzungen. „Ohne diese Voraussetzungen wäre es ja nicht einmal theoretisch denkbar, irgendeine deutsche Bewaffnung durchzuführen.“²⁰

Schumacher wußte wohl, daß es ohne die Hilfe der Westmächte für die Bundesrepublik keine Sicherheit geben könnte, aber er verlangte von ihnen viel weitergehende Anstrengungen als die Bundesregierung. Dieser Auffassung schloß sich auch die Gesamtpartei in ihrem programmatischen Kommuniqué von Stuttgart am 17. September 1950 an:

„Es gibt nur einen Fall, in dem die Sozialdemokratie zu einem militärischen Beitrag für eine notwendig werdende Verteidigung Ja sagen kann: Die unlösbare Verbundenheit des Schicksals der westlichen Demokratien mit dem deutschen Schicksal. Sie ist durch die Entfaltung entsprechender Machtmittel der westlichen Demokratien in Deutschland überzeugend sichtbar zu machen. Hier liegt auch ein entscheidender Beitrag der Alliierten zur Kriegsverhütung.“²¹

Schumacher glaubte, die Westmächte seien zu solchem Einsatz verpflichtet, schon aufgrund ihrer Nachkriegspolitik, die das weite Vordringen des Kommunismus erst ermöglicht habe. Jede Verteidigung, hinter der nicht die eindrucksvolle Macht des gesamten Westens stehe, hielt er für unsinnig. Nach seiner Meinung könnte sie nur zu einem Verschleiß der deutschen Kräfte zugunsten des alliierten Potentials führen. Er warf den Westmächten, insbesondere Frankreich, in der Frage der gemeinsamen Verteidigung ständig nationalen Egoismus vor. Die Deutschen dürften nicht zulassen, daß ihr Volk zur Erhaltung fremder Nationalismen als nationale Substanz geopfert werde²².

Wenn Adenauer eine Sicherheitsgarantie forderte und sie nach der New Yorker Konferenz im September 1950 auch erhielt²³, so betrachtete Schumacher dies als „etwas Begrüßenswertes, aber nichts Entscheidendes“. Er verlangte ein wesentlich höheres Engagement der Westmächte in der Form tatsächlicher Maßnahmen, wie der Stationierung von Divisionen und Waffen. „Entscheidend werden die materiellen Machtverhältnisse und nichts sonst sein.“²⁴

Eine echte Sicherheitsgarantie durch die Westmächte sah Schumacher erst dann als gegeben an, wenn diese sich mit ihrer ganzen Macht und ihrem gesamten Prestige für die Sicherheit Deutschlands verbürgten. Die Forderung nach unlöslicher „Verkoppelung des angelsächsischen militärischen und nationalen Schicksals

²⁰ Protokoll der Pressekonferenz Schumachers, MS, ebenda, S. 7.

²¹ Punkt 2 des Kommuniqués von Stuttgart, das als Anhang an ein großes Referat Schumachers von den leitenden sozialdemokratischen Körperschaften am 17. 9. 1950 veröffentlicht wurde; in: Schumacher, Kurt: Deutschlands Beitrag für Frieden und Freiheit. Broschüre, hrsg. vom Vorstand der SPD, S. 23.

²² Ebenda, S. 18.

²³ Vgl. Das Kommuniqué der Konferenz vom 19. 9. 1950, in: EA, 1950, S. 3406f.

²⁴ Protokoll der Pressekonferenz Kurt Schumachers vom 24. 10. 1950, MS, Archiv BPA, S. 9.

mit dem deutschen Schicksal“²⁵ war ein zentraler Bestandteil seiner Sicherheitspolitik. „Wir können also nur Ja sagen, wenn die fremden Nationalstaaten uns nicht als Material betrachten, sondern ihr eigenes Schicksal mit dem unseren verbinden.“²⁶

Eine ähnliche Befürchtung, allerdings stärker verknüpft mit nationalpolitischen Vorbehalten, sprach Richard Tüngel in der *Zeit* aus, als er kritisch zu den Folgen einer Festlegung auf die westliche Sicherheitspolitik für die Bundesrepublik Stellung nahm. „Wir geben dabei mehr auf, als wir voraussichtlich gewinnen können.“²⁷

Die große Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik fühlte sich zum Westen gehörig und ergriff so im Ost-West-Konflikt in diesem Sinne Partei. Eine Umfrage im Monat nach Ausbruch des Koreakrieges ergab, daß 62% der Bewohner auf der Seite des Westens standen, 26% lieber neutral bleiben wollten und nur 2% sich für den Osten entschieden²⁸. Das bedeutete aber keinesfall schon, daß die Bevölkerung auch dem Wehrbeitrag positiv gegenüberstand, eher das Gegenteil war der Fall.

Gleichwohl versuchte Adenauer, die Grundsatzentscheidung der Bevölkerung für den Westen auf den Wehrbeitrag zu übertragen. Zu diesem Zweck stellte er immer wieder der Bedrohung aus dem Osten die Sicherheit im Westen gegenüber. Nur durch eine Beteiligung an der westlichen Verteidigung könne man dem östlichen Druck widerstehen²⁹. Seine Erklärung vor dem ersten Bundesparteitag der CDU im Oktober 1950 zur gegenwärtigen Situation, in der es nur noch eine Wahl zwischen Gut und Böse, zwischen Leben und Untergang gebe, kann als typisch gelten:

„Auf der einen Seite steht Sowjet-Rußland mit seinen Trabanten- und Satellitenstaaten, seinen Fünften Kolonnen und den ihm blind gehorchenden kommunistischen Parteien in den demokratischen Ländern, hochgerüstet, überall in der Welt das Feuer schürend, Religion und Christentum, europäische Sitten und Kultur, Freiheit und Würde der Person vernichtend. Auf der anderen Seite stehen die Westalliierten, stehen die Atlantikpaktstaaten und Führung der Vereinigten Staaten, bereit und entschlossen, alles zu tun für den Frieden, aber nur für einen Frieden in Freiheit und Würde, bereit, ihre Rüstung aufs äußerste zu verstärken, um auf diese Weise den von Sowjet-Rußland drohenden Angriff zu verhindern.“³⁰

Im Anschluß an diesen schwarz-weiß gezeichneten Lagebericht malte Adenauer aus, „daß im Falle eines russischen Angriffs Millionen von Deutschen nach Rußland getrieben, in russische Armeen gesteckt oder zur Sklavenarbeit verdammt wür-

²⁵ Ebenda, S. 3.

²⁶ Ebenda, S. 13.

²⁷ Tüngel, Richard: Politik der Maginotlinie. – In: *Die Zeit*, 12. 10. 1950.

²⁸ Vgl. Noelle, Elisabeth und Neumann, Erich Peter: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955. Allensbach 1956, S. 332; vgl. auch die Darstellung der Verwestlichung in der Bundesrepublik durch Mehnert, Klaus: Der deutsche Standort, Stuttgart 1967, S. 227 ff.

²⁹ Vgl. die Rede Adenauers auf dem Bundesparteitag der CDU in Goslar vom 20.–22. 10. 1956, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bd. II, Berlin 1963, S. 76 ff.

³⁰ Ebenda, S. 78.

den³¹. Und unmittelbar an diese Ausführungen knüpfte er seine Überlegungen zur westlichen Verteidigung an und begrüßte die Beschlüsse der New Yorker Konferenz vom September 1950, in denen von einer Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik und auch von einer Beteiligung der Deutschen an der Verteidigung die Rede war.

Die weitgehenden Forderungen der Opposition bedeuteten für Adenauer keineswegs nur eine Schwächung seiner Position; er konnte sie im Gegenteil in seinen Verhandlungen mit den Westmächten ausspielen, um selbst mehr zu erreichen. So versäumte er es bei Gesprächen auf dem Petersberg nur selten, auf die Haltung der SPD hinzuweisen und die Alliierten mit Schumacher, der Alternative zu Adenauer, zu schrecken³². Dabei vermied es Adenauer bewußt, durch zu hohe politische Bedingungen für einen deutschen Wehrbeitrag den Unwillen der Alliierten zu erregen. Er befürchtete wohl ernstlich, die nationale Opposition Schumachers könne im westlichen Ausland den Eindruck erwecken, die Deutschen wollten nach vollzogener Wiederbewaffnung eine vom Westen unabhängige Politik treiben. So sprach er am 8. November 1950 im Bundestag, an die SPD gewandt, davon, „welch verheerende Wirkungen“ bestimmte deutsche Äußerungen in Amerika ausgelöst hätten³³.

Auch im weiteren Gang der Diskussion um den Wehrbeitrag blieb diese gegensätzliche Argumentation im wesentlichen erhalten, und die für den deutschen Wehrbeitrag allmählich ausgehandelten besseren Bedingungen änderten daran nur wenig. Die sozialdemokratische Opposition stimmte, wie die Bundesregierung, für eine Westorientierung. Aber eine Zugehörigkeit zum Westen bedeutete für Schumacher nicht, sich den Wünschen der Westmächte zu unterwerfen³⁴. Da er den Handlungsspielraum der deutschen Politik größer einschätzte als Adenauer, war er, trotz seiner Zustimmung zur politischen Zusammenarbeit und gemeinsamen Verteidigung der Bundesrepublik mit dem Westen, nicht ohne weiteres bereit, die Politik der Westmächte zu übernehmen. Westliche politische Vorstellungen wollte er nur akzeptieren, solange sie nicht den nationalen deutschen Interessen widersprachen.

Noch stärkere Kritik an der Übernahme der westlichen Wehrpolitik formulierte Gustav Heinemann. Ein Jahr, nachdem er wegen Adenauers Vorgehen in der Wehrfrage als Bundesminister zurückgetreten war, schrieb er in der Zeitung *Stimme der Gemeinde*, die Deutschen dürften sich nicht in das Wettrüsten der Weltmächte gegeneinander einspannen lassen, sonst würde auf ihrem Rücken der

³¹ Ebenda, S. 79.

³² Vgl. Adenauers Berichte von seinen Gesprächen mit der Hohen Kommission, in Adenauer Erinnerungen 1945–1953, S. 389, 396, 412 und 451; vgl. auch Edinger: Kurt Schumacher, S. 244.

³³ BT, sten. Ber., S. 3621.

³⁴ Vgl. seine Rede vor den sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD in Gelsenkirchen im Mai 1951, in: Scholz, Arno und Oschilewski, Walter G.: Turmwächter der Demokratie. Bd. II: Reden und Schriften, Berlin, 1953, S. 363.

nächste Weltkrieg ausgetragen. Eine „deutsche Friedenspolitik“ müsse den Wunsch des Ostens und Westens berücksichtigen, Deutschland nicht in die Waagschale des Gegners fallen zu sehen; beide wollten Sicherheit haben, daß Deutschland nicht erneut selbständig und eine Gefahr für sie würde. Nach Lage der Dinge könne man allen Absichten in Ost und West, die Deutschen gegeneinander zu rüsten, nur dadurch begegnen, daß man jeder deutschen Inanspruchnahme für den Aufmarsch der Weltmächte widerstehe³⁵. Auch Heinemann unterstützte die Öffnung Deutschlands nach Westen, lehnte aber eine Wiederbewaffnung innerhalb des westlichen Lagers generell ab, obwohl er kein grundsätzlicher Gegner jeder Rüstung war.

Adenauer sah dagegen in dem durch den Koreakrieg aktuell gewordenen Wehrbeitrag eine einmalig günstige Gelegenheit zur Verbesserung der politischen Position der Bundesrepublik, die er nicht durch übermäßige Gegenforderungen zunichte machen wollte. Auch in der späteren historischen Rückschau haben die Befürworter der Adenauerschen Politik die These von der Einmaligkeit der Situation stark herausgestellt: man habe damit rechnen müssen, daß die Bundesrepublik im Augenblick der Entspannung wieder in die Bedeutungslosigkeit eines Landes unter Besatzungsregime zurückgesunken wäre, wenn sie sich auf dem Höhepunkt der Krise nach Korea mit eigenen Forderungen zu weit vorgewagt hätte³⁶.

Viele sahen es anders, und selbst aus den Reihen der FDP, der Koalitionspartei, kam massive Kritik an jener Regierungstaktik, die im Ausland unnötigerweise den Eindruck habe entstehen lassen, die Deutschen legten besonderen Wert auf den Wehrbeitrag. Man müsse statt dessen betonen, daß sie nur um der Freiheit und der Sicherheit willen ein schier untragbares Opfer auf sich nähmen³⁷.

Noch weiter gingen kritische Journalisten wie Rudolf Augstein, der im September 1951 schrieb: Vieles hätte man von den Alliierten erreichen können, wenn Adenauer ihnen als „der 75jährige Repräsentant von 45 Millionen Menschen entgegengetreten wäre, wenn er die deutsche Einheit über Ike's Divisionen gestellt hätte, wenn er seinen neuen Alliierten nur ein einziges Mal ‚Nein‘ gesagt hätte wie der japanische Premier Joshida. Man verlangt ja nicht gleich einen Talleyrand“³⁸.

In der von seinen Gegnern immer wieder kritisierten, wohlberechneten Schwarz-Weiß-Technik zog es Adenauer dagegen vor, die politisch-weltanschauliche Option für den Westen und den Wehrbeitrag als zwei Seiten derselben Sache erscheinen zu lassen, so wenn er im Oktober 1951 auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe erklärte:

³⁵ Vgl. Heinemann, Gustav W.: Deutsche Friedenspolitik. — In: *Stimme der Gemeinde*, 1. 9. 1951, nachgedruckt in: derselbe: *Verfehlte Deutschlandpolitik*, Ffm. 1966, S. 14.

³⁶ Vgl. Cornides: *Die Weltmächte und Deutschland*, S. 247.

³⁷ Vgl. Mayer, Ernst, in: *fdk*, 9. 10. 1951.

³⁸ Daniel, Jens (i.e. Rudolf Augstein): *Das Dilemma mit unserem Kanzler*. — In: *Der Spiegel*, 26. 9. 1951, S. 5.

„Ich glaube, für keinen von uns, aber auch für die weitaus große Mehrzahl aller Deutschen besteht gar kein Zweifel, daß für uns nur eine Entscheidung in Frage kommt: Eingliederung in den Westen, mit dem wir die gleichen Lebensformen und das gleiche Fundament haben.“³⁹

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Robert Tillmanns brachte die Haltung Adenauers und der CDU auf die einfache Formel: „Wer sich der westlichen Verteidigungsgemeinschaft widersetzt – aus welchen Motiven auch immer – fördert grundsätzlich die Politik der Sowjetunion.“⁴⁰ Von hier aus war es nicht mehr weit zur Behauptung von Franz Joseph Strauß, es bleibe im Grunde nur die Wahl, ob man auf der einen Seite Soldat werden wolle oder auf der anderen⁴¹.

Dieser Argumentation widersprach immer wieder die Opposition. Fritz Erler mahnte, man müsse wie dem östlichen so auch dem westlichen Druck widerstehen, wenn er im Dezember 1951 sagte, an den Nerven des deutschen Volkes zerren nicht nur die russische Propaganda der Einschüchterung, der Angst und der Täuschung, sondern auch die westliche der Panik und des Drucks. Die Deutschen sollten in dieser Situation einen kühlen Kopf behalten⁴². Erich Ollenhauer betonte am 7. Februar 1952 im Bundestag, die Ablehnung des Wehrbeitrags durch die SPD habe nichts mit der grundsätzlichen Westorientierung zu tun. Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes fühle sich mit den Lebensvorstellungen der westlichen Welt verbunden. Die Sozialdemokraten wüßten, wie sehr die nationale Existenz der Deutschen von der Erhaltung des Friedens und eines freien, demokratischen und sozialen Europa abhängen⁴³. Es komme aber darauf an, so argumentierte Carlo Schmid, daß man die Chancen der Selbstbehauptung steigere⁴⁴. Der Westen wolle den Machtzuwachs durch den deutschen Wehrbeitrag so leicht wie möglich bekommen, aber Verträge, bei denen es um Leben und Tod gehe, schließe man nur unter dem Vorbehalt der „Lebensinteressenklausel“⁴⁵.

Am entschiedensten formulierte auch im Frühjahr 1952 Rudolf Augstein. Wie Schumacher fürchtete er, im Kriegsfall werde – infolge der unzureichenden Kräfte in Westeuropa – die deutsche Rolle im hinhaltenden Widerstand bestehen, damit die Amerikaner in Frankreich oder Spanien einen Brückenkopf behalten könnten. Diese Rolle dürfe Westdeutschland unter keinen Umständen spielen, solange es

³⁹ Schlußwort Adenauers, in: Zweiter Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Karlsruhe 18.–21. 10. 1951, Bonn o. J., S. 163.

⁴⁰ Vgl. die Wiedergabe einer Tagung über die Wiederbewaffnung vom 31. 1.–4. 2. 1952, in: Leitbrief der Freunde der „Stätte der Begegnung“, Nr. 2, Heiligenhaus o. J., o. S.; es muß aber hinzugefügt werden, daß Tillmanns im übrigen die Ostpolitik differenzierter betrachtete als Adenauer.

⁴¹ Vgl. seine Ausführungen im Bundestag am 7. 2. 1952, in: BT, sten. Ber., S. 8121.

⁴² Vgl. *Das Volk* (Freiburg i.B.), 28. 12. 1951.

⁴³ Vgl. BT, sten. Ber., S. 8110 (7. 2. 1952).

⁴⁴ Vgl. Schmid, Carlo: Die Außenpolitik des Machtlosen. – In: *Außenpolitik*, 1952, H. 1, S. 18.

⁴⁵ Derselbe, am 3. 4. 1952 in: BT, sten. Ber., S. 8773.

18 Millionen Deutsche im anderen Lager wisse⁴⁶. An der Politik der Westmächte werde sich nichts ändern, solange diese Adenauer für ihren sichersten Bundesgenossen halten könnten. Adenauer habe ohne die Möglichkeit des Nein verhandelt und deutsche Divisionen angeboten „wie türkischen Honig“⁴⁷. „Sagen wir ihnen einmal ‚nein‘, und sie werden uns stark machen, daß wir den Sowjets hundertmal und hundertfach nein sagen können!“⁴⁸

Die Westmächte in Mitteleuropa zu größeren Verteidigungsanstrengungen zu veranlassen, war Augsteins Ziel. Von Schumacher unterschied er sich dabei aber durch die Perspektive. Während der Oppositionsführer bei seinen Forderungen in erster Linie an die Amerikaner dachte, kam es Augstein mehr auf eine verstärkte Anstrengung Frankreichs und größere Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten an. Dieser Aspekt kam deutlich in seiner „Kapuzinerpredigt“ an die Alliierten vom März 1952 zum Ausdruck: Es sei nicht freundlich, tue aber not, daran zu erinnern, daß die deutschen Divisionen im Ernstfall auf sich allein gestellt wären. Italien und Frankreich seien schwach, beide hätten mit Kommunisten im eigenen Land zu kämpfen. Belgien, Holland und Luxemburg könnten Deutschland auch nicht retten.

„Und die Amerikaner? Und die Engländer? Sie wissen genau, warum sie an der ‚Europa-Armee‘ nicht teilnehmen: damit sie sich nämlich im Ernstfall zur Verteidigung ihrer Insel und ihres Kontinents einschiffen können. Das ist die Lage.“⁴⁹

Die Meinungen standen unversöhnlich gegeneinander. Adenauer beharrte darauf: Wenn wir sowohl den Frieden als auch die Freiheit sichern wollten, so bleibe uns gar nichts anderes übrig, als uns auch militärisch mit der westlichen Welt zu verbinden⁵⁰. Er war wie Alfred Weber der Auffassung, es sei ein weltgeschichtlicher Strom in Bewegung geraten, der nicht verpaßt werden dürfe⁵¹.

3. Alternative der Radikalen:

Ablehnung des Westens und des Wehrbeitrags

Der einzige grundsätzliche Widerspruch zur Bonner Politik der Westorientierung kam von der extremen Linken und Rechten. Beide lehnten den Wehrbeitrag ab, weil sie nicht zum Westen gehören wollten, fanden aber kaum Anhänger, die einer Anlehnung an den Osten zugestimmt hätten.

⁴⁶ Daniel, Jens (i.e. Rudolf Augstein): Der Demokratie eine Chance. – In: *Der Spiegel*, 21. 5. 1952, S. 4.

⁴⁷ Derselbe, Warum nicht noch warten?, ebenda, 12. 3. 1952, S. 6.

⁴⁸ Derselbe, Der Demokratie eine Chance, S. 6.

⁴⁹ Derselbe, Warum nicht noch warten?, S. 5.

⁵⁰ Auf einer Kundgebung der CDU am 30. 4. 1952 in Wetzlar, in: *Bulletin*, 3. 5. 1952, Nr. 50, S. 530.

⁵¹ Vgl. Weber, Alfred: Der Westen und die deutsche Einheit. – In: *Außenpolitik*, 1952, H. 1, S. 8.

Die KPD war zu schwach, um eine „Rapallo-Politik“ betreiben zu können, es fehlte ihr auch ein entsprechendes Programm. Man wußte zwar, daß ihr Werben für die nationale Einheit einer sowjetabhängigen Einheit galt, doch hat sie nie ein ernst zu nehmendes Programm des Zusammengehens mit dem Osten entwickelt, das man als Alternative zur Teilnahme an der westlichen Verteidigung hätte ansehen können. Ihre Politik erschöpfte sich in tagespolitischer Agitation gegen den Wehrbeitrag, wobei je nach der angesprochenen Bevölkerungsgruppe die Argumente wechselten⁵². Die KPD brandmarkte die Politik der Westintegration durch Wehrbeitrag als ein „Über-Versailles“. Doch sie blieb ohne jeden sichtbaren Erfolg in der Bundesrepublik; auch die Alliierten sahen die kommunistischen Aktivitäten in der richtigen Relation⁵³.

Ähnlich lag es bei der äußersten Rechten, die im Gegensatz zur KPD über keine geschlossene Organisation verfügte. Die Rechtsradikalen beschränkten sich ebenso wie die radikalen Linken auf Agitation gegen den Westen und die Bundesregierung, die man als „Quislingregierung“ bezeichnete⁵⁴, welche zu den Westalliierten in einem „Lebensverhältnis“ stehe und folglich „Hilfstruppen“ zu stellen habe⁵⁵. Die antiwestliche Haltung der Rechtsradikalen äußerte sich in Vorwürfen, die von der allgemeinen Verschwörung gegen das Deutschtum⁵⁶ bis zur Dolchstoß-Theorie⁵⁷ reichten. Remer⁵⁸ wollte „lieber den Verkehrsposten für die anrückenden Russen spielen als in der Maginotlinie verbluten“, denn Adenauers Politik sei um nichts besser als die des Herrn Pieck⁵⁹.

Die radikale Rechte durfte mit ihrer antiwestlichen Haltung eher auf Erfolg hoffen als die Kommunisten, da sie auf ein gewisses Potential von Ressentiments in der Bevölkerung bauen konnte. In ihrer Ablehnung des Wehrbeitrags aus grund-

⁵² Vgl. als beispielhafte Dokumente für die KPD-Politik gegen den Wehrbeitrag die Entschliebung des Parteitags der KPD vom 3.–5. 3. 1951, in: *Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956*. [Ost-]Berlin 1965, S. 256 ff.; die Rede Max Reimanns vor dem Bundestag am 7. 2. 1952, in: *BT, sten. Ber.*, S. 8135 ff.; zur Beurteilung der KPD-Politik vgl. Douglas, William A.: *The KPD Against Rearmement*, Princeton University, Ph. D. 1964, S. 300 ff.; Kluth, Hans: *Die KPD in der Bundesrepublik*, Köln und Opladen 1959, S. 42 ff.

⁵³ Vgl. den Bericht des amerikanischen Hochkommissars: *Kommunistische Versuche zur Hintertreibung eines deutschen Verteidigungsbeitrages*, in: *Bericht über Deutschland*, 1. 4. – 30. 6. 1951, Nr. 7, S. 65 ff.

⁵⁴ Vgl. Rudel, Hans-Ulrich: *Wir Frontsoldaten zur Wiederaufrüstung*, Buenos Aires 1951, S. 10.

⁵⁵ Vgl. Backhaus, Hugo C. (i.e. Herbert Grabert): *Wehrkraft im Zwiespalt*, Göttingen 1952, S. 16.

⁵⁶ Vgl. Büttner, Walter: *Verschwörung gegen Deutschland*, Pähl 1952, S. 52.

⁵⁷ Vgl. Rudel, Hans-Ulrich: *Dolchstoß oder Legende? Rottach-Egern o.J. (um 1952)*; Harwick, Christian: *Deutschland zwischen Ja und Nein*, Kreuzlingen und Konstanz 1951, S. 19.

⁵⁸ Remer war am 20. Juli 1944 als Major entscheidend an der Niederschlagung des Aufstandes gegen Hitler beteiligt, wurde bald danach zum General befördert und vertrat nach 1945 öffentlich eine Rechtfertigungsideologie, die vom Nationalsozialismus nicht weit entfernt war.

⁵⁹ Vgl. das UP-Fernschreiben vom 19. 12. 1950, Archiv BPA.

sätzlicher antiwestlicher Einstellung heraus waren sich die beiden extremen Flügel der politischen Parteien aber einig, wenngleich sich ihre Motive nicht deckten. Auch die DDR setzte diese Übereinstimmung der negativen Zielsetzung zwischen Kommunisten und Nationalisten in der Bundesrepublik bewußt in ihr politisches Kalkül ein. So, wenn der Wehrmacht-General Vinzenz Müller, der 1944 zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gestoßen war und später in der DDR eine maßgebliche Rolle beim Aufbau der Volkspolizei spielte, zusammen mit anderen DDR-Prominenten im Herbst 1950 einen Offenen Brief „an alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP, Offiziere und Berufssoldaten in Westdeutschland“ richtete. In dem Brief wurden die Adressaten davor gewarnt, noch einmal „in der falschen Front“ zu stehen; statt dessen komme es darauf an, gemeinsam den Krieg zu verhindern. Der Appell schloß mit dem Satz: „Wir reichen Euch die Hand!“⁶⁰ Vinzenz Müller hatte seit dem Sommer 1950 auch direkte Kontakte zu rechtsradikalen ehemaligen Offizieren in der Bundesrepublik hergestellt, u. a. über den früheren Reichswehrleutnant Richard Scheringer, der 1930 wegen nationalsozialistischer Umtriebe in der Reichswehr verurteilt worden war und danach zur KPD übertrat. Die Gemeinsamkeit zwischen einigen radikalen Gruppen reichte über die Ablehnung des Wehrbeitrags hinaus bis zur Propagierung eines unabhängigen starken Deutschland, das an bestimmte historische Vorbilder enger deutsch-russischer Zusammenarbeit (Taurroggen, Rückenversicherungsvertrag, Rapallo usw.) anknüpfen sollte⁶¹.

Solche Gedankengänge und Kontakte erregten bei den Westmächten die Befürchtung, die Deutschen könnten erneut eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West versuchen. Im Sommer 1951 sprach man in Bonn von einem „Rapallo-Komplex“, der in westlichen Hauptstädten zu beobachten sei⁶². Der Grund hierfür lag vor allem im Ausgang der Landtagswahl in Niedersachsen vom 6. Mai 1951, die der rechtsradikalen SRP unter Remers Führung 11 Prozent der Stimmen eingebracht hatte⁶³. In Washington wurden Stimmen laut, die der Sorge Ausdruck gaben, parallel zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität könne es zu einem Wiedererstarken der Rechtsradikalen und schließlich zu einem Zusammengehen von Russen und Deutschen kommen.

Innerhalb der großen demokratischen Parteien der Bundesrepublik gab es aber keinen ernsthaften Politiker, der mit ähnlichen Gedanken spielte: An ein Rapallo war schon deshalb nicht zu denken, weil die durch das Zusammentreffen des schwachen Deutschland mit dem schwachen Rußland 1922 gegebene partnerschaft-

⁶⁰ Als Flugblatt im Archiv BPA.

⁶¹ Vgl. Tauber, Kurt P.: *Beyond Eagle and Swastica, German Nationalism since 1945*, Middletown/Connecticut, 1967, S. 160 ff.

⁶² Vgl. BA/MA, Akten Oster 37 (Bl) 2-2/146, Bl. 58; vgl. auch die Meinung des in Israel lehrenden Politikwissenschaftlers Ludwig Yehuda Oppenheimer, in: *Frankfurter Hefte*, 1952, H. 5, S. 372 f.

⁶³ Vgl. Faul, Erwin (Hrsg.): *Wahlen und Wähler in Westdeutschland*, Villingen 1960 S. 347.

liche Situation sich gründlich verändert hatte⁶⁴. Auch Tauroggen konnte nicht als historisches Vorbild für die Gegenwart dienen. Der militärpolitische Experte und Publizist Adelbert Weinstein schrieb dazu 1951: damals habe der Usurpator Napoleon geheißt, und der preußisch-russische Zusammenschluß habe der nationalen Freiheit gedient. Heute aber heiße der Usurpator Stalin, und der Kampf für die Freiheit lasse die Deutschen auf die Seite des Westens treten⁶⁵. Der ehemalige Generalstabschef Halder sah den Grund für das Liebäugeln „sogenannter Rechtskreise“ mit den Sowjets in einem Gefühl der Schwäche und lehnte die Anwendung des Tauroggen-Symbols auf die gegenwärtige Situation mit der gleichen Begründung ab wie Weinstein⁶⁶.

Die Bundesregierung suchte immer aufs neue das Mißtrauen des Westens gegen eine eventuelle Bonner Schaukelpolitik auszuräumen. Diese Erwägung verstärkte nur ihren Standpunkt, die Bundesrepublik müsse durch einen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung ihre Option für den Westen völlig eindeutig machen. Schon in der Wehrdebatte vom 8. November 1950 hatte von Brentano für die CDU in diesem Sinne erklärt, die Deutschen könnten nicht den Besatzungsmächten die Verteidigung überlassen und selbst die „Hände bis zum Ellenbogen in die Tasche stecken“. Das westliche Ausland dürfe nicht zu der Meinung gelangen, einige Deutsche spielten schon wieder mit dem Gedanken, „es könnte auch einmal der Zeitpunkt kommen, wo ein Bündnis mit dem Osten günstiger wäre“⁶⁷. Äußerste Rechte und äußerste Linke blieben mit ihrer Auffassung in der Bundesrepublik eine schwache Minderheit und haben die Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag kaum beeinflußt. Ihre Wirkung war eher im westlichen Ausland zu suchen, das auf entsprechende Nachrichten besonders empfindlich reagierte.

4. Das Engagement der USA in Asien und der amerikanische Isolationismus als Argumente in der deutschen Wehrdebatte

Die Diskussion in der Bundesrepublik ist aber nicht allein von der Problematik des allgemeinen Verhältnisses zum Westen beeinflußt worden, sondern auch von Fragen, die in den speziellen Beziehungen zu einzelnen Westmächten eine Rolle spielten. Je nach der Art dieser Fragen hat ihre Behandlung in der Wehrdebatte den innerdeutschen Entscheidungsprozeß beschleunigt oder gebremst.

So lag es auf der Hand, daß die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik nicht ohne Berücksichtigung der wirklichen oder vermuteten künftigen außenpolitischen

⁶⁴ Vgl. Allemann: Bonn ist nicht Weimar, S. 134.

⁶⁵ Vgl. Weinstein, Adelbert: Armee ohne Pathos, Bonn 1951, S. 157 f.

⁶⁶ Vgl. Bor, Peter (i.e. Lüth): Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950, S. 250 f.; vgl. auch das BDJ-Flugblatt gegen den Tauroggen-Mythos, das als Reaktion auf den Offenen Brief von Vinzenz Müller veröffentlicht wurde (Lüth war Gründer des BDJ, einer von den Amerikanern finanzierten antikommunistischen Jugendorganisation).

⁶⁷ BT, sten. Ber., S. 3618 (8. 11. 1950).

Generalorientierung der Vereinigten Staaten geführt werden konnte, die als Initiatoren der deutschen Wiederbewaffnung fungiert hatten und im übrigen noch die einzige Macht darstellten, die der Sowjetunion militärisch gewachsen war. Nachdem die Sicherheitsfrage durch den Koreakrieg aktualisiert worden war, geriet aber die europäische und nicht zuletzt die deutsche Gewißheit ins Wanken, Amerika werde auch in Zukunft die Sicherheit des westeuropäischen Kontinents garantieren können und wollen, da sich die Aktion in Korea rasch zu einem regulären Krieg ausweitete, dessen Hauptlast die Amerikaner zu tragen hatten.

Man konnte daraus, wie der Publizist Gert Spindler es tat, die Folgerung ziehen, amerikanische Garantieverprechen seien jetzt für die Bundesrepublik nur noch „ein Fetzen Papier“, und deshalb müsse die Aufstellung deutscher Divisionen verlangt werden⁶⁸. Oder aber man versuchte, wie Adenauer, Washington zu der Ansicht zu bringen, daß trotz Korea Westeuropa der wichtigste Punkt in allen Konflikten bleibe⁶⁹. Die CDU verglich nun die Rolle der Amerikaner in der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Rolle Roms, das einst in seinem Einflußbereich ebenfalls eine Schutzfunktion ausgeübt hatte⁷⁰. Doch nicht allein Adenauer sprach von einer „pax americana“⁷¹. Auch Augstein sah unter den gegebenen Umständen in Amerika einen „Weltfriedensgaranten“⁷², und Schumacher verlangte von Washington eine besonders deutliche Bekundung des Engagements in Deutschland, dem schwächsten Glied des Westens: man könne z. B. amerikanische Divisionen statt in Arizona und Texas auch in der Lüneburger Heide und Grafenwöhr ausbilden⁷³. Nach Meinung der CDU mußten in dieser Situation aber vor allem die Deutschen selbst ihren Willen zur Verteidigung und ihre ernste Einschätzung der Sicherheitsfrage beweisen, da das Verlangen unbillig sei, die Pauern von Texas sollten die deutsche Freiheit ohne deutsche Beteiligung verteidigen⁷⁴.

In Amerika trafen die deutschen Besorgnisse auf Verständnis. Washington reagierte zunächst mit einer Sicherheitsgarantie und schickte anlässlich der Überführung der Berliner Freiheitsglocke den in der Bundesrepublik sehr populären General Clay zu einer „good-will-Tour“ nach Deutschland. Auf einer Pressekonferenz in Bonn unterstrich Clay den amerikanischen Willen, die Sicherheit der Bundesrepublik zu garantieren, und kündigte außerdem die Verlegung amerikanischer Truppen nach Deutschland an, wobei er es freilich vermied, einen bestimmten Termin zu nennen⁷⁵. Trotzdem wuchs in der Bundesrepublik, als sich der Krieg

⁶⁸ Vgl. Spindler, Gert: Wir fordern Waffenschutz für unsere Heimat. – In: *Der Fortschritt*, 21. 7. 1950.

⁶⁹ Vgl. seine Pressekonferenz am 23. 8. 1950, MS, Archiv BPA, S. 9.

⁷⁰ Vgl. Informationsdienst der CDU, 26. 8. 1950, S. 1.

⁷¹ Vgl. Adenauers Pressekonferenz vom 23. 8. 1950, S. 7.

⁷² Vgl. Daniel, Jens (i.e. Augstein): Koreanische Epistel. – In: *Der Spiegel*, 20. 7. 1950, S. 15.

⁷³ Vgl. die Pressekonferenz Schumachers vom 23. 8. 1950, MS, Archiv BPA, S. 21; vgl. auch seine Bundestagsrede vom 8. 11. 1950, in: BT, sten. Ber., S. 3574.

⁷⁴ Vgl. die Wahrede Gerstenmaiers in Murrhardt. – In: *Murrhardter Zeitung*, 14. 11. 1950; DUD, 18. 12. 1950 und 22. 12. 1950.

⁷⁵ Vgl. das Protokoll der Pressekonferenz vom 25. 10. 1950, MS, Archiv BPA, S. 4 ff.

in Asien hinzog und überdies seine Eskalation drohte, die Sorge, Washington werde dem europäischen Kontinent womöglich noch Sicherungskräfte entziehen⁷⁶.

Als der amerikanische Oberbefehlshaber in Korea, MacArthur, die Yalu-Brücken auf der Grenze zwischen Nordkorea und der Mandschurei bombardieren wollte, um der chinesischen Intervention Herr zu werden⁷⁷, befürchtete man in Europa, MacArthur könnte den Kampf mit Rotchina aufnehmen und dafür alle verfügbaren amerikanischen Kräfte benötigen. Der amerikanische General war bekannt für seine Auffassung, Europa könne auch in Asien verteidigt werden und Asien gebühre der Vorrang⁷⁸.

Regierungssprecher von Twardowski erläuterte der Presse am 1. Dezember 1950 die Sorgen der Bundesregierung. Ein Überschreiten des Yalu durch US-Truppen könnte nach seiner und der Regierung Meinung zu einer uferlosen militärischen Aktion führen. Die Deutschen wüßten ja aus Rußland, was ein Vorstoß in endlose Räume bedeute. Es sei möglicherweise auch das Ziel der sowjetischen Politik, Amerika in China festzuhalten, damit es dort Blut lasse und Material verbrauche. „Jede Division, die nach Ostasien geht, kann nicht nach Europa kommen. Das ist eine sehr große Gefahr.“⁷⁹

Der Kieler Professor und Sozialdemokrat Fritz Baade legte einen eigenen Vorschlag zur Verbindung der Sicherheitsmaßnahmen in Ostasien und Europa vor. Bei seiner „Weltkonzeption der Verteidigung“ ging er vor Studenten im Februar 1951 von der Annahme aus, durch einen Friedensschluß im Fernen Osten würden die amerikanischen Bodestreitkräfte für andere Aufgaben frei. Um aber zu verhindern, daß in Ostasien erneut ein Machtvakuum entstünde, schlug er vor, Japan wieder zu bewaffnen. Japan stehe, obwohl eine Insel, vor dem gleichen Problem wie Deutschland. Zwar schwebe es nicht in der Gefahr, „so mal am frühen Morgen überrannt zu werden“, doch sei es wünschenswert, daß Japan „als Wächter am Frontabschnitt ‚Fernen Osten‘ fungieren könne“. Baade wollte die im Fernen Osten frei werdenden amerikanischen Truppen allerdings nicht nach Europa verlegt haben, stand mit dieser Auffassung aber auch in seiner Partei allein da⁸⁰.

Truman suchte den Vertrauensschwund in Europa durch die Ernennung Eisenhower zum Oberkommandierenden der europäischen NATO-Streitkräfte und durch

⁷⁶ Vgl. Europa zuerst!, in: *Rheinischer Merkur*, 16. 12. 1950.

⁷⁷ Vgl. Truman, Memoiren. Bd. II, S. 423 ff.

⁷⁸ Vgl. den Brief MacArthurs an den republikanischen Oppositionsführer im Repräsentantenhaus vom 20. 3. 1951 bei Truman: Memoiren, Bd. II, S. 513 f.; vgl. auch: *Der Spiegel*, 25. 12. 1950, S. 16.

⁷⁹ Protokoll der Pressekonferenz vom 1. 12. 1950, MS, Archiv BPA, S. 12 f.; von Twardowski hat die Journalisten, die Gedanken nicht als Regierungsäußerungen zu zitieren und auch die Person MacArthurs nicht zu sehr anzugreifen, damit die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten nicht gegen die Bundesrepublik aufgebracht werde.

⁸⁰ Vgl. Baade, Fritz: Wie kann Deutschland verteidigt werden?, Vortrag vom 19. 2. 1951 vor Studenten der Universität Kiel, MS, in: BA/MA, EVG-Konferenz, Handakte Speidel, EVG 3-/233, Bl. 47 ff.

dessen Europareise zu Beginn des Jahres 1951 aufzufangen⁸¹. Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten ließ Eisenhower in einer Kongreßrede⁸² und in einer Rundfunkrede an die amerikanische Nation keinen Zweifel an dem Engagement der Vereinigten Staaten für die europäische Sicherheit⁸³.

Die Entlassung MacArthurs durch Präsident Truman am 11. April 1951 verstand man in der Bundesrepublik als endgültigen Sieg einer europäischen Sicherheitspolitik Washingtons über die Asien-Präferenz MacArthurs und seiner Anhänger⁸⁴. Der Koreakrieg hatte zwar nicht zu einer Entblößung Europas von amerikanischen Truppen geführt, immerhin aber zum Ausbleiben der 1950 angekündigten amerikanischen Truppenverstärkungen auf dem europäischen Kontinent.

Schließlich machte sich in der innerdeutschen Wehrdebatte auch die Furcht bemerkbar, in den Vereinigten Staaten könnten sich, wie nach 1919, abermals isolationistische Tendenzen durchsetzen und eine völlige Preisgabe Westeuropas erzwingen. Solche Befürchtungen spielten sogar eine erhebliche Rolle, da die Antwort auf die Frage, ob der eigene Wehrbeitrag an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft werden sollte, naturgemäß weitgehend von der Einschätzung der amerikanischen Bindung an Europa abhing. Bundesregierung und Koalitionsparteien vertraten die Ansicht, allzu hochgeschraubte Bedingungen, wie sie von den Sozialdemokraten gefordert würden, müßten in Amerika irritierend wirken und die isolationistische Strömung fördern⁸⁵.

Adenauer schrieb am 31. Januar 1951 an Schumacher, in den Vereinigten Staaten bestehe trotz gegenteiliger Regierungserklärungen eine latente Neigung zum Isolationismus, der die Bundesrepublik nur durch eine entschiedene Haltung in der Frage des Wehrbeitrags begegnen könne⁸⁶. Schumacher antwortete nach einer Woche, es gebe keine amerikanische Politik, die in der Lage wäre, Europa aufzugeben. Die isolationistischen Tendenzen in den Vereinigten Staaten seien rückläufig⁸⁷.

Demgegenüber polemisierte der FDP-Vorsitzende Franz Blücher im bayerischen Landtagswahlkampf, wer mit der billigen Phrase hausieren gehe, jetzt hätten sie uns nötig, der sei „ein Apostel der Dunkelheit“, denn die Amerikaner hätten uns be-

⁸¹ Vgl. Truman, Memoiren, S. 282ff.; vgl. auch Moch: Histoire du Réarmement Allemand, S. 249ff.

⁸² Vgl. die Auszüge aus der Rede, in: *Archiv der Gegenwart*, 1951, S. 2796f.

⁸³ Vgl. den Wortlaut der Rundfunkrede nach United Press, in: *Ost-Probleme*, 17. 2. 1951, Nr. 7, S. 219f.; vgl. hierzu auch: Volle, Hermann: Die Positionskämpfe innerhalb der Atlantikpakt-Organisation. Eine Vertrauenskrise der amerikanischen Außenpolitik. – In: EA, 1952, S. 4618ff.

⁸⁴ Vgl. z. B. Walter von Cube am 14. 4. 1951 im Bayerischen Rundfunk in: Cube, Ich bitte um Widerspruch, S. 353; zur MacArthur-Entlassung vgl. Truman: Memoiren, Bd. II, S. 497ff.

⁸⁵ Vgl. Informationsdienst der CDU, 4. 11. 1950, S. 1f.; Adenauer: Erinnerungen 1945 bis 1953, S. 405ff.

⁸⁶ Vgl. den Wortlaut des Briefes, in: Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 416ff.

⁸⁷ Ebenda, S. 421f.

stimmt nicht so nötig wie die Deutschen im Ernstfall die Amerikaner⁸⁸. Blüchers Parteifreund und Kabinettskollege Eberhard Wildermuth war dagegen ähnlich wie Schumacher der Meinung, man könne durchaus Bedingungen für einen Wehrbeitrag stellen, denn das amerikanische Interesse an Europa sei handgreiflich.

„Wenn das europäische materielle und völkische Potential von 200 Millionen Menschen mit einer ungeheuren Industrie . . . in die russische Machtsphäre fällt, dann ist für Amerika Freiheit und Unabhängigkeit gefährdet, nicht von einem Tag zum anderen, aber in einigen Jahren.“⁸⁹

Am entschiedensten argumentierte in diesem Sinne der Sozialdemokrat Adolf Arndt bei der stürmischen Debatte am 8. Februar 1952 im Bundestag: „Es gibt keine amerikanische Politik, die in der Lage wäre, Deutschland und Europa aufzugeben. Die Weltgeltung Amerikas, seine eigene Sicherheit und seine Position gegenüber dem Weltkommunismus lassen das nicht zu.“⁹⁰ Hermann Ehlers (CDU) entgegnete sofort: „Herr Kollege Arndt, ich fürchte, es kann es.“⁹¹ Aber selbst wenn Arndt recht habe, sei es unklug, die bestehende Zwangslage Amerikas, sich an der Elbe verteidigen zu müssen, in dieser Weise auszunutzen. Auch der FDP-Abgeordnete Euler fragte, woher man das Recht nehme, darauf zu vertrauen, daß die Vereinigten Staaten nicht die schlimmsten Fehler machten und gegen ihre wohlverstandenen Interessen verstießen. Wer hätte denn geglaubt, daß Roosevelt Stalin so falsch einschätzte⁹². Dieselben gegensätzlichen Auffassungen herrschten in der Publizistik. Während der Münchener Rundfunkkommentator Walter von Cube an die Adresse der Westmächte gewandt erklärte: „Zeigt uns erst einmal die europäische Armee und dann fragt, ob wir mitmarschieren wollen!“⁹³, mahnte Wilhelm Wolfgang Schütz: „Das Risiko eines amerikanischen Desinteresses an Deutschland und damit an Europa darf nicht herausgefordert werden.“⁹⁴ Eine mittlere Position nahm Gräfin Dönhoff in der *Zeit* ein, wenn sie es schon im Februar 1951 als sicher hinstellte, daß Amerika, zur Weltherrschaft bereit, sich endgültig vom Isolationismus gelöst habe. Sie schränkte jedoch ein, dieser Entschluß bedeute einen enormen Aufwand und wohl auch einen gewissen Konsumverzicht für die Vereinigten Staaten. Daher sei es verständlich, wenn der amerikanische Bürger angesichts der zögernden europäischen Haltung in der Verteidigungsfrage mißmutig werde⁹⁵.

Nachrichten, die deutsche Politiker aus den Vereinigten Staaten mitbrachten,

⁸⁸ Vgl. seine Wahlrede in München am 8. 11. 1950. – In: FDP-Briefe Nr. 22 vom 23. 11. 1950, S. 3, FDP-Archiv.

⁸⁹ Am 6. 1. 1951 auf dem Dreikönigstreffen der DVP in Stuttgart, MS, Archiv der Gesellschaft für Auswärtige Politik, S. 21.

⁹⁰ BT, sten. Ber., S. 8154.

⁹¹ Ebenda, S. 8215.

⁹² Ebenda, S. 8130.

⁹³ Am 11. 11. 1950 im Bayerischen Rundfunk; vgl. Cube: Ich bitte um Widerspuch, S. 331.

⁹⁴ Schütz, Wilhelm Wolfgang: Deutschland am Rande zweier Welten, Stuttgart 1952, S. 19.

⁹⁵ Vgl. Dönhoff, Marion Gräfin: Ist Amerika zur Weltherrschaft bereit? – In: *Die Zeit*, 15. 2. 1951.

klangen recht beruhigend. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Euler erklärte nach Rückkehr von einer Reise in die USA im Frühjahr 1951, einen Isolationismus wie in den 20er Jahren gebe es überhaupt nicht, wenn auch die „Verneinungspolitik“ der Sozialdemokraten in der amerikanischen Öffentlichkeit erhebliches Mißtrauen erwecke⁹⁶. Und ein Jahr später erklärte Staatssekretär Hallstein (Auswärtiges Amt), er habe bei seinen Gesprächen in Amerika „nicht eine einzige Spur von etwas gefunden, was man nun in vollem Sinne des Wortes als Isolationismus bezeichnen könne“⁹⁷. Das hinderte Adenauer aber nicht, zur Rechtfertigung seiner Politik immer wieder die Gefahr des amerikanischen Rückzugs aus Europa an die Wand zu malen, so am 30. April 1952, als er auf einer CDU-Kundgebung in Wetzlar seine Gründe für die Ablehnung der sowjetischen Märznote darlegte: eine Torpedierung der EVG lasse den Rückzug der Amerikaner hinter den Ozean befürchten. Dann habe die Sowjetunion ihr Ziel erreicht und Deutschland stünde ohne Schutz da⁹⁸.

Solange die Regierung Truman-Acheson im Amt war, brauchte die Bundesrepublik die amerikanische Garantie der deutschen Sicherheit nicht ernstlich anzuzweifeln; denn beide Politiker traten seit den grundsätzlichen Entscheidungen des Sommers 1950 für ein amerikanisches Engagement in Europa ein und hielten die Lage auf dem europäischen Kontinent für den Schlüssel der Welt-Situation⁹⁹. Diese Meinung gründete sich nicht zuletzt auf das wirtschaftliche Potential Westeuropas, insbesondere des Ruhrgebiets, dessen Besitz von strategischer Bedeutung war.

Sollte diese Administration aber bei den nächsten Präsidentschaftswahlen durch eine republikanische, etwa unter Taft, abgelöst werden, dann war, wie die Bundesregierung glaubte, die Kontinuität des amerikanischen Kurses nicht mehr gewährleistet; denn drei prominente Republikaner, Taft, Hoover und MacArthur, vertraten eine Strategie, die den Rückzug der Amerikaner aus Europa zur Folge haben konnte. Deshalb war Bonn bemüht, durch eine entgegenkommende Haltung diejenigen Kräfte in den Vereinigten Staaten zu unterstützen, die für die bisherige Europapolitik eintraten. Erst als am 11. Juli 1952 Eisenhower die Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten gegen Taft gewann, wurden die Bonner Befürchtungen endgültig gegenstandslos. Das Argument jedoch, Amerika könne in den Isolationismus zurückfallen, ist von der Bundesregierung auch weiterhin gerne gegen die Opposition ausgespielt worden, wenn es darum ging, die entgegenkommende Haltung nach Westen zu rechtfertigen.

⁹⁶ Vgl. den Reisebericht von Euler, August Martin: Wege zum Frieden ohne Krieg. – In: *Der Spiegel*, 7. 3. 1951, S. 24f.

⁹⁷ Vgl. das Interview mit Peter von Zahn über den Nordwestdeutschen Rundfunk, in: *Bulletin*, 25. 3. 1952, Nr. 35, S. 356.

⁹⁸ Vgl. *Bulletin*, 3. 5. 1952, Nr. 50, S. 530.

⁹⁹ Vgl. Martin: The American Decision to Rearm Germany. – In: Stein, American Civil-Military Decisions, S. 652ff.; Truman: Memoiren, Bd. II, S. 282ff.; Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 306ff.; vgl. auch Kruls, H. J.: The Defense of Europe. – In: *Foreign Affairs*, 1951/52, H. 2 (Januar 1952), S. 265ff.

5. Bemühungen um die Beteiligung Englands an der europäischen Verteidigung

Andere und vor allem realere Probleme steckten im deutsch-britischen Verhältnis, auch und gerade nachdem Großbritannien der deutschen Teilnahme an der westlichen Verteidigung grundsätzlich zugestimmt hatte. Die Bundesregierung wollte in der Wehrfrage nicht allein ein möglichst gutes Einvernehmen zwischen Bonn und London erreichen, sondern darüber hinaus einen möglichst engen Anschluß Englands an die künftige Organisation der europäischen Verteidigung. Adenauer war der Meinung, die Position Londons werde sich, da die Macht Großbritanniens bislang hauptsächlich auf der Flotte beruht hatte, durch die steigende Bedeutung der Luftwaffe und die sinkende Bedeutung der Marine entscheidend verändern. Die Selbständigkeitsbestrebungen der überseeischen Gebiete und die Lockerung des Commonwealth würden England ebenfalls zur Annäherung an Kontinentaleuropa zwingen¹⁰⁰, zu einer Annäherung, die Adenauer nicht zuletzt deshalb wünschte, weil Westeuropa, nachdem Österreich-Ungarn und dann das Deutsche Reich zerbrochen seien, dem Druck aus dem Osten nur dann standhalten könne, wenn sich Großbritannien an der europäischen Einigung und Verteidigung unmittelbar beteilige. Die Opposition meldete gegen die politische Konsequenz der Gedanken Adenauers keinen prinzipiellen Widerspruch an.

Nun brachte aber der Bundeskanzler der in London amtierenden Labour-Regierung ein spürbares Mißtrauen entgegen. Er hätte als Partner die Konservativen vorgezogen, da er in ihrem Führer Churchill einen Staatsmann sehen zu dürfen glaubte, der die Aufgaben europäischer Politik ähnlich verstand wie er selbst. Zwar erklärte Adenauer am 28. Oktober 1950, nachdem die Labour-Regierung eben den amerikanischen Plan einer deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen der atlantischen Verteidigung unterstützt und auch gegen französische Widerstände verteidigt hatte, die Deutschen könnten zur britischen Regierung volles Vertrauen haben¹⁰¹. Im Frühjahr 1951 fand er jedoch seine Auffassung wieder bestätigt, daß die Labour-Politiker seine Vorstellung von der Rolle, die England für und in Europa spielen sollte, nicht teilte und sich im übrigen auch ein nur unzureichendes Bild vom sowjetischen Druck und von den Umtrieben der Fünften Kolonnen machten¹⁰².

Weder Lord Henderson, Unterstaatssekretär im Foreign Office, dem Adenauer seine Gedanken am 29. März 1951 vortrug, noch Außenminister Morrison, der Nachfolger Bevin, mit dem Adenauer am 19. Mai konferierte, sagten die von Adenauer gewünschte Zusammenarbeit zu. Beide hoben hervor, Großbritannien sei nicht in der Lage, sich an europäischen Einrichtungen mit supranationalem Charakter zu beteiligen. Morrison betonte, Großbritannien habe in seiner Einstel-

¹⁰⁰ Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 490.

¹⁰¹ Vgl. die Rede auf einer Tagung der ap-Abonnenten in Bonn, ap-Fernschreiben, Archiv BPA.

¹⁰² Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 497 ff.

lung zu Europa schon enorme Fortschritte gemacht und werde sich auch durch Organisationen wie die OEEC am europäischen politischen Geschehen beteiligen, doch sei die Insellage Englands nun einmal eine unübersehbare Tatsache¹⁰³.

Am meisten Mißfallen aber löste beim deutschen Bundeskanzler Attlees Bemerkung im Unterhaus vom 12. Februar 1951 aus, die deutsche Wiederbewaffnung werde weniger wichtig und auf ihre natürliche Größenordnung zurückgeführt, wenn es gelinge, eine echte Regelung mit Sowjetrußland zu erreichen¹⁰⁴. Diese Erklärungen veranlaßten Adenauer im Sommer 1951 vor Pressevertretern zu der Äußerung: „Es gibt in England Leute, die immer noch glauben, man könne mit Rußland in Ordnung kommen . . . England kann einem Europäer große Sorgen machen.“¹⁰⁵ Von nun an setzte er seine Hoffnung auf einen Regierungswechsel in England, zumal die Stellung der Labour-Regierung immer schwächer wurde. Von einem Regierungswechsel erhoffte er sich auch eine kritischere Haltung Londons gegenüber der Sowjetunion.

Schon bald nach Churchills Regierungsübernahme, im Dezember 1951, reiste Adenauer nach London. Wie im Sommer vor der deutschen Presse, so gab er jetzt vor englischen Journalisten in vorsichtigen Umschreibungen seinen Argwohn gegen die britische Rußland-Politik zu erkennen, den er, in Erinnerung an Jalta, auch gegen Churchill hegte. Churchill nahm Adenauers Mißtrauen als Frage auf und betonte in seinem Gespräch mit ihm, er werde keine Verständigung mit der Sowjetunion ohne deutsches Einverständnis herbeiführen und wolle die Bundesrepublik nicht aufgeben, um einen Frieden mit der Sowjetunion zu erlangen. „Haben Sie volles Vertrauen zu England, wir werden nicht hinter Ihrem Rücken Geschäfte machen.“¹⁰⁶

Adenauer versuchte nun, die Stellung der neuen Regierung zur EVG abzutasten und sie für eine möglichst enge Bindung an die europäische Verteidigung zu gewinnen. Churchill äußerte seine Sympathie für die EVG, die dem Kernpunkt seiner Europapolitik nach 1945, der Zusammenführung Deutschlands und Frankreichs, entsprach. Eine direkte britische Beteiligung lehnte er jedoch ebenso wie Attlee ab. Dabei spielte die traditionelle britische Gleichgewichtspolitik gegenüber dem Kontinent noch insofern mit, als Churchill erklärte, er sei für die Versöhnung Deutschlands und Frankreichs, doch Deutschland sei stärker als Frankreich, und England könne für die Erhaltung des Gleichgewichts besser sorgen, wenn es außerhalb der EVG bleibe¹⁰⁷. Man gehe mit, bemerkte Eden, ohne sich zu identifizieren. Gerstenmaier warf den Engländern daher noch am 10. Februar 1952 das Beharren auf

¹⁰³ Vgl. Ebenda, S. 492 ff.

¹⁰⁴ Vgl. die Auszüge aus Attlees Rede, in: BA/MA, (Bl) 2-2/530-1, Bl. 153.

¹⁰⁵ Protokoll des Presseempfangs für Chef-Redakteure am 13. 7. 1951 im Palais Schaumburg, MS, Archiv BPA, S. 7 f.

¹⁰⁶ Vgl. Adenauer: Erinnerungen 1945-1953, S. 508 ff.; dort auch die teilweise wörtliche Wiedergabe des Gesprächs mit Churchill vom 4. 12. 1951.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 507; vgl. auch Weymar: Konrad Adenauer, S. 656 ff.

ihrer „insularen und imperial verwobenen nationalstaatlichen Politik“ vor, die der Einigung Europas im Wege stehe¹⁰⁸. Jedenfalls mußte sich Adenauer mit der Zusage einer nicht integrierten Mitarbeit begnügen¹⁰⁹. Immerhin gelang es den Teilnehmern der EVG im März 1952, die britische Regierung zu einer Verbindung mit der EVG auf vertraglicher Grundlage zu veranlassen. Noch vor Unterzeichnung des Vertrages gab die britische Regierung eine Erklärung über einen Hilfs- und Unterstützungsvertrag ab, der vor allem die automatische Beistandsverpflichtung des Brüsseler Paktes von 1948 auf alle EVG-Länder ausdehnte¹¹⁰. Dies war aber das Äußerste, wozu sich die englische Regierung bereit fand. Leitlinie der Londoner Politik blieb der Grundsatz, das Commonwealth im Rahmen der westlichen Verteidigung neben den Vereinigten Staaten und dem europäischen Kontinent als eine dritte Größe zu betrachten. Churchill verglich die Verbindung dieser Größen mit der Überschneidung dreier exzentrischer Kreise¹¹¹. Der Versuch, England auf dem Wege über die europäische Verteidigung auch politisch näher an Europa heranzuführen, war gescheitert.

6. Die psychologischen Belastungen der deutsch-französischen Beziehungen als Hindernisse der gemeinsamen Verteidigung

Anders als in Amerika und England begegnete in Frankreich die Wiederbewaffnung Deutschlands grundsätzlichem Widerspruch oder doch einem weitverbreiteten starken Unbehagen – angesichts der historischen Hypotheken auf den deutsch-französischen Beziehungen durchaus begreiflich. Der französische Verteidigungsminister Jules Moch, der seiner Regierung 1950 bis 1952 nur höchst widerwillig auf dem Weg der EVG-Verhandlungen gefolgt war, sprach noch in seiner 1965 veröffentlichten Darstellung über diese Politik von der „nutzlosen Wiederbewaffnung Deutschlands“ und nannte sie „ein Beispiel für den Mangel an Reife der Nationen und Völker des 20. Jahrhunderts“¹¹². Die Angst vor Deutschland wurzelte in Frankreich zu tief, als daß man sie aufgrund der sowjetischen Bedrohung ohne weiteres vergessen konnte.

In der Bundesrepublik ist der französische Argwohn gewiß mit Verständnis aufgenommen, aber doch als unbegründet entschieden zurückgewiesen worden, und das angesichts der gegebenen Machtverhältnisse nicht selten mit gereizten Untertönen.

¹⁰⁸ Vgl. Gerstenmaier, Eugen: Mobilmachung der Angst. – In: *Schwäbische Rundschau*, 10. 2. 1952.

¹⁰⁹ Vgl. das Protokoll des Pressetees am 24. 1. 1952 im Palais Schaumburg, MS, Archiv BPA, S. 4f.

¹¹⁰ Vgl. den Wortlaut der Erklärung vom 15. 4. 1952, in: *Europa, Dokumente zur Frage der europäischen Einigung*, S. 832f.

¹¹¹ Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 512.

¹¹² Moch: *Histoire du Réarmement Allemand*, S. 386.

Auf französische Vorbehalte gegen einen deutschen Wehrbeitrag, die davon auszugehen schienen, daß die Deutschen schon wieder mit aller Energie nach Waffen strebten, reagierte z. B. Blücher am 8. November 1950 mit folgendem Gefühlsausbruch:

„Wenn Ihr Franzosen dann glaubt, Bedingungen stellen zu sollen und zu müssen, dann denkt daran: Ein deutscher Soldat ist für die Seinen genauso wie für Euch und Eure Mütter nur ein Opfer und wir bedauern es aufs tiefste, wenn wir uns vorstellen müssen, daß es wieder deutsche militärische Einheiten gibt . . .“¹¹³

Hermann Schäfer (FDP) warf den westlichen Nachbarn vor, sie fänden, gelähmt vom Alldruck einer Bedrohung durch die Deutschen, nicht in die Zukunft der Übernationalität¹¹⁴, und Rudolf Augstein meinte, es habe keinen Zweck, „Rücken an Rücken mit einem Bundesgenossen, der derart von Minderwertigkeitskomplexen und hysterischen Ängsten geschüttelt wird, den Sowjets entgegenzutreten“. Die Franzosen hätten ja vor den Deutschen mehr Angst als vor den Sowjets, und man habe in der Kammerdebatte gesehen, „zu welcher selbstmörderischer Kopflosigkeit die Franzosen fähig sind, wenn sie sich deutschen Divisionen gegenübersehen“¹¹⁵. Und Adelbert Weinstein bezeichnete den Widerstand der Franzosen als das stärkste Hindernis für eine sinnvolle Form der gemeinsamen Verteidigung in Europa, wobei er freilich hinzusetzte:

„In Frankreich ist eben das Mißtrauen gegen die Deutschen echt und beharrlich, und in Deutschland ist die Vorstellung, sich einmal nicht gegen den Westen wenden zu müssen, in ihrem ganzen Ausmaß noch nicht erfaßt. . . Zu viele Generationen haben im Gedanken der Feindschaft gelebt und gelitten. Deshalb fällt es heute den Lebenden schwer, sich an die Freundschaft zu gewöhnen.“¹¹⁶

Doch nun hätten Frankreich und Deutschland zum ersten Mal den gleichen gemeinsamen Feind, „der fürchterlicher für jeden von beiden ist als der eine dem anderen es je sein könnte“; nun sei die „eiskalte Berechnung“ der Gegebenheiten die Forderung der Stunde.

„Vielleicht kommt aus dem Frankreich der großen militärischen Tradition doch eines Tages der Ruf an die Deutschen, – entsprungen dem Geist wirklicher Partnerschaft im Sinn echter Brüderlichkeit – ein Ruf, der zugleich die Parole des gemeinsamen Widerstandes wird: ‚Aux armes citoyens, formez vos bataillons!‘“¹¹⁷

Adenauer, für den die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen ein zentrales politisches Ziel darstellte, war unter diesem Aspekt ebenfalls genötigt, einen deutschen Wehrbeitrag, auch im Rahmen einer internationalen Verteidigung, nicht allein als Chance, sondern gleichermaßen als Gefahr zu sehen. In der Gemeinsamkeit der militärischen Anstrengung lag gerade im Blick auf Paris eine

¹¹³ FDP-Briefe Nr. 22 vom 23. 11. 1950, Archiv FDP.

¹¹⁴ Vgl. fdk, 19. 2. 1952.

¹¹⁵ Daniel, Jens (i.e. Augstein): Warum nicht noch warten? – In: *Der Spiegel*, 12. 3. 1952, S. 4.

¹¹⁶ Weinstein, Adelbert: *Armee ohne Pathos*, Bonn 1951, S. 150 ff.

¹¹⁷ Ebenda, S. 155.

Chance, doch drohte das Aufreißen kaum geheilter Wunden durch die Aufstellung neuer deutscher Truppen die Chance zu zerstören, ehe sie genutzt werden konnte. So suchte Adenauer die Mängel der französischen Vorschläge zur gemeinsamen Verteidigung unter möglicher Schonung der französischen Gefühle zu korrigieren. Und um die französischen Ängste abzulenken, hielt er den Franzosen ständig die Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion vor Augen, wies er beharrlich auf die Wühlarbeit der westeuropäischen kommunistischen Parteien – gerade auch der französischen KP – hin¹¹⁸. Zugleich bemühte er sich um die Beruhigung der französischen Besorgnisse:

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß Frankreich sich vor 150000 deutschen Soldaten fürchtet. Es wäre töricht, sich einzubilden, daß diese kleine Streitmacht in Frankreich einfallen würde, mit Rußland im Rücken und Westeuropa und USA auf der Seite der Franzosen.“¹¹⁹

Mit dem Projekt der Montanunion bahnte sich denn auch eine Verständigung zunächst auf höchster Ebene zwischen Schuman und Adenauer an. Indes blieb es vorerst fraglich, ob kühne Pläne gemeinsamer Politik nicht an den parlamentarischen Oppositionen beider Regierungen scheitern würden. Im Februar 1952 demonstrierten die fast parallel laufenden Debatten in der Nationalversammlung und im Bundestag die ganze Größe dieser Gefahr. Adenauer konstatierte besorgt:

„Man versucht bei uns – aber nicht nur bei uns, auch, wie mir scheint, in Frankreich –, die Volksleidenschaften zu erregen und durch diese Erregung die Entscheidung der Parlamente zu beeinflussen. Ich halte ein derartiges Beginnen für gefährlich und verantwortungslos.“¹²⁰

Schumacher, den Adenauer wohl vor allem im Auge hatte, legte nicht einfach die häufig zu beobachtende deutsche Gereiztheit über das französische Mißtrauen an den Tag; der Führer der deutschen Opposition zeigte sich vielmehr selbst von einem tiefen Mißtrauen in die wahren Absichten französischer Politik beherrscht. Immer wieder unterstellte er den Franzosen „national-egoistisches Wollen“, das jeder europäischen Politik entgegenstehe¹²¹.

So warf er ihnen z. B. im Herbst 1951 vor, ihre Deutschlandpolitik sei durch drei Motive gekennzeichnet:

1. Die Wegnahme der Saar solle europäisch sanktioniert werden.
2. Die wirtschaftlichen und militärischen Kräfte Deutschlands sollten nach französischem Nationalinteresse gelenkt werden.
3. Die deutsche Einheit solle auf unabsehbare Zeit verhindert werden¹²².

¹¹⁸ Reichenhaller Rede vom 24. 6. 1951, MS, Archiv BPA, S. 5.

¹¹⁹ Adenauer-Interview mit Kingsbury Smith v. 11. 12. 1950, BPA-Version, MS, Archiv BPA, S. 3.

¹²⁰ BT, sten. Ber., S. 8096.

¹²¹ Vgl. *Die Freiheit* (Mainz), 24. 9. 1951; zu Schumachers Haltung gegenüber den Franzosen, vgl. auch Edinger, Lewis J.: Kurt Schumacher, S. 248.

¹²² Vgl. das Referat Schumachers vor den Führungsgremien seiner Partei am 31. 3. 1951 in Bonn, vom SPD-Vorstand als Broschüre veröffentlicht, S. 17.

Die französische Regierung verstehe unter deutsch-französischem Verhältnis ein Subordinationsverhältnis, französische Politiker seien „Phantasten und rücksichtslose Aventuriers des Pleven-Plans“ bzw. „Potentaten und Technokraten des Schuman-Plans“¹²³.

Die Spannung zwischen den extremen Positionen Schumachers und Adenauers hat die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen naturgemäß gestört. Zwar konnte Adenauer Äußerungen nationaler Opposition auch in Paris taktisch nutzen, um in Fragen der europäischen Verteidigung französische Zugeständnisse zu erreichen. Andererseits mußte eine breite und lautstarke Opposition dieser Art dem Mißtrauen der Franzosen neue Nahrung geben, die Schumacher, wie *Le Monde* am 31. Oktober 1950 schrieb, für einen „nationalistischen Demagogen“ hielten, und sobald sich das Mißtrauen mit Befürchtungen hinsichtlich der innenpolitischen Festigkeit des Kabinetts Adenauer verband, litt die Verhandlungsposition des Bundeskanzlers. Als wesentliche Behinderung der mit Adenauers Wehrpolitik verbundenen Frankreichpolitik hat die Opposition Schumachers jedoch nicht gewirkt, und nach seinem Tode sollte sich die sozialdemokratische Einstellung zu Frankreich rasch entspannen und normalisieren.

Auf beiden Seiten des Rheins setzte sich der Wille zur Verständigung durch, obwohl es nach den Erfahrungen der jüngsten Geschichte für die Franzosen schwer war, sich wieder an die Existenz deutscher Truppen zu gewöhnen. Die Angst vor einem wiederkehrenden deutschen Militarismus hielt sich in Frankreich ebenso hartnäckig wie die Auffassung, daß Hitler nur ein Werkzeug in den Händen der deutschen Generale gewesen sei¹²⁴. Die Frage war aber auch nicht im Sinne eines unter Diplomaten umlaufenden Bonmots zu lösen, wonach die deutsche Armee stärker als die russische aber schwächer als die französische werden müsse. Die einzige Möglichkeit, den deutschen Wehrbeitrag zu leisten, ohne die deutsch-französischen Spannungen zu verschärfen, schien das Projekt der EVG zu bieten, das die Sicherheit voreinander mit der gemeinsamen Sicherheit nach außen verbinden und beide Völker politisch vereinen konnte.

7. Das Problem der Souveränität

Wer in der Bundesrepublik Westorientierung und Wiederbewaffnung nicht grundsätzlich ablehnte, verknüpfte mit der Leistung eines deutschen Wehrbeitrags vor allem eine Forderung: die Erweiterung der innenpolitischen Handlungsfreiheit und die Erlangung internationaler Gleichberechtigung. Allgemein empfand man die Beschränkung des Besatzungsstatuts als eine auf die Dauer untragbare Belastung; sie abzubauen und Souveränität zu gewinnen, mußte im Zusammenhang mit dem Wehrbeitrag ein vordringliches Ziel der deutschen Politik sein.

¹²³ Ebenda, S. 18.

¹²⁴ Vgl. Lauret: Frankreich und die deutschen Waffen. – In: *Außenpolitik*, 1951, H. 1, S. 24f.; vgl. auch *Le Monde*, 9. 11. 1951.

Schon Ende 1949 hatte der außenpolitische Publizist Hans Georg von Studnitz eine deutsche Aufrüstung im Einvernehmen mit den Alliierten im Hinblick auf die Wiederherstellung deutscher Souveränität begrüßt und dabei einen gewagten Vergleich mit der französischen Situation des Jahres 1945 angestellt: Die Teilnahme Frankreichs als souveräner Staat an den Waffenstillstandsverhandlungen hätte de Gaulle nur der Tatsache zu verdanken gehabt, daß er die erste nach der Kapitulation sich bietende Gelegenheit zur Aufstellung französischer Streitkräfte genutzt habe¹²⁵.

Karl Georg Pfeleiderer, einer der gedankenreichsten FDP-Politiker, hatte ebenfalls schon vor dem Koreakrieg die Meinung geäußert, die Umwandlung des Verhältnisses von Siegern und Besiegten in eine gleichberechtigte Partnerschaft müßte auch in einem Funktionswandel der Besatzungstruppen Ausdruck finden¹²⁶. Das Besatzungsstatut, so schrieb *Die Zeit* im Juli 1950, sei in ein „Beschützungsstatut“ umzuwandeln. Die Deutschen hätten sich gegen den Osten und für den Westen entschieden, und nun sei es an der Zeit, daß auch der Westen sich für Deutschland entscheide¹²⁷. In der Provinzpresse klang das noch deutlicher: Die Rückgabe der Souveränität sei „unverzichtbare Bedingung“ eines Wehrbeitrags¹²⁸.

Die frühen publizistischen Äußerungen zum Zusammenhang von Wehrbeitrag und Wiederherstellung deutscher Souveränität lassen bereits den Unterschied in der Bewertung dessen erkennen, was politisch möglich und nötig sei. Es ging dabei vor allem um die Alternative: Muß die Wiederherstellung deutscher Souveränität als *Voraussetzung* der Verhandlungen über den Wehrbeitrag verlangt werden, oder ist sie als *Folge* solcher Verhandlungen zu erwarten.

Im Gegensatz zu seinen Kritikern im Innern, die auf die „Vorbedingung“ der Souveränität pochten, aber auch im Gegensatz zu denjenigen Vertretern der Westmächte, die an dem Besatzungsstatut möglichst wenig rütteln lassen wollten, schlug Adenauer einen mittleren Weg ein und verhandelte gleichzeitig über den Wehrbeitrag und die Ablösung des Besatzungsstatuts. Eine Vorleistung hatte er allerdings dadurch erbracht, daß er von vornherein die deutsche Bereitschaft erklärte, an der westlichen Verteidigung teilzunehmen. Die Taktik der Gleichzeitigkeit wurde offensichtlich, als er zusammen mit dem Sicherheitsmemorandum vom 29. August 1950 ein zweites Memorandum „zur Frage der Neuordnung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Besatzungsmächten“ überreichte. Darin hieß es:

„Wenn die deutsche Bevölkerung die Pflichten erfüllen soll, die ihr im Rahmen der europäischen Gemeinschaft aus der gegenwärtigen Lage und ihren besonderen Gefahren erwachsen, muß sie innerlich hierzu instand gesetzt werden. Es muß ihr ein Maß von Handlungsfreiheit und Verantwortlichkeit gegeben werden, das ihr die Erfüllung dieser Pflichten sinnvoll erscheinen läßt. Wenn der deutsche Mensch

¹²⁵ Studnitz, Hans Georg von: Kanonenfutter? – In: *Hamburger Allgemeine*, 29. 11. 1949.

¹²⁶ Vgl. fdk, 7. 6. 1950.

¹²⁷ *Die Zeit*, 27. 7. 1950.

¹²⁸ *Flensburger Tageblatt*, 26. 7. 1950.

Opfer jeder Art bringen soll, so muß ihm wie allen anderen westeuropäischen Völkern der Weg zur Freiheit offen sein.“¹²⁹

Die Westmächte hatten erste Überlegungen zur Erleichterung des Besatzungsstatuts schon vor Beginn des Koreakrieges angestellt¹³⁰, aber auf der New Yorker Außenministerkonferenz vom September 1950 erhielt für sie im Zusammenhang mit der Frage des Wehrbeitrags auch das Problem der Revision des Besatzungsstatuts größere Bedeutung. So enthielt das New Yorker Kommuniké vom 19. September 1950 neben der Ankündigung, daß man einen deutschen Wehrbeitrag erwäge, und der alliierten Sicherheitsgarantie eine Reihe kleinerer Konzessionen, welche die Kompetenzen der Bundesregierung ausdehnten oder entsprechende Schritte einleiteten, doch der rechtliche Grundsatz des Besatzungsstatuts wurde ausdrücklich bestätigt¹³¹.

Das war Wasser auf die Mühlen der SPD und insbesondere Schumachers, der schon in seiner Stuttgarter Rede vom 17. 9. 1950 erklärt hatte, die politische Gleichberechtigung sei eine Vorbedingung, die erfüllt sein müsse, bevor man an die Aufstellung deutscher Truppen für die westliche Verteidigung gehen könne¹³². In einem Brief an Adenauer schrieb er einige Monate später:

„Gemeinsamkeit ist Gleichheit in den Bedingungen und Voraussetzungen innerhalb der westlichen Welt. . . .

Tatsächlich aber halten die Alliierten selbst die deutsche Gleichberechtigung nur für eine Möglichkeit der Zukunft. . . . Die politische Gleichberechtigung ist die *Voraussetzung* eines militärischen Beitrages und nicht sein Ergebnis.“¹³³

Schumacher ging von der Überlegung aus, daß die Erfüllung seiner Bedingung möglich sei, weil die Westmächte in gleicher Weise wie die Bundesrepublik von der Sowjetunion bedroht würden. Er sah in der geforderten Gleichberechtigung allerdings auch eine innenpolitische Notwendigkeit. Jeder nationalistischen Opposition in der Bundesrepublik sollte auf diese Weise vorgebaut werden. Der gefährliche Ruf „Erfüllungspolitiker“ dürfe nicht wieder erklingen¹³⁴. Adenauer kennzeichnete Schumachers Haltung später als „sehr theoretisch“ und wies auf die notwendige Kompromißbereitschaft hin, ohne die man in internationalen Verhandlungen nichts erreichen könne. „Wie konnte man in diesem Falle Voraussetzungen für einen deutschen Verteidigungsbeitrag erzwingen, wenn nicht deutscherseits gleichzeitig etwas geleistet würde?“¹³⁵

Aber auch Adenauer war mit den mageren Konzessionen des New Yorker Kommunikés der Westmächte vom 19. September, vor allem der grundsätzlichen Bei-

¹²⁹ Wortlaut des Memorandums bei Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 358 f.

¹³⁰ Vgl. die Erklärung der drei Außenminister vom 15. 5. 1950 in: EA, 1950, S. 3053 f.

¹³¹ Vgl. Wortlaut des Kommunikés in: EA, 1950, S. 3406 f.

¹³² Vgl. Schumachers Stuttgarter Rede vom 17. 9. 1950, S. 12.

¹³³ Auszüge aus dem Schumacher-Brief bei Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 420 ff. (Hervorhebung durch den Verfasser).

¹³⁴ Vgl. hierzu Ritter, Waldemar: Kurt Schumacher, Hannover 1964, S. 130.

¹³⁵ Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 422.

behaltung des Besatzungsstatuts, unzufrieden. Auch ihm ging es um eine Änderung gerade dieser rechtlichen Grundlage der alliierten Beziehungen. Und er suchte bewußt den Wehrbeitrag als ein Mittel einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Am Tage nach dem New Yorker Kommuniqué erklärte die Bundesregierung in einem Beschluß, sie erkenne die entgegenkommenden Schritte an, werde aber nach wie vor auf eine vertragliche Neuregelung der Beziehung zu den Westmächten hinarbeiten¹³⁶. Der entscheidende Schritt zur politischen Selbständigkeit sollte nach Meinung der Bundesregierung in einem Sicherheitsvertrag bestehen. „Woran uns Deutschen besonders liegt, ist eben, daß das Besatzungsstatut uns aufoktroiert worden ist, während ein solcher Sicherheitsvertrag mit uns verhandelt würde und auf freiwilliger Vereinbarung beruhen würde.“¹³⁷

In der Folgezeit bemühte sich Adenauer, die Beziehungen der Besatzungsmächte zur Bundesrepublik fortschreitend durch ein System vertraglicher Abmachungen zu regeln, das Besatzungsprinzip sollte, wie er am 31. Januar 1951 an Schumacher schrieb, durch das Vertragsprinzip ersetzt werden¹³⁸. Adenauer hoffte dabei auch, die Frage der Wiederbewaffnung werde in der deutschen Öffentlichkeit an Brisanz verlieren, wenn im Zuge dieser Verhandlungen die deutsche Souveränität hergestellt würde.

Da die Souveränität auf dem Wege über einen Wehrbeitrag erreicht werden sollte, wurde zunächst die Stellung deutscher Truppen in der westlichen Verteidigung zu einem Kriterium für die Gleichberechtigung der Bundesrepublik. Die Bundesregierung sah ebenso wie Schumacher eine partielle Gleichberechtigung auf militärischem Sektor als Kriterium für den Willen der Westmächte an, die volle Souveränität zu gewähren. Die Militärsachverständigen der Bundesregierung, die im Auftrag Adenauers von dessen Sicherheitsbeauftragten Graf Schwerin nach der New Yorker Konferenz vom September 1950 zu einer Expertentagung unter strengster Geheimhaltung in dem abgelegenen Eifelkloster Himmerod zusammengerufen wurden¹³⁹, hatten unter anderem den Auftrag, die militärischen und psychologischen Voraussetzungen zu klären, die von den Alliierten vor der Aufstellung deutscher Truppen erfüllt werden müßten¹⁴⁰. In dem Schlußdokument dieser Tagung, der „Himmeroder Denkschrift“¹⁴¹, erklärten sie eine sofortige militärische

¹³⁶ Vgl. den Wortlaut des Beschlusses, der von Vizekanzler Blücher auf der Bundespressekonferenz am 20. 9. 1950 verlesen wurde, Protokoll, MS, Archiv BPA, S. 2f.

¹³⁷ Regierungssprecher von Twardowski auf der Bundespressekonferenz am 5. 12. 1950, Protokoll, MS, Archiv BPA, S. 17.

¹³⁸ Vgl. den Wortlaut des Briefes bei Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 416ff.

¹³⁹ Zur Entstehung und Durchführung der Tagung vgl. BA/MA, *Expertenaußschuß 1950 (Schw)1–/Bd. 1*; Teilnehmer der Tagung waren höhere Offiziere der drei Wehrmachtteile Heer, Luftwaffe und Marine, die von Schwerin in Übereinstimmung mit Adenauer ausgewählt waren (von Vietinghoff, Speidel, Heusinger, von Senger-Etterlin, Hermann Foertsch, Röttiger, Graf von Nostiz, Graf von Baudissin, Graf von Kielmansegg, Knauss, Meister, Krüger, Gladisch, Ruge, Schulze-Hinrichs).

¹⁴⁰ Aufgabenstellung, ebenda, Bl. 128.

¹⁴¹ Himmeroder Denkschrift (4. Exemplar von 4 Ausfertigungen), BA/MA, (Schw)1–/Bd. 18.

Gleichberechtigung als unabdingbar, denn ein „Soldat 2. Klasse“ würde sich nicht mit der notwendigen Kraft einsetzen. Selbst wenn die volle Souveränität noch nicht so schnell zu erreichen sei, müsse man die militärische Gleichberechtigung zur Voraussetzung der weiteren Planungen machen. Nachdem sie Mögliches und Notwendiges gegeneinander abgewogen hatten, stellten sie daher drei Grundforderungen auf:

1. Gleichartigkeit der in sich selbst führungsfähigen Verbände¹⁴²,
2. gleichberechtigte Beteiligung am Oberbefehl gemeinsamer Streitkräfte,
3. Gleichartigkeit der Bewaffnung, d. h. Ausrüstung deutscher Verbände auch mit schweren Waffen.

Unterstützung erhielten diese Forderungen unter anderem durch den Militärpublizisten Adelbert Weinstein, der nach einer Befragung ehemaliger aktiver Offiziere schrieb, der Abwehrkampf gegen „eine der gefährlichsten und faszinierendsten Ideen der Geschichte, die Idee der Weltrevolution“, sei nur mit Erfolg zu bestehen, wenn man nicht mit der Politik europäischer Kabinette von gestern arbeite. Die militärische Gleichberechtigung solle zeigen, ob der Westen erkannt habe, daß man nur mit einer Revolutionierung der bisherigen Ansichten der Revolution aus dem Osten begegnen könne. Dem deutschen Soldaten gehe es „dieses Mal nicht um Herrschaft, sondern um Partnerschaft“¹⁴³. Ähnlich schrieb *Christ und Welt* im November 1950: Ein über dem Grundgesetz stehendes Besatzungsstatut sei mit der Aufstellung deutscher Truppen zur Verteidigung der Freiheit unvereinbar¹⁴⁴.

Eher eine Schädigung der auf Mäßigung bedachten Politik der Bundesregierung stellte es dagegen dar, wenn der ehemalige Panzergeneral Heinz Guderian 1950 mit einer eigenen Schrift zur Frage des deutschen Wehrbeitrags Stellung nahm und dabei höchst intransigent die sofortige und volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten verlangte: Die westlichen Staatsmänner hätten nur die Wahl zwischen den beiden Möglichkeiten, „den Sieg der Sowjetmacht über die westliche Welt, in erster Linie über Westeuropa, hinzunehmen oder Deutschland als den vitalsten Faktor dieses Westeuropa wieder aufzurichten . . ., und zwar recht schnell, denn sonst dürfte es zu spät werden“¹⁴⁵.

Gegenüber solchen extremen Formulierungen, aber auch gegenüber der sozialdemokratischen Opposition vertrat man im Regierungslager schon bei der Wehrdebatte im Bundestag am 8. November 1950 die Auffassung, die Souveränität könne der Bundesrepublik nicht geschenkt, sie müsse vielmehr erworben werden. So der Sprecher der an der Regierung beteiligten Deutschen Partei, von Merkatz, der erklärte, mit der Aufstellung deutscher Truppen werde ein „Vorgang der echten Legitimierung“ vollzogen, während die Verweigerung der Verteidigungsbe-

¹⁴² Gemeint ist die Division als Grundverband.

¹⁴³ Weinstein: *Armee ohne Pathos*, S. 156 f.

¹⁴⁴ *Christ und Welt*, 9. 11. 1950.

¹⁴⁵ Guderian, Heinz: *Kann Westeuropa verteidigt werden?*, Göttingen 1950, S. 56.

reitschaft geradezu auf ein Verneinen der staatlichen Existenz hinauslaufe¹⁴⁶. Der deutsch-amerikanische Journalist Robert Ingram schrieb in diesem Sinne später sogar, je stärker der deutsche Wehrbeitrag sei, desto größer werde das Gewicht der politischen und militärischen Ansichten Deutschlands im Kreise der westlichen Verbündeten¹⁴⁷.

Eine besondere Position vertrat auch in dieser Frage Gustav Heinemann. Er betonte den schwachen Stand, den die Bundesrepublik fünf Jahre nach Kriegsende habe. Sie sei in den Augen der Welt und im Bewußtsein des eigenen Volkes durch die Hitler-Zeit so sehr belastet, daß sie nur eine schwache moralische Grundlage für die Forderung nach Gleichberechtigung habe. „Man könnte uns brauchen wollen und ächten zugleich.“ Nach seiner Meinung durfte die Erlangung der Souveränität weder als Voraussetzung noch als unbedingt eintretende Konsequenz des Wehrbeitrags angesehen werden, denn es werde ganz und gar freier Entschluß der Westmächte sein, ob sie Gleichberechtigung gewähren wollten¹⁴⁸.

Wieviel diese Ansicht für sich hatte, zeigte der weitere Gang der Verhandlungen. Obwohl Adenauer in allen seinen Gesprächen mit der Hohen Kommission seine Auffassung in der Frage der Ablösung des Besatzungsstatuts zur Geltung zu bringen suchte, blieb dies zunächst ohne durchschlagenden Erfolg. Auch nach der Brüsseler NATO-Ministerratskonferenz vom Dezember 1950, auf der sich die drei Westalliierten grundsätzlich über die deutsche Wiederbewaffnung verständigten, kam es nur zu geringen partiellen Konzessionen. François-Poncet erläuterte Adenauer die alliierte Politik: Man sei zu vertraglichen Regelungen nur bereit, sofern die Rechtsgrundlage der alliierten Anwesenheit in Deutschland nicht angetastet werde. Er verglich diese Rechtsgrundlage mit der Wurzel eines Baumes. Aus dem Baum der Besatzung seien viele Zweige gewachsen, die man beseitigen müsse, bevor man an die Wurzel gehen könne. McCloy zeigte sich der vertraglichen Regelung von Modalitäten eher geneigt¹⁴⁹. Kirkpatrick dagegen pochte auf die Großzügigkeit des westlichen Angebots, die Sicherheit der Bundesrepublik zu garantieren, und warnte die Deutschen vor dem Versuch, „kleinliche Vorteile herauszuschlagen“¹⁵⁰.

Es gab allerdings auch auf alliierter Seite andere Stimmen. Eisenhower, der bei seiner Europareise Anfang des Jahres 1951 mit Vertretern der Bundesregierung, der SPD und auch den beratenden Generalen gesprochen hatte, sagte am 1. Februar 1951 vor dem Auswärtigen Ausschuß und dem Militärausschuß des amerikanischen Senats:

¹⁴⁶ BT, sten. Ber., S. 3610f. (8. 11. 1950); vgl. auch BT, sten. Ber., S. 8204 (8. 2. 1952).

¹⁴⁷ Ingram, Robert: Die Rettung Deutschlands, Düsseldorf 1952, S. 118.

¹⁴⁸ Vgl. Heinemann, Gustav W.: Denkschrift Deutsche Sicherheit, vom 13. 10. 1950, MS, Archiv BPA, S. 3, Ziffer IV: Die Gleichberechtigung.

¹⁴⁹ Vgl. Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 398 ff.; vgl. auch die Rede von François-Poncet am 9. 10. 1950 vor amerikanischen Resident Officers in Frankfurt, in: EA, 1950, S. 3577. François-Poncet erklärte am 13. 2. 1951 vor dem alliierten Presseklub in Frankfurt, daß die Zubilligung größerer politischer Freiheiten für die Bundesrepublik schrittweise in dem Maße erfolgen werde, in dem Deutschland einen Wehrbeitrag leiste; vgl. EA, 1951, S. 3831.

¹⁵⁰ Vgl. die Rede Kirkpatricks vom 11. 10. 1950, EA, 1950, S. 3578.

„Ich persönlich meine, es muß eine politische Plattform geschaffen und eine Verständigung erreicht sein, die eine schließliche und verdiente Gleichberechtigung (equality) dieser Nation bezwecken, ehe wir anfangen sollten, darüber zu reden, Einheiten von Deutschen in irgendeine Art von Armee einzugliedern. Ich als Befehlshaber wünsche bestimmt, daß kein unwilliges Kontingent, keine Soldaten, die nach dem Muster der Hessen dienen, die in unserem Revolutionskrieg dienten, in einer Armee dienen, die ich befehlige.“¹⁵¹

Diese Auffassung setzte sich bei den Westmächten jedoch nicht durch. Nur die militärische Gleichberechtigung wurde nach harten Verhandlungen auf dem Petersberg und in Paris und nach amerikanischem Drängen in den weiteren Gesprächen seit dem Sommer 1951 akzeptiert¹⁵². Auf politischem Gebiet blieb dagegen die von den Westmächten am 6. 3. 1951 konzedierte „Kleine Revision“ des Besatzungsstatuts¹⁵³ erheblich hinter den deutschen Erwartungen zurück und erfüllte die Forderung nach Gleichberechtigung bei weitem nicht.

Schumacher focht infolgedessen noch leidenschaftlicher gegen die alliierte Politik des „do ut des“. Es könne keine Gleichheit auf einzelnen Gebieten wie der Verteidigung geben, wenn nicht unter Gleichen verhandelt werde¹⁵⁴. Ohne sofortige Gleichheit würden durch Spezialpläne so viel Tatsachen der Ungleichheit geschaffen, daß sich am Ende eine rechtliche Gleichstellung, wenn sie einmal kommen sollte, praktisch gar nicht mehr auswirken könnte. „Die Diskussion auf dieser Grundlage auch nur beginnen, heißt, mitschuldig werden an der schlimmsten Verurteilung am deutschen Volke.“¹⁵⁵

Auch Pfeleiderer vertrat im April 1951 in einer Rede in London den Standpunkt, die Anwesenheit alliierter Truppen auf deutschem Boden sei nicht wegen der Deutschen, sondern wegen der Russen nötig und bedürfe deshalb einer anderen Rechtsgrundlage anstelle des Besatzungsstatuts¹⁵⁶. Carlo Schmid erklärte für die SPD im Sommer 1951 rundheraus: „Man stirbt nicht für ein Besatzungsstatut.“¹⁵⁷ Und sein Parteifreund Willy Eichler brachte das den Alliierten immer wieder vorgehaltene Argument auf die wirksame Formel: „Man kann nicht für die Freiheit kämpfen, wenn man selbst nicht frei ist.“¹⁵⁸

¹⁵¹ U.S. Senat, 82nd Congress, 1st session on S. Congr. Res. 8, 1951, S. 4, 21, zit. nach: Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 411.

¹⁵² Vgl. dazu, unten S. 98 ff die Darstellung über die weitere Behandlung des Plevan-Plans.

¹⁵³ Die Besatzungsmächte verkündeten am 6. 3. 1951 Erleichterungen, ohne das Besatzungsstatut aufzuheben; u. a. erhielt die Bundesregierung die Vollmacht, einen Auswärtigen Dienst zu unterhalten, als Gegenleistung erkannte sie die deutschen Auslandsschulden an. Wortlaut der Dokumente und Schriftwechsel zur Revision des Besatzungsstatuts in: 6. Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars, S. 157 ff.; vgl. hierzu auch Schmoller, Gustav von: Die Revision des Besatzungsstatus. – In: EA, 1951, S. 3919 ff.

¹⁵⁴ Vgl. die Rede vom 9. 3. 1951 im Bundestag, in: BT, sten. Ber., S. 4764.

¹⁵⁵ Macht Europa stark!, Referat Schumachers vor den Führungsgremien der SPD am 31. 3. 1951 in Bonn, Broschüre des SPD-Vorstandes, Hannover o. J., S. 12.

¹⁵⁶ Pfeleiderers Londoner Rede vom 12. 4. 1951, in: Pfeleiderer-Nachlaß, Lfd. Nr. 61, S. 10, MS, Archiv FDP.

¹⁵⁷ *Westdeutsche Zeitung*, 7. 7. 1951.

¹⁵⁸ *NZ*, 28. 1. 1952.

Mit der nur militärischen Gleichberechtigung wollte sich Schumacher keinesfalls abfinden. Im Sommer 1951 faßte er in einem langen Artikel noch einmal seine Einwände gegen die Meinung der Westmächte zusammen, die deutsche Gleichberechtigung könne am Ende der Entwicklung stehen. In diesem Fall hänge es nämlich vom Wohlverhalten und der Gefügigkeit der Deutschen ab, ob die Souveränität schließlich erreicht werde. Die Alliierten behielten sich selbst völlig freie Hand vor, während sie von den Deutschen verlangten, sich in den Leistungen bereits als gleichberechtigt zu betrachten. „Nichts hat die Position der deutschen Bundesregierung mehr geschwächt, als daß sie sich hier zu übermäßigen Konzessionen herbeigelassen hat.“¹⁵⁹ Er verglich die Alliierten nach der „kleinen Revision“ mit einem „pfennigfuchsenden Kaufmann“. Ihre Kleinlichkeit sei nicht geeignet, „die moralischen Kräfte des gutwilligen deutschen Volkes aufzurütteln und wachzurufen“ durch eindeutige „befreiende Taten“¹⁶⁰. Die Sozialdemokraten dächten nicht daran, sich von anderen eine Last einseitig aufbürden zu lassen, vor der jene sich drückten, sagte Schumacher im August 1951 vor Teilnehmern der kommunistischen Weltjugendfestspiele in Berlin und gab die Parole aus: „Gleiches Risiko, gleiches Opfer, gleiche Chance!“¹⁶¹ Allenthalben waren die Kritiker aufgebracht, daß der Kanzler es für „ganz selbstverständlich“ hielt, über den Wehrbeitrag die Souveränität zu erreichen¹⁶²; denn die über den Wehrbeitrag erreichte Souveränität konnte man nicht als unbeschränkte politische Handlungsfreiheit betrachten, da sie, mit der vertraglichen Westbindung der Bundesrepublik verknüpft, ihre Grenzen im generellen politischen Willen der Westmächte finden mußte.

Noch im Sommer 1951 wurde Adenauer abermals von den Alliierten davon unterrichtet, daß nur ein stufenweiser Abbau des Besatzungsstatuts in Frage komme. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als die Revision vom 6. März und die Beendigung des Kriegszustandes am 9. Juli¹⁶³ als Fortschritte zu begrüßen und sich im übrigen auf die Schwerkraft des Wehrbeitrags zu verlassen, da er es nicht wagte, den völligen Abbau des Statuts als Bedingung zu stellen.

Erst als die Verhandlungen um den deutschen Wehrbeitrag im Sommer 1951 die entscheidende Wende zur EVG hin genommen hatten, erklärten die westlichen Außenminister am 14. September 1951 in Washington: „Die Beteiligung Deutschlands an der gemeinsamen Verteidigung wird selbstverständlich die Ersetzung des gegenwärtigen Besatzungsstatuts durch eine neue Form der Beziehungen zwischen

¹⁵⁹ Vgl. Schumacher, Kurt: Deutschland im Wirbel weltpolitischer Auseinandersetzungen. — In: Turmwächter, Bd. II, S. 406.

¹⁶⁰ Rede Schumachers am 9. 3. 1951 im Bundestag, in: BT, sten. Ber., S. 4764.

¹⁶¹ Ebenda, S. 508; vgl. auch: Bericht von Schumachers Pressekonferenz am 20. 9. 1951 in: *Schweizer National-Zeitung*, 21. 9. 1951; Bericht über Schumachers Rede bei einer Tagung sozialdemokratischer Verleger und Redakteure in Bonn, in: *Neuer Vorwärts*, 7. 12. 1951.

¹⁶² Vgl. das Protokoll des Tee-Empfangs für Chefredakteure im Palais Schaumburg vom 13. 7. 1951, MS, Archiv BPA, S. 2.

¹⁶³ Zur Beendigung des Kriegszustandes vgl. 8. Vierteljahresbericht der amerikanischen Hochkommissare, S. 40 ff.; zur Haltung Adenauers vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 463 ff.

den drei Regierungen und der Bundesrepublik Deutschland mit sich bringen.“¹⁶⁴ Die Souveränität war damit aber noch nicht ausdrücklich zugesagt. Die Bundesregierung stand noch vor harten Verhandlungen in Paris, wenn sie die Gleichzeitigkeit militärischer und politischer Gleichberechtigung erreichen wollte. *Christ und Welt* beschwor Adenauer: „Landgraf werde hart!“ Er gefährde sein ganzes Werk, wenn er nicht den psychologischen Hemmnissen im Volk Rechnung trage und nicht den Kampf um die Gleichberechtigung bis zum erfolgreichen Ende führe¹⁶⁵.

Der im Herbst 1951 tagende Bundesparteitag der Freien Demokraten erhob sogar noch einmal die Forderung, jede Abmachung zur gemeinschaftlichen Verteidigung nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu treffen und in freier Verhandlung zu vereinbaren¹⁶⁶. Aber die FDP-Resolution und auch eine entsprechende EntschlieÙung der Koalitionsparteien im Bundestag¹⁶⁷ konnte das Wechselspiel von Wehrbeitrag und Gleichberechtigung nicht mehr durchbrechen.

Adenauer hielt die Gleichzeitigkeit für das politisch Erreichbare und konnte einen auch nach außen sichtbaren Erfolg für seine Taktik verbuchen, als er bei der Unterzeichnung des Dachvertrages zum Deutschlandvertrag am 22. November 1951 mit den drei westlichen Außenministern erstmals gleichrangig an einem Tisch saÙ, wodurch eine mehr als nur protokollarische Gleichstellung dokumentiert wurde¹⁶⁸.

Schumachers starres Festhalten an der These, die Gleichberechtigung müsse dem Wehrbeitrag vorausgehen, beurteilten auch spätere Kritiker als doktrinär, man warf Schumacher vor, seine Argumentation der Gleichberechtigung habe sich verselbstständigt¹⁶⁹. Es fällt in der Tat auf, daß Schumacher die seit dem Sommer 1951 durch den Fortgang der Pariser Verhandlungen erreichten Verbesserungen der deutschen Position nicht registrierte. Die parlamentarischen Debatten des Jahres 1952 waren allerdings kaum noch von ihm bestimmt. Schumachers ausgezehrter Körper ließ eine persönliche Teilnahme an den Sitzungen nicht mehr zu.

Der Gegensatz zwischen Bundesregierung und SPD in der Frage der Souveränität blieb trotzdem bestehen. Am 24. Januar 1952 richtete Erwin Schoettle im Bundestag noch einmal einen heftigen Angriff auf die Regierung:

„Es ist eine völlig untragbare Zumutung, daß das, was im Zuge der Geschichte liegt, die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und der deutschen Freiheit, an die Bedingungen geknüpft wird: Erst müÙt ihr deutsche Soldaten stellen, dann geben wir euch das zurück, was euch noch fehlt!“¹⁷⁰

Adenauer antwortete noch am gleichen Tage vor der Presse, er könne die Westmächte sehr wohl verstehen, wenn sie es, angesichts der Bedeutung des deutschen

¹⁶⁴ EA, 1951, S. 4398.

¹⁶⁵ Vgl. Deutsche Außenpolitik im Herbst 1951. – In: *Christ und Welt*, 1. 11. 1951.

¹⁶⁶ Vgl. die EntschlieÙungen des FDP-Parteitages im September 1951 zur Außenpolitik, Archiv FDP.

¹⁶⁷ Vgl. BT, Drucks. Nr. 3074.

¹⁶⁸ Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 513 ff.

¹⁶⁹ Vgl. Löwke, Udo Friedrich: *Sozialdemokratie und Wehrfrage*, S. 131 ff.

¹⁷⁰ BT, sten. Ber., S. 8013.

Territoriums im Ost-West-Konflikt, nicht darauf ankommen lassen wollten, daß Deutschland, wieder im Besitz seiner politischen Freiheit, vielleicht mit dem Osten gehe. Wenn er Engländer, Amerikaner oder Franzose wäre, würde er auch so handeln und sagen: „Wir sind bereit, auf unsere Besatzungsrechte zu verzichten, sobald ihr durch den Beitritt in die Verteidigungsgemeinschaft gezeigt habt, daß ihr euer Schicksal mit dem unsrigen verbindet!“¹⁷¹

Vor der niedersächsischen CDU hob Adenauer den Deutschlandvertrag (auch Generalvertrag genannt), der die Frage der Souveränität behandelte, gegenüber dem EVG-Vertrag, der den Wehrbeitrag festlegte, sogar bewußt hervor:

„Wenn wir den Generalvertrag ratifiziert haben, dann haben wir . . . etwas ganz Großes erreicht. Nach nicht drei Jahren ist das Besatzungsstatut verschwunden. Wir haben dann Freiheit im Inneren, und wir sind bei internationalen Verhandlungen nicht mehr Objekt, sondern gleichberechtigter Partner.“¹⁷²

Theodor Blank, seit Oktober 1950 Sicherheitsbeauftragter des Bundeskanzlers, bezeichnete es Ende März 1952 als Erfolg der Bundesregierung, daß die deutsche Teilnahme an der EVG unter dem Motto stehe: „Gleichberechtigt – gleichgeachtet – gleichverpflichtet.“¹⁷³

Allerdings hat auch die Unterzeichnung des EVG- und des Deutschlandvertrages im Mai 1952 der Bundesrepublik nicht die volle politische Souveränität eingebracht. Die Bundesrepublik wurde zwar als souveräner Partner anerkannt, trat andererseits aber bestimmte Rechte, die sich aus den Viermächtevereinbarungen von 1945 ergaben, an die Alliierten ab¹⁷⁴ und konnte infolgedessen nach wie vor nur unter bestimmten Auflagen selbständig Politik treiben. Die Bundesregierung war gewillt, dies in Kauf zu nehmen, und überzeugt, daß sie durch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der westlichen Verteidigung das Maximum des für die Bundesrepublik in dieser Situation Erreichbaren herausgeholt hatte. Die annähernde Gleichzeitigkeit von militärischer Verpflichtung und völkerrechtlicher Souveränität hatte mit einer fühlbaren Beschränkung der *politischen* Souveränität bezahlt werden müssen. Aber Adenauer, der, wie seine Europapolitik bewies, ohnehin kein Gegner jeglicher Souveränitätsbeschränkung war und durch seine kooperative Politik doch bereits außenpolitischen Spielraum und Einfluß gewonnen hatte, war der Meinung, weitergehende Forderungen würden die erreichten Fortschritte wieder gefährden, und glaubte deshalb, das Pariser Ergebnis akzeptieren zu können.

Wer die uneingeschränkte Souveränität schon als Vorbedingung eines deutschen Wehrbeitrags gefordert hatte, focht zunächst naturgemäß auf dem Boden der bisherigen Diskussion weiter und kritisierte jetzt vor allem die Unvollkommenheit des Verhandlungsergebnisses. Schumacher hatte bereits im Herbst 1951, als die von

¹⁷¹ Protokoll des Pressetees vom 24. 1. 1952 im Palais Schaumburg, MS, Archiv BPA, S. 14.

¹⁷² Am 9. 3. 1952 auf dem Landesparteitag der CDU in Hannover, MS, Archiv BPA, S. 5.

¹⁷³ Blank am 30. 3. 1952 in: *Bulletin*, 1. 4. 1952, Nr. 38, S. 390.

¹⁷⁴ Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 472 ff.; zur Begründung und Rechtfertigung dieser Politik vgl. die Meinung des außenpolitischen Beraters Adenauers Wilhelm Grewe in seinem Aufsatz: *Von der Kapitulation zum Deutschlandvertrag*. – In: *Außenpolitik*, 1952, H. 7, S. 414 ff.

den Alliierten vorgesehenen Kontrollen der Bonner Handlungsfreiheit erkennbar wurden, eine derart begrenzte Souveränität als „wahrheitswidrige Propaganda“ bezeichnet¹⁷⁵, und Augstein, der im Oktober 1950 die Westdeutschen mit den Sklaven des Altertums verglichen hatte, die man freigelassen und bewaffnet habe, wenn irgendein Hannibal vor den Toren stand¹⁷⁶, nannte nun die von Adenauer erreichte Selbständigkeit eine bloße „Schein-Souveränität“¹⁷⁷.

Jedoch trat seit Herbst 1951, als die Verhandlungen um EVG- und Deutschlandvertrag das entscheidende Stadium erreichten, und erst recht nach dem Abschluß der Verträge eine andere und mehr grundsätzliche Frage in den Vordergrund, die lange Zeit vom Streit um die richtige deutsche Taktik und um die erreichbare Quantität westlicher Konzessionen verdrängt gewesen war, die Frage nämlich, ob die Souveränität allein der Bundesrepublik – eingeschränkt oder komplett – überhaupt ein wünschbares Ziel deutscher Politik darstelle. Schon im Oktober 1951 erklärte Gerhard Luetkens, Bundestagsabgeordneter der SPD: „Im Hinblick auf die Wiedervereinigung muß die Frage verneint werden.“¹⁷⁸ Und eine Zeitung hatte bereits einige Monate zuvor die Sorge geäußert, eine auf Souveränität zielende Politik könne zur Folge haben, „daß sich die beiden provisorischen deutschen Staaten zu Dauereinrichtungen entwickeln“¹⁷⁹. Herbert von Borch unterstützte Luetkens sogleich mit der Feststellung, „die Härte der Alternativen“ werde durch patriotische Bekenntnisse zur Souveränität nicht aus der Welt geschafft¹⁸⁰; und auch Gustav Heinemann vertrat kurz darauf einen ähnlichen Standpunkt, als er vor dem Rhein-Ruhr-Club meinte, den Deutschen solle an der Souveränität der Bundesrepublik gar nicht soviel liegen¹⁸¹.

Die Führung der SPD hat sich von den Bemerkungen Luetkens, die bei den Regierungsparteien einen Proteststurm auslösten, zunächst distanziert. Im Namen der Fraktion mißbilligte Ollenhauer die Rede seines Parteifreundes; er verwahrte sich ausdrücklich gegen die Auffassung, Luetkens Argumentation kündige eine neue außenpolitische Linie der SPD an¹⁸². Tatsächlich aber machte sich die Partei eben diese Argumentation alsbald doch zu eigen, und schon in der Wehrdebatte des Bundestags vom Februar 1952 konnte Carlo Schmid, ausgehend von dem im Grundgesetz festgelegten provisorischen Charakter der Bundesrepublik, die Politik Adenauers mit dem Satz angreifen: „Das Provisorium erlaubt nicht mehr als den

¹⁷⁵ Vgl. Protokoll der Pressekonferenz vom 20. 9. 1951, MS, Archiv BPA, S. 7f.

¹⁷⁶ Vgl. Daniel, Jens (i.e. Augstein): Friedfertige Sitten. – In: *Der Spiegel*, 18. 101. 950, S. 10.

¹⁷⁷ Vgl. derselbe: Der Demokratie eine Chance. – In: *Der Spiegel*, 21. 5. 1952, S. 4.

¹⁷⁸ Vgl. die Luetkens-Rede vom 16. 10. 1951, in: BT, sten. Ber., S. 6929ff.; vgl. hierzu auch Löwke: Sozialdemokratie und Wehrfrage, S. 152ff.

¹⁷⁹ *Sonntagsblatt*, 1. 7. 1951.

¹⁸⁰ Vgl. *Außenpolitik*, 1951, H. 9 (Dezember), S. 585.

¹⁸¹ Vgl. den Bericht über eine Rede Heinemanns vor dem Rhein-Ruhr-Club am 7. 4. 1952, in: *Westdeutsches Tageblatt*, 8. 4. 1952. Vgl. auch Heinemann, in: *Kirche und Mann*, 1951, H. 10 (Oktober), Sonderbeilage: Zwischen Krieg und Frieden.

¹⁸² Vgl. BT, sten. Ber., S. 6945 (16. 10. 1951).

modus vivendi. Es erlaubt nicht Status-Verträge.“¹⁸³ Selbst Schumacher, der 1950 und 1951 die Forderung nach nationaler Selbständigkeit und nach voller Souveränität für die Bundesrepublik so unnachgiebig und temperamentvoll vertreten hatte, lenkte auf die neue Linie ein. Kurz vor seinem Tode machte auch er auf die Gefahr aufmerksam, daß das definitive Element in EVG- und Deutschlandvertrag – d. h. ein staats- und völkerrechtlicher Status, der die Grenzen der Bundesrepublik vertraglich fixierte – die provisorische Natur des westdeutschen Staates in Frage stelle¹⁸⁴. Aus „Besatzungsfesseln“, so erklärte Wehner bei der ersten Ratifizierungsdebatte im Juli 1952, würden nun „Bündnisfesseln, die unter dem Übergewicht der Besatzungsmächte geschmiedet worden sind“^{184a}. So hatte sich im Laufe der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag ein Bewußtsein dafür gebildet, daß die Zustimmung zur Teilnahme an der westlichen Verteidigung einer grundlegenden Entscheidung über den künftigen politischen Status der Bundesrepublik gleichkam.

8. Widerstände in der Öffentlichkeit und bei den ehemaligen Soldaten aufgrund von Entmilitarisierung, Reeducation und Kriegsverbrecherprozessen

Für ihre Forderungen nach einem deutschen Wehrbeitrag besaßen die Besatzungsmächte in den Augen der Bevölkerung und besonders der ehemaligen Soldaten eine denkbar schlechte Ausgangsposition. Seit 1945 hatten sie, den Potsdamer Beschlüssen folgend, die Entmilitarisierung Deutschlands mit bemerkenswerter Gründlichkeit betrieben. Dabei entstand bei den ehemaligen Soldaten der Wehrmacht vielfach der Eindruck, sie würden in ihrer Gesamtheit als Träger des Militarismus angesehen und entsprechend behandelt. Insofern bewirkte die „Reeducation“ bei den Soldaten häufig das Gegenteil. Das galt vor allem für viele Berufssoldaten, die weitgehend ihrer materiellen Existenzgrundlage beraubt und als diejenigen abgestempelt wurden, denen die Hauptverantwortung für den Krieg zukomme. Es ist verständlich, daß die ehemaligen Soldaten der Wehrmacht unter diesen Umständen einem Wehrbeitrag der Bundesrepublik vielfach skeptisch gegenüberstanden und auch die für eine neue deutsche Armee in Frage kommenden ehemaligen Berufsoffiziere oft nur zögernd, wenn überhaupt, bereit waren, sich zur Verfügung zu stellen. Auch die antikommunistische Einstellung der meisten von ihnen und die

¹⁸³ Ebenda, S. 8188; vgl. auch Schmid, Carlo: Die Außenpolitik des Machtlosen. – In: *Außenpolitik*, 1952, H. 1, S. 12.

¹⁸⁴ Vgl. die Rede Schumachers vom 11. 6. 1952 im Bayerischen Rundfunk, in: *Die Freiheit* (Mainz), 13. 6. 1952.

^{184a} BT, sten. Ber., S. 9875 (10. 7. 1952); hinzuweisen ist auch auf die Haltung Reinhold Maiers, der später im Bundesrat den Versuch unternahm, die Verträge zu Fall zu bringen, und in seinen Erinnerungen schrieb, die Deutschen seien in vielen Einzelheiten entfesselt worden, in den Hauptpunkten der voraussehbaren Entwicklungen der internationalen Politik hätte man sie jedoch nicht nur neu gefesselt, sondern praktisch an den Westen geschmiedet; vgl. Maier, Reinhold: *Erinnerungen 1948–1953*, Tübingen 1966, S. 446.

sowjetische Bedrohung konnten die durch die Umerziehung entstandenen psychologischen Hindernisse nicht kompensieren. Es war nicht verwunderlich, wenn den meisten Deutschen der Beruf des Soldaten als ein Metier erschien, „das sich auf die Dauer schlecht bezahlt macht, von dem man deshalb am besten die Hände wewläßt“¹⁸⁵.

Die amerikanische Regierungs- und Armeeführung hatte dieses Problem kaum in Rechnung gestellt, als sie mit der Planung eines deutschen Wehrbeitrags begannen. Es sprach nicht gerade für die Stärke der vorangegangenen amerikanischen Umerziehungspolitik, daß die Regierung der USA offenbar der Meinung war, die Deutschen würden ohne Umschweife erneut dem Ruf zu den Waffen folgen und könnten in kurzer Zeit eine schlagkräftige Armee aufstellen. Ein deutscher General berichtete spöttisch, die Amerikaner seien wohl in dem Glauben, man müsse in Deutschland nur einen Trompeter auf die Straße stellen, und schon kämen die Männer aus allen Häusern geeilt. Die tatsächlichen Reaktionen auf das plötzliche Umschwenken der westlichen Alliierten in der Frage deutscher Soldaten reichten von Verbitterung bis Zynismus und waren jedenfalls wenig geeignet, einen deutschen Wehrbeitrag zu fördern. Der außenpolitische Leitartikler der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Paul Sethe, warf im Juli 1950 den Westmächten vor, daß sie mit unklaren Vorstellungen vom deutschen Kampf gegen Rußland und einem wenig durchdachten Plan die eben erst völlig entmachteten Deutschen zur militärischen Abwehr gegen den Bolschewismus heranziehen wollten. Der 1945 abgeschnittene Faden der deutschen militärischen Entwicklung lasse sich nicht so leicht wieder anknüpfen¹⁸⁶. Karl Georg Pfeleiderer charakterisierte 1951 in London die Lage mit den Worten:

„Die Demilitarisierten sollten remilitarisiert werden, die Umerzogenen sollten um- und umerzogen werden, manche der abgebauten Werke sollten wieder aufgebaut werden, ebenfalls aus Gründen der Sicherheit, wie es beim Abbau gewesen war. Kein Wunder, daß die Deutschen teils verwirrt, teils zynisch wurden und daß auf der anderen Seite auch in den alliierten Ländern die öffentliche Meinung dem raschen Szenenwechsel nicht folgen konnte.“¹⁸⁷

Die Widersprüche der Situation waren so eklatant, daß die Westmächte, wollten sie eine deutsche Wiederbewaffnung vollziehen, an ihren eigenen Auffassungen der Nachkriegszeit Abstriche vornehmen mußten. Sie gerieten in die schwierige Lage, gerade jenen Berufsstand umwerben zu müssen, den sie nach 1945 in seiner Gesamtheit verurteilt hatten.

Eugen Kogon kritisierte die „panikartige Kopflosigkeit“ der Westmächte, die durch die Wiederbewaffnung Deutschlands nun sogar zu einer indirekten Rehabilitierung ehemaliger Nationalsozialisten und zu ihrer Rückkehr in öffentliche Ämter führen könne. In den *Frankfurter Hefen* stellte er im September 1950 den Widerspruch heraus, in den die Westmächte Deutschland und sich selbst stürzten:

¹⁸⁵ R. H., in: *NZZ*, 2. 8. 1950.

¹⁸⁶ Sethe, Paul: Man muß für alles bezahlen. – In: *FAZ*, 14. 7. 1950.

¹⁸⁷ Pfeleiderer, Karl Georg: *Politik für Deutschland*, Stuttgart 1961, S. 34.

„Die Remilitarisierung Westdeutschlands setzt voraus: Fünf Jahre alliiertes ‚Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus‘ sind als Irrtum zu erklären und rückgängig zu machen. Die Demontage des deutschen kriegsindustriellen Potentials erweist sich als verbrecherischer Leichtsin. Deutsche Generäle und Soldaten sollen trotz Nürnberg und Landsberg wackere Bundesgenossen sein. Man bewaffnet die Deutschen, obgleich sie weiterhin als unzuverlässig gelten, in der Hoffnung, daß sie schon auf der richtigen Seite kämpfen und im Kampf bleiben werden. Die östliche Propaganda, die Idee der nationalen Einheit, der Neutralitätswahn, Angst, Dummheit und Berechnung spielen bei all dem keine Rolle. Man kennt die Schwäche der Demokratie in Westdeutschland, die Stärke der kreuz- und querliegenden Gefühle, die massive Wiederbesetzung Hunderttausender von Schlüsselstellungen durch ehemalige Nationalsozialisten, die einiges an der jüngsten Entwicklung auszusetzen haben, und durch Deutschnationale und erwartet eine demokratische Armee, geführt von freiheitsbegeisterten Offizieren ohne jeden sozialen, innenpolitischen und europäischen Anspruch. . . . Der Widerwille beachtlicher Kreise des deutschen Volkes, besonders in der jüngeren Generation, gegen das Kriegshandwerk ist unter solchen Umständen nur als Drückereigerei und abermals als politische Unreife zu bezeichnen.“¹⁸⁸

Satirische Kommentare in Funk und Presse prangerten die Inkonsequenz der alliierten Haltung an und amüsierten sich über die Versuche, den Schüler der Demokratie in einen „Unteroffizier der Freiheit“ zu verwandeln. Walter von Cube bemerkte am 30. September 1950 im Bayerischen Rundfunk: „Wer jahrelang hat nachsitzen müssen, wird jetzt nur ungen vorexerzieren.“¹⁸⁹

Den Westmächten wurde außerdem der Vorwurf gemacht, sie hätten nach 1945, während sie mit der Bestrafung und Erziehung ihres Kriegsgegners beschäftigt gewesen seien, das Vorgehen der Sowjetunion nicht bemerkt und nicht verhindert. Schumacher hielt ihnen 1951 vor: „Sowjetrußland kämpfte, um Deutschland für sich zu erobern, und die Angelsachsen moralisierten.“¹⁹⁰ Die radikale Rechte setzte den höhnischen Akzent hinzu: Wir haben es ja gleich gewußt, hättet ihr auf uns gehört!

Bei den ehemaligen Soldaten, aber auch in der Bevölkerung allgemein, bedeutete vor allem die Kriegsverbrecherfrage eine psychologische Belastung, die die Einstellung zum Problem des Wehrbeitrags stark bestimmte. Die Nürnberger Prozesse waren noch nicht vergessen, und die zahlreichen im westlichen Ausland noch laufenden Verfahren hielten die Erinnerung daran ständig wach.

Der amerikanische Hohe Kommissar, durch die deutsche Presse auf das Problem gestoßen, ließ im Oktober und November 1950 eine Meinungsumfrage unter der deutschen Bevölkerung durchführen, um Näheres über ihre Haltung zur Kriegsverbrecherfrage, die Nürnberger Urteile und ihre Auswirkungen auf die Stellungnahme zum Wehrbeitrag zu erfahren. Die Ergebnisse lagen im Januar 1951 vor.

¹⁸⁸ E[ugen] K[ogon]: Die Entscheidung auf Leben und Tod. – In: *Frankfurter Hefte*, 1950, H. 9, S. 911.

¹⁸⁹ Cube: Ich bitte um Widerspruch, S. 529; vgl. auch den Roman: Salomon, Ernst von: *Der Fragebogen*, Hamburg 1951. Der Erfolg dieses Romans sagt einiges über die Stellung der Deutschen zur alliierten Umerziehung aus.

¹⁹⁰ Schumacher am 9. 10. 1951 in Hamburg, MS, Archiv BPA.

Danach hatte die Zahl derer, die das Vorgehen in den Nürnberger Verfahren für unfair hielten, im Vergleich zu 1946 erheblich zugenommen. Die Initiatoren der Umfrage gelangten gleichwohl zu dem Ergebnis, die Frage der Kriegsverbrecher habe keinen entscheidenden Einfluß auf die Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag, da die meisten Deutschen in den Kriegsverbrecherprozessen keine kollektive Verurteilung sähen und die Stellungnahmen zur Besatzungspolitik bei Befürwortern und Gegnern der Wiederbewaffnung nur unwesentlich differierten. Diese optimistische Einschätzung lag vielleicht teilweise an der Fragestellung der Umfrage, die bestimmte Antworten nahelegte. Im übrigen durfte die Hohe Kommission aus der Umfrage schon deshalb nicht die Folgerung ziehen, das Kriegsverbrecherproblem spiele in der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag keine Rolle, weil die Umfrage nur die öffentliche Meinung insgesamt wiedergab, die Personengruppe der Soldaten aber nicht gesondert befragt worden war, obwohl ihrer Meinung in diesem Zusammenhang besonderes Gewicht zukam¹⁹¹. Die Analyse der Umfrage ergab aber auch das bemerkenswerte Fazit, daß 25 Prozent der Befragten zu der Meinung gekommen waren, die Westmächte mißbilligten die Taten des deutschen Militarismus nun nicht mehr.

Ein Fall, der als typisch für die Problematik der Kriegsverbrecherprozesse angesehen wurde, beschäftigte die ehemaligen Soldaten und die deutsche Öffentlichkeit besonders. Erich von Manstein, einer der bekannten deutschen Truppenführer des Zweiten Weltkrieges, wurde in Werl, dem Kriegsverbrechergefängnis der britischen Zone, festgehalten. Im Dezember 1949 war er von einem englischen Militärgericht unter Sonderrecht zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das nach dem Kriegsvölkerrecht umstrittene Urteil, das wegen Mansteins Maßnahmen zur Bekämpfung sowjetischer Partisanen in Südrußland ergangen war, wurde vor dem Hintergrund der UN-Kriegsführung in Korea erst recht als fragwürdig angesehen¹⁹². Presse und Politiker warfen den Westmächten vor, deutsche Offiziere aufgrund von Handlungen gefangen zu setzen, die ihre eigenen Heerführer in Korea selbst für unumgänglich hielten.

Mansteins Verteidiger vor dem englischen Militärgericht, der Labour-Abgeordnete und Rechtsanwalt Reginald T. Paget, veröffentlichte zu Beginn des Jahres 1952 ein energisches Plädoyer für seinen ehemaligen Mandanten in einem Buch, das neben der Analyse des Prozeßgeschehens auch deutliche Parallelen zu Korea zog und Mansteins Kriegführung in Rußland mit MacArthurs Kampfhandlungen in Korea verglich¹⁹³.

¹⁹¹ Vgl. Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: Germans View the Remilitarization Issue. Report Nr. 57, Series Nr. 2, January 12, 1951, MS, Archiv BPA. Eine spätere deutsche Umfrage zu diesem Problem vom September 1951 kam tatsächlich auch zu anderen Ergebnissen; vgl. Noelle und Neumann: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, S. 359.

¹⁹² Vgl. z.B. Mende, Erich: Die innere und äußere Sicherheit Deutschlands. – In: fdk, 23. 10. 1951, S. 5; Manstein: Der Geist von Saporoshje. – In: *Der Spiegel*, 2. 4. 1952, S. 9ff.

¹⁹³ Paget, Reginald T.: Manstein. Seine Feldzüge und sein Prozeß, dt. Ausg. Wiesbaden 1952, S. 109, 164 und 181.

Das Buch machte den Fall noch populärer und die Lösung des Problems für die Alliierten noch dringender, denn immer häufiger war der Satz zu hören, den August Martin Euler im Bundestag aussprach: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß neue deutsche Truppen unter den Fenstern des Gefängnisses von Werl vorbeimarschieren, solange da außer den Generalfeldmarschällen von Manstein und Kesselring viele verdiente Offiziere und gemeine Leute sitzen.“¹⁹⁴ Indessen ließ Manstein in einem Brief an Speidel aus dem Gefängnis wissen, daß man zwar die Freilassung der Soldaten zur Vorbedingung des Wehrbeitrags machen solle, die westliche Verteidigung unter deutscher Beteiligung aber nicht an seiner Person scheitern dürfe¹⁹⁵.

Wie das deutsch-englische so war auch das deutsch-französische Verhältnis durch das Kriegsverbrecherproblem belastet. Einige Prozesse waren in Frankreich erheblich verschleppt worden, so daß es noch in der 50er Jahren zu Verurteilungen kam, die nun im Zeichen der Wehrdebatte besonderes Aufsehen erregten. Auch hier gab es einen prominenten Offizier, dessen Fall die Öffentlichkeit beschäftigte: den Fallschirm-General Hermann Bernhard Ramcke. Als letzter Kommandant der Festung Brest wurde er von einem französischen Militärgericht am 23. März 1951 zu fünf Jahren Zwangsarbeit wegen angeblicher Kriegsverbrechen bei der Verteidigung von Brest verurteilt, bald danach aber entlassen. Wenn er auch nicht das Prestige eines Manstein genöß und wegen seiner apodiktischen Äußerungen oft auf Kritik stieß, so förderten doch seine Reden, die er im Verlaufe des Jahres 1951 auf verschiedenen Soldatentreffen hielt, nicht gerade den Willen zu einer gemeinsamen Verteidigung mit den Franzosen¹⁹⁶.

Die Diskussion um die Behandlung der Kriegsverbrecherfrage kam nicht zur Ruhe, da ständig neue Prozesse und Urteilsüberprüfungen Staub aufwirbelten. Dabei wußten zahlreiche Stimmen in der Bundesrepublik sehr wohl zwischen „echten Kriegsverbrechern“ – denjenigen, die auch nach deutschem Recht schuldig gewesen wären – und „Opfern der Siegerjustiz“ – die nur nach den von den Alliierten erlassenen rückwirkenden Gesetzen zu verurteilen waren – zu unterscheiden. So schrieb Paul Sethe in jenen Tagen, daß sich für einen Mann wie den Feldmarschall Schörner, wenn er in Deutschland säße, wohl keine Hand erheben würde, aber „glaubt man, ein Mann von Ehrgefühl werde die Uniform anziehen, wenn er davon überzeugt ist, daß seine Kameraden zu Unrecht im Kerker sitzen?“¹⁹⁷.

Die Hoffnung vieler Deutscher auf eine Revision der als ungerecht empfundenen Urteile war aber kaum zu erfüllen. Die Westmächte hätten zahllose Ver-

¹⁹⁴ BT, sten. Ber., S. 8132 (7. 2. 1952).

¹⁹⁵ Ein Brief an die Herausgeber der *FAZ* mit ähnlichem Inhalt von „einem der hervorragendsten deutschen Heerführer, der selbst unter Sonderrecht verurteilt worden ist“, dürfte ebenfalls aus Mansteins Feder stammen. – In: *FAZ*, 2. 2. 1952.

¹⁹⁶ Vgl. hierzu außer den Pressekommentaren von 1950 und 1951 zum Fall Ramcke dessen Erinnerungen: Ramcke, Hermann Bernhard: Fallschirmjäger damals und danach, Ffm. 1951.

¹⁹⁷ Sethe, Paul: Und Landsberg? — In: *FAZ*, 16. 8. 1950.

fahren wieder aufnehmen müssen, und – was schwerer wog – die Rechtsgrundlage der Urteile wäre in Zweifel gezogen worden.

Nur einige Engländer setzten sich für eine Revision der Urteile ein. So Liddell Hart, der in einer Zuschrift an die *Times* im September 1951 für die deutschen Soldaten Stellung bezog und auf ihr meist korrektes Verhalten während des Zweiten Weltkrieges in den besetzten Gebieten hinwies, das sich gelegentlich sogar vom Verhalten alliierter Soldaten positiv abgehoben habe. Nun sei es an der Zeit, eine angemessene Revision der Kriegsverbrecherprozesse einzuleiten, denn es sei menschlich unmöglich gewesen, Prozesse der Sieger gegen die Besiegten in der Hitze der Meinungen nach dem Krieg gerecht durchzuführen¹⁹⁸. Von einigen Mitgliedern des Oberhauses, die sich im November 1951 für eine Änderung der bisherigen britischen Politik hinsichtlich der Kriegsverbrecher aussprachen, erhielt Liddell Hart Unterstützung. Unter ihnen traten besonders Lord Hankey und der Bischof von Chichester, Bell, hervor, der die Meinung vertrat, die meisten der noch Inhaftierten fielen nicht unter die Kategorie der „unverbesserlichen Nazis“ und der schweren Kriegsverbrecher. Bei gutem Willen müsse es seiner Meinung nach möglich sein, „eine umfassende, systematische und rasche Revision dieser Fälle durchzuführen“¹⁹⁹. Doch diese Auffassung einiger prominenter Engländer setzte sich bei den Westmächten nicht durch.

Dagegen begannen die Amerikaner schon in dem auf den koreanischen Kriegsausbruch folgenden Monat mit Überlegungen zur Begnadigung verurteilter Kriegsverbrecher. Was Werl für die britische Zone, war Landsberg für die amerikanische. Hier saßen die meisten der vom Nürnberger Tribunal und amerikanischen Militärgerichten Verurteilten. Zur Überprüfung ihrer Fälle setzte der US-Hochkommissar im Juli 1950 einen Gnadenausschuß ein, und im August folgten die ersten Entlassungen von Personen, die zwei Drittel ihrer Strafe verbüßt hatten²⁰⁰. Eine große Zahl von Urteilen blieb trotzdem noch zu überprüfen.

In der Presse begann eine lebhaft diskutierte Diskussion um das Problem der Kriegsverbrecher und die Möglichkeit der Begnadigung. Das Beispiel einer wohl von der Mehrheit der Bevölkerung geteilten Einstellung gab der damals in Tübingen lehrende Theologe Helmut Thielicke, der sich für die Begnadigung der im „Malmedy-Prozess“ zum Tode verurteilten Angeklagten einsetzte, nachdem er selbst die Prozeßakten durchgesehen hatte. Es gehe ihm nicht um Hetze oder Aufputschung nationalistischer Gefühle, aber wenn aus dem Justizskandal dieses Prozesses auch noch Justizmorde würden, müsse man sich angesichts solcher Rechtsverderbnis doch fragen, wofür man eigentlich kämpfen solle, wenn das, wofür es sich zu

¹⁹⁸ Vgl. die deutsche Übersetzung der Stellungnahme, in: *Archiv der Gegenwart*, 1951, S. 3131.

¹⁹⁹ Vgl. die Übersetzungen aus dem Protokoll des Oberhauses vom 21. 11. 1951, in: *Bulletin*, 4. 12. 1951, Nr. 16, S. 104.

²⁰⁰ Vgl. hierzu: Neue Haltung zu Kriegsverbrecher-Urteilen, in: *Nürnberger Nachrichten*, 26. 8. 1950; vgl. auch das Interview mit David W. Peck, einem Mitglied der Gnadenkommission, in: *Süddeutsche Zeitung*, 22. 7. 1950.

kämpfen lohne, nämlich die Idee der Gerechtigkeit, ihre Unantastbarkeit verliere. In der gesamten Remilitarisierungsdebatte bestehe für die Jugend das Kardinalproblem in der Frage: „In welchem Namen und für was sollen wir kämpfen?“ Solange das Justizunrecht „Malmedy“ nicht beseitigt werde, sei jede positive Antwort auf die Frage blockiert²⁰¹.

Am 31. Januar gab McCloy die endgültige Entscheidung der Gnadenkommission bekannt, wonach ein großer Teil der Strafen gemildert, in 20 Fällen das Strafmaß auf die verbüßte Zeit herabgesetzt wurde. Die Todesurteile im Malmedy-Fall wurden in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt. Unter den 20 Entlassenen befanden sich Alfred Krupp und Wilhelm Speidel²⁰². Es hatte sich als nützlich erwiesen, daß McCloy von deutscher Seite wiederholt sehr nachdrücklich auf das Problem hingewiesen worden war. Mit den Landsberger Entlassungen war ein Anfang gemacht, der von vielen Deutschen anerkannt wurde²⁰³. Daß es aber offensichtlich vor allem Zweckmäßigkeitsüberlegungen im Zusammenhang mit dem Wehrbeitrag waren, die diesen Schritt herbeiführten, ließ andererseits Zweifel an der „Gerechtigkeit“ dieser relativ schnell vollzogenen Teilamnestierungen aufkommen. Auf dem Petersberg kam das Problem der zweifelhaften Fälle unter den Kriegsverbrecherurteilen noch wiederholt zur Sprache. Blank wollte den Alliierten damit keine Schwierigkeiten bereiten, trat aber hinter verschlossenen Türen sehr bestimmt auf²⁰⁴.

Eine Möglichkeit, die Kriegsverbrecherfrage rasch zu entschärfen, hätte sich in der Möglichkeit einer allgemeinen Amnestie geboten. Im Dezember 1950 richtete der Vorsitzende des Soldatenverbandes BvW (Bund versorgungsberechtigter ehemaliger Wehrmatsangehöriger), Admiral Hansen, ein Schreiben an die führenden Staatsmänner der westlichen Welt, in dem er den Vorschlag einer Amnestie für Kriegsverbrecher mit der Haltung der deutschen Soldaten zum Wehrbeitrag in Zusammenhang brachte²⁰⁵. Dieser Vorschlag erschien aber aus verschiedenen Gründen sehr problematisch, einmal deshalb, weil er die Amnestierung derjenigen eingeschlossen hätte, die auch nach deutscher Auffassung schuldig waren, zum anderen darum, weil sie keine Gnade, sondern Recht wollten und die Wiederaufnahme ihrer Verfahren einer Amnestie vorzogen.

Die menschliche Seite des Problems stellte der Rat der Evangelischen Kirche in den Vordergrund, der in einem Appell an die Regierungen der Siegermächte im Dezember 1950 um Amnestie für diejenigen Verurteilten bat, die zum Zeitpunkt der Tat noch jugendlichen Alters waren, und für Gefangene, die wegen ihres hohen

²⁰¹ Vgl. Thielicke, Helmut: Malmedy. – In: *FAZ*, 25. 1. 1951.

²⁰² Zu den Begnadigungen vom 31. 1. 1951 vgl. 6. Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars, S. 51 ff. und 131 ff.; Landsberg. Ein dokumentarischer Bericht. Hrsg. v. d. Information Services Division, Office of the U.S. High Commissioner for Germany 1951, S. 5 ff.

²⁰³ fdk, 1. 2. 1951.

²⁰⁴ Vgl. Protokolle der Petersberggespräche, in: BA/MA, (Bl) 2–2/Bd. 50.

²⁰⁵ Vgl. *FAZ*, 27. 12. 1950; vgl. auch dieselbe Forderung von Robert Ingram, in: *Christ und Welt*, 7. 12. 1950.

Alters oder wegen Krankheit unter der Haft besonders zu leiden hatten. Für Verurteilte, deren Fälle nach deutschem Recht anders beurteilt worden wären, wurde um gnadenweise Herabsetzung oder Aufhebung der Strafe gebeten²⁰⁶.

Neben einer starken Gruppe von Koalitionsabgeordneten um Erich Mende, die sich für die Freilassung der Kriegsverbrecher einsetzten, bildete sich um den FDP-Landtagsabgeordneten Ernst Achenbach ein Ausschuß zur Herbeiführung einer Generalamnestie. In einem Aufruf, der von Achenbach, Josef Hermann Dufhues, Friedrich Middelhaue u. a. unterzeichnet war, wurde die Generalamnestie als Schlußstrich unter die Vergangenheit und als ein Gebot politischer Klugheit gefordert. Diese Praxis habe schon im Frieden zu Münster 1648 und im Frankfurter Frieden von 1871 Anwendung gefunden und zur Entspannung der Lage beigetragen²⁰⁷. Die Initiative wurde von der FDP mit dem Hinweis unterstützt, die Generalamnestie sei weder eine Entschuldigung noch gar eine Rechtfertigung der Taten, sondern nur ein Werk politischer Vernunft zur wirklichen Befriedung²⁰⁸. Eine Generalamnestie hatte die FDP schon auf ihrem Bundesparteitag 1951 gefordert²⁰⁹. Sie setzte ihre Bemühungen bis zur Unterzeichnung des Deutschlandvertrages fort, um wenigstens im Vertrag selbst eine entsprechende Regelung zu erreichen²¹⁰.

Die Forderung nach einer beschränkten Amnestie erhoben die Regierungsparteien in vorsichtiger Form mit einer EntschlieÙung, die sie in der Wehrdebatte des Bundestages vom 8. Februar 1952 verabschiedeten: Es sei notwendig, daß Deutsche, die unter der Beschuldigung des Kriegsverbrechens von alliierten Gerichten verurteilt oder noch ohne Urteil festgehalten seien, freigelassen würden, soweit es sich nicht um von den einzelnen zu verantwortende Verbrechen im hergebrachten Sinn handele²¹¹.

Daraufhin kam es zu einer beschleunigten Überprüfung weiterer Urteile im Hinblick auf Möglichkeiten der Begnadigung. Nicht wenige ehemalige Soldaten, die die früheren Maßnahmen und Verlautbarungen der Besatzungsmächte als pauschale „Diffamierung“ der deutschen Soldaten empfanden, waren damit aber nicht zufrieden. Was die einen weniger hoch bewerteten, weil sie die Ehre als integralen Bestandteil einer Person ansahen, den man ihr überhaupt nicht nehmen könne, sahen die anderen als so schwerwiegend an, daß sie die Wiederherstellung ihrer „Soldatenehre“ zur *conditio sine qua non* für eine Beteiligung an der Wiederbewaffnung erhoben.

²⁰⁶ Vgl. die von Dibelius unterzeichnete Erklärung vom 6. 12. 1950, in: Merzyn (Hrsg.): *Kundgebungen, Worte und Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland 1945–1959*, Hannover o. J., S. 107 ff.

²⁰⁷ Vgl. den Wortlaut des Aufrufs, in: *Welt am Sonntag*, 24. 2. 1952.

²⁰⁸ Vgl. fdk, 19. 2. 1952.

²⁰⁹ Vgl. Ziffer 3 der EntschlieÙung zur Außenpolitik, Archiv der FDP.

²¹⁰ Vgl. fdk, 15. 1. 1952, S. 4; fdk, 9. 5. 1952, S. 4 ff.; vgl. hierzu auch Horne, Alistair: *Return to Power*, New York 1956, S. 52 f.

²¹¹ Vgl. BT, Drucks. Nr. 3078.

Das Thema war auch bei den Alliierten umstritten. So antwortete z. B. ein Engländer auf Liddell Harts Appell zur Revision der Kriegsverbrecherprozesse in einer Zuschrift an die *Times*, es sei elf Jahre nach der Schlacht um England widersinnig, über die Ehre der Streitkräfte zu sprechen, die nicht wußten, wofür sie kämpften. Damit hätten sie das Recht verwirkt, als ehrenhaft im demokratischen Sinne zu gelten. „Die Armee war das unentbehrliche Werkzeug, das viele Länder dem hassenswerten Nazi-Regime eröffnete, und sie verwirkte ihre Ehre durch ihre Bereitwilligkeit, zu einem solchen Zweck zu dienen.“²¹²

Jakob Kaiser wehrte sich in einer öffentlichen Rede als erstes Regierungsmitglied in der Bundesrepublik gegen die einseitige Sichtweise kollektiver Verurteilung. Es sei bitter für die Deutschen gewesen, daß man lange Zeit keinen Unterschied zwischen ehrenhaften Soldaten und willigen Werkzeugen des nationalsozialistischen Militarismus gemacht habe. Er habe im Widerstand gegen Hitler genug aufrechte Soldaten kennengelernt, und auch unter denen, die bis zum Letzten gekämpft hätten, seien ehrliche Männer gewesen, die nur noch das eine Ziel gehabt hätten, der deutschen Bevölkerung in ihrer grauenhaften Lage im Osten zu helfen. „Von Millionen junger Menschen ganz zu schweigen, die im guten Glauben kämpften.“²¹³

Doch die Diskussion in der Bundesrepublik bezog die Frage nach der Ehrenhaftigkeit nicht auf die historische Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich, sondern auf das persönliche Verhalten des einzelnen Soldaten, das ja auch Gegenstand der Anklagen durch alliierte Gerichte war. Viele Deutsche warfen den Westmächten vor, sie hätten, von kriminellen Delikten abgesehen, Verurteilungen für Verhaltensweisen ausgesprochen, die sie bei ihren eigenen Truppen geduldet hätten. So forderte *Christ und Welt* im August 1950 als Voraussetzung des Wehrbeitrags eine Gleichberechtigung, die sich nicht nur auf die Zukunft, sondern auch auf die Vergangenheit beziehe. Das bedeute die Aufhebung aller diffamierenden Maßnahmen gegen deutsche Soldaten. Zu diesem Zweck schlug die Zeitung den Alliierten eine Erklärung folgenden Inhalts vor:

„Wie in jeder Wehrmacht der Welt hat es auch in der deutschen Wehrmacht verbrecherische Elemente gegeben, die unter einem verbrecherischen und schließlich völlig außer Rand und Band geratenen Regime einen besonders schlimmen Wirkungsbereich erhalten haben. Sie mögen, sofern sie echter Verbrechen überführt sind – und nicht lediglich für Taten, die auch auf der Siegeseite ungestraft praktiziert wurden – gerechte Strafen abbüßen, gerade auch im Interesse der Sauberhaltung des deutschen Volkes. Alle übrigen Soldaten und Offiziere aber haben nichts anderes als in Ehre ihre Soldatenpflicht getan. Alle Strafen, die auf Grund von Sondergesetzen gegen Soldaten verhängt wurden und die nicht unter das Strafgesetzbuch fallen, werden aufgehoben. Männer wie Kesselring, Manstein, Wilhelm Speidel, Falkenhausen und viele andere werden unverzüglich auf freien Fuß gesetzt.“²¹⁴

²¹² Vgl. die deutsche Übersetzung der Zuschrift von T. R. M. Creighton in: *Archiv der Gegenwart*, 1951, S. 3131.

²¹³ Wortlaut der Rede vom 19. 11. 1950 in Essen, in: BA/MA, (Schw) 1–/Bd. 2, Zitat S. 5.

²¹⁴ Punkt 4 der Sieben Forderungen zur deutschen Sicherheit, in: *Christ und Welt*, 17. 8. 1950.

Der Bundeskanzler hielt sich zunächst in dieser Frage ganz zurück. Seine Militärexperten nannten in der Himmeroder Denkschrift als eine der Mindestforderungen zur Entspannung der psychologischen Lage eine Erklärung von Regierungsvertretern der Westmächte zur Rehabilitierung der deutschen Soldaten und zur Einwirkung auf die öffentliche Meinung. Die als Kriegsverbrecher verurteilten Deutschen sollten freigelassen werden, „soweit sie nur auf Befehl gehandelt und sich keiner nach alten deutschen Gesetzen strafbaren Handlung schuldig gemacht haben“. Da das Ziel nur schrittweise erreicht werden könne, solle wenigstens vor der Aufstellung von Truppen ein sichtbarer Anfang gemacht werden²¹⁵.

Im Januar 1951 nahm Adenauer selbst das Thema in der Öffentlichkeit auf. Er empfahl den Westalliierten, einmal zu bedenken, was das deutsche Volk durchgemacht habe. „Wir haben doch den vollständigen Zusammenbruch einer Wehrmacht erlebt. Wir haben erlebt die Diffamierung der gesamten deutschen Wehrmacht. Wir haben eine Entwaffnung erlebt bis zur Startpistole auf den Sportplätzen.“ Adenauer zählte eine Reihe einzelner Maßnahmen der Alliierten vom Beschäftigungsverbot für Offiziere bis zu den noch laufenden Kriegsverbrecherprozessen auf und bezeichnete sie als psychologische Hemmnisse, die aber keine unüberwindlichen Hindernisse seien. Doch die Alliierten sollten verstehen, daß diese Hemmnisse beseitigt werden müßten²¹⁶.

Eine Gelegenheit zur Rehabilitierung der deutschen Soldaten von alliierter Seite bot sich, als General Eisenhower im Januar 1951 bei seiner Europareise auch in die Bundesrepublik kam. Hans Speidel und Heusinger, die in Bad Homburg mit Eisenhower zusammentrafen, konnten ihn für eine entsprechende Aktion gewinnen, die zuvor auch mit der Hohen Kommission abgesprochen worden war. Eine Erklärung Eisenhowers über die Ehrenhaftigkeit der deutschen Soldaten mußte besonders wertvoll sein, denn Eisenhower war nicht nur ein prominenter amerikanischer Offizier, sondern auch designierter NATO-Oberbefehlshaber in Europa. Er hatte nach dem Kriege besonders scharf über die deutschen Soldaten geurteilt und die Wehrmacht mit dem Nationalsozialismus identifiziert. Diese Haltung bezeichnete er nun als Irrtum. Speidel und Heusinger hatten einen Text verfaßt, den Eisenhower unterschrieb und der den führenden deutschen Militärs zur Kenntnis kam. Die Beteiligten der Homburger Begegnung kamen überein, die Erklärung nur in gekürzter Form in die Öffentlichkeit zu bringen, damit die extreme Rechte kein Kapital daraus schlage. Vor seinem Abflug aus Frankfurt sprach Eisenhower eine Erklärung in die Presse-Mikrofone, deren wesentliche Sätze lauteten:

„Ich für meinen Teil glaube nicht, daß der deutsche Soldat als solcher seine Ehre verloren hat. Die Tatsache, daß gewisse Individuen im Kriege unehrenhafte und verächtliche Handlungen begangen haben, fällt auf die betreffenden Individuen selbst zurück und nicht auf die große Mehrheit der deutschen Soldaten und Offiziere. Wie ich dem Kanzler und anderen deutschen Herren, mit denen ich gestern

²¹⁵ Vgl. Himmeroder Denkschrift, in: BA/MA, (Schw) 1-/Bd. 18, Bl. 7.

²¹⁶ Vgl. die Rede Adenauers auf dem Parteitag der Westfälischen CDU am 14. 1. 1951 in Bielefeld, MS, Archiv BPA, S. 12.

abend gesprochen habe, gesagt habe, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß ein wirklicher Unterschied zwischen deutschen Soldaten und Offizieren als solchen und Hitler und seiner kriminellen Gruppe besteht.“²¹⁷

Die Worte Eisenhowers verfehlten ihre Wirkung nicht. Der Vorsitzende des stärksten deutschen Soldatenverbandes, Admiral Hansen, hatte es noch am 1. Januar 1951 in seiner Verbandszeitung als etwas Ungeheueres für die deutschen Soldaten bezeichnet, nach all den bitteren Jahren der Erniedrigung, der Ehr- und Rechtsbeschränkung in eine Front eingegliedert zu werden, die unter dem Oberbefehl eines General Eisenhower steht²¹⁸. In der Mai-Ausgabe derselben Zeitung begrüßte Hansen die Erklärung Eisenhowers vom 23. Januar sowie eine entsprechende Erklärung Adenauers vom 5. April, der dem amerikanischen General den Vortritt gelassen hatte. Damit sei der Diffamierung ein Ende bereitet²¹⁹.

Für viele Soldaten war die Debatte trotzdem noch nicht beendet. Sie warfen den anderen Alliierten vor, daß sie nicht ähnliche Erklärungen wie Eisenhower abgeben hätten. Hauptsächlich von den Engländern erwarteten sie dies; der britische Hochkommissar sah sich wegen seiner unnachgiebigen Haltung in der Kriegsverbrecherfrage ständigen Angriffen ausgesetzt²²⁰.

Zahlreiche Soldaten wehrten sich aber auch gegen die von ihnen empfundene Stimmung der Ablehnung im eigenen Volk. Da es eine politische Realität sei, daß viele Soldaten einer Anti-Stimmung ausgesetzt seien, müsse man dagegen etwas tun²²¹. Die nicht ganz ohne Selbstmitleid geführte Diskussion zog sich bis in das Amt Blank hinein.

Infolge des zögernden Nachgebens der Westmächte in der Frage der Rehabilitation deutscher Soldaten mußten sich die Militärberater Adenauers und die Offiziere in der Dienststelle Blank gegen Angriffe aus dem eigenen Lager wehren. Einer Reihe ehemaliger Offiziere war es unverständlich, daß ihre Kameraden mit alliierten Stellen über einen Wehrbeitrag verhandeln könnten, solange die Ehre der deutschen Soldaten noch nicht wiederhergestellt sei. Angriffe dieser Art richteten sich vor allem gegen die beiden bekanntesten Militärexperten Heusinger und Speidel. Aber selbst der Vorsitzende des BvW, Hansen, bei dem einige gegen diese Generale gerichteten Briefe eingegangen waren, übernahm deren Verteidigung. In Artikeln seiner Verbandszeitung und in einem Schreiben an die Mitglieder des BvW-Vorstandes lehnte er die Forderung nach Distanzierung von den Generalen Heusinger

²¹⁷ Diese Sätze wurden der Presse in Bonn durch den Regierungssprecher von Twardowski am 23. 1. 1951 mitgeteilt. Protokoll der Pressekonferenz, MS, Archiv BPA, S. 1 f.

²¹⁸ *Der Notweg*, Januar 1951, Nr. 1.

²¹⁹ Ebenda, Mai 1951, Nr. 5; die Erklärung Adenauers erfolgte bei der Beratung des Gesetzes zum Artikel 131 GG, BT, sten. Ber., S. 4984.

²²⁰ Vgl. Kirkpatrick: Im inneren Kreis, S. 207 ff.

²²¹ Für die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion um die „Soldatenehre“ vgl. z. B. den Leserbriefwechsel August Dresbach/General a.D. Linde, in: *FAZ*, 8. 10. 1950 und 12. 10. 1950; vgl. hierzu auch Herzfeld, Hans: Die Bundeswehr und das Problem der Tradition. – In: Picht, Georg (Hrsg.): Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Erste Folge, Witten und Berlin 1965, S. 54.

und Speidel ab. Diese Herren seien mit den Gedankengängen des BvW vertraut und unternähmen nichts, was mit der Würde des deutschen Soldaten unvereinbar sei. Man solle bedenken, daß die Verhandlungen jetzt geführt werden müßten, wozu man die Sachverständigen brauche, daß aber die Forderungen des BvW schon aus technischen Gründen noch gar nicht erfüllt sein könnten. Dieser Erklärung hätten alle Mitglieder des erweiterten Vorstandes des BvW zugestimmt²²².

Die Militärberater der Bundesregierung, insbesondere die prominenten unter ihnen, die bei den Alliierten einiges Prestige genossen, setzten sich bei jeder möglichen Gelegenheit für die Freilassung ihrer Kameraden ein. Mancher von ihnen war ja in seiner eigenen Familie von dem Problem betroffen. Sie handelten, richteten sich dabei aber nach der Devise, die Adenauer als einen Verhandlungsgrundsatz in dieser Frage bezeichnete: „In diesen Dingen kommt man viel weiter, wenn man nicht zu viel darüber redet.“²²³ Durch ständige Interventionen bei den Alliierten in zahlreichen Einzelfällen und durch fortwährendes Drängen auf sichtbare Akte der Begnadigung und der Freilassung wurde die Anzahl der strittigen Fälle verurteilter Offiziere immer geringer²²⁴.

Eine generelle Lösung des Rehabilitierungs- und Kriegsverbrecherproblems ließ sich nicht erzielen. Doch Adenauer handelte im Februar 1952 bei seinem Zusammentreffen mit den westlichen Außenministern in London eine Lösung aus²²⁵, welche die offenen Fragen unter deutscher Beteiligung zu einem Abschluß bringen sollte. Man einigte sich darauf, eine Behörde einzusetzen, die aus einem Amerikaner, einem Engländer, einem Franzosen und drei Deutschen bestehen und das Recht haben sollte, alle Fälle zu überprüfen und den zuständigen Regierungen Empfehlungen zur Haftminderung oder Haftentlassung auszusprechen²²⁶. So konnte die Problematik der Kriegsverbrecher und der „Diffamierung“ bis zum Frühjahr 1952 so weit entschärft werden, daß sie für die ehemaligen Soldaten keinen bedeutsamen Hinderungsgrund mehr darstellte, sich an der Wiederbewaffnung zu beteiligen.

²²² Vgl. das Schreiben des Admirals Hansen vom 18. 3. 1951 an die Mitglieder des erweiterten Vorstandes des BvW, in: BA/MA, (Bl) 2-1/172; *Der Notweg*, 1951, H. 1 (Januar) und H. 3 (März).

²²³ Im Bundestag am 5. 4. 1951, in: BT, sten. Ber., S. 4984.

²²⁴ Vgl. z. B. die Handakte Speidel, in: BA/MA, EVG 3-/235.

²²⁵ Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945-1953*, S. 525.

²²⁶ Vgl. Adenauers Rede vor der Bundespressekonferenz am 20. 2. 1952, in: *Bulletin*, 23. 2. 1952, Nr. 23, S. 217.

III. WEHRBEITRAG UND WESTEUROPÄISCHE EINIGUNG

1. Gemeinsame Verteidigung als Mittel der politischen Einigung

Die Bundesrepublik hatte bereits am 31. März 1950 vom Europäischen Ministerausschuß die Aufforderung erhalten, assoziiertes Mitglied des Europarats zu werden. Seitdem bereiteten Regierung und Parteien in Bonn sich auf eine Politik der politischen Einigung Europas vor.

Aber noch vor der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarats mit deutscher Beteiligung begann der Krieg in Korea. Infolgedessen sahen sich die deutschen Delegierten gleich am ersten Sitzungstag (7. 8. 1950), noch ehe sie sich in die politische Arbeit auf europäischer Ebene hineinfinden konnten, mit einer Sicherheitsdebatte konfrontiert. Der Beginn ihrer Straßburger Tätigkeit fiel mit der ersten Kontroverse über die deutsche Rolle in der europäischen Verteidigung zusammen.

Der französische Sozialist André Philip verlangte an diesem Tag die Vervielfachung der europäischen Verteidigungsanstrengungen und schlug die Aufstellung einer europäischen Streitmacht vor, an der sich die Deutschen beteiligen sollten¹. Am 11. August forderte auch Churchill eine Europaarmee und legte der Versammlung einen Resolutionsentwurf vor², der in modifizierter Form von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die Delegierten der Bonner Regierungsparteien hatten für die Annahme gestimmt, die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten³. Die Resolution lautete:

„Die Versammlung fordert, als Ausdruck ihrer Bemühungen um die Erhaltung des Friedens und ihrer Entschlossenheit, das Vorgehen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bei der Verteidigung friedlicher Völker gegen Aggression zu unterstützen, die sofortige Schaffung einer vereinigten (united) europäischen Armee. Diese soll der Autorität eines europäischen Verteidigungsministers unterstehen, entsprechender demokratischer Kontrolle unterworfen sein und in voller Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada handeln.“⁴

Zwei Wochen zuvor hatte der Bundestag, um die Richtung der von der deutschen Delegation in Straßburg zu vertretenden Politik festzulegen, nahezu einstimmig eine EntschlieÙung zur Bildung eines Europäischen Bundespaktes angenommen, in der das Thema der Sicherheitspolitik nicht berührt wurde⁵. Nun aber war Eugen Gerstenmaier, der als erster Deutscher in der Beratenden Versammlung sprach,

¹ Vgl. EA, 1950, S. 3348.

² Wortlaut der Churchill-Rede, ebenda, S. 3374 ff.

³ Ebenda, S. 3350.

⁴ Ebenda.

⁵ Text der Resolution bei Siegler, Heinrich von: Dokumentation zur Deutschlandfrage, Hauptband I: 1943–1959, Bonn, Wien, Zürich 1966, S. 101.

gezwungen, auf das Sicherheitsproblem einzugehen, noch bevor er dazu kam, die Entschließung des Bundestages vorzutragen. Ganz in den Vordergrund seiner Rede stellte er den politischen Willen zu einer europäischen Einigung, der ja auch dem allseitigen Sicherheitsbedürfnis entspreche. Deutschland sei bereit, an der Verteidigung Europas auf der Basis von Gleichheit und Gerechtigkeit teilzunehmen⁶.

Carlo Schmid jedoch lehnte in seiner Antwort am folgenden Tag in einer langen Rede zur Frage der europäischen Sicherheit die deutsche Teilnahme an einer Europaarmee unter den herrschenden Umständen aus verschiedenen politischen und technischen Gründen ab: Die Alliierten könnten keine deutsche Armee ausrüsten, solange sie selbst nicht genügend Waffen besäßen. Die westlichen Nachbarn Deutschlands müßten fünf Jahre nach ihrer eigenen Befreiung Angst vor einer deutschen Wiederbewaffnung haben. Die Russen könnten sich durch eine deutsche Aufrüstung provoziert fühlen. Für die noch schwache deutsche Demokratie würden Streitkräfte eine innenpolitische Gefahr darstellen. Deutschland könnte für die Verteidigung andere Leistungen erbringen als gerade Soldaten zu stellen. In Berlin sei eine Schlacht für Europa gewonnen worden, und an der Ruhr habe es noch nie so wenig Kommunisten gegeben wie heute. Es wäre Deutschland möglich, mit Arbeitskraft und wirtschaftlicher Leistung an der Verteidigung teilzunehmen, aber nicht mit Soldaten⁷.

Von dieser Straßburger Sitzung an war die Diskussion über die europäische Einigung in ähnlicher Weise wie das Problem der Souveränität der Bundesrepublik mit der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag verbunden.

Mit dem Einbruch der Wehrfrage in die europäischen Einigungsbestrebungen lebte der Streit zwischen Föderalisten und Funktionalisten wieder auf. Die Föderalisten betonten die Priorität der politischen Einigung Europas; die Funktionalisten hielten ein schrittweises Vorgehen durch partielle Einigung und den Ausbau einzelner europäischer Institutionen für die bessere Methode, zu einer europäischen Einigung zu gelangen.

Zunächst hatten sich alle deutschen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten in der Bundestagsresolution vom 26. Juli 1950 zum föderalistischen Prinzip bekannt, während die meisten anderen europäischen Delegierten in Straßburg noch nicht an eine Suspendierung der Nationalstaaten dachten. Eine neue Situation ergab sich aber für die Delegierten der Bundesrepublik, als in der Sicherheitsdebatte eine Europaarmee vorgeschlagen und damit die Möglichkeit eröffnet wurde, auf diesem Wege der politischen Einigung näherzukommen.

Die Abgeordneten der Bonner Regierungsparteien sprachen sich daraufhin für ein funktionalistisches Vorgehen aus. Die sozialdemokratischen Delegierten plädierten jedoch weiterhin für den föderalistischen Weg, wonach der europäische Zu-

⁶ Vgl. das Protokoll der Straßburger Sitzung vom 9. 8. 1950, in: Council of Europe. Consultative Assembly. Second Session. Vol. I. 7.–28. August 1950. Reports. Part I. Sittings 1 to 12. Strasbourg 1950, S. 71 ff.

⁷ Vgl. die Rede Carlo Schmid's, ebenda, S. 85 ff.

sammenschluß als Voraussetzung für eine Europaarmee anzusehen war. Carlo Schmid formulierte in seiner Straßburger Rede den Standpunkt der Sozialdemokraten zur Frage nach dem Verhältnis von europäischer Verteidigung und politischer Einigung:

„Die Deutsche Sozialistische Partei [= SPD], die ich hier vertrete, lehnt es ab, irgendeinem Plan für die deutsche Wiederbewaffnung im gegenwärtigen Stand der europäischen Organisation oder besser Desorganisation zuzustimmen. Sie wird ihre Zustimmung verweigern, solange Europa, d. h. eine europäische, supranationale, politische Autorität, nicht zustande gekommen ist. . . . Laßt uns zuallererst eine europäische, politische Autorität schaffen; und danach laßt uns eine europäische Armee schaffen.“⁸

Adenauer dagegen vertraute ganz auf den funktionalistischen Weg. Für ihn war die Aufstellung einer Europaarmee das Mittel, dem Zweck des europäischen Bundesstaates zu dienen. Vor dem gleichen Forum, der Beratenden Versammlung, erläuterte Adenauer im Dezember 1951 seinen Weg: Wenn das Instrument der europäischen Verteidigung geschaffen worden sei, könne man der Frage gar nicht ausweichen, welches Organ über den Einsatz dieses Instrumentes entscheide. „Dies ist jedoch eine politische Entscheidung. Die Verfolgung des militärtechnischen Plans selbst also hat uns in die Notwendigkeit versetzt, zur eigentlich politischen Integration Europas etwas Entscheidendes beizutragen.“⁹

Auf Zweifel, die Ernst Friedlaender in einem Rundfunkinterview an der Gangbarkeit dieses Weges äußerte, entgegnete Adenauer, Streitkräfte könnten für ihn keinesfalls Selbstzweck sein. Sowohl der Schuman-Plan als auch die EVG seien immer nur um eines europäischen Bundesstaates willen geplant worden¹⁰. Staatssekretär Hallstein und der Sicherheitsbeauftragte Blank trugen in verschiedenen Reden zur Verbreitung der Auffassung bei, die Europaarmee sei als Instrument des europäischen Einigungswerkes zu betrachten¹¹.

Das deutsche Sicherheitsbedürfnis wurde direkt mit dem politischen Ziel der europäischen Einigung verknüpft, wenn Adenauer etwas pathetisch sagte, daß „Deutschland entweder in Europa aufgehen oder ohne Europa untergehen muß“¹². Blank wiederholte diesen Gedanken¹³ und sprach nach Unterzeichnung des EVG-Vertrages von der europäischen Verteidigung als einem „Versuch, mit allen nur

⁸ Council of Europe, Consultative Assembly, Reports, S. 85 ff.

⁹ Rede vom 10. 12. 1951, MS, Archiv BPA, S. 3.

¹⁰ Interview Friedlaender – Adenauer vom 5. 3. 1952 im NWDR, in: *Bulletin*, 6. 3. 1952, Nr. 27, S. 261 f. Die fast wörtliche Wiederkehr des Interview-Textes in Adenauers Erinnerungen zeigt die Bedeutung, die er dieser Aussage beimaß; vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 534 ff.

¹¹ Vgl. z. B. Hallstein, Walter: *Freiheit und Frieden in internationaler Solidarität*. – In: *Bulletin*, 23. 2. 1952, Nr. 23, S. 220 f.

¹² Friedlaender-Interview vom 5. 3. 1952, in: *Bulletin*, 6. 3. 1952, Nr. 27, S. 262.

¹³ Vgl. Blank, Theodor: *Schutz Europas oder Untergang*. Rede auf einer Tagung der Katholischen Arbeiterbewegung in Recklinghausen am 30. 3. 1952. – In: *Bulletin*, 1. 4. 1952, Nr. 38, S. 390.

möglichen Mitteln die europäischen Staaten unter Zeitdruck zu setzen, sie zu veranlassen, um auch den zweiten entscheidenden Schritt zur Bildung einer echten europäischen politischen Föderation zu tun¹⁴.

Mit dieser Aussage war eine Beziehung zwischen der Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion und den westeuropäischen Einigungsbestrebungen hergestellt. Ein Amerikaner hat nach dem Scheitern der EVG in einem Aufsatz die Wechselwirkung zwischen dem Grad der Bedrohung und dem Ausmaß der europäischen Integrationsbestrebungen während des Kampfes um die EVG nachgezeichnet¹⁵. Gleichwohl wehrte Adenauer sich oft gegen diese Sichtweise. Es sei falsch, in dem äußeren Zwang das alleinige Motiv der europäischen Bemühungen zu sehen, stärker seien die inneren Gründe¹⁶. Er nannte die sowjetische Bedrohung einen Zwang zur „Rüstung wider Willen“ und gab den Föderalisten zu, daß die Verteidigungsfrage normalerweise am Ende der Einigungsbestrebungen aufgetaucht wäre und nicht am Anfang¹⁷.

Einer der profiliertesten Adenauer-Kritiker innerhalb der Publizistik, Paul Sethe, hatte schon vor Korea erklärt: Man solle sich durch die Sowjetunion nicht den Blick für die Reihenfolge verwirren lassen. Gegen die ungeheure Bedrohung aus dem Osten seien 20 deutsche Divisionen ohnehin nicht mehr als ein Pappschwert. Gegen diese Gefahr brauche man vor allem eine „lebendige, die Menschen fortreibende Idee“. Viel davon stecke im Bild eines neuen Europa, und wenn ein durch gleichen politischen Willen und gleiche Ideale verbundenes Europa geschaffen sei, dann verliere auch die Volkspolizei ihren Schrecken. Dann sei noch genügend Zeit, über den Schutz dieses Europa nachzudenken¹⁸.

Die Verknüpfung des Europagedankens mit dem Wehrbeitrag mußte nicht unbedingt den von Adenauer gewünschten Erfolg haben, sie konnte sich auch Gegenteilig auswirken. Fritz Erler sprach diese Befürchtung im Hinblick auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik und in Frankreich aus: Man versetze der Sache der europäischen Einheit einen gefährlichen Schlag, wenn man den Eindruck erwecke, „daß wir die Einheit vor allem um der beschleunigten Rüstung willen wollen“¹⁹.

Mancher fragte sich, ob denn das politische Europa nicht auch ohne den Umweg über die gemeinsame Verteidigung und damit ohne die deutsche Wiederbewaffnung zu erreichen sei. Walter Dirks hielt es für unnötig, die Wehrfrage zum Angel-

¹⁴ Derselbe vor Studenten der Universität Bonn am 16. 6. 1952, MS, Archiv BPA.

¹⁵ Vgl. Armstrong, Hamilton Fish: Postscript to E.D.C. – In: *Foreign Affairs*, Oktober 1954, S. 17 ff.

¹⁶ Adenauer vor der Beratenden Versammlung des Europarates am 10. 12. 1951, MS, Archiv BPA, S. 8.

¹⁷ Interview Friedlaender – Adenauer vom 5. 3. 1952, in: *Bulletin*, 6. 3. 1952, Nr. 27, S. 261.

¹⁸ Vgl. Sethe, Paul: Maß halten. – In: *FAZ*, 25. 5. 1950.

¹⁹ Erler vor der Beratenden Versammlung des Europarates am 30. 5. 1952, zit. nach: *NZ (UP)*, 31. 5. 1952.

punkt der europäischen Einigung zu machen²⁰, und Martin Niemöller lehnte kategorisch ein Europa ab, das seinen Mitgliedern nur soviel Stimmrecht gewähren würde, wie sie Divisionen als Einlage einbrächten²¹. Ebenso eindeutig wie die Sozialdemokraten sprachen sich die *Stuttgarter Nachrichten* gegen einen Weg zur europäischen Einigung über die gemeinsame Verteidigung aus: „Die Waffe ist der verlängerte Arm der Politik und nicht umgekehrt.“²²

Unterstützung fand Adenauer dagegen bei *Christ und Welt*. Hier sah man im Koreaschock des Sommers 1950 eine historische Stunde, die der Europarat hätte nutzen sollen, um sich als europäisches Parlament zu proklamieren und eine europäische Wehrmacht zu gründen²³. Auf diese Weise hätte die sowjetische Bedrohung für die europäische Einigung genutzt werden können, ohne daß die Europaarmee die erste europäische Institution geworden wäre.

Auch Eugen Kogon, Präsident der deutschen Europa-Union, dachte an eine solche Gleichzeitigkeit und war bereit, einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu akzeptieren, wenn zugleich die Föderation des europäischen Kontinents verwirklicht würde. Er wollte den durch das Sicherheitsbedürfnis entstandenen Druck für die europäische Einigung nutzbar gemacht wissen. „Wenn schon erpreßt werden muß, weil man uns braucht, warum dann nicht einmal zum Guten erpressen? Die Europa-Union vertritt den Standpunkt, daß es ohne die europäische Föderation keinen deutschen Soldaten geben darf.“²⁴

Doch weder Kogon setzte sich durch, der wie *Christ und Welt* die hohe Hürde vor einer europäischen Föderation unter dem Koreaschock „im Handstreich“ nehmen wollte, noch die Sozialdemokraten mit ihrer föderalistischen Einstellung, deren Begründung weniger in einem eingeschworenen Föderalismus der SPD zu suchen war, als vielmehr in ihren Vorbehalten gegen die Wiederbewaffnung. Der funktionalistische Weg der Bundesregierung führte immerhin bis zur Unterzeichnung des EVG-Vertrages im Mai 1952. Adenauer war sich, bei allen Vorbehalten gegen militärisches Denken, der Gunst dieser Situation des Kalten Krieges für seine Europapläne bewußt und versuchte, sie politisch zu nutzen. Daraus erklärt sich der Zeitdruck, unter dem er handelte.

²⁰ W[alter] D[irks]: Das Angebot der Russen und die Deutschen. – In: *Frankfurter Hefte*, 1952, H. 4, S. 234.

²¹ Niemöller, Martin: Deutschland wohin? Krieg oder Frieden? Rede, gehalten in Darmstadt am 17. 1. 1952. Darmstadt 1952, S. 13.

²² *Stuttgarter Nachrichten*, 7. 2. 1952.

²³ Vgl. Mehnert, Klaus (als „m“): „Kampfgruppen“ und deutscher Beitrag. – In: *Christ und Welt*, 14. 12. 1950.

²⁴ Kogon am 10. 12. 1950 in Düsseldorf, in: *FAZ*, 11. 12. 1950; vgl. auch eine Rede Kogons vom 22. 11. 1950 in Straßburg, in: *FAZ*, 23. 11. 1950.

2. Die EVG und die Suche der Deutschen nach einer neuen politischen Identität

Die Anhänger eines deutschen Wehrbeitrags innerhalb einer europäischen Verteidigungsorganisation begründeten ihre Haltung nicht nur mit der sowjetischen Bedrohung oder dem verbesserten politischen und völkerrechtlichen Status, den die Bundesrepublik im Rahmen einer solchen gemeinsamen europäischen Organisation erwarten konnte. Das mit der EVG angestrebte Teilelement europäischer Einigung war nicht nur Mittel zum Zweck, sondern für viele das eigentliche Ziel. Die Europahoffnungen in der Bundesrepublik erlebten durch die EVG-Verhandlungen starken Auftrieb, denn durch die Supranationalität einer europäischen Verteidigung eröffnete sich für die Deutschen nach dem durch die Hitler-Katastrophe herbeigeführten nationalen Identitätsverlust die Möglichkeit, ein neues politisches Selbstverständnis zu finden, eine Identität in Europa.

In der Schlußphase der Debatte um die EVG im Februar 1952 schrieb Gerstenmaier:

„Nicht nur das Ja oder Nein zu deutschen Divisionen, sondern in erster Linie die Frage, wo wir Deutschen in der Bewegung der Geschichte unseren festen Standort wählen – das ist die Entscheidung, um die in diesen Wochen gekämpft wird.“²⁵

Derselbe Politiker hatte zwei Jahre zuvor als erster deutscher Redner im Europarat in Straßburg die Zulassung der Bundesrepublik zu diesem europäischen Forum emphatisch begrüßt als eine Möglichkeit für die Deutschen, sich „selbst wiederzufinden und der Wüste und Zerstörung zu entkommen, in die wir durch eine verheerende Tyrannei verbannt waren“²⁶.

Schon während des Zweiten Weltkrieges war im Kreisauer Kreis, dem Gerstenmaier angehört hatte, durch Helmuth Graf von Moltke die Voraussicht entwickelt worden, daß eine Überwindung der Herrschaft von Furcht und Schrecken wahrscheinlich nur im Zusammenbruch der nationalen Einheit und dem Aufgehen Deutschlands in Europa möglich sei²⁷. Ein anderes Mitglied des Kreises, Theodor Steltzer, hatte ganz konkret die Abgabe von Souveränitätsrechten, vor allem auf dem Gebiet des Wehrwesens, vorgeschlagen²⁸. So läßt sich die Absicht, die Armee als erste staatliche Institution in die europäische Supranationalität zu erheben, weit zurückverfolgen, wobei seit den Überlegungen im deutschen Widerstand diese Absicht mit dem Willen verbunden war, den Bürgern nach dem Zusammenbruch des übersteigerten Nationalismus in Europa eine neue Identität zu geben.

²⁵ Gerstenmaier, Eugen: Mobilmachung der Angst. – In: *Schwäbische Rundschau*, 10. 2. 1952.

²⁶ Derselbe vor der Beratenden Versammlung des Europarates am 9. 8. 1950, in: Council of Europe, Consultative Assembly, Reports, S. 72.

²⁷ Vgl. Steltzer, Theodor: *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München 1966, S. 150f.

²⁸ Vgl. die Denkschrift Steltzers an Lionel Curtis vom 15. 7. 1944, ebenda, S. 296; vgl. hierzu auch Roon, Ger van: *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967, S. 452ff. und 466ff.

Nach dem Krieg trugen Gerstenmaier und auch Steltzer diese Gedanken in die konkrete politische Diskussion um die europäische Verteidigung und Einigung hinein. Aus dem Chaos des Zweiten Weltkrieges, so schrieb Gerstenmaier im Sommer 1951, habe sich das Bild der Vereinigten Staaten von Europa erhoben. „Er scheint uns dieses Bild nicht als das einzige, das wirklich Verheißung besitzt?“²⁹ Hermann Rauschning sah in der Suche der Deutschen nach einer neuen Identität das Hauptmotiv der deutschen Europapolitik. Er hielt das Interesse Deutschlands an einer westeuropäischen Einigung für eine elementare Notwendigkeit, die geradezu identisch mit Selbsterhaltung sei³⁰.

Außerhalb der Bundesrepublik fehlte ein Teil dieses inneren Zwanges, aber die Hilfs- und Schutzbedürftigkeit auch der anderen westeuropäischen Nationalstaaten infolge der Erschöpfung des Krieges und der sowjetischen Bedrohung führte doch auch hier die gemeinsame westeuropäische Lage vor Augen und ließ die Einigung Europas bei vielen als eine neue Zukunft erscheinen.

Selbst unter den Soldaten, die sich im Zweiten Weltkrieg bekämpft hatten, wuchs das Gefühl, daß es sich um unnötige europäische Bürgerkriege gehandelt habe, die nun einer militärischen Zusammenarbeit weichen müßten. Solche Solidarität auf der Basis des gleichen Kriegserlebens prägte und erleichterte z. B. die Arbeit des Militärausschusses bei den EVG-Verhandlungen³¹. Auch nationale Soldatenbünde nahmen Europa-Bekanntnisse in ihre Satzungen auf³². Hasso von Manteuffel, ein politisch aktiver ehemaliger General, forderte die Soldaten auf, Verbindungen zur Kriegsgeneration in anderen europäischen Ländern zu knüpfen³³, und 1952 gründete der französische General Béthouart zusammen mit dem deutschen General a. D. Westphal einen Europäischen Verband ehemaliger Kriegsteilnehmer (Fédération Européenne d'Anciens Combattants)³⁴.

Politisch bedeutsamer waren die parteigebundenen übernationalen Zusammenschlüsse. Die 1951 wiedergegründete Sozialistische Internationale verabschiedete auf ihrer Frankfurter Konferenz vom 30. Juni bis 3. Juli 1951 eine Resolution, die zur militärischen Verteidigung gegenüber dem totalitären Kommunismus und zum Zusammenschluß gegen dessen aggressive Tendenzen aufrief. „Die Vergangenheit hat bewiesen, daß freie Demokratien sich gegen die Drohung des Totalitarismus

²⁹ *Christ und Welt*, 26. 7. 1951.

³⁰ Vgl. Rauschning, Hermann: *Deutschland zwischen West und Ost*. Berlin, Hamburg, Stuttgart 1950, S. 74.

³¹ Vgl. die Akten des Amtes Blank über die Verhandlungen in Paris, BA/MA, (EVG) 3ff.

³² So z. B. der Schutzbund Deutscher Soldaten, der zur Vereinigung in einer „Europäischen Frontkameradschaft“ aufforderte; vgl. Punkt 4 seiner Satzung, in: *Die Deutsche Soldatenzeitung*, 6. 6. 1951.

³³ Vgl. Manteuffel, Hasso von: *Die ehemaligen Soldaten und Europa*. – In: *Rheinische Post*, 14. 8. 1951.

³⁴ Vgl. Béthouart, Antoine: *Der Beginn einer neuen Ära*, in: *Bereitbleiben zur Tat*. Zum siebzigsten Geburtstag von General a. D. Dr. Hans Speidel. Hrsg. von der Markus-Verlagsgesellschaft. Köln 1967, S. 47.

nicht ohne Waffen verteidigen können.³⁵ Eine Resolution des Rates der Sozialistischen Internationale sprach sich direkt für eine Europaarmee aus³⁶. Dabei hatte die deutsche Delegation mit Ollenhauer und Luetkens ihre Unterschrift unter die Resolution jedoch von der Aufnahme eines Absatzes über die Gleichberechtigung abhängig gemacht. Die Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa drängte am 18. Mai 1952 unter dem Vorsitz von André Philip auf eine europäische Föderation, damit die Voraussetzung für die Zusammenfassung des militärischen Potentials geschaffen würde³⁷.

Die politische Wirksamkeit der internationalen sozialistischen Verbindungen für eine gemeinsame europäische Verteidigung unter Beteiligung der Bundesrepublik erlitt durch die Haltung der deutschen Sozialdemokraten eine deutliche Schwächung. Schumacher und Ollenhauer stellten Bedingungen, die den Eindruck einer nationalen oder sogar nationalistischen Opposition machten. Die gemeinsame Gegnerschaft zum Kommunismus hielt die Internationale zwar zusammen, aber das Beharren der Sozialdemokraten auf nationalen Vorbehalten und ihr tiefsitzendes Mißtrauen gegen das Militärische störten gemeinsame Aktionen auf europäischer Ebene³⁸.

Mehr Einigkeit bestand unter den Christ-Demokraten, die sich in den Nouvelles Equipes Internationales zusammengeschlossen hatten und auf einer Tagung in Paris am 12. Januar 1952 die Delegierten der christlich-demokratischen Parteien in Straßburg direkt aufforderten, für eine europäische Konföderation mit gemeinsamer Verteidigung einzutreten³⁹. Die gleiche Aufforderung richtete die Liberale Weltunion an die liberalen Delegierten während einer Tagung vom 24. bis 28. August 1950 in Stuttgart⁴⁰. Hermann Schäfer schlug sogar vor, die bestehenden Internationalen der Liberalen, der Christ-Demokraten und der Sozialisten zu übernationalen Parteien zusammenzuschließen, um wirkungsvoller im europäischen Rahmen handeln zu können⁴¹.

Diese Parteigründungen kamen aber nicht zustande; die Wirkung der Zusammenschlüsse blieb begrenzt. Das Straßburger Parlament setzte sich weiterhin aus den Delegationen der nationalen Parlamente zusammen und behielt den Charakter einer nur beratenden Versammlung. Das Projekt einer Europaarmee, obwohl in Straßburg erstmals erörtert, blieb ein Gegenstand innerstaatlicher Diskussion und

³⁵ Wortlaut der Resolution in: *Archiv der Gegenwart*, 1951, S. 3012; vgl. auch Bohn, Helmut: *Die Sozialisten und die Verteidigung*, Köln 1957, S. 30 ff.

³⁶ Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1951, S. 3248.

³⁷ Vgl. Rifflet, R.: *Die Entwicklung des europäischen Sozialismus*. – In: *Bulletin*, 20. 5. 1952, Nr. 57, S. 623.

³⁸ Vgl. hierzu: Edinger: Kurt Schumacher, S. 256 ff. Zu den Verbindungen zwischen europäischen Parteien in der Wehrfrage vgl. auch Grosser, Alfred: *Les Contacts Allemands des Partis Français*. – In: *La Querelle de la C.E.D.*, S. 98 ff.

³⁹ Vgl. EA, 1952, S. 4779.

⁴⁰ Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1950, S. 2553.

⁴¹ Vgl. fdk 21. 2. 1952.

herkömmlicher internationaler Verhandlungen. Andererseits wuchs die europäische Solidarität durch die Planung einer europäischen Verteidigung doch so weit, daß dem EVG-Vertrag schließlich eine Klausel eingefügt wurde, welche die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung bindend vorschrieb.

Während die internationale Solidarität der westeuropäischen Sozialdemokraten, vor allem wegen der kritischen Haltung der SPD zum deutschen Verteidigungsbeitrag, propagandistisch und ideologisch nur mit Schwierigkeiten für den Gedanken einer europäischen Einigung nutzbar gemacht werden konnte, ergab sich im politischen und publizistischen Lager der Christlichen Demokraten eine ideologische Klammer durch die besondere christlich-konservative Färbung des Europagedankens, die in der Formel vom „christlich-abendländischen Kulturkreis“ Ausdruck fand. Die defensive Motivation dieser Formel, die an die Selbstbehauptung abendländischer Kultur- und Lebensform gegen die drohende Überfremdung aus dem Osten appellierte, dabei aber auch dem Wunsch nach einer gewissen Sonderstellung Westeuropas gegenüber Amerika Ausdruck geben konnte, war geeignet, sehr breite Kreise anzusprechen und so zur Integration der heterogenen Anhängerschaft der CDU/CSU beizutragen.

Adenauer, der gern von der Solidarität des Abendlandes sprach, verband mit diesem Motiv vor allem den Willen zur deutsch-französischen Verständigung. So schloß er einen Presseempfang für französische Journalisten zum Thema „Europäische Verteidigung“ im Sommer 1951 mit den Worten:

„Ich bin der festen Überzeugung, daß Westeuropa und die ganze abendländische Kultur, die wir ja gemeinsam haben, in tödlicher Gefahr schwebt, in einer Gefahr, wie seit 2000 Jahren nicht, denn die Macht und der Druck Sowjetrußlands sind ungeheuer stark, und daß Ihr Volk und Ihr Land und wir in gleicher Weise wirklich vor einer Gefahr stehen, die uns vielleicht alle[n] noch nicht so recht ins Bewußtsein gekommen ist, und daß, wenn wir nicht zusammenhalten und zusammenstehen, wir diese Gefahr nicht meistern können, und daß daher jeder von uns Westeuropäern die eine vornehmste Pflicht hat, alles zu tun, was in seiner Kraft steht, damit die westeuropäischen Länder und insbesondere Frankreich und Deutschland zueinander finden und gemeinsam dieses Westeuropa aufrechterhalten.“⁴²

Dieses Europa, beschränkt auf die sechs Länder der EVG und der Montanunion, war ideologisch und machtpolitisch als Gegenpol zu Moskau konzipiert⁴³. Gegen den Aufbau einer Machtposition zur Sicherung gegen die Sowjetunion hätte auch die Mehrheit der Opposition in der Ära Schumacher nichts einzuwenden gehabt. Nur die ideologische Festlegung auf das christliche Abendland stieß auf Widerstand. Selbst Vizekanzler Blücher polemisierte dagegen und gab Adenauer zu verstehen,

⁴² Protokoll über den Empfang französischer Journalisten bei Adenauer am 28. 6. 1951 im Palais Schaumburg, MS, Archiv BPA, S. 6; vgl. hierzu auch Rován, Joseph: *Le Catholicisme Politique en Allemagne*, Paris 1956, S. 281 ff.

⁴³ Vgl. Gerstenmaier, Eugen: Europa als Gegenpol Moskaus. – In: *Christ und Welt*, 26. 7. 1951.

ein Land könne nicht schon deswegen unser Freund sein, weil es eine Regierung der MRP oder der Christlich-Sozialen habe⁴⁴.

Das in der Abendland-Ideologie zum Ausdruck kommende Europäertum charakterisierte Schumacher als „klassenbedingt“; es lasse die Tendenz zur Bildung eines „lateinisch-vatikanischen Dreibundes Paris–Rom–Bonn“ erkennen⁴⁵. Er unterstellte der Regierung die Absicht, die Ausweitung Europas auf die sozialdemokratisch regierten skandinavischen Länder zu verhindern und etikettierte das von Adenauer schon mit der Montanunion angestrebte Europa in einer Rede gegen den Schuman-Plan als konservativ, klerikal, kapitalistisch und kartellistisch. Der Typ dieser Länder „ist bei der großen Auseinandersetzung der Prinzipien restaurativ und liegt nicht im Sinne der modernen Arbeiterbewegung“⁴⁶.

Eine „Heilige Allianz“ nannte Gerhart Luetkens spöttisch das Europa der Sechs⁴⁷ und gab damit dem protestantischen Pastor und Sozialdemokraten Heinrich Albertz recht, der nach einer Tagung über das Thema Wiederbewaffnung feststellte, dieses Europa stehe unter der Führung eines politischen Klerikalismus, der glaube, mit dem traurigen Rest Frankreich, Italien, Westdeutschland, den Benelux-Ländern und ihrem geistigen Vater, dem Vatikan, europäische Politik machen zu können⁴⁸.

Der vorwiegend katholische Charakter des Europa, das in der EVG verteidigt werden sollte, bot gerade unter evangelischen Geistlichen häufig Anlaß zur Kritik – nicht nur bei Albertz oder dem kompromißlosen Kirchenpräsidenten Niemöller⁴⁹. Der gemäßigte Probst Asmussen wollte für die evangelische Kirche weder die Idee vom christlichen Abendland noch die romantische Vorstellung von einer Erneuerung des Reiches Karls des Großen akzeptieren. Die mit der europäischen Sicherheitspolitik Adenauers nicht zu behebende Spaltung Deutschlands werde von den evangelischen Christen stärker empfunden als von den Katholiken, da die evangelische Kirche nicht wie die Katholische durch Universalität Einheit besitze⁵⁰.

Eng verbunden mit dieser Diskussion war die Kontroverse: Klein- oder Großeuropa. Der schon als Fürsprecher der paneuropäischen Bewegung in den 20er Jahren bekannte Graf Coudenhove-Kalergi hatte im September 1950 die Bildung eines europäischen Bundesstaates, des „Karls-Bundes“, proklamiert, der England

⁴⁴ Vgl. die Wahlrede Blüchers vom 8. 11. 1950 in München, FDP-Briefe Nr. 22 vom 23. 11. 1950, FDP-Archiv.

⁴⁵ Schumacher auf einer Tagung für sozialdemokratische Verleger und Chefredakteure, in: *Neuer Vorwärts*, 7. 12. 1951.

⁴⁶ Referat vor den sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD am 24. 5. 1951 in Gelsenkirchen, – In: *Turmwächter*, Bd. II, S. 364.

⁴⁷ Vgl. Luetkens, Gerhart: Die „Heilige Allianz“ von Straßburg. – In: *Außenpolitik*, 1950, H. 3, S. 172 ff.

⁴⁸ Sozialdemokratischer Pressedienst, 7. 11. 1950, S. 6; vgl. hierzu auch Franz, Emil: Der politische Katholizismus. – In: *Christ und Welt*, 23. 8. 1951.

⁴⁹ Vgl. den Niemöller-Artikel „Der mit Benzin löscht“. – In: *Der Spiegel*, 17. 1. 1951, S. 13.

⁵⁰ Nach dem Bericht von Helmut Lindemann über eine Tagung mit Probst Asmussen in Königswinter, in: *Frankfurter Hefte*, 1951, H. 7, S. 456 ff.

und die skandinavischen Länder ausschloß⁵¹. Ein solches „Minimal-Europa“⁵² auf der Basis des Karls-Reiches schaffen zu wollen, warfen die Opposition und frei-demokratische Kritiker dem Bundeskanzler vor⁵³.

Adenauer hielt dagegen, die Alternative „Klein- oder Großeuropa“ stelle sich nicht für ihn, er sehe im EVG-Zusammenschluß nur eine gewisse engere Verbindung innerhalb Groß-Europas⁵⁴. Die Vorbehalte blieben trotzdem bestehen, da die Gegner der EVG keine Schritte in Richtung auf ein Großeuropa erkennen konnten, andererseits aber den Satz ablehnten, mit dem Fritz René Allemann Adenauer später verteidigte: „Die wirkliche Alternative hieß: Kleineuropa oder kein Europa?“⁵⁵

Die Gegner der EVG sahen in der geographischen Begrenzung der EVG zugleich eine Bindung an die in den EVG-Ländern regierenden Träger bestimmter Weltanschauungs- und Wertvorstellungen, die sie nicht teilten. So lehnte vor allem Schumacher Adenauers Sicherheitskonzeption nicht nur aus Gründen des nationalen Selbstbewußtseins gegenüber den Westmächten ab, sondern auch, weil das Europa der EVG christlich-demokratisch und nicht sozialdemokratisch orientiert gewesen wäre.

3. Die bewaffnete „Nation Europa“ in den Augen der extremen Rechten

Auch einige Gruppen auf der äußersten Rechten versuchten, die günstige Gelegenheit der politischen Diskussion um die gemeinsame europäische Verteidigung zu nutzen, allerdings mit dem Ziel, über ein geeintes Europa die nationalsozialistischen Ideen von Reich und Europa⁵⁶ zu retten und wiederzubeleben.

Wenn in einer Zeitschrift gleichen Namens die „Nation Europa“ proklamiert wurde, so glaubten die Urheber dieses Begriffes, darin die „letzte Gestaltung und Vollendung“ des deutschen Reiches sehen zu können. „Für dieses Europa wird es sich dann zu kämpfen und zu siegen lohnen!“⁵⁷

Die Propagierung einer solchen Europaideologie konnte dem Europakzept der Bundesregierung vor allem im Ausland gefährlich werden. Dies um so mehr,

⁵¹ Vgl. den Bericht des Generalsekretärs Coudenhove-Kalergi an den IV. Europäischen Parlamentarier-Kongreß vom 18.–21. 9. 1950 in Konstanz, in: EA, 1950, S. 3453 ff.; ein Jahr später fügte Coudenhove hinzu, damit lasse sich auch das Problem des Friedensvertrages mit Deutschland lösen, der sich durch eine europäische Verfassung erübrige; vgl. EA, 1951, S. 4335.

⁵² *Außenpolitik*, 1951, H. 1, S. 4.

⁵³ Vgl. als Beispiel für Kritik von seiten der FDP die Londoner Rede Pfeleiderers von 1951. – In: Pfeleiderer: *Politik für Deutschland*, S. 28 ff.

⁵⁴ Vgl. die Rede Adenauers in Straßburg am 10. 12. 1951, MS, Archiv BPA, S. 3.

⁵⁵ Allemann: *Bonn ist nicht Weimar*, S. 179.

⁵⁶ Vgl. hierzu Kluge, Paul: *Nationalsozialistische Europaideologie*. – In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1955, S. 240 ff.

⁵⁷ Priester, Karl Heinz: *Was ist und will die „Europäische Nationale“?* – In: *Nation Europa*, 1951, H. 4.

als derartige Äußerungen nicht selten von ehemaligen Offizieren der Wehrmacht kamen, die damit Erinnerungen an Hitlers Eroberungsfeldzüge weckten und bei den europäischen Nachbarn die Furcht heraufbeschworen, eine Europaarmee unter deutscher Beteiligung könne zur „Befreiung der Völker Osteuropas vom bolschewistischen Joch“⁵⁸ verwendet werden.

Die Vorstellungen der Rechtsradikalen von einer Europaarmee lassen sich im wesentlichen auf vier Aussagen zurückführen: 1. Der Nationalsozialismus ist bereits eine Europabewegung gewesen. 2. Deutschland war schon immer das Bollwerk Europas gegen den Osten. 3. Die deutsche Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges, besonders die Waffen-SS, war bereits eine europäische Armee. 4. Der Westen ist Deutschland bei dem Versuch, Europa gegen den Osten zu verteidigen, in den Rücken gefallen. Diese Aussagen waren zumeist mit deutlicher Verneinung des politischen Systems der westlichen Demokratien verbunden.

Namhafte Vertreter dieser Thesen waren die ehemaligen Offiziere und engagierten Anhänger nationalsozialistischen Gedankenguts Ernst Remer und Hans-Ulrich Rudel. Ihre Anhängerschaft war inner- und außerhalb des Offizierkorps aber sehr begrenzt. Schwerer wogen die Schriften des ehemaligen Generalobersten Guderian, der als „Vater der deutschen Panzerwaffe“ bei vielen Soldaten einen nahezu legendären Ruf genoß. Guderian schrieb damals, man möge über Hitlers Taten urteilen wie man wolle, rückschauend betrachtet habe sein Kampf Europa gegolten⁵⁹.

Alle drei beriefen sich auf die Schutzdamm-Funktion Deutschlands gegen den Osten, die man im Rußland-Feldzug wahrgenommen habe. Rudel z.B. schrieb 1951: „Haben wir der Welt fünf Jahre lang nicht zugerufen, daß wir der einzig wirksame Prellbock gegen den Bolschewismus sind?“⁶⁰ Aber auch das Organ des damals noch als unpolitisch geltenden Verbandes deutscher Soldaten schrieb Ende 1950: das deutsche Soldatentum habe jahrhundertlang einen Damm gegen den Osten gebildet, und in eben dieser Funktion brauche man nun den deutschen Soldaten wieder⁶¹. Solche Äußerungen erinnerten in fataler Weise an zwei Sätze, die Göring gesprochen hatte, während in Stalingrad um die letzten Ruinen gekämpft wurde: „Immer und zu allen Zeiten ist Deutschland der Wall gewesen, an dem sich die östlichen Horden brachen. Heute steht nun Deutschland für ganz Europa auf äußerster Wacht.“⁶²

Ähnlichen Ursprungs war die Metapher vom „Ansturm der Steppe“⁶³, die in ent-

⁵⁸ Kleist, Peter: Europa endet nicht an der Elbe. – In: *Zeitschrift für Geopolitik*, 1951, H. 11, S. 665.

⁵⁹ Vgl. Guderian: Kann Westeuropa verteidigt werden?, S. 30; vgl. auch Backhaus: Wehrkraft im Zwiespalt, S. 84.

⁶⁰ Rudel, Hans-Ulrich: Mit uns? – In: *Zeitschrift für Geopolitik*, 1951, H. 1, S. 75; vgl. auch die Äußerungen Remers auf einer SRP-Parteiveranstaltung in Hamburg. – In: dpa, Inf. 227/12. 2. 1951, MS, Archiv BPA.

⁶¹ Vgl. *Der Notweg*, 1950, Nr. 12 (Dezember).

⁶² Wiedergegeben u. a. in: *Aachener Anzeiger – Politisches Tageblatt*, 3. 2. 1943.

⁶³ Goebbels in seiner Sportpalastrede nach Stalingrad. – In: *Aachener Anzeiger – Politisches Tageblatt*, 19. 2. 1943.

sprechenden Gedankengängen häufig vorkam. Rudel sprach von dem „anstürmenden Asien“⁶⁴ und Guderian ging in seiner Beweisführung für die Schutzwall-Rolle Deutschlands bis zu den Hunneneinfällen unter Attila zurück⁶⁵.

Die These jedoch, daß schon die 180 deutschen Divisionen des Ost-Feldzuges eine „Europaarmee“ gewesen seien⁶⁶, mußte auf die Verfechter einer Europaarmee, die während des Krieges im Kampf gegen Hitler gestanden hatten, besonders provozierend wirken. So wenn ehemalige Angehörige der Waffen-SS die Zusammenfassung mehr oder weniger faschistisch gesinnter nichtdeutscher SS-Legionäre unter den SS-Runen als Vorbild für die in Straßburg geplante Armee hinstellten. Bezeichnend war ein Artikel in der ersten Nummer des im November 1951 gegründeten Organs der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen, dem *Wiking-Ruf*, in dem es hieß: „Für uns war also damals schon ein geeintes Europa, das vor den Sowjets zu schützen war, ein Stück Wirklichkeit und kein Wunschgebilde, von dem in Konferenzen und Parlamentsitzungen viel geredet wurde.“⁶⁷ Unter den ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS bestand der Plan, eine europäische Organisation zu bilden; ein erstes Treffen, das dann nicht zustande kam, sollte im Sommer 1951 auf dem Alcazar bei Toledo die „wahren europäischen Soldaten“ versammeln.

Die weitere These vom „Dolchstoß“ fand sich in ihrer extremsten Formulierung bei Guderian, der den Westmächten vorwarf, sie seien während des Krieges „in völliger Verkennung der wahren Lage“ mit der Landung in der Normandie den Interessen Europas „in den Rücken gefallen“⁶⁸.

Die Argumentation Rudels gegen die Teilnahme deutscher Truppen an einer Europaarmee zeigte eine Trotzreaktion gegen die Westmächte: Die künftigen Verbündeten hätten Deutschlands Rolle im Zweiten Weltkrieg nicht anerkennen wollen, obwohl Deutschland doch schon damals die Funktion der europäischen Verteidigung gegen den Osten wahrgenommen habe; nun müßten sie auf die Deutschen verzichten, es sei denn, sie korrigierten ihre Fehler.

Diese Ablehnung des Westens als Bündnispartner war nicht zuletzt durch die Verneinung der politischen Ordnung westlicher Demokratie motiviert. Rudels Tagebuchaufzeichnungen aus dem Jahr 1952 werfen ein deutliches Licht auf die Vorstellungen der radikalen Rechten von europäischer Verteidigung und enthüllen die Gründe für die Zurückweisung westlicher Verteidigungspläne: Was europäische Integration sei, habe der Rußlandfeldzug bewiesen, als vom hohen Norden bis zum Schwarzen Meer Söhne aller Völker nebeneinander gestanden hätten. Nun, da die

⁶⁴ Rudel: Mit uns?, S. 75; vgl. auch Müller-Brandenburg, Hermann: Neutralität?, Berlin 1952, S. 57.

⁶⁵ Guderian: Kann Westeuropa verteidigt werden?, S. 22ff.

⁶⁶ Vgl. Backhaus: Wehrkraft im Zwiespalt, S. 85.

⁶⁷ Europäische Verständigung mit den Augen eines deutschen Soldaten gesehen. – In: *Wiking-Ruf*, 1951, Nr. 1.

⁶⁸ Guderian: Kann Westeuropa verteidigt werden?, S. 28; vgl. ferner Rudel: Dolchstoß oder Legende?; Hofer, Walther: ‚Europäer‘ falschverstandenen Soldatentums. – In: *Die Freiheit* (Mainz), 14. 9. 1951.

Bolschewisierung drohe wie nie zuvor, sei Integration entscheidend für Europas Schicksal geworden.

„Diese Integration wird nationalistisch sein, das heißt also im tiefsten Sinne völkisch sein, oder sie wird nicht sein, und Europa, die redenden, verhandelnden, Kompromisse suchenden, sich vor lauter diplomatischer und geschäftlicher Gerissenheit überschlagenden Völker Europas werden von dem jungen, unverbrauchten, vor Kraft strotzenden Barbaren mit dem Pferdemenagen aus dem Osten allesamt über Nacht verfrühstückt.“⁶⁹

Derartige neofaschistische Europakonzeptionen konnten in der Bundesrepublik der 50er Jahre vielleicht noch einige Leser ansprechen und allenfalls im Ausland Unruhe erzeugen, bedeutsame politische Anziehungskraft haben sie aber nicht mehr entwickelt. Die Sympathien der Bevölkerung gehörten einem Europa, das weder nationalistisch noch militaristisch war und das die westlichen Staaten einschloß. Nur in einem solchen Europa war für die Bürger der Bundesrepublik, besonders für die Jugend, ein Wehrbeitrag denkbar.

4. Das schwierige Verhältnis zu Frankreich: Pleven-Plan und Saarproblem

Angesichts der Europa-Ungeduld, die, aus der Nachkriegssituation der Bundesrepublik heraus, viele Deutsche erfüllte, erschienen Frankreich und die französische Politik oft als Stein des Anstoßes. Der Pleven-Plan und das Saarproblem waren dafür die wichtigsten Beispiele. An diesen beiden konkreten Problemen artikulierte sich auch in besonderer Deutlichkeit die unterschiedliche taktische und prinzipielle Einstellung von Regierung und Opposition in der Bundesrepublik zur Frage der europäischen Einigung und europäischen Armee.

Die deutschen Einwände gegen den im Oktober 1950 vorgetragenen Pleven-Plan bezogen sich vor allem auf die fehlende Gleichberechtigung deutscher Truppen. In seiner Rede vor der Beratenden Versammlung in Straßburg versuchte Schuman im November 1950 zwar diesen Einwänden zu begegnen, indem er zusicherte, es werde unter den beteiligten Ländern keine Diskriminierung geben. Aber auch er schränkte ein: man müsse der Tatsache Rechnung tragen, daß die meisten Teilnehmerländer eine nationale Armee hätten, einige dagegen nicht. Auch die außereuropäischen Verpflichtungen der Kolonialmächte seien zu berücksichtigen. „Es sind dies Unterschiede in der Lage, aber nicht in der Behandlung.“⁷⁰ Ähnlich lauteten Erläuterungen, die François-Poncet im Auftrag Plevens schon einige Tage vorher am Vorabend der Wehrdebatte im Bundestag vom 8. 11. 1950 überbracht hatte. Adenauer gab sich zunächst mit der grundsätzlichen Versicherung zufrieden, daß jede Diskriminierung ausgeschlossen sei⁷¹. Die Schwierigkeiten steckten aber im Detail,

⁶⁹ Rudel: Aus Krieg und Frieden, Göttingen o. J., S. 214.

⁷⁰ Wortlaut der Rede in: Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung, S. 817 ff.

⁷¹ Vgl. Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 380 f.

und hier fehlte es durchaus an klaren Zusicherungen. Es entsprach jedoch Adenauers Einstellung, bei strittigen Einzelheiten auf die weitere Entwicklung zu vertrauen. Der hauptsächliche Inhalt des Plevan-Planes, der Modus einer deutschen militärischen Beteiligung an der westlichen Verteidigung, stand bei Adenauer nicht im Vordergrund des Interesses. In seiner Regierungserklärung vom 8. November 1950⁷² bezog er sich nur auf den Grundgedanken des Planes, den er optimistisch als einen „wesentlichen Beitrag zur Integration Europas“⁷³ interpretierte. Der Vorschlag zur Bildung einer Europaarmee, wie immer die Modalitäten aussahen, war in seinen Augen an sich schon ein wesentlicher Fortschritt auf ein integriertes Europa hin. Er erklärte sich deshalb zur Mitarbeit bei der Beratung des Plevan-Planes bereit⁷⁴.

Demgegenüber äußerte sich Schumacher in der gleichen Wehrdebatte (8. 11. 1950) „erstaunt und nicht erfreut“ darüber, daß Adenauer den Plevan-Plan überhaupt als Diskussionsgrundlage ansah⁷⁵. Er bezweifelte des Kanzlers Annahme, der Plan führe auf dem Weg nach Europa weiter, und meinte, man könne die deutsch-französische Aussöhnung nicht durch Verschweigen vorhandener Schwierigkeiten erreichen. „Denn der Geist des Planes Plevan ist nicht der Geist der Aussöhnung.“ Frankreich sei darauf aus, Deutschland als Glacis und Manövriertfeld für die französische Verteidigung zu sichern. „Es kann nicht ein Land zur Verteidigung anderer Länder dienen. Eine militärische Verteidigung ist nur auf der Grundlage der Gemeinsamkeit möglich.“⁷⁶

Als die Bundesrepublik im Januar 1951 offiziell zu einer Konferenz über den Plevan-Plan nach Paris eingeladen wurde, hob der stellvertretende französische Hohe Kommissar Bérard in einer Pressekonferenz am 26. Januar 1951 die Fortschritte hervor, die der Plan für Europa mit sich bringe, umging aber die Problematik der Gleichberechtigung⁷⁷. Daraufhin prangerte Schumacher drei Tage später in einer Pressekonferenz zahlreiche Punkte des Plans erneut als unannehmbar an: Ausnahmebehandlung der Deutschen in den vorgesehenen Bestimmungen über Größe der Truppenformationen und der Bewaffnung, fehlender deutscher Einfluß in der militärischen Führung. Deutschland werde zur „Nation zweiter Klasse“ deklariert. Der Plan sei unmöglich und uneuropäisch. Auf Bérards Darlegungen zur Gleichberechtigung angesprochen, sagte Schumacher: „Dieses Geschwätz, daß die Deutschen gleichberechtigt sein sollen, mit dem permanenten gleichzeitigen Manipulieren der Dinge, daß sie eben nicht gleichberechtigt sind, sollte nun einmal aufhören.“⁷⁸

⁷² BT, sten. Ber., S. 3563 ff.

⁷³ Ebenda, S. 3565.

⁷⁴ Ebenda; vgl. auch Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 381.

⁷⁵ BT, sten. Ber., S. 3567.

⁷⁶ Ebenda, S. 3568 f.; vgl. auch die Rede Schäfers (FDP), ebenda, S. 3606, von Brentanos (CDU), S. 3618; Heinemann hatte diesen Vorwurf schon im Oktober 1950 erhoben; vgl. seine *Denkschrift Deutsche Sicherheit* vom 13. 10. 1950, MS, Archiv BPA, S. 1.

⁷⁷ Vgl. das Protokoll der Pressekonferenz vom 26. 1. 1951 im Hotel „Dreesen“, Bad Godesberg, MS, Archiv BPA.

⁷⁸ Protokoll der Pressekonferenz Kurt Schumachers vom 29. 1. 1951, MS, Archiv BPA, S. 3.

Es klang wie die gaullistische Argumentation, die den EVG-Vertrag später zum Scheitern brachte, wenn Schumacher im Mai 1951 über den Plevan-Plan sagte, er bedeute die Auslieferung der deutschen Jugend zur Verteidigung fremder Nationalstaaten an die alliierte Generalität, nicht aber die Gemeinsamkeit Gleicher⁷⁹. Bei solchen Sätzen ließ sich Schumacher keineswegs von den Motiven eines de Gaulle leiten, denn er war durchaus bereit, an einer gemeinsamen Verteidigung auch unter den Bedingungen der Supranationalität teilzunehmen, aber er war nicht gewillt, dies aus einer Position minderen Rechtes heraus zu tun oder in dieser Frage irgendeinen Kompromiß einzugehen.

Adenauer lehnte diese unbedingte Haltung ab, da er sich davon wenig Erfolg bei den Alliierten versprach. Er vertraute darauf, Gleichberechtigung im Lauf von Verhandlungen zu erreichen. Schumacher sprach sich nicht grundsätzlich gegen die Verhandlungen in Paris aus, nur sollte nach seiner Meinung die deutsche Delegation lediglich technische Vorbesprechungen führen mit dem Ziel „der Abtastung dessen, was militärtaktisch gewollt und möglich ist“⁸⁰.

Die Bundesregierung dagegen wollte auch technische Gespräche politisch nutzen; sie taktierte einerseits vorsichtiger, als Schumacher dies wünschte, verfolgte aber andererseits weitergehende Europapläne, als der Oppositionsführer sie unter den Voraussetzungen des Plevan-Plans zu unterstützen bereit war.

Kaum minder drastisch war die Auseinandersetzung über die Behandlung der Saarfrage, die z. T. in die gleiche Zeit fiel. In derselben Wehrdebatte vom 8. November 1950, in der Schumacher seinen gegensätzlichen Standpunkt zum Plevan-Plan deutlich gemacht hatte, griff er den Kanzler wegen der Saarfrage an und warf ihm vor, er habe den deutschen Charakter der Saar nicht deutlich betont und die Herausschälung dieses Gebiets aus Deutschland nicht aufgehalten. Zur internationalen Sicherheit gehöre die internationale Solidarität, und die gelte es auch im Falle der Saar durch Taten zu beweisen⁸¹. Diese Sätze lassen erkennen, daß die Saarfrage in der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag eine wichtige Rolle spielte. Solange dieses Problem ungelöst war, wirkte es störend auf die Planung der gemeinsamen europäischen Verteidigung. Die Saarfrage war die „ungedeckte Flanke“ der Adenauerschen Europakonzeption⁸².

Schon in der ersten großen Saardebatte des Bundestags noch vor dem Koreakrieg⁸³ zeigte sich der grundlegende Unterschied in der Behandlung des Problems durch Adenauer und Schumacher: Während der Bundeskanzler im Hinblick auf

⁷⁹ Vor Mitarbeitern der Sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD in Gelsenkirchen, in: *Turmwächter*, Bd. II, S. 385.

⁸⁰ Pressekonferenz vom 29. 1. 1951, S. 4.

⁸¹ BT, sten. Ber., S. 3568.

⁸² Vgl. Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler, S. 137.

⁸³ BT, sten. Ber., S. 1556 ff. (10. 3. 1950); zum Verhältnis von Saar-Problem und europäischer Sicherheit vgl. Freymond, Jacques: Die Saar 1945–1955, München 1961, S. 100 ff.; Dischler, Ludwig: Das Saarland 1945–1956, Hamburg 1956, S. 59 ff.; Schmidt, Robert H.: Saarpolitik 1945–1957, Bd. II: Entfaltung der Saarpolitik zwischen „Wirtschaftsanschluß“ und „Europäisierung“ 1945–1953, Berlin 1960, S. 225 ff.

die europäische Einigung die Saarfrage als untergeordnet betrachtete, stellte Schumacher den deutschen Anspruch auf dieses Gebiet, ohne dessen Rückgewinnung er in der Europafrage kein Weiterkommen sah, in den Vordergrund. Der Bundesregierung warf er vor, sie habe nicht die Einsicht, „daß man im Westen aufpassen muß und die deutsche Selbständigkeit und das Recht unseres Volkes auch gegenüber dem Westen bewahren muß, wenn man nicht in die Gefahr kommen will, das große Ringen im Osten zu verlieren“⁸⁴.

Anstatt wie Schumacher den Verzicht Frankreichs auf die Saar als Vorleistung für ein gutes deutsch-französisches Verhältnis zu fordern, glaubte Adenauer, man könne sich über dieses Thema einigen, wenn zuvor ein gutes Einvernehmen mit dem westlichen Nachbarn hergestellt worden sei. Der Bundeskanzler versuchte immer wieder, das Saarproblem in seiner Bedeutung herunterzuspielen, um die europäische Verteidigung und Einigung nicht zu gefährden. Ohne den deutschen Anspruch auf die Saar ganz preiszugeben, wollte er doch nicht in nationalistischem Tonfall darauf insistieren. Der französische Außenminister Schuman war in der Saarfrage grundsätzlich ebenfalls kompromißbereit. Auch er wollte die europäischen Pläne nicht durch dieses Randproblem gefährden. Der Kompromißbereitschaft Schumans wie Adenauers waren jedoch durch die innenpolitische Opposition Grenzen gesetzt.

Schumans Absicht, der Saar einen souveränen Status zu geben, scheiterte ebenso wie sein Versuch, sie in die Montanunion aufzunehmen, da beides in deutschen Augen die Wirkung einer Separation gehabt hätte⁸⁵. Im Hinblick auf die europäische Verteidigung schlug Schuman vor, das Saarland an der EVG zu beteiligen⁸⁶. Bis zur Erreichung der Supranationalität nach Inkrafttreten des EVG-Vertrages wäre die Saar nach diesem Vorschlag souverän gewesen. Auch auf dieses Konzept konnte Adenauer sich jedoch aus innenpolitischen Gründen nicht einlassen⁸⁷. Auf der Suche nach einem anderen Kompromiß lancierte er dagegen auf diplomatischem Wege im Juni 1951 den Vorschlag, die Saar von vornherein zu europäisieren. Das Gebiet solle unter die Verwaltung des Europarates gestellt werden und so auf einen zukünftigen europäischen Bundesstaat hinweisen⁸⁸. Der Vorschlag kam im gleichen Monat, in dem die Pariser Plevan-Plan-Konferenz ihren Zwischenbericht erstattete und damit das Projekt der EVG Gestalt anzunehmen begann, fand in Paris aber nicht die erhoffte Resonanz und konnte daher zunächst nicht weiterverfolgt wer-

⁸⁴ Referat Schumachers vor den Führungsgremien der SPD am 31. 3. 1951 in Stuttgart, Hannover 1951, S. 17; vgl. auch Pirker, S. 137.

⁸⁵ Das Saarproblem wurde bei der Vertragsunterzeichnung von der Montanunion getrennt und einer späteren Regelung in einem endgültigen Friedensvertrag vorbehalten; vgl. den Briefaustausch zwischen Adenauer und Schuman. – In: EA, 1951, S. 4076 f.

⁸⁶ Wortlaut der Rede, in der Schuman diesen Vorschlag machte, bei Dischler: Das Saarland, Teil II, S. 44 ff. (Übersetzung aus dem französischen Parlamentsprotokoll vom 21. 2. 1951).

⁸⁷ Vgl. Adenauers Regierungserklärung in der Saardebatte des Bundestags am 30. 5. 1951, ebenda, S. 46 ff.

⁸⁸ Vgl. Freymond: Die Saar, S. 118 ff.

den. Eine Erörterung in der Öffentlichkeit war schon deshalb kaum möglich, weil auch eine solche Art von Verzicht in Deutschland mit Sicherheit auf stärksten Protest gestoßen wäre. So behielten die Außenminister zunächst die Taktik bei, das Problem aus der Europa- und Verteidigungsdiskussion herauszuhalten, indem sie die Lösung einem Friedensvertrag vorbehielten⁸⁹. Die Andeutungen Adenauers in der Wehrdebatte vom 7. Februar 1952 lassen aber darauf schließen, daß er seinen Plan nicht fallenließ⁹⁰.

Einen schweren Rückschlag erlitten die Bemühungen um Entschärfung des Saarproblems durch die Ernennung des französischen Hohen Kommissars an der Saar, Gilbert Grandval, zum Botschafter. Schuman kündigte diesen Schritt am 8. November 1951 in der Nationalversammlung an⁹¹, und am 25. Januar erfolgte die Ernennung.

Angesichts der heftigen Reaktionen in der Bundesrepublik und der bevorstehenden Wehrdebatte im Bundestag drohte dem EVG-Projekt durch den französischen Schritt Gefahr. Laut dpa erklärte Adenauer am 4. Februar vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, er könne den EVG-Vertrag nicht unterzeichnen, solange die deutschen Wünsche zur Saarfrage nicht berücksichtigt würden. Einen Tag später ließ er diese Meldung dementieren⁹², die ohne sein Wissen in diese ultimative Form gebracht worden sei.

Aus der *Neuen Zeitung* geht hervor, daß Hallstein schon am 27. Januar den Franzosen das Befremden der Bundesregierung mit der Bemerkung mitteilte, durch Grandvals Ernennung sei die Bundestagsdebatte über die Wehrprobleme in Frage gestellt; die Bundesregierung werde aber keinesfalls einem Wehrbeitrag vor Erörterung im Bundestag zustimmen⁹³.

Auch die Presse brachte das französische Vorgehen in der Saarfrage durchweg mit dem Wehrbeitrag in Zusammenhang. *Der Mittag* schrieb vom „Pariser Saarcoup“⁹⁴, und die deutsch-französische Monatsschrift *Documents* erklärt, die Ernennung Grandvals habe die „Wirkung einer Bombe“ gehabt⁹⁵.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Rudolf Vogel meinte, damit würden kaum überwindbare Hindernisse vor der Europaarmee aufgetürmt. „Europäische Gemeinschaftspakte zu unterzeichnen, um im gleichen Atemzuge sich noch schnell das Saargebiet in die eigene Tasche zu stecken, sind Dolchstöße gegen die Einigung Europas.“⁹⁶

Die Bundestagsdebatte am 7. und 8. Februar brachte harte Anklagen gegen Frankreich. Kiesinger appellierte an die Franzosen, sich nicht „durch Politiker von

⁸⁹ Vgl. die Rede Adenauers vor der Landesversammlung der CSU in Bad Reichenhall am 24. 6. 1951, MS, Archiv BPA, S. 14.

⁹⁰ BT, sten. Ber., S. 8101f.

⁹¹ Wortlaut der Erklärung Schumans bei Dischler: *Das Saarland*, Teil II, S. 68f.

⁹² Meldung und Dementi in: *Archiv der Gegenwart*, 1952, S. 3329f.; vgl. auch: Freymond: *Die Saar*, S. 127.

⁹³ *NZ*, 28. 1. 1952; vgl. auch Adenauer; *Erinnerungen 1945–1953*, S. 518.

⁹⁴ *Der Mittag*, 28. 1. 1952.

⁹⁵ *La Sarre et le Réarmement Allemand*. – In: *Documents*, 1952, H. 2 (Februar), S. 197f.

⁹⁶ Vogel, Rudolf: *Wehrbeitrag und Frankreich*. – In: *Schwäbische Rundschau*, 10. 2. 1952.

vorgestern, die nichts gelernt haben, in einen gegeneuropäischen Kurs hineinsteuern zu lassen“⁹⁷. Strauß beschwor die kommunistische Gefahr: „In einem bolschewisierten Europa gibt es keine französische Saarpolitik mehr.“⁹⁸ Die SPD sah ihre Kritik an der nachgiebigen Westpolitik bestätigt⁹⁹. Der Bundestag verabschiedete schließlich eine Resolution der Koalitionsparteien, welche die deutsche Mindestforderung wiederholte: Keine politische Regelung an der Saar vor Abschluß eines Friedensvertrages¹⁰⁰.

Adenauer bemühte sich, schnell wieder zum diplomatischen Gespräch zurückzufinden, denn die Saarfrage erschien ihm um so störender, je näher die Fertigstellung des EVG-Vertragswerkes rückte. In dieser Phase erhielt er Unterstützung von den Vereinigten Staaten und England, die bis dahin beide den französischen Standpunkt unterstützt hatten, nun aber die Gefährdung der europäischen Verteidigung höher einschätzten als die Saarfrage. Die Hohen Kommissare beider Länder sagten Adenauer ihre Hilfe zu¹⁰¹, und am 5. Februar legte der amerikanische Außenminister Dean Acheson in einem Schreiben dem französischen Außenminister nahe, im Streit um die Saar Zurückhaltung zu üben¹⁰².

Auf der Londoner Außenministerkonferenz der Westmächte vom 17. bis zum 19. Februar, die dazu dienen sollte, die letzten Hindernisse für die EVG auszuräumen, kam man einen Schritt weiter. Auch hier verwandten sich die beiden angelsächsischen Außenminister um der gemeinsamen Verteidigung willen gegenüber Schuman und Adenauer für Mäßigung in der Saarfrage¹⁰³. Adenauer, der zu den Besprechungen teilweise hinzugezogen wurde, benutzte die Gelegenheit, mit Schuman über das Saarproblem zu reden und trug erneut seinen Plan zur Europäisierung der Saar vor¹⁰⁴. Zu einer abschließenden Verständigung kam es nicht, aber die Möglichkeit dazu zeichnete sich ab¹⁰⁵. Die optimistischen Äußerungen Adenauers nach diesem Gespräch ließen erkennen, daß Schuman den Plänen nicht völlig abgeneigt war¹⁰⁶.

Am 20. März konnte Adenauer eine Presseerklärung abgeben, wonach Einigkeit darüber bestehe, daß die Saarfrage noch vor Abschluß eines Friedensvertrages gelöst würde. Nicht nur Schuman, sondern auch der saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann hatte sich zu einer europäischen Lösung durchgerungen¹⁰⁷. Verhandlungen schienen vor der Tür zu stehen. Doch schon einen Tag später er-

⁹⁷ BT, sten. Ber., S. 8145.

⁹⁸ Ebenda, S. 8122.

⁹⁹ Ollenhauer, ebenda, S. 8115.

¹⁰⁰ BT, Drucks. Nr. 3076.

¹⁰¹ Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 519 f.

¹⁰² Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1952, S. 3329 f.

¹⁰³ Vgl. Freymond: *Die Saar*, S. 127; zur Entwicklung der Auffassungen Englands und der Vereinigten Staaten in der Saarfrage vgl. auch Hanrieder: *West German Foreign Policy*, S. 85.

¹⁰⁴ Vgl. Freymond: *Die Saar*, S. 128.

¹⁰⁵ Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 526.

¹⁰⁶ Vgl. z. B. die Rede Adenauers vor der Bundespressekonferenz nach seiner Rückkehr aus London am 20. 2. 1952. – In: *Bulletin*, Nr. 23, 23. 2. 1952, S. 218.

¹⁰⁷ Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1952, S. 3396; ferner Freymond: *Die Saar*, S. 128.

klärte Ollenhauer, diese Lösung bedeute eine Preisgabe des deutschen Standpunktes¹⁰⁸, und am 1. April sah sich Schuman durch den Oppositionssprecher Debré ähnlichen Vorwürfen ausgesetzt¹⁰⁹.

Noch kurz vor der Unterzeichnung des EVG-Vertrages verlangte Ollenhauer am 23. April im Bundestag, die Saarfrage solle für den Wehrbeitrag solange eine suspendierende Wirkung haben, bis sie im deutschen Sinne gelöst sei.

„Ehe die Bundesrepublik einen weiteren Schritt in der Richtung der Integration der Bundesrepublik unternimmt, insbesondere einen so entscheidenden Schritt wie z. B. die Teilnahme an dem europäischen Verteidigungsvertrag, kann sie nach den bisherigen Erfahrungen die Saarfrage nicht offenlassen.“¹¹⁰

Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag erlaubten es der Regierung, diesen Vorschlag abzuweisen und einen Aufschub der Unterzeichnung des EVG-Vertrages zu verhindern. Diese fand statt, ohne daß man in der Saarfrage zu einer Lösung gekommen war. Adenauer mußte am 23. April 1952 feststellen: „Zu meinem großen Bedauern scheint die Regelung des Saarproblems also vorerst noch zurückgestellt werden zu müssen.“¹¹¹

5. Atlantische oder europäische Lösung

Stieß der Pleven-Plan in der Bundesrepublik hauptsächlich wegen der fehlenden Gleichberechtigung auf Kritik, so beanstandeten die Amerikaner vor allem die mangelnde militärische Wirksamkeit der französischen Konstruktion. Washington beharrte deshalb zunächst weiter auf dem eigenen Plan, deutsche Truppen im Rahmen des Nordatlantikpaktes aufzustellen.

In seiner Eröffnungsansprache vor der Pleven-Plan-Konferenz in Paris widmete Schuman sich ausführlich dem Vergleich des französischen Vorschlags mit der atlantischen Konzeption, um die amerikanischen Einwände zu entkräften. Es sei das unmittelbare Ziel der Verhandlungen, ein militärisches Werkzeug zu schaffen, dessen Schlagkraft außer Zweifel stehe. Im übrigen lasse das atlantische System, das zwar dringenden, aber nur vorübergehenden Forderungen entspreche, das Problem Europa bestehen, und dieses gelte es in Angriff zu nehmen.

„Was wir wollen, ist keine Improvisation, die uns die unmittelbare Notwendigkeit auferlegt. Das Werk, das wir schaffen wollen, wird zeitlich nicht begrenzt sein; es muß ein dauerhafter Bau werden, der Ausdruck einer endgültig gegründeten Europäischen Gemeinschaft.“¹¹²

Da zu Verhandlungsbeginn trotz einiger Abänderungen des französischen Standpunkts – nach Schuman sollten die „Verschiedenheiten tatsächlicher Art“ nur für eine Übergangszeit bestehen – noch immer zahlreiche Benachteiligungen der Bun-

¹⁰⁸ Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1952, S. 3396.

¹⁰⁹ Vgl. die bei Freymond S. 130f. zitierten Ausschnitte aus der Rede Debrés.

¹¹⁰ BT, sten. Ber., S. 8840.

¹¹¹ Ebenda, S. 8823.

¹¹² Zit. nach Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung, S. 829.

desrepublik im Plevan-Plan enthalten waren, nahm die Bundesregierung in Paris eine abwartende Haltung ein und überließ die Delegationsführung dem Stellvertreter Hallsteins, Conrad Roediger. Adenauer gab damit zu erkennen, daß er mit der Ausgangslage der Verhandlungen nicht einverstanden war. Er wollte zwar keinen Eklat riskieren, der einen Abbruch der Verhandlungen hätte zur Folge haben können, aber es schien ihm ratsam, nicht nur auf diese Karte zu setzen.

Die Brüsseler Konferenz des NATO-Rates hatte im Dezember 1950 beschlossen, die Möglichkeiten sofortiger Verteidigungsmaßnahmen in Deutschland zu prüfen¹¹³, und Adenauer schlug bei einer Besprechung mit den Hohen Kommissaren über die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz am 21. Dezember militärische Sachverständigengespräche vor; für die deutsche Delegation benannte er seinen Sicherheitsbeauftragten Blank als Leiter, die Generale Heusinger und Speidel als Militärberater¹¹⁴. Am 5. Januar erfolgte die Einladung zu den Gesprächen durch die Hohe Kommission, und am selben Tag gab der stellvertretende US-Hochkommissar, General Hays, bei einem informellen Vorgespräch in seinem Haus den deutschen Gesprächspartnern Blankenhorn, Blank, Heusinger und Speidel zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten die Plevan-Plan-Konferenz als Vorbereitung zur europäischen Einigung zwar begrüßten, mit der deutschen Wiederbewaffnung aber nicht bis zum Ende dieser Konferenz warten wollten; der Wehrbeitrag der Bundesrepublik sei im Rahmen einer atlantischen Armee zu planen¹¹⁵.

Bei der ersten Besprechung auf dem Petersberg am 9. Januar erklärte Ward, der stellvertretende englische Hohe Kommissar, in seiner Begrüßungsansprache eindeutig, an einen deutschen Wehrbeitrag sei nur im Rahmen des Nordatlantikpakts gedacht¹¹⁶. Sein französischer Kollege Bérard betonte dagegen das französische Interesse an einer europäischen Armee; diese sei das beste Mittel, die französische Bevölkerung zu beruhigen¹¹⁷. Blank antwortete, in jedem Fall komme eine deutsche Aufrüstung nur innerhalb einer internationalen Organisation in Frage. Auf die atlantische oder europäische Lösung wolle er sich jedoch nicht festlegen¹¹⁸.

So hatte Adenauer mit den Besprechungen auf dem Petersberg und den Verhandlungen in Paris zur Durchsetzung seiner politischen Ziele zwei Eisen im Feuer. Von den Plevan-Plan-Verhandlungen erhoffte er sich ein Fortkommen in der Frage der europäischen Einigung, von den Petersberg-Gesprächen eine schnelle, gleichberechtigte und militärisch wirkungsvolle Regelung des deutschen Wehrbeitrags. Diese Taktik kam schon in einer Entschliebung der Regierungsparteien zum Ausdruck, die in der ersten Bundestagsdebatte über den Plevan-Plan am 8. November 1950 verabschiedet worden war:

¹¹³ Vgl. die Notizen des französischen Hohen Kommissars, die er Adenauer am 23. Dezember schriftlich übergab. – In: BA/MA, (Bl) 2–2/Bd. 50, Bl. 16 ff.

¹¹⁴ Vgl. das Besprechungsprotokoll, ebenda, Bl. 9 ff.

¹¹⁵ Vgl. die Aufzeichnung der Aussprache, ebenda, Bl. 34 ff.

¹¹⁶ Vgl. das Protokoll der Besprechung, ebenda, Bl. 52.

¹¹⁷ Ebenda, Bl. 53.

¹¹⁸ Ebenda, Bl. 54.

„Die Bundesregierung erblickt in dem Pleven-Plan einen wertvollen Beitrag zu der Integration Europas, die eines der vornehmsten Ziele ihrer Politik ist. Sie ist der Meinung, daß die gegenwärtige internationale Spannung einer schnelleren Beilegung bedarf, als dies auf dem Wege der Gestaltung des Pleven-Planes möglich ist.“¹¹⁹

Während sich die Verhandlungen in Paris hinschleppten, sprach sich Adenauer wiederholt gegenüber McCloy für einen Wehrbeitrag im atlantischen Rahmen aus¹²⁰. Auch Schumacher gab der Verteidigung im Rahmen des Atlantikpakts unter größerer amerikanischer Beteiligung den Vorzug vor einer schwächeren nur westeuropäischen Organisation. „Die Diskussion über eine europäische Armee ist sinnlos, da eine Häufung von Invaliden keinen Athleten ergibt.“¹²¹

Doch andere Gesichtspunkte führten auch zu Zweifeln an der Richtigkeit des atlantischen Weges. Auf der einen Seite boten die Amerikaner ein Modell für den deutschen Wehrbeitrag an, das eine unerwartet rasche Rückkehr zur Souveränität erhoffen ließ, während der französische Vorschlag die entgegengesetzte Absicht verriet. Auf der anderen Seite war zu fürchten, die große Übermacht der Amerikaner im atlantischen Bündnis werde zur völligen politischen Abhängigkeit der europäischen Staaten von den Vereinigten Staaten von Amerika führen. Vereinigte Staaten von Europa wären hingegen für die USA ein Partner mit ungleich größerem Eigengewicht. Dieser Gedanke sprach für eine europäische Lösung, auch wenn der Pleven-Plan nicht unmittelbar die Vereinigten Staaten von Europa zur Folge hätte.

Anhänger der Verteidigung im europäischen Rahmen, wie z. B. Walter Dirks, blickten nur mit Unbehagen auf die enge Bindung an Amerika, denn die Hilfe des Mächtigen bedeutete zugleich auch Abhängigkeit¹²². Außerdem könnte ein starkes Europa soweit Einfluß auf die westliche Strategie nehmen, daß mögliche Präventivkriegspläne unterbunden würden, die für Europa ungleich gefährlicher wären als für Amerika. *Christ und Welt* schrieb dazu:

„Wollen wir sowohl sowjetischen Aggressionsplänen als denkbaren amerikanischen Präventivkriegsideen entgegenwirken, so tun wir dies am besten, indem wir durch unsere Teilnahme das europäische Gewicht in der gemeinsamen westlichen Waagschale verstärken.“¹²³

Doch Adenauer wollte auf die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an der atlantischen Verteidigung und die damit verbundene Sicherung durch die USA nicht verzichten. Der vom Koreakrieg verursachte Zeitdruck sollte genutzt und der Pleven-Plan durch die Petersberg-Gespräche seiner verzögernden Wirkung beraubt werden. Noch im Juni erschienen Adenauer die Pariser Verhandlungen wenig erfolversprechend, und auch die Amerikaner waren über deren Fortgang verstimmt¹²⁴. Dagegen konnten Adenauer und McCloy mit dem Ergebnis der

¹¹⁹ BT, sten. Ber., S. 3567.

¹²⁰ Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 454 ff.

¹²¹ Schumacher am 8. 7. 1951 in Bonn, in: *Die Welt* (dpa), 9. 7. 1951.

¹²² Dirks, Walter: Christus, Europa und der Friede, in: *Frankfurter Hefte*, 1950, H. 12, S. 1257.

¹²³ Vgl. Deutsche Außenpolitik im Herbst 1951, in: *Christ und Welt*, 1. 11. 1951.

¹²⁴ Vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 454 ff.

Petersberg-Gespräche zufrieden sein. Am 4. Juni 1951 wurden diese Besprechungen mit einem Bericht abgeschlossen, der die deutschen und alliierten Vorstellungen zur militärischen Konzeption einer gemeinsamen Verteidigung wiedergab und den atlantischen Rahmen hervorhob. Bérard dagegen wies in seiner abweichenden Stellungnahme erneut auf den französischen Wunsch nach einer europäischen Lösung im Sinne des Pleven-Plans hin¹²⁵.

Währenddessen war es in Paris unterhalb der politischen Ebene in den Sachverständigengesprächen zwar zu einer gewissen Annäherung gekommen, aber die entscheidenden politischen Differenzen ließen sich noch immer nicht ausräumen, und die Konferenz drohte, sich im Sommer 1951 festzufahren. Doch während die Franzosen nach dem Petersberg-Bericht vom 4. Juni befürchten mußten, die atlantische Konzeption könne sich durchsetzen, vollzogen die Amerikaner eine Wendung zur europäischen Konzeption hin.

Nachdem offenkundig geworden war, daß eine deutsche Beteiligung an der Atlantikarmee ohne einschneidende Beschränkungen für die Franzosen unannehmbar war, ergriff der amerikanische Botschafter in Paris, David Bruce, die Initiative und arbeitete einen Plan für eine supranationale Europaarmee aus. Diese Armee kam dem französischen Sicherheitsinteresse entgegen, weil sie im Gegensatz zur NATO-Lösung keine selbständigen Kontingente zuließ, sie zwang aber auch die übrigen Teilnehmer, ihre Truppen der Europaarmee unter den gleichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen wie die Bundesrepublik. Damit sollte der deutsche Wunsch nach Gleichberechtigung erfüllt werden¹²⁶.

Bruce gewann Schuman und Monnet für seinen Plan, versicherte sich der Unterstützung durch Eisenhower und erreichte damit eine Revision des französischen Standpunktes durch den Vorsitzenden der Konferenz, Hervé Alphand. Adenauer wurde in Bonn durch McCloy und Hallstein in Paris durch Bruce informiert. Beide befürchteten, die Prinzipien des Pleven-Plans könnten sich nun doch noch durchsetzen, und gaben deutlich zu verstehen, daß sie einem Plan, der militärisch wertlos oder politisch für die Bundesrepublik diskriminierend sei, nicht zustimmen könnten¹²⁷. Wie Blank auf dem Petersberg, so wies auch Adenauer darauf hin, man werde im Bundestag ohne die volle Gleichberechtigung niemals eine Mehrheit für den Plan erhalten¹²⁸. Außerdem dürfe auf keinen Fall eine Beeinträchtigung der atlantischen Sicherheit eintreten. Er gab der Pariser Delegation die Anweisung, in den entscheidenden Punkten nicht nachzugeben¹²⁹. Schließlich bat er McCloy, dafür

¹²⁵ Vgl. den Bericht über die auf dem Petersberg geführten technischen Besprechungen betreffend die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrags 9. 1. 1951–4. 6. 1951, in: BA/MA, (Bl) 2–2/Bd. 44, Bl. 225 ff.

¹²⁶ Vgl. die ausführliche und zutreffende Darstellung bei Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 431 ff.; vgl. auch Material für die Bundestagsdebatte (7./8. 2. 1952), in: BA/MA, (Bl) 2–2/530–1, Bl. 27 ff.; Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 459 ff.

¹²⁷ Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 459 f.; vgl. auch Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 437 f.

¹²⁸ Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 460.

¹²⁹ Ebenda.

Sorge zu tragen, daß die auf dem Petersberg erzielten Ergebnisse in den Pariser Verhandlungen berücksichtigt würden¹³⁰.

Dem gleichen Bestreben dienten Erklärungen Hallsteins vom 11. Juli vor der Presse. Bisher seien die Verhandlungen auf zwei getrennten Ebenen geführt worden. Die eine Ebene (die Petersberg-Gespräche) sei „mehr technisch“, die andere (die Pariser Verhandlungen) „mehr politisch“ gewesen. Die politischen Entscheidungen könnten aber nicht getroffen werden, ohne daß man die militärischen Probleme wie Organisation, Stärkeverhältnisse, Führungsprobleme usw. geklärt habe. Beide Ebenen müßten von nun an in den Pariser Verhandlungen vereint werden¹³¹.

Gleichzeitig gab Adenauer dem amerikanischen Drängen auf Beschleunigung der Pariser Verhandlungen nach und wertete am 6. Juli die deutsche Delegation durch die Ernennung Blanks zum Verhandlungsleiter auf. Blank sollte in Paris dafür sorgen, daß in dem zu erstellenden Zwischenbericht der Plevén-Plan-Konferenz die vier unabdingbaren Forderungen der Bundesrepublik enthalten seien. Zumindest sollten noch bestehende Differenzen nicht verwischt werden, sondern in dem Zwischenbericht klar zum Ausdruck kommen. Die vier Forderungen lauteten: 1. keine Diskriminierung der Bundesrepublik, 2. Aufstellung national-homogener, taktisch selbständiger Grundeinheiten (Divisionen), 3. angemessener deutscher Anteil am Oberkommando, 4. Rekrutierung der deutschen Kontingente durch deutsche Stellen¹³².

Der Zwischenbericht wurde am 24. Juli 1951 in Paris verabschiedet. Alphan sprach noch am gleichen Tag vor der Presse über das Ergebnis der Beratungen der letzten Wochen. Blank und Graf Kielmansegg gaben drei Tage später vor der Bundespressekonferenz in Bonn ihre Erläuterungen ab. Demzufolge war die Gleichberechtigung der Bundesrepublik ohne Zusätze anerkannt worden. Weder in der Endphase noch in der Übergangszeit sollte der Bundesrepublik eine andere Behandlung zuteil werden als den übrigen Staaten. Damit lagen auch die bis zur Handlungsfähigkeit europäischer Behörden für den Aufbau in der ersten Phase notwendigen Dienststellen in deutscher Zuständigkeit. Von „Verschiedenheiten tatsächlicher Art“ (Schuman bei Eröffnung der Konferenz) wurde nicht mehr gesprochen. Einigkeit bestand ferner über den supranationalen Charakter der europäischen Streitkräfte, deren politische Spitze in Anlehnung an die Montanunion konstruiert werden sollte und deren Finanzierung durch ein gemeinsames Budget erfolgen würde. Ziel war ein politischer europäischer Zusammenschluß. Ungeklärt blieb nach wie vor die Ebene der militärischen Integration. Die Franzosen gingen von einer großen Division aus, die sich aus drei Kampfgruppen verschiedener Nationalität zusammensetzen sollte, während die deutschen Delegierten kleinere, aber national geschlossene Divisionen forderten¹³³. Doch über die Division als Grundeinheit der Integration konnte noch im Sommer Einigkeit erzielt werden.

¹³⁰ Ebenda, S. 458.

¹³¹ Vgl. das Protokoll eines Tee-Empfangs Walter Hallsteins für den Verein der ausländischen Presse in Bonn am 11. 7. 1951, MS, Archiv BPA, S. 5.

¹³² Vgl. hierzu Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 459f.

Die zweigleisigen Verhandlungen vom Januar bis zum Juni 1951 hatten der Bundesregierung insofern einen Erfolg gebracht, als die Pariser Verhandlungen beschleunigt worden waren und die militärischen Grundprobleme durch die Petersberg-Gespräche geklärt werden konnten, bevor nun die entscheidenden Verhandlungen über eine europäische Armee begannen. Die Grundprinzipien, nach denen die europäische Verteidigung organisiert werden sollte, wurden dann im Juli 1951 durch den Zwischenbericht der Plevan-Plan-Konferenz fixiert; sie haben sich bis zur Unterzeichnung des Vertrages nicht mehr wesentlich geändert. Von nun an besaß das Projekt einen eigenen Namen: „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“.

Mit dem Schritt von der Plevan-Plan- zur EVG-Konferenz waren die Deutschen einem Wehrbeitrag in annehmbarer Form und der einmütig bejahten europäischen Einigung sichtbar nähergerückt.

Adenauer konnte nach dem Zwischenbericht der Pariser Konferenz und den Beschlüssen der Außenministerkonferenz in Washington vom 10. bis 14. September 1951, die eine völlige Umgestaltung der deutsch-alliierten Beziehungen vorsahen¹³⁴, mit Befriedigung feststellen, daß seine Politik der entgegenkommenden Zusammenarbeit mit den Westmächten in der Verteidigungsfrage und seine Taktik der zwei Eisen im Feuer nicht ohne Erfolg für die Interessen der Bundesrepublik geblieben war¹³⁵.

Diese Politik bekämpfte Schumacher auch weiterhin und lehnte selbst nach dem Zwischenbericht jede auf der Basis des Plevan-Plans begonnene Verhandlung ab. Das Ausmaß des deutschen Entgegenkommens hielt er nach wie vor für ungerechtfertigt, denn das alliierte Nachgeben sei ohnehin fällig gewesen. Die Sozialdemokraten seien nicht bereit, Zugeständnisse um den Preis der Existenz Deutschlands zu erkaufen¹³⁶. Die in Paris diskutierte Form eines deutschen Wehrbeitrags – davon blieb Schumacher überzeugt – werde die Bundesrepublik unter die Herrschaft einer französischen Hegemonie bringen. Die Washingtoner Außenministerkonferenz vom September 1951 zeige, daß sich die Alliierten auf der Grundlage der französischen Vorstellungen geeinigt hätten¹³⁷. Dies könne man nicht als Einigung zwischen den westlichen Außenministern und dem deutschen Volk ansehen. Die Washingtoner Beschlüsse gingen von der „tatsächlichen Grundlage der Ungleichheit aus“¹³⁸. Die Sieger hätten nach wie vor ihre Machtstellung gegenüber dem Besiegten zur Durchsetzung ihrer Ziele benutzt¹³⁹.

¹³³ Vgl. das Protokoll der Pressekonferenz Blanks und Kielmanseggs am 27. 7. 1951 in der Dienststelle Blank, MS, Archiv BPA; zur Pressekonferenz Alphands vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 461 f.; *Archiv der Gegenwart*, 1951, S. 3039.

¹³⁴ Vgl. das Abschlußkommuniqué sowie die Deutschlandklärung der Konferenz, in: EA, 1951, S. 4397 f.

¹³⁵ Vgl. die Rundfunkansprache Adenauers vom 18. 9. 1951, in: EA, 1951, S. 4405 f.

¹³⁶ Vgl. den Bericht über die Pressekonferenz Schumachers vom 20. 9. 1951 in Bonn, in: *Schweizer National-Zeitung*, 21. 9. 1951.

¹³⁷ Vgl. die Rundfunkansprache Schumachers vom 18. 9. 1951, in: EA, 1951, S. 4407.

¹³⁸ Nr. 2 der „Hauptthesen Dr. Schumachers aus seiner Rede vom 15. 9. 1951 in Essen-Borbeck“, zusammengestellt und vervielfältigt vom BPA am 16. 9. 1951, MS, Archiv BPA.

¹³⁹ Schumacher in seiner Rede vom 9. 10. 1951 in Hamburg, MS, Archiv BPA, S. 1.

Schumacher bestritt Adenauer rundweg das Recht, Deutschland überhaupt auf derart weitgehende Verpflichtungen festzulegen. Die westlichen Außenminister sollten sich nicht dem Irrtum hingeben, daß der Bundeskanzler die Legitimation dazu besitze¹⁴⁰; denn Adenauer führte Verhandlungen über das deutsche Schicksal, ohne darüber im Dialog mit dem Volk zu stehen.

„Die Entscheidung ist nicht gefallen. Jetzt hat das deutsche Volk das Wort. Jetzt beginnt der Kampf. Es ist keine demokratische Methode, wenn zuerst zwischen der Führung der Bundesregierung und den drei westlichen Alliierten Vereinbarungen getroffen werden und diese vereinte Front erst dann vor das deutsche Volk tritt.“¹⁴¹

Doch die EVG-Verhandlungen konnte Schumacher nicht mehr aufhalten. Das der EVG zugrunde liegende Prinzip der Supranationalität – darauf vertraute Adenauer – würde Schumachers Einwände entkräften und allmählich auch annähernde Gleichberechtigung für die Deutschen erbringen. Doch obwohl die volle Verwirklichung der Supranationalität für die EVG im Zwischenbericht vom Juli 1951 fixiert worden war, mußte die Gleichberechtigung in vielen Einzelfragen durch zähe Verhandlungen im Herbst und Winter 1951 immer wieder von neuem durchgesetzt und dabei auch mancher nicht voll befriedigende Kompromiß hingenommen werden. Insofern waren Schumachers Bedenken nicht unbegründet.

Am schnellsten einigte man sich im Militärausschuß, dessen deutsche Delegation nun unter Speidels Leitung stand. Ein kameradschaftliches Klima erleichterte die Zusammenarbeit mit den Offizieren der anderen Länder. Die deutsche Delegation war allerdings insofern benachteiligt, als sie im Gegensatz zu den Partnern, die sich ihrer Generalstäbe bedienen konnten, nur über einen minimalen Apparat verfügte, umfaßte doch die gesamte Dienststelle Blank zu jener Zeit einschließlich der Pariser Delegation nur 30 Offiziere. Dennoch gelang es, die wichtigsten deutschen Vorstellungen zur militärischen Organisation der EVG durchzusetzen¹⁴².

Am 7. Februar 1952 konnte Adenauer im Bundestag feststellen, daß die Detailarbeit der Sachverständigenverhandlungen mit erstaunlicher Einmütigkeit und Geschwindigkeit zu einem positiven Ende gelangt sei¹⁴³. Auch die Grundkonzeption der gleichberechtigten Verteidigung auf supranationaler Ebene wurde nicht mehr in Zweifel gezogen. Dieser Erfolgsmeldung mußte Adenauer jedoch die Einschränkung hinzufügen, daß in einer wichtigen Detailfrage noch politische Differenzen

¹⁴⁰ Vgl. Hauptthesen Schumachers aus seiner Rede vom 15. 9. 1951, These Nr. 24.

¹⁴¹ Rundfunkansprache vom 18. 9. 1951, in: EA, 1951, S. 4407.

¹⁴² Zu den Einzelheiten der Pariser Verhandlungen, die in dieser Untersuchung nicht behandelt werden können, vgl. BA/MA, Akten der EVG-Konferenz, (EVG) 3–ff.; Auswärtiges Amt (Hrsg.), Der deutsche Verteidigungsbeitrag. Dokumente und Reden, Bonn 1954; Dokumente im *Europa-Archiv*, 1951/1952; Cornides-Volle: Die internationalen Verhandlungen über die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. – In: Die Vertragswerke von Bonn und Paris, S. XIX ff.; Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 450 ff.; zur Verhandlungstaktik in Paris vgl. auch: Informationsgespräch Blanks mit Pressevertretern am 14. 1. 1952 in Bonn, MS, Archiv BPA; Vortrag Blanks in der Universität Bonn am 16. 6. 1952, MS, Archiv BPA.

¹⁴³ Vgl. die Regierungserklärung Adenauers vom 7. 2. 1952, in: BT, sten. Ber., S. 8101.

bestünden. Da die Europaarmee militärisch im Rahmen der Atlantikpakt-Streitkräfte unter dem Kommando des NATO-Oberbefehlshabers in Europa eingesetzt werden sollte, bemühte sich die Bundesregierung, an der NATO-Führung beteiligt zu werden. Dies wollte die französische Regierung jedoch verhindern. Nach ihren Vorstellungen sollte die atlantische Verteidigung zwar durch eine Europaarmee mit deutscher Beteiligung verstärkt, den Deutschen aber nicht gestattet werden, auf dem Umweg über die Mitwirkung an der EVG der NATO beizutreten¹⁴⁴.

Adenauer setzte seine Bemühungen um einen deutschen NATO-Beitritt gleichwohl auch nach dem Pariser Zwischenbericht vom Juli 1951 fort, da er von der militärischen Wirksamkeit des EVG-Projekts noch nicht überzeugt war, vor allem aber, um eine deutsche Vertretung in den entscheidenden NATO-Führungsgremien zu erreichen¹⁴⁵.

Nachdem die deutsche Delegation bei den Pariser Verhandlungen im Herbst 1951 mit ihrer Forderung nach Beteiligung an den politischen Entscheidungsgremien der NATO nicht durchgedrungen war, trat Hallstein mit der Bonner Auffassung vor die Öffentlichkeit. Am 2. Januar 1952 erklärte er auf einer Pressekonferenz in Bonn, der Grundsatz der Gleichberechtigung sei nicht verwirklicht, wenn die Bundesrepublik außerhalb der NATO bleibe, die anderen EVG-Staaten aber weiterhin NATO-Mitglieder seien. Dabei machte er den Vorschlag, die EVG als Ganzes in die NATO aufzunehmen, die anderen Länder der EVG aber gleichzeitig zum Austritt aus der NATO zu veranlassen¹⁴⁶. Die Opposition unterstützte Hallstein, wenn Fritz Erler seinen Unmut darüber äußerte, daß alle in der NATO seien, nur nicht die Bundesrepublik; so könnten die Deutschen nur die Rolle von Landsknechten spielen ohne Befugnis zur Mitsprache über die Verwendung ihrer Truppen¹⁴⁷. Doch Paris reagierte prompt und lehnte jede Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO ab¹⁴⁸.

Die Bundesregierung gab ihr Vorhaben nicht auf und trat erneut mit einer Pressekonferenz Hallsteins am 29. Januar vor die Öffentlichkeit. Der Staatssekretär wiederholte die Absicht der Regierung, nicht an einer EVG-Lösung teilzunehmen, die einen für die Bundesrepublik diskriminierenden Ausschluß von der NATO mit sich brächte. Er schlug drei Lösungsmöglichkeiten vor: 1. Die EVG wird als solche Mitglied der NATO, wobei es auch für andere EVG-Staaten keine individuelle Mitgliedschaft mehr gibt; 2. die EVG tritt neben die individuellen Mitglieder der NATO als zusätzliches Mitglied und 3. als „rein theoretische Überlegung“: Die EVG wird nicht Mitglied der NATO, obwohl die fünf EVG-Mitgliedstaaten in der

¹⁴⁴ Vgl. die Abschnitte zum Verhältnis von europäischer zu atlantischer Verteidigung in der Rede Schumans bei Eröffnung der Pleven-Plan-Konferenz am 15. 2. 1951, in: Europa, Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung, S. 825f.; vgl. ferner das Protokoll der Pressekonferenz Bérards vom 26. 1. 1951, MS, Archiv BPA.

¹⁴⁵ Vgl. das Protokoll vom Tee-Empfang Adenauers für Chef-Redakteure im Palais Schaumburg am 13. 7. 1951, MS, Archiv BPA, S. 8f.

¹⁴⁶ Vgl. *FAZ*, 3. 1. 1952.

¹⁴⁷ Vgl. *National-Zeitung*, Basel, 5. 1. 1952.

¹⁴⁸ Vgl. *FAZ*, 4. 1. 1952.

NATO bleiben, bindet dafür aber alle ihre Mitglieder für die in der Kompetenz der EVG liegenden Fragen an die EVG-Beschlüsse¹⁴⁹.

Aufgrund des französischen Widerstands gab die Bundesregierung es jetzt auf, eine deutsche NATO-Mitgliedschaft vor Gründung der EVG zu betreiben, kämpfte aber weiter darum, überhaupt in irgendeiner Form an den NATO-Entscheidungen teilnehmen zu können. In der Wehrdebatte am 7. Februar 1952 gab Adenauer seiner Hoffnung Ausdruck, daß die „natürliche Verbindung zwischen der europäischen Gemeinschaft und dem Atlantikpakt“ schließlich auch eine Teilnahme des EVG-Mitglieds Bundesrepublik am Atlantikpakt zur Folge haben würde. Seine Äußerungen zu dieser Frage, von Zwischenrufen kommunistischer Abgeordneter immer wieder unterbrochen, lassen auch sein taktisches Konzept erkennen:

„Wenn wir in die europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten, wird doch die Folge davon sein, daß eine gewisse Zahl Deutscher in die europäische Armee kommt. Diese europäische Armee – darüber sind sich alle einig –
(Zuruf von der KPD: So weit sind wir noch nicht!)

wird, solange die gegenwärtigen Spannungen in der Welt dauern, der Organisation des Atlantikpakts unterstellt werden, die unter Eisenhower steht.
(Abg. Rische: Deutsche Söldner wollen Sie! – Weiterer Zuruf von der KPD: Sie werden sich noch täuschen!)

Dieses Organ des Atlantikpakts unter Eisenhower untersteht wieder anderen Organen des Atlantikpakts.

(Abg. Rische: Schließlich Washington!)

Nun ist doch bei Gott für jeden verständlich,

(Abg. Rische: Den lassen Sie lieber da heraus!)

daß wir unter keinen Umständen junge Deutsche einfach einem Organ unterstellen, auf dessen Funktionieren und Arbeit wir keinen Einfluß haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien. – Zurufe von der KPD.)

Weil das in der Natur der Sache liegt, ist auch schon in der Präambel des Generalvertragsentwurfs und auch bei den Beratungen darüber davon die Rede gewesen, daß eine solche Verbindung hergestellt werden müsse. Es ist für mich gar kein Zweifel daran möglich, daß wir, wenn wir in die europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten, eines Tages auch Mitglied des Atlantikpakts werden, ganz von selbst, meine Damen und Herren!

(Lachen links).“¹⁵⁰

Eine entsprechende Entschließung der Regierungsparteien, die mit Mehrheit angenommen wurde, sollte dieser Regierungserklärung Nachdruck verleihen¹⁵¹. Die SPD glaubte auch diesmal nicht an den Erfolg der Regierungstaktik. Unter Hinweis auf entsprechende Äußerungen französischer Politiker hielt Ollenhauer dem Kanzler vor, an dem Problem NATO zeige sich, daß in der jetzt geplanten EVG eine deutsche Mitwirkung an der effektiven Verfügungsgewalt über deutsche Kontingente nicht möglich sei. Das problematische Verhältnis EVG–NATO bestätigte für ihn nur Schumachers alte Argumentation gegen den Pleven-Plan: „Wenn

¹⁴⁹ Vgl. das Protokoll der Pressekonferenz Hallsteins vom 29. 1. 1952, MS, Archiv BPA, S. 10f.

¹⁵⁰ BT, sten. Ber., S. 8103; vgl. auch Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 521.

¹⁵¹ BT, Drucks. Nr. 3075.

Sie alles in allem prüfen, so stehen Sie erneut vor der Situation, daß auch hier eine internationale Organisation der Vorwand und das Mittel ist, deutsche Substanz – in diesem Fall deutsche Menschen – in fremde Verfügungsgewalt zu bekommen.“¹⁵²

Die französische Regierung sah sich – selbst wenn sie es gewünscht hätte – nicht in der Lage, auf die deutschen Vorschläge einzugehen. Vielmehr verabschiedete die Nationalversammlung am 16. Februar eine Gegenresolution zur Entschließung des deutschen Bundestags vom 8. Februar, worin die Regierung aufgefordert wurde, im EVG-Vertrag Garantien gegen einen deutschen NATO-Beitritt zu verankern¹⁵³. Wie in der Saarfrage, so standen die deutsche und die französische Regierung auch hier unter entgegengesetztem innenpolitischem Druck. Die französische Opposition war allerdings einhelliger gegen einen deutschen NATO-Beitritt als die Bundestagsopposition dafür votierte.

Die innenpolitischen Widerstände verhinderten auch bei den Londoner Besprechungen zwischen Adenauer und den westlichen Außenministern am 18. und 19. Februar 1952 eine Übereinkunft¹⁵⁴. Hallstein war bei seinem nächsten Vorstoß am 23. Februar gezwungen, die deutschen Forderungen wesentlich vorsichtiger zu formulieren. Sehr allgemein sprach er jetzt von einem Vertragsverhältnis der EVG zur NATO, das der Bundesrepublik „ein entsprechendes Maß an Mitverantwortung und Mitbestimmung“ sichern solle¹⁵⁵.

Der Bericht, den die sechs EVG-Staaten dem am 22. Februar in Lissabon tagenden NATO-Rat über das EVG-Projekt erstatteten, stellte nur die militärisch enge Zusammenarbeit und die Unterstellung der EVG-Truppen unter das alliierte Oberkommando Europa (SHAPE) im Kriegsfall fest¹⁵⁶. Der Rat bestätigte dies in seinem Kommuniqué vom 25. Februar und schlug vor, gegenseitige Sicherheitsvereinbarungen vertraglich festzulegen¹⁵⁷.

Diese vertragliche Regelung erfolgte in einem Zusatzprotokoll zum EVG-Vertrag¹⁵⁸, das den deutschen Wünschen nicht weiter entgegenkam, als es der Vorschlag Hallsteins vom 23. Februar forderte. Für den Bedarfsfall war eine enge Zusammenarbeit zwischen den obersten politischen Gremien von EVG und NATO vorgesehen, und die Truppenunterstellung wurde entsprechend den Lissaboner Vereinbarungen geregelt. Die Beteiligung Deutscher an der oberen Führung war durch einen Paragraphen festgesetzt, in dem es hieß: „Sobald die Streitkräfte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einem Befehlshaber der Nordatlantik,

¹⁵² BT, sten. Ber., S. 8114f.

¹⁵³ Entscheidende Passagen der Entschließung der Nationalversammlung bei Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 522.

¹⁵⁴ Ebenda, S. 524f.

¹⁵⁵ Hallstein, Walter: Freiheit und Frieden in internationaler Solidarität. – In: *Bulletin*, 23. 2. 1952, Nr. 23, S. 220f.

¹⁵⁶ Wortlaut des Berichts, in: Der deutsche Verteidigungsbeitrag, hrsg. vom Auswärtigen Amt, S. 52ff.

¹⁵⁷ Wortlaut des Kommuniqués, ebenda, S. 73.

¹⁵⁸ Wortlaut des Protokolls, in: Europa, Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, S. 879f.

pakt-Organisation unterstellt sind, werden Angehörige der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte als Angehörige seines eigenen Hauptquartieres und der in Betracht kommenden ihm unterstehenden Hauptquartiere aufgenommen.“¹⁵⁹ Dies war der Kompromiß zwischen dem französischen Willen, die Bundesrepublik von der NATO fernzuhalten, und dem deutschen Wunsch, einer überstaatlichen Organisation nur dann Truppen zur Verfügung zu stellen, wenn man Einfluß auf deren Führung habe¹⁶⁰.

Als Erfolg der Bundesregierung konnte man dieses Verhandlungsergebnis nicht bezeichnen, doch es mußte keine entscheidende Bedeutung für die Bundesrepublik besitzen, wenn man die NATO als eine nur vorübergehende Schutzorganisation ansah, die den Europäern Zeit ließ, ihre politische und militärische Einigung zu vollziehen¹⁶¹. Wichtiger als die Beteiligung an der NATO schien die Gleichberechtigung innerhalb der EVG selbst, denn von diesem Vertrag versprach man sich starke Auswirkungen auf die zukünftige politische Ordnung Westeuropas.

6. Die supranationale Europaarmee – eine neue Wehrform

Mit dem zwischen 1950 und 1954 diskutierten und geplanten Projekt der Europaarmee rangen sich die europäischen Staaten zum erstenmal in ihrer Geschichte zu einer von Grund auf neuartigen Wehrform durch. Das Bewußtsein für Größe und Chance dieses Entwurfs ging zuweilen in dem durch die deutsche Beteiligung ausgelösten Streit um Positionen herkömmlicher innereuropäischer Machtpolitik verloren. Und doch gab es zahlreiche Politiker, Publizisten und Militärs, die eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft gerade um dieses Entwurfs willen förderten, wie es umgekehrt viele Gegner gab, die einer Europaarmee deshalb widerstrebten, weil sie das Ende der traditionellen Nationalarmee bedeutet hätte.

Ob man die Aufstellung einer Europaarmee hauptsächlich mit dem Willen zur politischen Einigung begründete oder vor allem mit der östlichen Bedrohung, die jeden Versuch nationaler Verteidigung aussichtslos erscheinen ließ, in jedem Fall

¹⁵⁹ Ebenda, § 3, S. 880.

¹⁶⁰ Zur Diskussion der Beziehungen zwischen EVG und NATO vgl. die Darstellung der Bundesregierung: Von der totalen Niederlage zur neuen Freiheit, Teil II, Abschnitt C 5. – In: *Bulletin*, 20. 5. 1952, Nr. 57, S. 626f.; Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 520ff.; Cornides, Wilhelm: *Europäische Sicherheit und Atlantikpakt*, Teil III: *Atlantikpakt und europäische Verteidigungsgemeinschaft*. – In: *Bürger und Landesverteidigung*. Ffm. 1952, S. 98ff.; derselbe und Volle, Hermann: *Die internationalen Verhandlungen über die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*. – In: *Die Vertragswerke von Bonn und Paris*, S. XIXff.; dieselben, *Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft*. – In: *EA*, 1952, S. 4613 ff., 4618 ff., 4745 ff., 4753 ff.; Schütz: *Deutschland am Rande zweier Welten*, S. 12ff.; Wettig: *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung*, S. 462ff.

¹⁶¹ Vgl. Spinelli, Altiero: *Nordatlantik-Pakt und Europa-Armee*. – In: *Frankfurter Hefte*, 1952, H. 2, S. 83.

bedeutete die Europaarmee nicht nur die Zusammenfassung militärischer Quantitäten, sondern eine qualitativ neue Form militärischer Organisation.

Koalitionsarmeen hatte es im Laufe der Geschichte oft gegeben. Im Verlauf von Kriegen gebildet, zerfielen sie gewöhnlich wieder nach deren Ende. Auch die Kriegsbündnis gegen Hitler hatte das gleiche Schicksal. Die Truppenkontingente einer Koalitionsarmee behielten ihren nationalen Charakter und traten nach einer Schlacht oder einem Krieg wieder in die Reihen des eigenen Heeres zurück.

Mit dem Projekt der Europaarmee versuchten die europäischen Staaten, einen neuen Weg des militärischen Zusammenschlusses zu beschreiten. Churchills Vorschlag einer vereinigten europäischen Armee vom 11. August 1950 hatte noch nicht viel mehr als eine Koalitionsarmee zum Ziel. Doch gerade in der Bundesrepublik verband man bald mehr mit dieser Vorstellung. Die Wochenzeitung *Christ und Welt* legte schon am 17. August 1950 einen Plan für eine „europäische Wehrmacht“ vor, der über Churchills Vorschlag hinausging. Die Führung einer solchen Armee, so hieß es dort, solle in die Hand gesamt-europäischer Stäbe gelegt werden, die sich gleichmäßig aus Offizieren aller beteiligten Länder zusammensetzen. Eine derartige europäische Armee könne der Kern eines integrierten Europa werden, das als selbständige Kraft neben den Vereinigten Staaten bestehen könne¹⁶². Eine andere Begründung gab fünf Monate später, nachdem inzwischen der Pleven-Plan veröffentlicht worden war, Eugen Kogon der Notwendigkeit einer Europaarmee: Eine Koalitionsarmee mit nationalen Kontingenten trage zum Wiederaufstehen einer nationalen deutschen Wehrmacht bei; in einer supranationalen Europaarmee bestünde dieses Problem so wenig wie die Frage der Gleichberechtigung.

„Koalitionsarmeen haben noch niemals in der europäischen Geschichte irgendwelchen Souveränitäten, es sei denn der des besiegten Kriegsgegners, Abbruch getan . . . Die einheitliche Europäische Armee allein ist sinnvoll, oder es bleibt alles beim alten.“¹⁶³

Nur wenn die Nationalarmeen aufhörten zu existieren, so schrieb der FDP-Pressedienst im November 1950, könne man von wirklicher Gleichberechtigung sprechen. Wenn aber Frankreich, wie im Pleven-Plan vorgesehen, Teile seiner Armee unter nationaler Verfügung behalten wolle, so könne auch die Gleichberechtigung nur partiell sein¹⁶⁴. Die Verwirklichung einer supranationalen Europaarmee setze das Ende der Nationalarmeen voraus.

Doch Frankreich, das noch über eine intakte und traditionsreiche Nationalarmee verfügte, mußte es schwerfallen, auf diese Institution zu verzichten¹⁶⁵. Zwar gab es auch dort Stimmen, welche einer Nationalarmee nur noch begrenzte und befristete Existenzberechtigung zuerkannten¹⁶⁶, und mancher Franzose war bereit, auf eine

¹⁶² *Christ und Welt*, 17. 8. 1950.

¹⁶³ Kogon, Eugen: Die Verteidigung Europas. – In: *Frankfurter Hefte*, S. 1270.

¹⁶⁴ Vgl. fdk, 3. 11. 1950.

¹⁶⁵ Vgl. hierzu Legaret, Martin-Dumesnil: *La Communauté Européenne de Défense*, Kap. I: *La C.E.D. et la Souveraineté Française*, S. 102ff.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 177.

Nationalarmee zu verzichten, wenn er durch die supranationale Armee Sicherheit vor Deutschland gewinnen könnte. Aber die Kräfte derjenigen, die sogar außenpolitische Risiken in Kauf zu nehmen bereit waren, wenn sie damit nur die französische Armee erhalten konnten, erwiesen sich als stärker. De Gaulle war der einflußreiche Mann hinter den Kulissen, der mit dieser Argumentation die EVG schließlich zu Fall brachte¹⁶⁷. Couve de Murville, mit den Verhältnissen im gaullistischen Lager wohl vertraut, gab dies später selbst zu: Während Deutschland gar keine Armee mehr besessen habe, sei den Franzosen zugemutet worden, ihre Auffassung über die Nationalarmee radikal zu ändern. Dies sei am Widerstand der starken Tradition gescheitert¹⁶⁸.

Adenauer stellte sich, nachdem er von der großen Chance der EVG für die europäische Einigung überzeugt war, ganz hinter den Entwurf einer supranationalen Europaarmee. Er kannte die Einwände französischer Kreise und ging sie, entgegen seiner sonstigen Taktik gegenüber den Westmächten, direkt an, weil er 1952 noch hoffen konnte, Anhänger dieser Auffassung würden angesichts des europäischen Einigungswillens in der Minderheit bleiben. Am 20. Februar 1952 sprach er auf der Bundespressekonferenz von der Notwendigkeit, daß Frankreich von dem Gedanken Abstand nehmen müsse, eine nationale Armee zu besitzen.

„Das ist eine sehr schwere Aufgabe, die Herren von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Wenn wir uns alle einmal in die gleiche Lage versetzen und etwas zurückdenken, glaube ich, würde auch in Deutschland dieser Abschied von einer nationalen Armee sehr schwer gefallen sein. Allein in der gaullistischen Fraktion befinden sich zehn oder zwölf Generale. Diesen fällt es natürlich besonders schwer, von einer solchen Tradition Abschied zu nehmen. Aber nichtsdestoweniger, das Interesse Deutschlands wie das Interesse Frankreichs und Gesamteuropas erfordert es, daß dieser Schritt getan wird.“¹⁶⁹

Grundsätzliche Einwände gegen eine supranationale Armee kamen in der Bundesrepublik meist nur von der äußersten Rechten. Herbert Grabert fand z. B. die „Idee“, ohne die es keine „Erweckung der schlummernden Wehrkraft“ geben könne, nur im Nationalstaat¹⁷⁰, und Adolf von Thadden betrachtete Divisionen, die nicht zur Wehrmacht eines Volkes gehörten, als „Teile einer Fremdenlegion“, denn nur eine „dem Vaterland direkt verpflichtete Wehrmacht“ sei das Gegenteil einer Fremdenlegion¹⁷¹. Andere hielten es mit der Würde des deutschen Soldaten für nicht vereinbar, sich mit den Armeen anderer europäischer Staaten zusammenzuschließen. So spottete Remer 1951 über die potentiellen Verbündeten: Die Quali-

¹⁶⁷ Ebenda, S. 159 ff.; Guiton, Jean R.: Paris – Moskau. Dt. Ausg. Stuttgart 1956, S. 258; Fauvet: Von de Gaulle bis de Gaulle, S. 224.

¹⁶⁸ Couve de Murville, Maurice: Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945. Vortrag, gehalten am 15. 3. 1958 in Ludwigsburg, in: Deutschland–Frankreich. Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen. Bd. 3. Hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg, Stuttgart 1963, S. 45 ff.

¹⁶⁹ *Bulletin*, 23. 2. 1952, Nr. 23, S. 217 f.

¹⁷⁰ Vgl. Backhaus (i.e. Grabert): Wehrkraft im Zwiespalt, S. 101 ff.

¹⁷¹ Vgl. von Thaddens Bundestagsrede vom 8. 2. 1952, in: BT, sten. Ber., S. 8152 f.

tät der italienischen Truppen sei ja hinlänglich bekannt, und Frankreich habe in zwei großen Kriegen seine militärische Substanz verschlissen – im Gegensatz zu Deutschland (!). Zwanzig Divisionen dieser Qualität hätten wohl keinen größeren Wert als eine einzige Division der deutschen Wehrmacht des letzten Krieges¹⁷².

Zu den publizistischen Gegnern einer Europaarmee gehörte aber bemerkenswerterweise auch der ehemalige sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Otto Braun. Offensichtlich noch immer beherrscht von seinen Weimarer Erfahrungen forderte er im Dezember 1950 die Wiedezulassung einer deutschen Nationalmiliz. Er bezweifelte, daß eine Europaarmee Deutschland verteidigen werde. In den Verhandlungen um die europäische Verteidigung sah er nur „diplomatische Flohknackerei“, die für die Siegermächte keinen anderen Zweck habe, als „das deutsche Volk durch restriktive Maßnahmen . . . in möglichster Wehrlosigkeit zu halten“¹⁷³.

Die große Mehrheit der Bonner Politiker und der Bevölkerung in der Bundesrepublik erhob keine Einwände gegen eine supranationale Armee. Die Widerstände kamen aus den Ländern, die von ihrer Nationalarmee Abschied nehmen sollten. Wenn sich dennoch die in Paris tätigen Delegationen zu dem Konzept einer supranationalen Europaarmee durchgerungen haben¹⁷⁴, so bezeugte dies die Stärke des Willens zur europäischen Einigung. Am späteren Scheitern der EVG im französischen Parlament waren die Teilnehmer der EVG-Konferenz unschuldig.

Wenn auch der Verzicht auf eine Nationalarmee in der Bundesrepublik akzeptiert, ja sogar begrüßt wurde, so fand doch eine notwendige Konsequenz der Supranationalität einer Europaarmee keine einhellige Zustimmung: die Beschränkung der nationalen Gesetzgebung für eine Wehrverfassung. Nach dem Inkrafttreten des EVG-Vertrags wäre die Kompetenz zur weiteren Gestaltung der Europaarmee im wesentlichen auf die europäischen Gremien übergegangen¹⁷⁵. Zwar hätten die in den einzelnen Mitgliedstaaten zu treffenden Maßnahmen bis zur endgültigen Gründung eines europäischen Bundesstaates immer noch nationaler Gesetze bedurft, doch die Gesetzesinitiative und entsprechende Richtlinien wären weitgehend in die Hände des europäischen Kommissariats der EVG übergegangen.

Vor Pressevertretern erklärte Blank am 14. Januar 1952, der Bundestag werde durch seine Ratifikation des Vertrags alles gutheißen, was im Vertrag niedergelegt sei und dann hinsichtlich des Wehrsystems an die Vorschriften des Vertrags gebunden sein¹⁷⁶. Die Ausführungsgesetze zur Aufstellung deutscher Truppen inner-

¹⁷² Vgl. die dpa-Information Nr. 227 vom 12. 2. 1951.

¹⁷³ Braun, Otto: Miliz nach Schweizer Muster? – In: *Hamburger Echo*, 16. 12. 1950.

¹⁷⁴ Vgl. hierzu: Hallstein, Walter: Freiheit und Frieden in internationaler Solidarität. – In: *Bulletin*, 23. 2. 1952, Nr. 23, S. 220; Rundfunkrede Blanks vom 19. 1. 1952, in: *Bulletin*, 22. 1. 1952, Nr. 9, S. 83; Vortrag Blanks in der Universität Bonn vom 16. 6. 1952, MS, Archiv BPA, S. 9ff.

¹⁷⁵ Vgl. den Vertragstext, in: Die Vertragswerke von Bonn und Paris vom Mai 1952, Ffm. 1952; Informationsgespräch Blanks mit Pressevertretern vom 14. 1. 1952, MS, Archiv BPA, S. 5ff.

¹⁷⁶ Vgl. Blanks Informationsgespräch, S. 10ff.

halb der Europaarmee mußten trotzdem vom Bundestag beschlossen werden, hatten sich jedoch in dem vorgezeichneten Rahmen zu bewegen.

Wenige Tage später kritisierte die Föderalistische Union (Bayernpartei und Zentrum) im Bundestag die Äußerungen Blanks. Es sei zu befürchten, die Einführung und Gestaltung einer Wehrpflicht in der Bundesrepublik werde gar nicht mehr bei deutschen Instanzen, sondern beim Europäischen Verteidigungskommissariat liegen¹⁷⁷. Auch die Sozialdemokraten beanstandeten Blanks Aussagen¹⁷⁸; sie hatten schon seit Beginn der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag die Auffassung vertreten, jede Aufrüstung – in welcher Form auch immer – bedürfe in einem Land ohne Wehrgesetzgebung verfassungsändernder Gesetze¹⁷⁹. Es war offenkundig, daß die SPD nicht bereit war, eine Wehrverfassung hinzunehmen, die sie nicht mitgestalten konnte. Die SPD-Fraktion hätte bei Verfassungsänderungen eine Sperrminorität und eventuell sogar die Möglichkeit besessen, die Auflösung des Bundestags und Neuwahlen zu erzwingen und wäre unter Umständen sogar an die Regierung gekommen¹⁸⁰.

Die Bundesregierung verfolgte dagegen mit dem EVG-Vertrag bewußt auch den Zweck, die Klippe der Verfassungsänderung zu umgehen. Sie ging davon aus, daß die Grundzüge einer Wehrverfassung für die Bundesrepublik mit der Paraphierung des EVG-Vertrags fixiert wären und mit seiner Ratifizierung verbindlich würden. Zur Annahme eines völkerrechtlichen Vertrags sei im Bundestag aber nur eine einfache Mehrheit notwendig, und die indirekte Verfassungsänderung durch Abgabe von Souveränitätsrechten an die supranationale EVG sei ja in Artikel 24 des Grundgesetzes schon vorgesehen¹⁸¹. Auf diesem Wege hätte man in der Bundesrepublik ohne Verfassungsänderung die allgemeine Wehrpflicht einführen können, und die Regierung beabsichtigte, so zu verfahren¹⁸².

¹⁷⁷ Vgl. die Rede Etzels, in: BT, sten. Ber., S. 8009.

¹⁷⁸ Vgl. die Rede Schoettles, ebenda, S. 8011 ff.

¹⁷⁹ Vgl. z. B. die Pressekonferenz Schumachers vom 24. 10. 1950, MS, Archiv BPA, S. 3 f.; Schumachers Rede im Bundestag vom 8. 11. 1950, BT, sten. Ber., S. 3574 f.

¹⁸⁰ Zu der von der SPD ständig erhobenen Forderung nach Neuwahlen vgl. z. B. Schumachers Bundestagsrede, ebenda, S. 3575.

¹⁸¹ Zur Argumentation der Regierungsparteien und der Bundesregierung vgl. außer den im Bundestag am 8. 11. 1950 und am 7./8. 2. 1952 gehaltenen Reden: Bundesjustizminister Thomas Dehler, in: fdk, 8. 11. 1950; die Rede Adenauers vom 1. 3. 1952 in Heidelberg, in: *Bulletin*, 4. 3. 1952, Nr. 26, S. 254; das Protokoll des Pressetees, den Adenauer am 24. 1. 1952 im Palais Schaumburg gab, MS, Archiv BPA, S. 1 ff.; Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 383 ff.; Adenauer: *Erinnerungen 1953–1955*, S. 163 ff.; Euler (FDP), in: fdk, 8. 1. 1952, S. 10; Rundfunkgespräch Heinz Medefinds mit Kurt Georg Kiesinger vom 13. 1. 1952 im NWDR, in: *Schwäbische Rundschau*, 10. 2. 1952; Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise: *Argumente gegen und für den Wehrbeitrag*, März 1952, S. 24 ff.; vgl. ferner folgende Aufsätze zu dieser Frage: Abendroth, Wolfgang: *Deutsche Einheit und europäische Integration in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland*. – In: EA, 1951, S. 4385 ff.; Heinze, Kurt: *Völkerrechtsprobleme des Verteidigungsbeitrages der deutschen Bundesrepublik*. – In: EA, 1952, S. 4711 ff.

¹⁸² Vgl. das Gespräch Blanks mit Pressevertretern vom 14. 1. 1952, MS, Archiv BPA, S. 10 ff.

Um dieses Vorgehen unmöglich zu machen, reichte die SPD am 31. Januar 1952 beim Verfassungsgericht eine vorbeugende Feststellungsklage ein. Das Gericht sollte darüber befinden, ob eine parlamentarische Entscheidung über einen Wehrbeitrag einer Ergänzung des Grundgesetzes bedürfe¹⁸³. Kurz vor Unterzeichnung des EVG-Vertrags versuchte die SPD-Fraktion noch einmal, ein aufschiebendes Votum des Bundestags zu erreichen. Sie brachte am 13. Mai einen Antrag ein, der eine wirk-same Beteiligung der Bundesrepublik an der EVG von der Voraussetzung abhängig machen sollte, daß die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dem nicht entgegenstünde. Alle Vertragsunterschriften der Bundesregierung seien mit einer Erklärung über den Vorbehalt der Rechtswirksamkeit abzugeben¹⁸⁴. Der Bundestag lehnte den Antrag am 16. Mai ab¹⁸⁵. Am 30. Juli wies das Bundesverfassungsgericht durch Urteil den Antrag vom 31. Januar als unzulässig zurück mit der Begründung, ein Normenkontrollverfahren könne erst dann eröffnet werden, wenn die gesetzgebenden Körperschaften ihre Beratungen abgeschlossen hätten¹⁸⁶. Das Ratifikationsgesetz zum EVG-Vertrag war aber bis zu diesem Zeitpunkt nur in erster Lesung vom Bundestag verabschiedet worden.

Die Vorbehalte der SPD richteten sich nicht grundsätzlich gegen die Abgabe von Souveränitätsrechten und Gesetzgebungskompetenzen an europäische Gremien. Die Partei wollte jedoch verhindern, daß auf dem Weg über einen völkerrechtlichen Vertrag eine Wehrverfassung durchgesetzt würde, die nicht sozialdemokratischen Prinzipien entsprach. Tagespolitische Absichten haben die Argumentation beider Seiten mitbestimmt: Die SPD hoffte auf eine Möglichkeit zum Regierungswechsel, und die Bundesregierung versuchte, parlamentarische Hindernisse zu umgehen. Auch dieser Meinungsstreit um die Verfassungsgemäßheit des Wehrbeitrags war letzten Endes ein Reflex der revolutionären Neuartigkeit, die mit der Europaarmee erstrebt wurde.

Gerade aber diese Neuartigkeit faszinierte viele europäische Politiker in Gedanken an die leidvollen Perioden europäischer Geschichte, in denen Soldaten ihrer Länder gegeneinander gekämpft hatten. Die engagierten „Europäer“ glaubten, am Beginn einer neuen Epoche zu stehen, und viele Militärs, die mit der Planung dieser Armee betraut waren, betrachteten die Aufstellung voll integrierter europäischer Streitkräfte als einen revolutionären Akt in der europäischen Wehrgeschichte.

Das wurde deutlich, als der Franzose Bérard in einer Pressekonferenz vor Einberufung der Plevén-Plan-Konferenz erstmals vor der Öffentlichkeit über Einzel-

¹⁸³ Wortlaut der Feststellungsklage mit Begründung, in: *Der Kampf um den Wehrbeitrag*. Veröffentlichung des Instituts für Staatslehre und Politik in Mainz. Bd. 2, 1. Halbband: Die Feststellungsklage, München 1952, S. 3 ff.; vgl. hierzu auch: Erklärung des Parteivorstands und des Parteiausschusses der SPD vom 19. 1. 1952 zur Feststellungsklage, MS, Archiv BPA; vgl. auch die Äußerungen Schumachers vom Krankenlager aus, bei Löwke: *Sozialdemokratie und Wehrfrage*, S. 437, Anm. 327.

¹⁸⁴ BT, Drucks. Nr. 3364.

¹⁸⁵ BT, sten. Ber., S. 9403.

¹⁸⁶ Wortlaut des Urteils nebst Begründung, in: *Der Kampf um den Wehrbeitrag*, 1. Halbband, S. 436 ff.

heiten der geplanten Europaarmee sprach: Alle Soldaten dieser Armee würden unter demselben Statut stehen und dieselben Vorteile und Rechte genießen. Nach einer Übergangsphase würden die nationalen Armeen ganz verschwinden. „Es ist sicher, daß diese Idee einer europäischen Armee eine revolutionäre Idee ist und eine sehr kühne und gewagte Idee.“ Bérard räumte ein, man werde auf große Schwierigkeiten stoßen, die weniger in den materiellen Problemen als in dem Umstand zu suchen seien, „daß man diejenigen Leute überzeugen muß, die sich unbehaglich fühlen oder geniert fühlen, wenn sie aus ihrer gewöhnlichen Routine herausgerissen werden“¹⁸⁷.

Vor Beginn der Plevén-Plan-Konferenz unterstrich auch der Bundeskanzler die Neuartigkeit der Konzeption. Er sprach von der Europaarmee wie von einer Utopie, die plötzlich in den Bereich des Realisierbaren gelangt ist, und forderte seine Zuhörer auf, sich vorzustellen, was es bedeute, wenn einmal der Zeitpunkt kommt, „zu dem auf der gleichen Kriegsschule junge französische und junge deutsche Offiziere zusammen ausgebildet werden, aber nicht mehr nach der Richtung hin, daß der eine gegen den anderen Krieg führen soll, sondern daß sie beide als Kameraden nebeneinander stehen sollen“¹⁸⁸. Dieser Gedanke einer europäischen Offizierschule wurde später tatsächlich vom Militärausschuß der EVG-Konferenz in das Projekt eingebaut, um eine einheitliche Ausbildung zu gewährleisten¹⁸⁹.

Die Europaarmee sollte nicht aus bestehenden oder aufzustellenden Truppen zusammengesetzt, sondern nach Auflösung der alten Armeen neu geschaffen werden als die eine europäische Armee. Die zunächst noch im nationalen Bereich rekrutierten Soldaten würden sich in der Europaarmee durch nichts mehr unterscheiden, weder in ihrer Bewaffnung und Ausrüstung noch in der Gliederung. Alle europäischen Soldaten sollten dieselbe Uniform tragen¹⁹⁰.

Diesem Entwurf standen die alten Traditionen nationaler Armeen entgegen. Nachdem aber die Militärs dieses Hindernis bei den Verhandlungen in Paris überwunden hatten, konnte man darauf vertrauen, daß der Geist der EVG die Soldaten der europäischen Staaten mitreißen und von überholten Traditionen trennen würde. Für eine auf europäischer Gesinnung gegründete Armee, schrieb 1951 ein ehemaliger deutscher Offizier, lohne es sich schon, „auf manche liebgewordene, preußisch-deutsche Tradition verzichten zu müssen, dafür aber ein Größeres einzutauschen“¹⁹¹. Die Gestaltung des Geistes und der Struktur dieser neuen Armee hielt der Verfasser für eine historische Aufgabe, darin waren auch die Planer der Dienststelle Blank mit ihm einig. Graf Baudissin, der für die Fragen des Inneren Gefüges zukünftiger Streitkräfte verantwortliche Referent in der Dienststelle, erklärte im

¹⁸⁷ Pressekonferenz vom 26. 1. 1951 in Bad Godesberg, MS, Archiv BPA, S. 6.

¹⁸⁸ Adenauer vor Studenten in der Bonner Universität am 10. 2. 1951, Manuskript im Archiv BPA, S. 13.

¹⁸⁹ Vgl. *NZ* (dpa), 26. 3. 1952.

¹⁹⁰ Vgl. hierzu: Die Vertragswerke von Bonn und Paris; Blanks Rundfunkrede vom 19. 1. 1952, in: *Bulletin*, 22. 1. 1952, Nr. 9, S. 83.

¹⁹¹ Knauss, Robert: Vom Geist eines deutschen Kontingents. – In: *Europäische Sicherheit*, 1951, H. 3, S. 9.

Dezember 1951: Der Verteidigungsbeitrag „in supranationaler Bindung an Völker, gegen die wir bis 1945 gekämpft haben“, werfe ein ganz neues Licht auf das Wesen und die Stellung des Soldaten¹⁹². Gerade die deutschen Militärs konnten die Chance des Neuanfangs nutzen und durch aktive Beteiligung in der Planungsphase der Europaarmee eine grundlegend neue Gestalt geben.

Wenn das Projekt der Europaarmee auch am Votum der französischen Nationalversammlung 1954 scheiterte, so bleibt doch festzustellen, daß in der Bundesrepublik – und zunehmend auch bei den anderen westeuropäischen Staaten – die Vorstellung einer gemeinsamen supranationalen Europaarmee starke Wurzeln geschlagen hatte. In der Dienststelle Blank wurde intensiv für die Armee geplant. Die Bundesregierung war 1952 so weit gekommen, das Angebot einer deutschen Nationalarmee als „Danaergeschenk“ abzulehnen – nicht nur, weil die Sowjetunion das Angebot machte. Mit einem gewissen Stolz konnte Blank im März 1952 als Ergebnis der EVG-Verhandlungen vorweisen, die Bundesrepublik werde „gleichberechtigt, gleichgeachtet, gleichverpflichtet“ an der europäischen Verteidigung beteiligt sein. Die historische Bedeutung des Vorhabens versuchte er mit folgenden Worten anzudeuten:

„Der Teil der Souveränität, der seit – ich möchte fast sagen – Jahrtausenden am eifersüchtigsten von allen Staaten behütet worden ist, nämlich die Möglichkeit, eigenständig über eine bewaffnete Macht zu verfügen und sie einzusetzen, diesen Teil eifersüchtig gehüteter Souveränität sind eine Reihe europäischer Staaten gegenwärtig willens und im Begriff, auf eine supra-nationale Einrichtung zu übertragen.“¹⁹³

Die sonst allem Militärischen gegenüber äußerst skeptische Jugend in der Bundesrepublik der 50er Jahre war noch am ehesten zur Annahme einer solchen Europaarmee bereit. „Denn wenn sie noch ein politisches Ideal hat“, so schrieb Eugen Kogon 1950, „dann das eines freien, föderierten Europa der Zusammenarbeit unter einem gemeinsamen Parlament und einer gemeinsamen Regierung.“¹⁹⁴ Die von einem Wehrbeitrag am unmittelbarsten betroffene Generation schien gewillt, den Plan einer Europaarmee als einen in die Zukunft weisenden Neuanfang anzuerkennen und ihn zu unterstützen.

¹⁹² Diskussionsbeitrag Baudissins bei der „Soldatentagung“ an der Evangelischen Akademie Hermannsburg vom 3.–6. 12. 1951, MS, Privatarchiv Graf Baudissin.

¹⁹³ Rede auf einer Tagung der katholischen Arbeiterbewegung in Recklinghausen am 30. 3. 1952, in: *Bulletin*, 1. 4. 1952, Nr. 38, S. 390.

¹⁹⁴ Kogon, Eugen: Die Verteidigung Europas. – In: *Frankfurter Hefte*, S. 1273; vgl. auch dieselbe Aussage bei Knauss, Robert: Vom Geist eines deutschen Kontingents; ein auf eine Umfrage gestützter Bericht des amerikanischen Professors George Katona von der Universität Michigan an die US-Hochkommission kam zu dem Ergebnis, daß die deutsche Jugend eher bereit wäre, in einer europäischen Armee zu dienen als ihren Dienst in einer deutschen Armee abzuleisten; vgl. *Die Welt*, 7. 11. 1950.

7. Kollektive Sicherheit in Europa

Bei der Unterzeichnung des EVG-Vertrags stützte sich die Bundesregierung verfassungsrechtlich ausdrücklich auf den Artikel 24 des Grundgesetzes, in dem es heißt:

„Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.“

Die These, daß der deutsche Wehrbeitrag im Rahmen der EVG ein Beitrag zur kollektiven Sicherheit sei, war aber durchaus umstritten. In der Auseinandersetzung um diese Frage konkurrierten zwei Definitionen von kollektiver Sicherheit, die schon bei Entstehung und Auslegung der Charta der Vereinten Nationen nebeneinander gestanden hatten.

Die UNO war zunächst als universales kollektives Sicherheitssystem angelegt worden, das es erlauben sollte, gegen jeden Friedensstörer innerhalb des Systems Kollektivmaßnahmen zu ergreifen und durch ein Schlichtungssystem präventiv friedenssichernd zu wirken. Hierzu dienten die Bestimmungen des Kapitels VII der Charta sowie die Artikel über den Sicherheitsrat und den internationalen Gerichtshof. Dieses System konnte durch seine Universalität nicht gegen irgendeine Macht gerichtet sein, setzte aber, zumindest bei den Großmächten, die Unterwerfung unter die Vereinten Nationen voraus.

Noch während der Formulierung der Charta zeigte sich aber die Funktionschwäche des Systems für den Fall, daß eine Macht den Boden des Konsensus verläßt und den Sicherheitsrat durch ihr Veto lahmlegt. So wurde der Artikel 51 in die Charta aufgenommen, der das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung garantiert. Alle regionalen Sicherheitspakete nach dem Krieg (West-Union, Rio-Pakt, Nordatlantikpakt) stützten sich auf diesen Artikel. Die Zusammenschlüsse gingen davon aus, ein universales Sicherheitssystem der Vereinten Nationen sei noch nicht funktionsfähig.

Ob man diese Verträge zur gemeinsamen Verteidigung, die dem ursprünglichen Sinn kollektiver Sicherheit widersprachen, als Teilsysteme kollektiver Sicherheit bezeichnen konnte, war sehr fraglich. Wilhelm Cornides schlug vor, zwischen kollektiver Selbstverteidigung und kollektiver Sicherheit zu unterscheiden¹⁹⁵.

Diese Unterscheidung machte auch Arnold Wolfers in einer Analyse des Korea-Konflikts. Er wies auf die revolutionäre Umwälzung der internationalen Politik durch ein System kollektiver Sicherheit hin, in dem der Aggressor durch Gemeinschaftsbeschluß bestimmt wird, und die bisher zur Verteidigung oder Durchsetzung nationaler Interessen benutzten Streitkräfte eine Polizeifunktion erhalten. „Aber es ist nichts Neues oder Revolutionäres, wenn Nationen sich zum Zwecke der Verteidigung gegen ihre gemeinsamen nationalen Feinde miteinander verbünden.“¹⁹⁶

¹⁹⁵ Cornides, Wilhelm: Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft, 1. Teil: Kollektive Sicherheit und europäische Verteidigung. – In: EA, 1952, S. 4613 ff.

Vor diesem Hintergrund der Diskrepanz zwischen dem ursprünglich gewollten kollektiven Sicherheitssystem und dem durch die Verhältnisse erzwungenen System regionaler Sicherheitspakete zur kollektiven Verteidigung ist die Diskussion in der Bundesrepublik um den Begriff der kollektiven Sicherheit zu sehen.

Nach Adenauers Interpretation des Art. 24 GG kam die Einordnung der Bundesrepublik in eine westliche Abwehrfront dem Beitritt zu einem System kollektiver Sicherheit gleich¹⁹⁷. Die Sozialdemokraten waren dagegen der Meinung, dem Art. 24 GG läge ein anderer Begriff der kollektiven Sicherheit zugrunde. Bei der Diskussion des Artikels im Parlamentarischen Rat hatte Carlo Schmid an ein *allgemeines* System kollektiver Sicherheit gedacht, das, wie die UNO, Streitfälle dadurch beilegen kann, daß potentielle Aggressoren, die selbst dem System angehören, von Angriffshandlungen abgehalten oder durch Sanktionen in die Schranken gewiesen werden. Dabei spielte die Lösung zwischenstaatlicher Streitfälle durch internationale Schiedsgerichtsbarkeit eine wesentliche Rolle, und darauf nahm das Grundgesetz in Art. 24, Abs. 3 ausdrücklich Bezug¹⁹⁸.

Die Sozialdemokraten tendierten zur Bildung eines Systems kollektiver Sicherheit mit universalem Charakter im Rahmen der Vereinten Nationen, doch nach Ausbruch des Koreakrieges sahen sie zunächst keine Ansätze zur Verwirklichung eines solchen Systems – zumindest sind sie in ihren Äußerungen zur kollektiven Sicherheit nicht zu erkennen. Kurt Schumacher mag im Sommer 1951 vor der erwarteten und dann nicht zustande gekommenen Viererkonferenz an kollektive Sicherheit gedacht haben, als er darauf drang, die Frage der deutschen Aufrüstung nur als einen Bestandteil des Rüstungsstandes der ganzen Welt und damit auch der weltweiten Abrüstungsdiskussion zu behandeln¹⁹⁹.

Carlo Schmid definierte am 8. Februar 1952 kollektive Sicherheit als ein System, das die Ganzheit der Staatenwelt umspannt, im Gegensatz zu einem solchen, das nur aus einer Reihe machtpolitischer Blöcke besteht²⁰⁰. Demzufolge sprach er dem EVG-Vertrag in der ersten Ratifizierungsdebatte (9. 7. 1952) den Charakter eines

¹⁹⁶ Wolfers, Arnold: Collective Security and the War in Korea. – In: *The Yale Review*, Juni 1954, nachgedruckt in: derselbe: *Discord and Collaboration*, S. 168; vgl. auch den anschließenden Aufsatz: *Collective Defense versus Collective Security*, ebenda, S. 181 ff.; vgl. ferner: Barandon, Paul: Deutschland im System der Sicherheitspakete. – In: EA, 1952, S. 4975 ff.; Hartmann, Rüdiger: *Die Nachkriegsbündnisse und die europäische Ordnung* (Jur. Diss.), Köln 1962, S. 123 ff. und 133 ff.; Wildenmann, Rudolf: *Macht und Konsens als Problem der Innen- und Außenpolitik*. Köln und Opladen (2. Aufl.) 1967, S. 212 ff.

¹⁹⁷ Vgl. Adenauers Bundestagsrede vom 8. 11. 1950, in: BT, sten. Ber., S. 3566.

¹⁹⁸ Vgl. die Protokollauszüge des Unterausschusses I im Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, in: *Der Kampf um den Wehrbeitrag*, 2. Halbband, S. 38 ff.; vgl. auch die Äußerungen Carlo Schmidts, in: *Die Welt*, 14. 12. 1948; Punkt V der Erklärung des SPD-ParteiVorstands vom 11. 12. 1948, in: *Jahrbuch der SPD 1948/49*, S. 136; Wehrdebatte im Bundestag am 7./8. 2. 1952, BT, sten. Ber., S. 8105, 8185, 8199.

¹⁹⁹ Vgl. den Aufsatz Kurt Schumachers vom Sommer 1951: Deutschland im Wirbel welt-politischer Auseinandersetzungen, in: *Turmwächter*, Bd. II, S. 411.

²⁰⁰ Vgl. BT, sten. Ber., S. 8185.

kollektiven Sicherheitssystem ab und verglich den EVG-Vertrag statt dessen mit früheren Militärverträgen:

„Sie haben die Integration einer Gruppe von Staaten, wenn auch eine lose, bewirkt und damit die Verhärtung des Zusammenhangs einer anderen Gruppe von Staaten eingeleitet. Zwischen beiden blieb aber und verbreiterte sich die Kluft. Zwar gab es innerhalb dieser Bündnissysteme keine Kriege mehr, aber zwischen den beiden Gruppen von Bündnissystemen gab es leider noch Kriege, obwohl sie beide mit der Behauptung und mit der ernststen Versicherung angetreten sind, sie seien nur zu Verteidigungszwecken geschlossen worden.“²⁰¹

Wie schon 1950 in Straßburg betonte Schmid, ein deutscher Beitritt zu einem System kollektiver Sicherheit bedürfe nicht unbedingt eines Truppen-Kontingents, man könne es z. B. mit seinem Wirtschaftspotential unterstützen, um die Verhängung politischer und wirtschaftlicher Sanktionen zu ermöglichen. Eine Mitwirkung sei auch dadurch denkbar, daß man ein Durchmarschrecht einräume oder Territorium zur Verfügung stelle²⁰².

Hier widersprach Adenauer entschieden. Bevor er sein Land anderen Mächten zur Aufrechterhaltung kollektiver Sicherheit zur Verfügung stelle, würde er doch lieber bei denen sein, die selbst Maßnahmen zum Schutze der Sicherheit trafen²⁰³.

In der weltpolitischen Situation von 1952 mußte es Carlo Schmid schwerfallen, seine Vorstellungen von einem System universaler kollektiver Sicherheit überzeugend zu vertreten. Er relativierte sie deshalb auch selbst und gestand Kiesinger zu, daß man den Atlantikpakt als ein „partielles System kollektiver Sicherheit“ bezeichnen könne²⁰⁴.

Es war evident, daß unter den Verhältnissen der bipolaren Weltspannung die Idee eines universalen Systems kollektiver Sicherheit utopisch wirkte. Das Aktionsprogramm der SPD vom 28. September 1952 krankte auch daran, daß der Wehrbeitrag sowohl unter dem Gesichtspunkt der kollektiven Sicherheit als auch unter dem der Wiedervereinigung abgelehnt, die Vereinbarkeit dieser Begründungen aber nicht näher erläutert wurde²⁰⁵. Erst zwei Jahre später wartete die SPD mit einer präziseren Konzeption auf. So beschrieb Carlo Schmid im Herbst 1954 ein europäisches kollektives Sicherheitssystem als ein System innerhalb der Vereinten Nationen, das alle europäischen Partner – damit auch die Sowjetunion – einschließt und sie verpflichtet, gegen denjenigen unter ihnen gemeinsam einzustehen, der den Frieden bricht. Voraussetzung für dieses System sollte nach der Vorstellung der SPD die Wiedervereinigung Deutschlands sein, die man den europäischen Nachbarstaaten auf diese Weise akzeptabel machen zu können glaubte²⁰⁶.

Mit dieser Konzeption hatte die SPD versucht, die Lösung der beiden Kernprobleme deutscher Politik, Teilung und Sicherheit, miteinander zu verbinden.

²⁰¹ Ebenda, S. 9808 (9. 7. 1952).

²⁰² BT, sten. Ber., S. 8185.

²⁰³ Ebenda, S. 8198.

²⁰⁴ Ebenda, S. 8185.

²⁰⁵ Vgl. Löwke: Sozialdemokratie und Wehrfrage, S. 215.

²⁰⁶ Ebenda, S. 327 ff.

Auf die praktische Politik hatte die Konzeption der Sozialdemokraten aber keinen Einfluß. Die Bundesregierung blieb stets dabei, Sicherheit sei im europäischen Raum nur durch Verteidigungspakte im Sinne des Art. 51 der UN-Charta zu erreichen²⁰⁷.

Eine dritte Möglichkeit, die europäische Verteidigung unter dem Aspekt der kollektiven Sicherheit zu betrachten, bot die Montanunion. In der französischen Regierungserklärung vom 9. Mai 1950 stand der Satz:

„Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist.“²⁰⁸

Der Intention des Schuman-Plans folgend, konnte man auch die EVG als eine Organisation betrachten, die Kriege unter ihren Mitgliedstaaten unmöglich macht. Zwar hatte Pleven in seiner Regierungserklärung vom 24. Oktober 1950 den Begriff der kollektiven Sicherheit nur im Hinblick auf Korea gebraucht und sich damit auf die Definition von kollektiver Sicherheit als einer gemeinsamen Verteidigung nach außen gestützt²⁰⁹, aber kurz vor Beginn der Pleven-Plan-Konferenz erweiterte Adenauer diesen Begriff auf das Innere des Systems, denn durch die Verwirklichung der Europaarmee „wird in Wahrheit in Westeuropa in Zukunft ein Krieg unmöglich sein“²¹⁰.

Auch Blank bezeichnete 1952 die EVG als eine „letzte Sicherung“ dagegen, „daß es in Europa noch einmal zu Krieg und Zerwürfnissen kommt“²¹¹. In diesem Sinne konnte man die EVG als ein System kollektiver Sicherheit für ihre Mitgliedsländer ansehen, während sie sich nach außen als ein System kollektiver Verteidigung darstellte.

Dabei zeichnete sich später die Möglichkeit ab, daß der kollektive Verteidigungspakt der EVG durch den Beitritt weiterer europäischer Staaten in noch stärkerem Maße zu einem System kollektiver Sicherheit umgewandelt werden könnte. So als der jugoslawische Staatspräsident Tito im April 1954 durchblicken ließ, er werde bei einer Erweiterung der EVG-Konzeption diesen Pakt als ein Mittel zur Überwindung von Gegensätzen betrachten und ihm unter Umständen sogar beitreten²¹².

Der Zusammenschluß zu einem Pakt kollektiver Verteidigung mußte also nicht unbedingt ausschließen, daß aus diesem Pakt eines Tages ein System kollektiver

²⁰⁷ Zur Regierungsargumentation vgl. Grewe, Wilhelm G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 331 ff.

²⁰⁸ Text der Erklärung in der Übersetzung des Europa-Archivs, in: Europa, Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, S. 680 ff.; vgl. hierzu auch Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 327 ff.; Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 236 ff.

²⁰⁹ Vgl. den Wortlaut der Regierungserklärung, in: Europa, Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, S. 812.

²¹⁰ Adenauer vor Studenten der Universität Bonn am 10. 2. 1951, MS, Archiv BPA, S. 13.

²¹¹ Am 30. 3. 1952 in Recklinghausen, in *Bulletin*, 1. 4. 1952, Nr. 38, S. 390; vgl. auch den Artikel Blanks: Europäische Einheit, europäische Sicherheit. – In: *Bulletin*, 13. 5. 1952, Nr. 54, S. 579.

²¹² Vgl. die Erklärung Titos vom 22. 4. 1954, in: Europa, Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, S. 904.

Sicherheit hervorgehen würde, das über die Grenzen der Machtblöcke hinausgreifen und damit wieder näher an die ursprüngliche Sicherheitskonzeption der Vereinten Nationen heranführen könnte. Die Frage, ob man auf diesem Wege zu einem europäischen Sicherheitssystem mit universalem kollektivem Charakter gelangen könne, ist bis zum heutigen Tag aktuell.

IV. WEHRBEITRAG UND DIE FRAGE DER NEUTRALISIERUNG

Im Zusammenhang mit dem Sicherheitsproblem schien sich aber aus der Logik der deutschen und mitteleuropäischen Lage die Frage förmlich aufzudrängen, ob Sicherheit für Deutschland und damit vielleicht sogar eine allgemeine Entspannung zwischen den entstandenen ideologisch-machtpolitischen Blöcken nicht besser dadurch zu erreichen sei, daß sich die beiden deutschen Staaten aus den Blöcken, in die sie sich gerade zu integrieren begannen, lösten und – getrennt oder wieder vereinigt – eine neutrale Zone zwischen sowjetischem Einflußbereich und Westmächten bildeten. Deutsche Neutralisten konnten kaum eine freie Entscheidung für eine aus eigener Kraft behauptete Politik der Neutralität anstreben. Angesichts der Teilung und der Besetzung Deutschlands, angesichts seiner geographischen Lage wie seiner wirtschaftlichen und militärischen Potenz und des daraus resultierenden Interesses der Großmächte schied eine Haltung aus, wie sie etwa die Schweiz seit langem mit Erfolg für sich beanspruchte. Realisierbar schien allenfalls eine Neutralisierung des deutschen Gebiets durch einen entsprechenden völkerrechtlichen Vertrag mit allen Siegermächten, z.B. einen Friedensvertrag, der den Deutschen – auf ihren eigenen Wunsch – die Verpflichtung zur Neutralität und zugleich den Großmächten die Pflicht zur Überwachung der deutschen Neutralität auferlegte – ein künstlicher, aber durchaus vorstellbarer Zustand. In der Bundesrepublik ist denn auch nur die Neutralisierung diskutiert worden, wiewohl die Begriffe Neutralität und Neutralisierung in der Diskussion nicht immer klar unterschieden wurden.

Jedenfalls mußte auch die Frage der Neutralisierung durch die Debatte um einen bundesrepublikanischen Beitrag zur militärischen Anstrengung des Westens sofort aktualisiert und mit dem Ergebnis dieser Debatte abschließend beantwortet werden, da eine neutralistische Orientierung der Bonner Außenpolitik mit der Übernahme eines Abschnitts der westlichen Front im Kalten Krieg nicht zu vereinbaren war.

Die Frage nach der Sicherheit bildete das Kernproblem der Diskussion um eine Neutralisierung. Die Neutralisten wollten Sicherheit durch Eliminierung Deutschlands aus der unmittelbaren Gefahrenzone des Ost-West-Konfliktes herstellen, während die Gegner der Neutralisierung gerade darin eine Gefahr erblickten, daß Deutschland ein „machtlos offenes Niemandsland zwischen Ost und West“¹ würde, das dem sowjetischen Zugriff schutzlos preisgegeben wäre. Wenn die Neutralisten aus der Möglichkeit, Deutschland könnte zum Schlachtfeld einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West werden, den Schluß zogen, man müsse dieser Gefahr durch rechtzeitige Neutralisierung entgehen, so hielten die Ver-

¹ Gerstenmaier, in: *Schwäbische Rundschau*, 10. 2. 1952.

fechter der Sicherung durch Wehrbeitrag dies für einen Kurzschluß, da die Neutralisten nach ihrer Meinung einen Teil der Wirklichkeit übergangen. Der frei-demokratische Pressedienst definierte Neutralismus als eine Folge der Angst, „in einem dritten Weltkrieg zwischen den beiden Mahlsteinen der sowjetischen und amerikanischen Macht zerrieben zu werden, und das aus dieser Angst geborene Bestreben, sich aus dem Streit der beiden Mächte herauszuhalten“². Auch Wilhelm Wolfgang Schütz sah in der Neutralisierung für „ängstliche Gemüter den Ausweg aus einem echten machtpolitischen Dilemma“³. Es gebe aber keinen Grund, so schrieb er 1951, warum eine Neutralisierung als Alternative zur Freund-Feind-Politik nicht denkbar sein sollte⁴. Auch um diese Alternative wurde in der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag hart gerungen.

1. Pazifistischer Neutralismus

Eine wesentliche Ursache des deutschen Neutralismus war ein im Erlebnis des Zweiten Weltkrieges begründeter Pazifismus, der sich oft in einfach emotionaler Ablehnung jeder Art von Bewaffnung äußerte. Bereits im Sommer 1948 hatte der Würzburger Universitätsprofessor Ulrich Noack im Nauheimer Kreis, dem bekanntesten Forum der Neutralisten, die ethische Motivation seines Neutralismus dargelegt: die dämonischen Kräfte der Macht sollten durch die innere Haltung des Geistes in positive Kräfte der Weltgeschichte verwandelt werden. Der Geist müsse das Gewehr ersetzen⁵. Schon seine erste Schrift nach dem Kriege hatte Noack mit den Versen beendet:

„Der neue Geist wird unsere Waffe sein
und nur mit ihr werden wir uns wieder
Achtung erkämpfen unter den Völkern.

Dieser befreite Geist unseres Volkes
strebt nicht nach Vorherrschaft über die Völker,
sondern verschmilzt mit der guten Gesinnung in aller Welt.

Unser Ziel muß es sein eine Welt mitzuschaffen,
in der alle Völker frei von Krieg und Not leben,
so daß sie ihr Wollen über den Kampf ums Dasein erheben können.“⁶

In einer Welt, die nach wie vor im Zeichen harter und sich überdies verschärfender Konflikte stand, schien dieser radikalen Antithese zur Politik des Kalten Krieges der Bezug zur Wirklichkeit zu fehlen. In der Öffentlichkeit wurde Noack denn auch

² fdk, 18. 1. 1951.

³ Schütz, Wilhelm Wolfgang: Neutralität oder Unabhängigkeit? München 1952, S. 62.

⁴ Derselbe: Organische Außenpolitik, Stuttgart 1951, S. 58.

⁵ Vgl. Noack, Ulrich (Hrsg.): Die Nauheimer Protokolle. Diskussionen über die Neutralisierung Deutschlands, Würzburg 1950.

⁶ Noack, Ulrich: Deutschlands neue Gestalt in einer suchenden Welt, Ffm. 1946, S. 111.

häufig wegen politischer Schwärmerei angegriffen. Wilhelm Cornides z. B. sah in ihm einen „Parsifal im Gewande des Universitätsprofessors“ und warf ihm sogar jenes Denken vor, das schon so oft das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Umwelt vergiftet habe, jenes „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“⁷.

Erst nach der ethischen und der pazifistischen erhielt Noacks Neutralismus auch noch eine opportunistische Komponente. Im Rhein-Ruhr-Klub antwortete er auf die Frage, wie eine Neutralisierung angesichts der geographischen Lage Deutschlands durchzuhalten sei:

„Sollte wirklich der dritte Weltkrieg kommen, dann machen wir uns klein und lassen über uns hinwegschießen, denn diesmal wird aus einem Erdteil in den anderen ins Zentrum der Macht geschossen werden. Wir selber sollten jedenfalls dabei die Waffen nicht anrühren. Überrollt werden wir doch und unsere Lage wird dabei, wenn wir gar nicht erst einen zwecklosen Widerstand geleistet haben, jedenfalls günstiger sein, wie wenn wir erst an den Kriegshandlungen aktiv teilnehmen und dann als Besiegte behandelt würden. Wir sollten uns also nur auf unsere Kräfte der geistigen Selbstbehauptung verlassen und auf unsere Kräfte friedlicher Arbeit.“⁸

Auch pazifistische Neutralisten konnten freilich die machtpolitische Situation in der Welt und in Deutschland nicht einfach ignorieren. Im Mai 1950 beschäftigte sich der Nauheimer Kreis mit den Großmächten als Exponenten des Kalten Krieges und forderte in einer Proklamation, die bei einem Friedensschluß festzulegende Neutralisierung Deutschlands müsse zum Ausgleich zwischen den Großmächten beitragen. Keine der beiden Seiten solle Anlaß zu der Befürchtung haben, Deutschland als Bundesgenossen der anderen Seite eines Tages gegen sich kämpfen zu sehen. Die Neutralisierung dürfe Deutschland keinerlei Abmachungen mit anderen Mächten im Sinne von Militärbündnissen oder regionalen Sicherheitspakten erlauben. Immerhin räumte der Nauheimer Kreis jetzt ein, daß eine Neutralisierung durch die Kraft des Geistes allein nicht zu sichern sei. Damit die Sorge vor einem Bürgerkrieg einem Friedensvertrag nicht entgegenstehe, könne man bei den Friedensverhandlungen über die Errichtung von Polizeikräften mit gleichmäßiger Bewaffnung in allen deutschen Ländern beraten. Ein gemeinsames und dauerndes Kontrollorgan der Besatzungsmächte solle die einzige Aufgabe haben, eine deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern⁹.

Fünf Wochen nach dieser Proklamation begann der Koreakrieg. Der Kriegsausbruch schien das Konzept des Nauheimer Kreises in Frage zu stellen, denn Korea war ein von Besatzungstruppen geräumtes Land, für dessen Sicherheit in ähnlicher Weise gesorgt worden war, wie es die Proklamation des Nauheimer Kreises für Deutschland vorsah. Noack stellte schon eine Woche nach Kriegsbeginn vor der Öffentlichkeit die rhetorische Frage, ob seine Idee der Neutralisierung für Deutsch-

⁷ Vgl. Cornides, Wilhelm: Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost-Gespräches in Deutschland. – In: EA, 1950, S. 3069 ff.

⁸ Ebenda, S. 3075.

⁹ Vgl. die Witzenhausener Proklamation des Nauheimer Kreises vom 18. 5. 1950, in: EA, 1951, S. 3880/81.

land durch die Ereignisse in Korea widerlegt sei. Er verneinte dies, denn eine Garantie des neutralisierten Deutschland durch die Westmächte und die Sowjetunion bedeute doch, daß die Westmächte bei einem Angriff der Ostzone auf das Gebiet der Westzone sofort eingreifen müßten, und gerade der Fall Korea habe den Politikern der Ostzone gezeigt, daß sie bei ähnlichem Vorgehen nur ähnliche Erfahrungen zu machen hätten. Deutschland könne durchaus ein unantastbares Gebiet werden. Die vertragliche Garantie solle sicherstellen, daß jeder Versuch einer Macht, in das entmilitarisierte und neutralisierte Gebiet einzudringen, die Kriegserklärung der übrigen Vertragspartner auslösen würde. „Deutschland muß eine auseinanderhaltende Zwischenzone zwischen Ost und West bilden.“¹⁰ Damit hatte sich der rein pazifistische Neutralismus der ersten Nachkriegsjahre immerhin zu einer Konzeption gewandelt, die auch die Interessen der Großmächte und die Notwendigkeit einer militärischen Garantie der Neutralisierung Deutschlands zu berücksichtigen suchte.

Daß in dieser Konzeption der nach Beginn des Koreakrieges diskutierte Beitrag der Bundesrepublik zur westlichen Verteidigung keinen Platz hatte, liegt auf der Hand. Noack verband denn auch seit dem Sommer 1950 seine Werbung für die Neutralisierung Deutschlands mit einer heftigen Kampagne gegen die Wiederbewaffnung. Im Januar 1951 veröffentlichte er einen „Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß“, der von Neutralisten unterschiedlichster politischer Herkunft unterzeichnet war. Heinemann, der sich an der Formulierung im Dezember 1950 beteiligt hatte, distanzierte sich angesichts der Unterzeichnerliste, die bis zur äußersten Rechten reichte. Auch Niemöller unterschrieb mit Rücksicht auf seine Kirchenämter nicht, erklärte sich in einem Brief an Noack aber mit dem Inhalt des Aufrufs einverstanden¹¹. Der erste Teil war ein Appell an die kriegsbedingten pazifistischen Gefühle der Bevölkerung; alle durch den Krieg besonders betroffenen Gruppen wurden einzeln angesprochen, um sie gegen die Wiederbewaffnung zu mobilisieren, besonders die Frauen und Mütter, nicht zuletzt aber auch die von einer künftigen Bewaffnung betroffene Jugend. Die Besatzungsmächte wurden aufgefordert, Deutsche nicht gegeneinander zu bewaffnen, sondern die beiderseitige Entwaffnung in West- und Ostdeutschland zur Grundlage ihrer gegenseitigen Sicherheit zu machen. Der zweite Teil, der „Ruf zum Frieden“, gipfelte in der Aufforderung an die Bundesregierung, folgende drei Maßnahmen keinesfalls ohne vorherige Volksabstimmung zu ergreifen:

- „1. Wiedereinführung einer Wehrdienstpflicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen.
2. Einbeziehung von West- und Ost-Deutschland in internationale Sicherheitspakete.
3. Zulassung der Anwerbung deutscher Staatsbürger zum Wehrdienst irgendwelcher Art.“¹²

¹⁰ Erklärung Noacks vom 1. 7. 1950, ebenda, S. 3882/83.

¹¹ Vgl. den Brief Niemöllers vom 26. 1. 1951 an Noack, in: EA, 1951, S. 3891.

¹² Noack, Ulrich, u. a.: Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß, MS, Archiv BPA; vgl. auch EA, 1951, S. 3885.

Nachdem dieser Aufruf in erster Linie Gefühle angesprochen hatte, bauten die Neutralisten auf ihrem „Deutschen Kongreß“ vom 17. und 18. März 1951 in Frankfurt ihre politische Argumentation aus. Der Kongreß forderte die vier Besatzungsmächte, die zu dieser Zeit über die geplante Viererkonferenz verhandelten, in einer Erklärung auf, alle Maßnahmen zur Vertiefung der deutschen Teilung rückgängig zu machen und einen alsbaldigen Friedensschluß mit einem wiedervereinigten Deutschland herbeizuführen. Im Mittelpunkt der Erklärung stand das Verlangen nach Abrüstung und völliger Demilitarisierung aller Besatzungszonen. Die Besatzungstruppen sollten verringert und schließlich ganz abgezogen werden. Der innere Friede sei in Deutschland nicht durch ausländische Truppen zu sichern, sondern nur durch den Verzicht auf bewaffnete deutsche Verbände¹³.

In einer eigenen Anmerkung zu dieser Erklärung verwies Noack auf die Möglichkeit, den äußeren Frieden durch eine Garantie der Alliierten zu sichern. Zunächst sollten sie allerdings Deutschland räumen, entmilitarisieren und neutralisieren. Die Macht der atlantischen Allianz sei schon heute groß genug, um das russische Schwert in der Scheide zu halten. Nach der Aufstellung deutscher Verbände sei die eindeutige Verteidigungsabsicht jedoch nicht mehr gegeben. Westdeutsche Truppen könnten die Sowjetunion in die Zwangsvorstellung treiben, möglichen Gefahren aus dem Westen zuvorkommen zu müssen. Die Aufforderung zu einer gemeinsamen Erklärung Deutschlands und der vier Besatzungsmächte, das wiedervereinigte Deutschland zu einem unantastbaren und neutralisierten Gebiet zu erklären, bedeute einen sicheren und friedlichen Weg, die Gemeinschaft der freien Völker auf ganz Deutschland auszudehnen¹⁴.

Unterstützung aus der Öffentlichkeit wuchs Noack hauptsächlich von den Anhängern eines im Grunde unpolitischen „Ohne mich“-Neutralismus zu. Ein etwas kurioses Zeugnis dieses Neutralismus stellte der Anfang 1951 in Hamburg in Umlauf gesetzte Neutralitätsausweis dar. Als Herausgeber zeichnete Theodor Kögler, Vorsitzender des Freiheitsbundes, der auch Noacks Aufruf gegen die Wiederaufrüstung unterzeichnet hatte, verantwortlich. Für eine kleine Gebühr war bei ihm ein viersprachiger Paß mit der Aufschrift „Deutscher Neutralitäts-Ausweis“ zu erhalten. Mit der Unterschrift unter den Text in diesem Ausweis gab man folgende Erklärung ab:

- „1. Ich wünsche eine deutsche Regierung, die sichtbar alles unternimmt, um ganz Deutschland durch eine konsequent neutrale Politik aus jedem militärischen Konflikt herauszuhalten.
2. Ich werde weder für den Westen noch für den Osten militärisch kämpfen. Ich werde keinerlei militärischen Widerstand leisten, weder gegen den Osten noch gegen den Westen; denn ich könnte vor meinem Volk und vor meinem Ge-

¹³ Vgl. die Erklärung des Deutschen Kongresses an die vier Besatzungsmächte vom 18. 3. 1951, MS, Archiv BPA; Für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, Flugschrift hrsg. vom Sekretariat des Deutschen Kongresses, Wolf Schenke, Hamburg o. J. (1951), S. 5f.

¹⁴ Vgl. die Anmerkungen Noacks zu der Erklärung des Deutschen Kongresses, ebenda, S. 6ff.

wissen niemals verantworten, daß Deutschland noch einmal zum Schlachtfeld gemacht wird.

3. Sollte ich trotz dieser Erklärung von einer fremden oder eigenen Macht zu einem politischen, zivilen oder militärischen Einsatz gegen eine andere Macht gezwungen werden, und sollte es mir nicht gelingen, mich dagegen zu wehren, so bezeuge ich durch den vorliegenden Ausweis, daß ich solchen Befehlen nur unter Zwang Folge leisten mußte.“¹⁵

Auch Noack kehrte, je deutlicher er erkannte, daß eine Neutralisierung Deutschlands im Ost-West-Konflikt noch keineswegs das Ende des Konfliktes selbst bedeuten würde, zu seinen eher ethischen und philosophischen als politischen Anfängen zurück, indem er seinen früher nur als Basis deutscher Neutralität gedachten ethischen Pazifismus ins Globale steigerte und der deutschen Neutralität die Aufgabe zuschrieb, als Keimzelle eines weltweiten Friedenssystems zu wirken. Die Ost und West „auseinanderhaltende“ Funktion eines neutralisierten Deutschland wurde zur pazifistischen und ordnungsstiftenden Mission erhöht, wobei er wiederum davon ausging, daß alle Gegensätze zwischen den Staaten und Ideologien geistig ausgetragen werden sollten. Die der deutschen Außenpolitik zugrundeliegende Staatsidee müsse auf einer „Philosophie des Gönns“ beruhen. Der Nationalgedanke sei über eine „animalisch-körperhafte Stufe zur Idee einer freiwilligen und helfenden Mitwirkung bei der unumgänglichen Bildung einer höheren Ordnung des politischen Zusammenlebens der Völker und Kulturkreise“ zu erheben¹⁶.

Die politische Ethik des Neutralismus Noackscher Prägung sah die wahre Artbestimmung des Menschen darin, als Geschöpf einer höheren Vernunft für die friedliche Ernährung und Erhaltung seiner Mitmenschen zu sorgen. Der frei und selbstverantwortlich handelnde Mensch werde jeden Gewinn durch Kriegsspekulation auf Kosten des Lebens und der Gesundheit anderer als Versuchung des Bösen von sich weisen¹⁷. Eine Politik auf dieser Grundlage bedürfe keiner Waffen, sondern nur des Willens zum Frieden und zur Unabhängigkeit. Dieser Wille sollte die vom Kalten Krieg besonders bedrohten Staaten nach Noacks Meinung dazu veranlassen, sich zu einem Gürtel neutraler Staaten zwischen den Großmächten zu formieren, der als „Friedensregion“ die erste Einheit eines regional gegliederten Weltstaates werden könnte. Unter dieser Zielsetzung müsse die deutsche Politik durch „weltordnendes“ Denken bestimmt sein¹⁸.

Wilhelm Cornides hat Noacks Auffassungen als die „umfassendste Restauration nationalistischen Gedankengutes“ in der Nachkriegszeit apostrophiert und ihn angesichts seiner Entwicklung von einer zunächst außenpolitischen Konzeption des Neutralismus zur innenpolitischen Opposition gegen die bestehende Regierung mit Carl Schmitt verglichen, der einen ähnlichen Weg von der Ablehnung des Ver-

¹⁵ *Süddeutsche Zeitung*, 2. 2. 1951.

¹⁶ Noack, Ulrich: Erläuterungen zu den drei ersten Punkten der Grundlagen einer unabhängigen Sammlung aller Kräfte für Frieden, soziale Gerechtigkeit und menschliche Freiheit (USFGF), Würzburg, September 1951, S. 3 ff., MS, Archiv BPA.

¹⁷ Ebenda, S. 14.

¹⁸ Ebenda, S. 3 ff.

sailer Vertrages und des Völkerbunds zur Ablehnung der Weimarer Republik und zur Proklamierung der „völkerrechtlichen Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ gegangen sei¹⁹. Noack verstand aber seine Ideen nicht als Herrschaftsanspruch, sondern als Wegweisung zum Weltfrieden. Die Neutralisierung Deutschlands und der spätere Zusammenschluß neutralisierter Staaten konnten, wie er glaubte, eine erste Etappe auf diesem Wege bilden.

2. Nationalistischer und kommunistischer Neutralismus

Die Vorwürfe, welche Cornides gegen Noack erhob, trafen allerdings auf einige Gruppen der äußersten Rechten zu, mit denen sich Noack im Kampf für Neutralisierung und gegen Wehrbeitrag aus taktischen Gründen zu gemeinsamen Aktionen zusammenschloß. Eine dieser Gruppen wurde im November 1950 mit dem bezeichnenden Namen „Dritte Front“ gegründet; an ihrer Spitze stand Wolf Schenke, einstmals Chefredakteur des Organs der HJ-Führung „Wille und Macht“ und Fernostkorrespondent des „*Völkischen Beobachters*“²⁰. Schenke behauptete, der Ausweg „aus der grauenhaften Alternative“ zwischen „Amerikanismus“ und „Bolschewismus“ könne nur in der Verfolgung einer eigenständigen deutschen Politik bestehen. Der Wehrbeitrag würde keine Sicherheit bringen, sondern im Gegenteil die Kriegsgefahr erhöhen und den Kriegsausbruch näher heranrücken, denn noch nie in der Geschichte sei ein Krieg zwischen feindlichen Mächten durch Rüstung verhindert worden. Die Totalität moderner Rüstung werde eine Eigengesetzlichkeit annehmen, die zu einem gewissen Zeitpunkt zum Losschlagen zwingen könnte, wenn man nicht ins Hintertreffen geraten wolle. Deshalb verbiete sich der Anschluß an eine der beiden Großmächte. Es sei besser, sich in die Friedensfront neutraler Staaten einzureihen. Diese Friedensfront könne von Japan über Indien, Pakistan, Indonesien, Burma und die arabischen Staaten bis nach Deutschland reichen und sich zwischen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion schieben. Damit werde der leere und ungeordnete Raum zwischen beiden Mächten mit politischer Kraft erfüllt. Dieses Konzept wurde als „realpolitisch“ bezeichnet. (Schenke gab in Hamburg eine Zeitschrift unter dem Titel *Realpolitik* heraus.)

„Der Gedanke der Dritten Kraft, eines unabhängigen Zusammenschlusses Europas mit den freien Nationen Asiens in einer engen Interessengemeinschaft verbunden, ist die einzige reale politische Idee, die die Welt aus dem gegenwärtigen Chaos in einen wirklichen Friedenszustand führen kann. Weder die Sowjets noch die Amerikaner sind beim heutigen Stand der Technik in der Lage, die Welt zu beherrschen oder gar zu ordnen, weder machtpolitisch noch geistig. Zur Herstellung des Gleichgewichts fehlt die Dritte Macht.“²¹

¹⁹ Vgl. Cornides, Wilhelm: Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises. – In: EA, 1951, S. 3889/90.

²⁰ Tauber: *Beyond Eagle and Swastica*, S. 171.

²¹ Aufruf zur Bildung der „Dritten Front“, Hamburg, 31. 10. 1950, in: BA/MA, (Schw) 1-/Bd. 2.

Nauheimer Kreis und Dritte Front unterschieden sich deutlich in der Begründung ihres Neutralismus. Während der Nauheimer Kreis seinen Neutralismus pazifistisch und seinen Pazifismus ethisch motivierte, bewegte sich die Dritte Front in machtpolitischen und traditionellen nationalistischen Kategorien.

Diese Neutralisten der äußersten Rechten wollten vor allem dem Einfluß der Besatzungsmächte entkommen. Der Bundesregierung warfen sie vor, Anschluß an den Westen aus „Verblendung durch die Furcht“ zu suchen²². Die Zeitschrift *Nation Europa* lehnte einen Wehrbeitrag als sinnlos ab, weil er dem Osten gegenüber zu schwach sei, der Westen aber aus „Eifersucht, Haß und Verblendung“ keine deutsche Rüstung zulasse, die dem Osten gewachsen wäre. Ein deutsches Kontingent in der Europaarmee komme schon deshalb nicht in Frage, da es eine Entehrung des deutschen Soldaten bedeuten würde. Dagegen sei die selbständige Politik relativ machtloser Staaten wie Finnland oder Jugoslawien als Vorbild zu empfehlen. Der nationalistischen Opposition gegen die Außenpolitik der Bundesregierung entsprach bezeichnenderweise die innenpolitische Gegnerschaft zum Parlamentarismus. Die genannten Ziele seien, so hieß es, nur von einem „wahrhaft deutschen“ Reichstag anzustreben. Mit dem Abzug der Besatzungsmächte müsse deshalb auch der Rücktritt aller Parteiregierungen verbunden werden, „damit freie Persönlichkeiten gewählt werden können“²³.

Hauptmotive dieses Neutralismus waren ein tiefsitzendes Ressentiment gegen die Siegermächte und die Ablehnung der politischen Ideen des Westens, Demokratie und Liberalismus, vor allem aber der Wunsch, einen Rückweg zu national-deutscher Machtpolitik zu finden. Über die Wiedervereinigung sollte ein erholtes Deutschland in eine Machtposition gelangen, die ihm bei einem europäischen Zusammenschluß eine nicht nur geographisch zentrale Stellung verschaffen würde. Um die Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung zu bekommen, müsse Deutschland zunächst neutralisiert werden und auf Waffen verzichten. Der Verzicht hatte jedoch keinen grundsätzlichen Charakter, er galt allein für die gegebene Situation bis zur Wiederherstellung der nationalen Selbständigkeit²⁴.

Ähnlich war auch der Neutralismus linker Gruppen nur vordergründiger Natur. So bezweckte die KPD mit der Unterstützung neutralistischer Tendenzen lediglich die Lösung der Bundesrepublik vom Westen und aus der westlichen Verteidigung, und ihr Pazifismus mußte vorläufig ebenfalls als Mittel politischer Taktik verstanden werden; die Aufstellung von „Friedensstreitkräften“ war für KPD wie für SED ja durchaus denkbar. Die Kommunisten nahmen das Wort Neutralisierung freilich nur selten und ungern in den Mund, denn eine neutrale Haltung gegen-

²² Ebenda.

²³ Vgl. Hermann, Kurt: Aussprache über Aufrüstung: Schwerwiegende Gegengründe. – In: *Nation Europa*, 1951, H. 6, S. 29 ff.

²⁴ Ebenda; vgl. auch die Äußerungen der rechtsradikalen Bundestagsmitglieder in den Sitzungen am 8. 11. 1950, 27. 9., 16. 10. 1951 und 8. 2. 1952: v. Thadden (DRP, später fraktionslos), BT, sten. Ber., S. 3587 ff.; Richter (fraktionslos), S. 3591 ff.; Dorls (SRP), S. 3593; Richter, S. 6710; v. Thadden, S. 6913 f.; Richter, S. 6914 f. und 8211 ff.

über dem Osten gab es für sie nicht. Wenn sie gleichwohl eine Neutralisierung Deutschlands ins Auge faßten und daher mit wirklichen Neutralisten zusammenarbeiteten, so nur deshalb, weil dies einer der möglichen Wege zur Befreiung der Bundesrepublik vom „Imperialismus“ der Amerikaner und vielleicht sogar zur Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen sein mochte.

Manche Forderung, die von kommunistischer Seite erhoben wurde, vertrat auch Noack. So schloß er sich z. B. dem Wunsch nach einer Volksbefragung gegen die Wiederbewaffnung²⁵ und nach der Aufstellung von regionalen Polizeieinheiten anstelle von Streitkräften an²⁶. Trotzdem ist der Vorwurf, er habe mit den Kommunisten gemeinsame Sache gemacht, nicht aufrechtzuerhalten, denn er distanzierte sich mehrfach ausdrücklich von ihnen, und eine Diskussion mit SED-Politikern brach er am 25. März 1950 ab, als man ihn für die Agitation der SED einspannen wollte²⁷. Gewiß suchten die Kommunisten alle neutralistischen Bestrebungen zu fördern, dennoch durfte man gerade die pazifistischen und liberalen Neutralisten nicht einfach zu Bundesgenossen Moskaus und erst recht nicht zu Kommunisten stempeln, wie es in der Bundesrepublik häufig geschah.

Die extreme Rechte ist von den Kommunisten mit weit größerem Erfolg umworben worden. Im Frühjahr 1951 beschwor die SED-Führung den Tauggen-Mythos und gab der KPD den Auftrag, mit derartigen Parolen auf alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik einzuwirken, die für ein Bündnis im Zeichen Tauggens in Frage kämen²⁸. In den Beschlüssen des KPD-Parteitags vom März 1951 schlug sich diese Linie in dem Postulat nieder, für eine Zusammenarbeit mit den „patriotischen Kräften“ einzutreten, um „den nationalen Widerstand gegen die Politik der Verlängerung der Okkupation zu organisieren“²⁹. Gemeinsamer Nenner des gemeinschaftlichen Vorgehens sollte die Ablehnung der Wiederbewaffnung und die Unterstützung des Grotewohl-Briefes werden. Selbst ehemalige Nationalsozialisten sind in die Aktionseinheit einbezogen worden.

Ein Ergebnis solcher Werbung war die Gründung des „Führungsringes der ehemaligen Soldaten“ durch Gerd Hein, früher Bataillonskommandeur in der SS-Division „Hitler-Jugend“ und jetzt Mitglied der Nationalen Front in Schleswig-Holstein³⁰. Das Gründungstreffen in Uelzen vereinigte am 3. Juni 1951 Vertreter linker und rechter Extrempositionen – von Ludendorff-Anhängern bis zu Kom-

²⁵ Vgl. Noacks Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß vom Januar 1951; die Kampagne der KPD für eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung begann im gleichen Monat.

²⁶ Für Noack: vgl. Erklärung des Deutschen Kongresses in Frankfurt vom 18. 3. 1951 und Erläuterungen zu den drei ersten Punkten der Grundlagen einer unabhängigen Sammlung . . . , S. 2; für die KPD: vgl. Entschließung des Parteitags der KPD 3. bis 5. März 1951, in: Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956, S. 264.

²⁷ Auszüge aus dem Protokoll dieser Diskussion, in: EA, 1950, S. 3107 ff.

²⁸ Vgl. Tauber: *Beyond Eagle and Swastica*, S. 192.

²⁹ Dokumente der Kommunistischen Partei, S. 267.

³⁰ Vgl. Tauber: *Beyond Eagle and Swastica*, S. 192 ff.

munisten – mit einer Reihe höherer Offiziere. Die Tagung beschloß einen Aufruf gegen die Wiederbewaffnung im zweigeteilten Vaterland, durch die das Volk fremden Interessen geopfert werde; es gehe vielmehr um Frieden, Einheit und Unabhängigkeit³¹. In Erläuterungen zu dem Aufruf wandte sich der Führungsring gegen den Versuch der Westmächte, durch einen Wehrbeitrag „uns schon wieder die Hauptlast eines neuen dritten Weltkriegs aufzubürden“. Statt dessen solle man die deutsche Kultur wieder von fremden Einflüssen lösen und die nationale Eigenart pflegen³². An anderer Stelle wurde erklärt, es sei auf die Dauer unerträglich, daß die Bundesregierung nicht mit der DDR verhandeln wolle, gleichzeitig aber mit den Westmächten zusammenarbeite und sich in deren Machtblock festlegen lasse³³.

Einen nennenswerten Anhang konnten diese Neutralisten in der Bevölkerung der Bundesrepublik freilich nicht finden. Gruppen wie der Führungsring mußten schon deshalb im Bereich politischen Sektierertums bleiben, weil Neutralisierungsversuche, die nach Osten wiesen, in der Bundesrepublik auf nahezu einhellige Ablehnung trafen.

3. Der pragmatische Neutralismus der „Notgemeinschaft“

Stärkeren Widerhall fand jedoch die im Herbst 1951 von Gustav Heinemann und Helene Wessel gegründete „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, deren bedingter Neutralismus sich zwar in einigen Aussagen mit dem Nauheimer Kreis berührte, aber mehr an aktuellen Problemen der praktischen Politik orientiert war. Auf zahllosen Versammlungen in Großstädten und in der Provinz artikulierte die Notgemeinschaft mit ihrem Programm weitverbreitete Vorbehalte gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

Ihr politisches Ziel war die Wiedervereinigung ohne Gefährdung des Friedens. Der Wehrbeitrag konnte nach ihrer Meinung nicht zur Überwindung der deutschen Teilung führen und mußte außerdem in die Nähe eines neuen Krieges führen. Es bleibe nur der Weg über Verhandlungen. „Ob dieser Weg heute oder morgen zum Ziele kommt, wollen wir redlich ausprobiert sehen.“ Man brauche einen Vertrag, unter dem die Unterschrift nicht nur der Westmächte, sondern auch Rußlands stehe. „Wir werden die russische Unterschrift nicht erhalten, wenn Dinge gefordert werden, von denen wir wissen, daß die Russen sie nicht annehmen können.“ Neutrales Verhalten sei zumindest soweit angebracht, daß man sich nicht in das Wettrennen der Großmächte einspannen lasse und den „Preis der Nichtaufrüstung“ bezahle. Vielleicht könne man sich auf die Entfernung Washington–Moskau ohne

³¹ Aufruf des Führungsrings ehemaliger Soldaten vom 3. 6. 1951, in: BA/MA, (Bl) 2–2/Bd. 123, Bl. 120.

³² Rundbrief des Führungsrings Nr. 3, Oktober 1951, ebenda, Bl. 123.

³³ Vgl. Bohn, Helmut: Die deutschen Soldatenbünde und der Wehrbeitrag, o. O. Juni 1952, unveröffentlichtes Manuskript, Archiv der Gesellschaft für Auswärtige Politik, S. 62.

unmittelbare Kriegsgefahr tödlich verfeinden, aber in Bonn verbiete das die geringe Entfernung zur Roten Armee³⁴.

Ähnlich wie Noack wollte Heinemann Deutschland in eine „Mittelstellung“ bringen und für das deutsche Gebiet den Ost-West-Gegensatz aufheben, damit zugleich den Kalten Krieg in Europa entschärfen. Dies sei der einzige Beitrag, den die Deutschen zum Frieden leisten könnten³⁵. Er beabsichtigte jedoch nicht, Deutschland eine weltordnende Funktion zuzuweisen.

Seit Januar 1952 sammelte die Notgemeinschaft Unterschriften für eine Petition an den Bundestag, in der es hieß:

„Wir glauben nicht daran, daß westdeutsche Aufrüstung zur friedlichen Befreiung der Sowjetzone und Wiederherstellung der deutschen Einheit führt . . . Wir fordern den Bundestag deshalb auf, die geplante Aufrüstung abzulehnen und die Bundesregierung zu veranlassen, eine Politik redlicher Verständigung und glaubhafter Bemühung um die Wiedervereinigung Deutschlands unter einer gesamtdeutschen Regierung zu führen.“³⁶

Heinemann war kein Pazifist, und die Frage der Aufrüstung war für ihn je nach den Gegebenheiten zu beantworten. Er verneinte sie „heute und hier“ für die Bundesrepublik, ohne damit eine Entscheidung für andere Umstände vorwegzunehmen³⁷. Auch die Neutralisierung war kein endgültiges Ziel für die Notgemeinschaft. Sie wehrte sich sogar dagegen, unter die Neutralisten eingereiht zu werden³⁸, damit die Befürworter des Wehrbeitrags sie nicht als nach Osten orientiert abstempeln könnten. Heinemann entgegnete letzteren, auch der Wehrbeitrag führe zur Neutralisierung, und zwar in ihrer schlimmsten Form, wenn nämlich „westdeutsche Truppen durch ostdeutsche Truppen ausgeglichen werden“³⁹. Den Vorschlag der Neutralisierung wollte die Notgemeinschaft auch nicht so verstanden sehen, daß sie dem Totalitarismus der Sowjetunion und ihrer Satelliten neutral gegenüberstehe. Ihr Neutralismus war pragmatischer Natur und galt nur für die bestehenden Verhältnisse, die nach ihrer Meinung keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung und zur Entschärfung der explosiven Situation in Deutschland zuließen.

4. Die Neutralisten und das Sicherheitsproblem

Die öffentliche Diskussion um die Möglichkeiten einer Neutralisierung Deutsch-

³⁴ Vgl. die Rede Heinemanns auf der ersten öffentlichen Kundgebung der Notgemeinschaft in Düsseldorf am 21. 11. 1951, in: Heinemann: Deutsche Friedenspolitik, S. 34ff.

³⁵ Vgl. Heinemann: Deutschland in der Entscheidung. – In: *Stimme der Gemeinde*, 1. 1. 1952, nachgedruckt in derselbe: *Verfehlt Deutschlandpolitik*, S. 27.

³⁶ Wortlaut der Petition, in: *Der Spiegel*, 16. 4. 1952, S. 10.

³⁷ Ebenda, S. 9.

³⁸ Vgl. Helene Wessel im Bundestag, sten. Ber., S. 8172 (8. 2. 1952).

³⁹ Heinemann in einer Rede in der Frankfurter Paulskirche am 8. 6. 1952, in: Heinemann, *Verfehlt Deutschlandpolitik*, S. 34.

lands kam vor allem durch die Vorschläge des Ostblocks vom Oktober 1950 in Gang. Damals hatte die Prager Konferenz gefordert, Deutschland auf der Basis der Potsdamer Beschlüsse bei Abzug aller Besatzungstruppen und völliger Entmilitarisierung zu vereinigen. Demnach war nur in einem zunächst neutralisierten und entwaffneten Deutschland die Teilung aufzuheben. Die Frage lautete: Hat die Sowjetunion ihren Drohungen gegen den Wehrbeitrag „einen Schwarm schön geputzter Lockvögel nachgesandt, die das Trugbild einer Neutralisierung Deutschlands vor spiegeln sollen“, wie die *Bremer Nachrichten* schrieben⁴⁰, oder konnte die vorgeschlagene Neutralisierung doch politisch annehmbare Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Frage eröffnen?

Das Angebot klinge in der Tat verlockend, sagte Wildermuth am 6. Januar 1951 in Stuttgart, und wenn man heute abstimme, seien wohl 99% der Bevölkerung für eine Neutralisierung. Was aber wäre die Folge? Ein völliges Gleichgewicht mit der terroristischen russischen Zone könne man nicht akzeptieren. Korea sei eineinhalb Jahre vor Kriegsbeginn neutralisiert worden; das müsse Warnung genug sein⁴¹. Ähnlich äußerten sich auch andere FDP-Politiker in der Öffentlichkeit⁴². Innerhalb der FDP fand jedoch eine rege Diskussion statt. Am 12. Februar 1951 fragte Blücher in einer Vorstandssitzung, ob man nicht doch auf die Angebote aus dem Osten eingehen solle, denn die Russen stellten offenbar als einzige Bedingung die vollständige Entmilitarisierung und wären sogar bereit, das SED-Regime fallenzulassen. Doch Wildermuth entgegnete: „Dahinter steckt etwas anderes. Die Russen sind bereit, die gesamte SED zu opfern, wenn sie das entwaffnete und entmilitarisierte Deutschland haben. Das aber wäre das furchtbarste für uns. Wir sind dann im Westen ohne Besatzung, ohne Polizei und ohne Armee.“ Höpker-Aschoff dagegen zweifelte. Man müsse den Gedanken der Neutralisierung schon deshalb verfolgen, weil er dem Wunsch der Bevölkerung entspreche. „Ist die Situation denn wirklich so furchtbar für uns? Wir hätten dann wunderbare Aufgaben: Flüchtlinge könnten wieder eingegliedert werden, die Agrarreform müßte sich auch lösen lassen.“ Wildermuth sah aber vor allem die Gefahren, die einem neutralisierten Deutschland drohten. Die Russen stünden dann immerhin noch an der Oder-Neiße-Linie und könnten eingreifen, wenn die große Krise komme, was mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten sei. „Machtlos sind wir so oder so“, beharrte Höpker-Aschoff, „ein neutralisiertes Gebiet ist machtlos, aber wenn wir getrennt bleiben, sind wir auch machtlos . . . Der Gedanke der Neutralisierung ist ein Gedanke, den wir nicht so ohne weiteres ablehnen können.“ Nach außen hin setzte sich jedoch die von Wildermuth vertretene Richtung durch⁴³.

Eine eindeutige Linie verfolgte die CDU. Selbst Jakob Kaiser, der für eine be-

⁴⁰ *Bremer Nachrichten*, 17. 2. 1951.

⁴¹ Vgl. die Rede Wildermuths auf dem Dreikönigstreffen der DVP (FDP) am 6. 1. 1951 in Stuttgart, MS, Archiv der Gesellschaft für Auswärtige Politik, S. 17.

⁴² Vgl. das Protokoll der Pressekonferenz Blüchers vom 13. 2. 1951 in Bonn, MS, Archiv BPA, S. 16; v. Rechenberg, in: fdk, 15. 2. 1952.

⁴³ Vgl. das Protokoll der FDP-Vorstandssitzung vom 12. 2. 1951, MS, Archiv FDP.

wegliche Ostpolitik eintrat, hielt es für ausgeschlossen, sich der Sowjetunion gegenüber neutral zu verhalten. Er habe an Ort und Stelle die Erfahrung machen können, daß Moskau keine Neutralität anerkenne. Selbst wenn man sich überrollen ließe, würden einen die Sowjets in den bolschewistischen Machtapparat einreihen und man würde gegen den eigenen Willen in die Ost-West-Auseinandersetzung hineingezogen werden⁴⁴. Vor allem zog Adenauer seit Dezember 1950 in seinen Reden wieder und wieder gegen die Neutralisierung zu Felde. Dabei stützte er sich ausschließlich auf das durchaus ernstgemeinte Sicherheitsargument, doch steckte hinter seiner Ablehnung auch die Erkenntnis, daß eine Neutralisierung sein eigentliches politisches Ziel vorerst ausgeschlossen hätte, nämlich die Integrierung Deutschlands, zumindest aber der Bundesrepublik, in die westeuropäische Gemeinschaft. Deutschland, so befürchtete er, werde als wehrloses Gebilde zwischen dem starken Rußland und dem schwachen Westeuropa liegen, und das müßte zur Folge haben, daß man „rettungslos“ in das Kraftfeld Sowjetrußlands gerate⁴⁵. Der stärkere Magnet werde Deutschland in seinen Wirkungskreis ziehen⁴⁶. Aus dem Freund-Feind-Schema des Kalten Krieges auszubrechen, hielt Adenauer für unmöglich. Die Stärke und der Expansionsdrang des Ostens ließen nach seiner Meinung keine Abweichung vom Weg der gemeinsamen westlichen Verteidigung zu. Beispielfhaft für seine Argumentationsweise gegen die Neutralisten ist der folgende Auszug aus einer Rede vom Sommer 1951:

„Bisher hat Sowjetrußland ja im kalten Krieg . . . für einen sehr billigen Preis ungeheure Gewinne gemacht. Es wird versuchen, auf diesem Wege weiter fortzufahren, und es wird versuchen, im kalten Krieg den Gewinn zu machen, der ihm als der größte Gewinn vorschwebt, und als größter Gewinn schwebt ihm vor – das sagen manche Kenner Sowjetrußlands und der russischen Geschichte – und Sie werden mir, glaube ich, darin zustimmen, als größter Gewinn schwebt Sowjetrußland vor die Neutralisierung und Demilitarisierung der Bundesrepublik. Und wissen Sie warum? Wenn das Sowjetrußland gelingt, dann bekommt es einen solchen Zuwachs an Kriegspotential sowohl materiell wie personell – personell nicht der Zahl nach, aber der Kraft und der Intelligenz nach – und dann werden ihm Frankreich und Italien mit ihren kommunistischen Parteien ohne weiteres in den Schoß fallen. Dann wird es gegenüber den Vereinigten Staaten ein Gegner sein, den auch die Vereinigten Staaten zu respektieren haben. Was uns passieren könnte im Falle einer Neutralisierung und Demilitarisierung, das kann sich jeder von Ihnen ohne weiteres ausmalen. Dann würde unser Land in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit ein Satellitenstaat sein wie die anderen auch, und Frankreich würde es sein, und Italien würde es sein, und die Beneluxländer würden es sein, ja, ganz Westeuropa würde es sein.

Wem es daher Ernst ist mit dem Kampf um die Freiheit, um die Güter des Christentums, mit dem Kampf um die abendländische Kultur, der muß hier aufpassen und muß die richtige Wahl treffen.“⁴⁷

⁴⁴ Vgl. die Rede Jakob Kaisers vom 19. 11. 1950 in Essen, MS, in: BA/MA, (Schw) 1–/Bd. 2, S. 4 f.

⁴⁵ Vgl. Adenauers Rede in der Universität Bonn vom 10. 2. 1951, MS, Archiv BPA, S. 11.

⁴⁶ Vgl. Adenauers Interview mit Kingsbury Smith vom 11. 12. 1950, MS, Archiv BPA, S. 3.

⁴⁷ Rede Adenauers vom 9. 7. 1951 in Essen, MS, Archiv BPA, S. 15.

Auf einem CSU-Parteitag in Bad Reichenhall erklärte er sogar, wer eine Neutralisierung Deutschlands für möglich halte, sei ein Utopist oder stehe im Dienst Sowjetrußlands. Durch Neutralisierung werde Deutschland in kurzer Zeit ein Satellitenstaat, und in ganz Westeuropa werde der Kommunismus triumphieren. Er schloß mit einem Satz, der oft zitiert und kritisiert wurde⁴⁸: „Wer die Neutralisierung und Demilitarisierung in Deutschland hier bei uns will, ist entweder ein Dummkopf allerersten Ranges oder ein Verräter.“⁴⁹

Ein neutralisiertes Deutschland, so glaubte die Bundesregierung, werde mit seiner politischen Impotenz die idealen Voraussetzungen dafür bieten, vereinnahmt zu werden, ohne daß der Angreifer das Risiko kriegerischer Verwicklung zu tragen hätte. Unfähig, mit dem Osten zu paktieren, weil dies der Westen nicht zulasse, und ohne die Freiheit, mit dem Westen ein Bündnis einzugehen, da dies der Osten verhindere, werde ein solches Deutschland unter Kontrolle gehalten, und das bedeute ein Wiederaufleben des Kontrollrats, des Sicherheitsamtes und der Industriebeschränkungen. Aus alledem zog Staatssekretär Hallstein den Schluß: „Es gibt keine Lösung der Neutralität, die eine Lösung der Freiheit ist.“⁵⁰

In gleichem Maße fürchtete die Bundesregierung den Angriff auf die demokratische Ordnung im Innern eines neutralisierten Deutschland. Adenauer war der „felsfesten Überzeugung“, daß man in einem neutralisierten Deutschland durch die Tätigkeit der Fünften Kolonne in wenigen Jahren die gleichen Verhältnisse hätte wie in der Sowjetzone⁵¹. Die Sowjets, so schrieb Erich Dethleffsen, ein in der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise für Adenauers Politik engagierter Publizist, warteten nur auf den Abzug der Amerikaner aus der Bundesrepublik, denn danach werde eine Explosion aller innerdeutschen politischen und sozialen Konflikte erfolgen, die bis dahin durch die Anwesenheit der Besatzungsmächte unter Kontrolle gehalten worden seien. Dann könnte die Fünfte Kolonne ans Werk gehen und gemeinsam mit der Volkspolizei ein sowjet-unterstütztes Terror-Regime einsetzen. Er ging davon aus, daß der Ost-West-Konflikt sein entscheidendes Stadium erreicht hätte und mit einer Niederlage für den Westen enden würde, wenn Deutschland neutralisiert wäre. „Von den Westmächten verlassen, würden die freiheitsliebenden Kräfte in Deutschland ihre Widerstandskraft verlieren.“⁵² Mithin war es nur logisch, daß die Regierungskoalition auf die Neutralisierungspläne mit

⁴⁸ Vgl. die zahlreichen Zuschriften an den Kanzler, in: BA/MA, (Bl) 2-1/Bd. 166-171.

⁴⁹ Rede auf der Landesversammlung der CSU in Bad Reichenhall vom 24. 6. 1951, MS, Archiv BPA, S. 15.

⁵⁰ Hallstein, Walter: Wege und Ziele der deutschen Außenpolitik, Vortrag vom Herbst 1951. – In: Für und Wider, S. 13.

⁵¹ Vgl. die Bonner Rede vom 10. 2. 1951, MS, Archiv BPA, S. 11.

⁵² Vgl. Dethleffsen, Erich: The Chimera Of German Neutrality. – In: *Foreign Affairs*, 1952 (April), S. 361 ff., Zitat S. 368; vgl. auch derselbe: Der deutsche Wehrbeitrag, mit einem Anhang: Einwände, und was zu ihnen zu sagen ist. – In: Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, o. O. [Bonn] 1952; zur Regierungspropaganda gegen den Gedanken der Neutralisierung vgl. ferner Neunteufel, Raimund: „ohne mich“, Moskaus trojanisches Pferd, Bonn 1951.

einer Beschleunigung der Verhandlungen über den westdeutschen Wehrbeitrag reagierte.

Schumacher lehnte eine Neutralisierung nicht weniger scharf ab als die Bundesregierung. „Die Neutralisierung ist nicht Antimilitarismus, sondern eine sowjetische Propagandawaffe.“⁵³ Da es im innenpolitischen Kampf jener Jahre an der Tagesordnung war, den politischen Gegner zu verdächtigen, er leiste den Kommunisten Vorschub oder arbeite sogar mit ihnen insgeheim zusammen, legte gerade die SPD als Oppositionspartei besonderen Wert darauf, solchen Verdächtigungen zu entgehen⁵⁴. Sie bezog aber in ihrer Gesamtheit nicht so eindeutig Stellung zur Neutralisierung wie die Regierungskoalition. Es gab durchaus SPD-Politiker, die mit der Notgemeinschaft sympathisierten, weshalb die Partei immer wieder Angriffen ausgesetzt war, wie sie der FDP-Sprecher Euler im Bundestag gegen die Notgemeinschaft und den Nauheimer Kreis richtete: „Sie spielen – Frau Wessel, Herr Heinemann, Herr Noack und wie sie alle heißen – das Spiel der Sowjets, ob sie das wissen oder nicht, ob sie das wollen oder nicht.“⁵⁵ So gab Schumacher am 14. Februar 1951 eine Vier-Punkte-Erklärung zur Neutralisierung ab, in der er die Diskussion über eine deutsche Neutralisierung als Bestandteil der sowjetischen politischen Taktik bezeichnete, die auf die Schwächung und Lähmung der demokratischen Kräfte in Westdeutschland abziele. Die SPD habe die Neutralisierung stets eindeutig abgelehnt. Wie Adenauer sah Schumacher die entscheidende Gefährdung in der Unterwanderung. Adenauer sprach stets von der „Fünften Kolonne“, und Schumacher meinte dasselbe, wenn er im Bundestag prophezeite, man werde „die ganze trojanische Kavallerie hier vorbeigaloppieren sehen“⁵⁶.

Trotzdem setzte Schumacher mehr Vertrauen auf die Krisenfestigkeit der deutschen Demokratie. Während für Adenauer die Neutralisierung gleichbedeutend mit dem Untergang der Demokratie war, hielt Schumacher für den Fall einer Neutralisierung immerhin die Verteidigung der Demokratie für möglich. Punkt vier seiner Erklärung zur Neutralisierung lautete:

„Die politische Neutralisierung eines geeinten Deutschlands, die auf einer von den Angelsachsen und den Sowjetrussen in ihrem eigenen Interesse gewollten Übereinkunft beruht, ist ein Faktor, den zu schaffen oder zu verhüten nicht in der Macht der Deutschen steht. Eine solche Neutralisierung würde für das deutsche Volk den stärksten Zwang zur höchsten Wachsamkeit und Anspannung seiner demokratischen Kräfte bedeuten.“⁵⁷

Der Konstanzer Politologe Klaus Erdmenger vertritt die Auffassung, mit der nationalen und der antikommunistischen Komponente sozialdemokratischer Hal-

⁵³ Schumacher in einer Rede am 9. 10. 1951 in Hamburg, MS, Archiv BPA, S. 12; Schumacher hatte diese Auffassung auch schon im Dezember 1950 vertreten, vgl. EA, 1951, S. 3688.

⁵⁴ Vgl. Löwke: Sozialdemokratie und Wehrfrage, S. 140; Ritter: Kurt Schumacher, S. 129f.

⁵⁵ BT, sten. Ber., S. 8129/30 (7. 2. 1952).

⁵⁶ BT, sten. Ber., S. 4767 (9. 3. 1951).

⁵⁷ Erklärung Schumachers vom 14. 2. 1951, in: FAZ, 15. 2. 1951.

tung wäre allein eine klare Neutralisierungspolitik als eindeutige Alternative zur Bundesregierung zu vereinbaren gewesen⁵⁸. Diese Aussage ist nur zur Hälfte schlüssig. Der „nationale Vorbehalt“, wie Erdmenger es nennt, belastete gewiß das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Westmächten und hätte eine neutralistische Politik nahegelegt, doch die andere Komponente, der Antikommunismus, machte es Schumacher und seiner Partei unmöglich, mit dem Osten auf der Basis der sowjetischen Vorschläge zur Neutralisierung zu verhandeln, wemgleich Schumacher sich bemühte, mehr Selbstbewußtsein gegenüber Moskau zu zeigen als Adenauer. Erst die Stalin-Note vom März 1952 konnte zu einer Modifizierung dieser Haltung führen.

Die Neutralisten hatten gegen die sicherheitspolitische Argumentation Adenauers und Schumachers darzutun, daß auch die Realisierung ihrer Konzeption die Sicherheit Deutschlands nicht gefährden würde. Es lag für sie nahe, einen Blick auf andere Länder mit neutralem Status zu werfen und historische Vergleiche zu ziehen. Am häufigsten wurde die Schweiz genannt, aber auch die Beneluxländer und die skandinavischen Staaten Schweden und Finnland schienen sich als Beispiel zu eignen. (Der Versuch Österreichs, durch den Staatsvertrag einen neutralen Status zwischen Ost und West zu erlangen, war Anfang der fünfziger Jahre noch zu keinem Ergebnis gekommen. Über die Erfolgsaussichten gingen die Meinungen weit auseinander.) So schrieb Sethe 1956 rückblickend, es hätte dem völligen Zusammenbruch der deutschen Macht im Jahre 1945 entsprochen, eine neutralistische Politik zu betreiben. Ein Staat in solcher Lage handle weise, wenn er sich den weltpolitischen Verstrickungen entziehe und auf Bündnisse verzichte, die von ihm mehr verlangten, als er geben könne. „Es war ein natürlicher Instinkt, der Schweden und die Schweiz und 1955 auch Österreich zu einer solchen Politik bewogen hatte.“⁵⁹

Doch der Vergleich mit Schweden und der Schweiz wurde in der Bundesrepublik zumeist mit der Begründung abgelehnt, diese Länder lägen außerhalb des europäischen Kraftfeldes, seien geographisch nicht so exponiert wie Deutschland und besäßen kein Ruhrgebiet⁶⁰. Widerspruch kam auch aus der Schweiz selbst. Rudolf Pechel ließ in einem Sonderheft der *Deutschen Rundschau* Autoren aus neutralen Ländern zur Neutralitätsfrage schreiben, und hier war es der Schweizer Urs Schwarz, der nach einer Analyse der Bedingungen für die Schweizer Neutralität die Übertragung dieser Politik auf west- und mitteleuropäische Länder wie Frankreich, die Beneluxstaaten und Deutschland für unmöglich hielt⁶¹. Manche verglichen die Stärke der Schweiz mit der Schwäche Deutschlands und hielten deren Politik deshalb für nicht übertragbar⁶². Andere verteidigten mit dem Beispiel der

⁵⁸ Erdmenger: Das folgenschwere Mißverständnis, S. 79f.

⁵⁹ Sethe, Paul: Zwischen Bonn und Moskau, Ffm. 1956, S. 41.

⁶⁰ Vgl. z. B. Ja oder Nein zum Verteidigungsbeitrag. – In: Schriftenreihe der Gesellschaft für Wehrkunde, H. 1, München 1952, S. 7.

⁶¹ Vgl. Schwarz, Urs: Sicherheit – Neutralismus – Neutralität. – In: *Deutsche Rundschau*, Sonderheft Neutralität, S. 34.

⁶² Vgl. Dethleffsen, Erich: Das Wagnis der Freiheit, Stuttgart 1952, S. 21; Schmid,

Schweiz sogar die Wiederbewaffnungspolitik der Regierung, denn schließlich habe die Schweiz ihre Neutralität ja nur deshalb behaupten können, weil ihre Bürger jederzeit für diese Neutralität mit der Waffe eingetreten seien⁶³.

Die Kritiker der Neutralisten wiesen im übrigen auch auf abschreckende Beispiele in der europäischen Geschichte hin, z. B. auf das Schicksal Belgiens 1914 und 1940, der Niederlande und Dänemarks 1940 sowie – entgegen den historischen Tatsachen – Polens 1939⁶⁴. Wenn Noack selbst diese Beispiele für seine Thesen auszuwerten versuchte, indem er feststellte, Wilhelm II. sei an der belgischen Neutralität und Hitler am englisch-polnischen Garantiepakt gescheitert⁶⁵, so mußte er sich doch sagen lassen, daß diesem Scheitern der Krieg vorausgegangen war. Eine FDP-Zeitung verglich ein neutralisiertes Deutschland in seiner Stellung zwischen den Großmächten mit Polen im 18. Jahrhundert. Es könnte leicht geschehen, daß der Teilung Deutschlands von 1945, die der ersten polnischen Teilung von 1772 entsprochen habe, bald eine zweite folgen werde. Was aus Polen, dem Puffer zwischen den Großmächten, geworden sei, wisse man aus der Geschichte. Deutschland besitze als hochindustrialisiertes Land ein zu großes Potential, als daß man durch Neutralisierung die Spannungen vermindern könnte. Rußland gar zum Wächter zu bestellen, hieße „den Bock zum Gärtner zu machen“⁶⁶.

Die Diskussion zeigte, daß der Vergleich mit anderen Ländern keine überzeugenden Analogien für die deutsche Situation nach dem Zweiten Weltkrieg ergab. Für diesen speziellen Fall müßten offensichtlich neue Modelle entwickelt und durchdacht werden.

Sollte ein neutralisiertes Deutschland seine Neutralität nicht durch eigene Waffen sichern, was die wenigsten Neutralisten für möglich hielten, so blieb zur Lösung des Sicherheitsproblems im Kalten Krieg nur die Garantie der deutschen Sonderstellung durch eine fremde bewaffnete Macht oder Mächtigkeitsgruppe. Da die Neutralisierung zusammen mit der Wiedervereinigung angestrebt wurde, also ohnehin eine Übereinkunft zwischen den Großmächten voraussetzte, konnte unter diesen vielleicht auch eine gemeinsame Garantie vereinbart werden.

Sowohl der Nauheimer Kreis als auch die Notgemeinschaft suchten ihren Neutralismus mit einer solchen Möglichkeit sicherheitspolitisch zu legitimieren. Eine internationale Garantie sollte nach Noack für die Besatzungsmächte das verbriefte Recht bedeuten, jederzeit in Deutschland wieder einrücken zu können, wenn eine

Werner: Der Sonderfall der Schweizer Neutralität. – In: *Außenpolitik*, 1950, H. 4, S. 300 ff.; Müller-Brandenburg, Hermann: Neutralität?, Berlin 1952, S. 21 f.

⁶³ Vgl. die Rede Wildermuths auf dem Dreikönigstreffen der DVP am 6. 1. 1951, S. 17.

⁶⁴ Vgl. z. B. die Rede des DP-Abgeordneten Mühlenfeld im Bundestag vom 8. 2. 1952, in: BT, sten. Ber., S. 8222.

⁶⁵ Vgl. die Erklärung Noacks zum Ausbruch des Koreakrieges vom 1. 7. 1950, in: EA 1951, S. 3882.

⁶⁶ Vgl. „Mitten drin!“, Polonisierung Deutschlands als Folge der Neutralisierung. – In: *Neues Vaterland*, Stuttgart, März 1951; der Gedanke wurde auch von der Gesellschaft für Wehrkunde in der Broschüre Ja oder Nein zum Verteidigungsbeitrag, S. 7, noch einmal aufgenommen.

andere Macht dies täte. „Die Unantastbarkeit eines wiedervereinigten neutralisierten Deutschland ruht sicher auf dem Lebensinteresse, das alle unsere Nachbarn daran haben, daß Deutschland nicht in den Machtbereich der anderen Seite fällt“.⁶⁷ Vor der Notgemeinschaft beschrieb Heinemann, was Amerika und Rußland sich gegenseitig zugestehen müßten. Im Westen solle man verstehen, daß Rußland ein wiedervereinigtes Deutschland nicht eines Tages unter seinen Angreifern sehen wolle, und im Osten müsse man respektieren, daß die Deutschen nicht eines Tages Opfer des Bolschewismus werden wollten. Beide Dinge könne man dadurch in Übereinstimmung bringen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland garantiert nicht aufrüste, Rußland aber mit jeder Antastung Deutschlands den dritten Weltkrieg riskiere. „So verstanden, ist ein unbewaffnetes Deutschland kein Vakuum, in das jeder Mutwille hineingreifen kann, sondern ein Gebiet von globalen Reaktionen bei jeder Antastung seiner Ordnung.“⁶⁸ Einen solchen Garantiepakt, glaubte Fritz Baade, müßten die Großmächte halten, wenn sie nicht gerade von Wahnsinnigen regiert würden, denn er entspräche ihren Lebensinteressen⁶⁹.

Die *Deutsche Rundschau* bezweifelte jedoch die dauernde Existenz eben dieser Voraussetzung, denn eine Garantie müsse ihre Bedeutung in dem Augenblick verlieren, in dem sie nicht mehr den Interessen auch nur einer der Großmächte entspräche. Das geschehe vermutlich gerade dann, wenn sie zum erstenmal tatsächlich gebraucht werde⁷⁰.

Demgegenüber argumentierte Helene Wessel, die Frage der Garantie werde erst dann akut, wenn es zwischen den Weltmächten zu einer Entspannung gekommen sei, die sich im Abschluß eines gemeinsamen Friedensvertrags und der gemeinsamen Räumung des deutschen Gebiets manifestieren würde. Bis dahin bedeute ja eine gesamtdeutsche Regierung gar keine Neutralisierung mit all ihren Risiken, denn Deutschland wäre noch besetztes Land⁷¹. In der ersten Phase der Neutralisierung würden sich in Deutschland nach wie vor Ost- und Westmächte direkt gegenüberstehen, allerdings ohne deutsche Soldaten für ihre Interessen aufstellen zu können⁷².

Einige Gruppen der Rechten, die jede mit einer Garantie der Großmächte verbundene Einschränkung der außenpolitischen Bewegungsfreiheit Deutschlands ablehnten, strebten indes doch nach der Sicherung eines neutralen Status mit eigenen militärischen Mitteln. Über eine bewaffnete Neutralität hofften sie wieder zu nationaler Größe und Unabhängigkeit zu gelangen. Sie hielten es für möglich, daß

⁶⁷ Noack, Ulrich: An die Freunde des Nauheimer Kreises und der Unabhängigen Sammlung für die Neutralisierung des wiedervereinigten Deutschlands. Brief vom Oktober 1951, MS, Archiv BPA, S. 2; vgl. auch EA, 1951, S. 3883.

⁶⁸ Heinemann am 21. 11. 1951 vor der Notgemeinschaft in Düsseldorf, vgl. derselbe: Verfehlte Deutschlandpolitik, S. 22f.

⁶⁹ Vgl. Baades Rede vom 19. 2. 1951 in Kiel, MS, in: BA/MA, (EVG) 3-/Bd. 233, Bl. 51.

⁷⁰ *Deutsche Rundschau*, Sonderheft Neutralität, S. 84.

⁷¹ Vgl. BT, sten. Ber., S. 8172 (8. 2. 1952).

⁷² Vgl. Heinemann, Exposé für die ökumenische Kommission für Europäische Zusammenarbeit, in: derselbe, Deutsche Friedenspolitik, S. 43.

sich Deutschland vom Westen lösen, starke nationale Streitkräfte aufstellen und das Mißtrauen der Sowjetunion durch eine Ostpolitik im Geiste Seeckts beschwichtigen könnte. Hier ist zunächst die „Bruderschaft“ zu nennen, die sich aus ehemaligen Nationalsozialisten und Offizieren der äußersten Rechten zusammensetzte und bei geringer Publizität doch einige Aktivität entwickelte. In Verhandlungen mit sowjetischen Dienststellen in der DDR und auch mit dem Führer der Kasernierten Volkspolizei, Vinzenz Müller, versuchte sie eine Aktionsgemeinschaft für ein wiedervereinigtes neutrales Deutschland mit nationaler Armee herzustellen. Sie teilte sich jedoch im Februar 1951 in einen Flügel unter der Leitung der ehemaligen Nationalsozialisten, der eine nationalbolschewistische Linie vertrat, und einen Flügel der Militärs, der nun zu Adenauers Wehrpolitik eine abwartende Stellung einnahm⁷³. Auch der für eine ähnliche Aktionseinheit mit Kommunisten bekannte Führungsring ehemaliger Soldaten trat für eine bewaffnete Neutralität ein, sobald das Reich in voller Größe wiederhergestellt wäre⁷⁴.

Walter Dirks diagnostizierte die so verstandene Formel von der bewaffneten Neutralität als die den veränderten Verhältnissen angepaßte „Formel des deutschen Nationalismus“⁷⁵.

Eine andere Variante des nationalistischen Neutralismus bildeten jene, denen zwar Deutschland allein als zu schwach für eine bewaffnete Neutralität erschien, die jedoch eine solche Stellung für ganz Westeuropa propagierten, wobei Deutschland größeren Einfluß hätte ausüben können als in einem von Amerika geführten Allianzsystem. Otto Strasser sprach diesen Gedanken in Kanada schon vor Beginn des Koreakrieges aus. Deutschland sollte nach seiner Meinung mit den übrigen westeuropäischen Staaten ein „Schutz-und-Trutz-Bündnis“ mit einer gemeinsamen Armee, vielleicht unter Führung de Gaulles, aufbauen. Deutschland dürfe dem Atlantikpakt nicht beitreten, und die übrigen europäischen Mitglieder müßten ihn wieder verlassen⁷⁶.

Der SRP-Abgeordnete Dorls vertrat im Bundestag den Plan eines neutralen und bewaffneten Europa, das sich als Festungsgürtel zwischen die feindlichen Mächte schieben sollte. Eine Änderung der Bonner Außenpolitik auf dieses Ziel hin sei die Voraussetzung für eine Wiederbewaffnung⁷⁷.

In ähnlicher Absicht eröffnete die *Zeitschrift für Geopolitik* den Jahrgang 1952 mit einem Grundsatzartikel zur deutschen Außenpolitik, der von der Feststellung ausging, die Bundesrepublik erhalte für ihre Teilnahme an der westlichen Verteidigung keine angemessene Gegenleistung; eine Wiedervereinigung sei auf diesem Wege überhaupt nur durch Krieg zu erreichen. Keine Westregierung würde aber die Sowjetunion mit einer Kriegsdrohung zwingen, der Wiedervereinigung zuzu-

⁷³ Zur Politik der Bruderschaft vgl. Tauber: *Beyond Eagle and Swastica*, S. 160 ff.

⁷⁴ Ebenda, S. 193 f.

⁷⁵ W[alter] D[irks], in: *Frankfurter Hefte*, 1952, H. 4, S. 233.

⁷⁶ Vgl. Strasser, Otto: *Europas beste Chance: Neutralität*. – In: *Die Wochen-Zeitung*, Zürich, 20. 4. 1950.

⁷⁷ Vgl. BT, sten. Ber., S. 3593 (8. 11. 1950).

stimmen. Die Bundesrepublik begeben sich des Mittels der bewaffneten Neutralität, wenn sie auf die nationale Bewaffnung verzichte und so weder ihr Gewicht zur Erhaltung des Friedens in die Waagschale werfen noch Kämpfe von deutschem Boden fernhalten könne. Das Mißtrauen zwischen den großen Gegenspielern sei nur dadurch zu beseitigen, daß sie ihren Raub wieder hergäben und damit eine eigene deutsche Staatlichkeit erlaubten. „Das Deutsche Reich hatte seine stabilisierende Funktion in Europa. Es muß wiederhergestellt werden.“ Da dieses Reich aber seine Neutralität nicht allein und nicht ohne Waffen behaupten könne, ergebe sich der Gedanke einer Auffüllung des mitteleuropäischen Vakuums aus der Kraft des eigenen Raumes. „Wir haben kein Interesse an einer Europaarmee, deren Chef ein Amerikaner ist und deren Verfügung sechs Verteidigungsministern zusteht. Wir haben alles Interesse an einer starken, unabhängigen europäischen Europaarmee eines europäischen Bundesstaates.“ Für die Sowjets sei dieses Europa ungefährlich, da es ja nicht den Atlantikpakt stärke. Dieses unabhängige Europa könne das fehlende Glied im Weltgleichgewicht werden und damit den Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durch eine dritte Kraft neutralisieren⁷⁸.

Die Bundesregierung und die großen Parteien setzten sich mit der Möglichkeit einer bewaffneten Neutralität gar nicht ernsthaft auseinander. Erst durch Stalins Note vom 10. März 1952 wurden sie dazu gezwungen, denn darin war der Vorschlag enthalten, einem wiedervereinigten Deutschland zur Sicherung seiner Neutralität eine Nationalarmee zuzugestehen. Damit hatte der Osten erstmals als Alternative zur westlichen Verteidigung nicht die Waffenlosigkeit für Deutschland vorgeschlagen, sondern die Sicherung durch eigene Waffen.

Adenauer hatte stets die Auffassung vertreten, daß ein Land inmitten eines Kriegsgebiets – als solches sah er Mitteleuropa an – nur dann neutral bleiben könne, wenn es militärisch und wirtschaftlich zur Verteidigung seiner Grenzen in der Lage sei⁷⁹, Deutschland aber unter keinen Umständen über eine militärische Stärke verfügen könne, mit der ein neutraler deutscher Status zu sichern sei⁸⁰. Schon im Frühjahr 1951, als die Viererkonferenz bevorstand, war Adenauer in Sorge gewesen, die Sowjetunion könne die Wiedervereinigung anbieten, dafür aber Neutralität verlangen, und damit Deutschland in die Arme der Sowjets ziehen⁸¹.

Im März 1952 machte die Sowjetunion diesen Vorschlag tatsächlich und bot überdies Waffen für die Sicherung der Neutralität an. Adenauer lehnte aber auch das ab, unter anderem mit der Begründung, Deutschland sei technisch und wirtschaftlich nicht in der Lage, eine ausreichende Armee aufzustellen. Die Tat-

⁷⁸ Vgl. Deutsche Außenpolitik 1952, in: *Zeitschrift für Geopolitik*, 1952, H. 1, S. 1 ff., Zitate S. 8 und 9.

⁷⁹ Vgl. Adenauers Rede in der Sendereihe des Bayerischen Rundfunks „Politik aus erster Hand“ vom 7. 2. 1951, in: *NZ*, 8. 2. 1951.

⁸⁰ Vgl. die Rede Adenauers vor der Interparlamentarischen Union in London, in: *Bulletin*, 8. 12. 1951, Nr. 18, S. 123; Rede in der Bonner Universität vom 10. 2. 1951, MS, Archiv BPA.

⁸¹ Vgl. die Bonner Rede vom 10. 2. 1951.

sache, daß der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages eine enge Beschränkung der deutschen Streitkräfte nach Zahl und Ausrüstung vorsah, bestärkte Adenauer in aller Ablehnung dieser bewaffneten Neutralität, die er gegenüber der hochgerüsteten Sowjetunion für eine ohnmächtige Neutralität hielt⁸². Nach Lage der Dinge, so sagte Gerstenmaier, würde der Verzicht auf Teilnahme an der westlichen Verteidigung bedeuten, „daß wir Niemandsland würden, daß wir ein Objekt strategischer Erwägungen und militärischer Maßnahmen anderer würden, bei denen wir ganz bestimmt nichts zu sagen hätten“⁸³. Stalins Vorschlag einer bewaffneten Neutralität wurde als Vorstufe der Sowjetisierung ganz Deutschlands angesehen.

Boris Meissner als Beobachter hingegen wollte die Möglichkeit nicht ganz ausschließen, daß die Sowjetunion tatsächlich beabsichtige, zwischen den eigenen Bereich und den Westblock einen neutralen Staatengürtel zu legen, der von Finnland über Skandinavien, Deutschland und den Nahen Osten bis zum Mittleren Osten reichen könnte. Wenn Moskau im Interesse der eigenen Sicherheit eine solche Zone anstrebe, so könne das auch im Interesse der Westmächte liegen, sofern garantiert sei, daß durch eine bewaffnete Neutralität ein Machtvakuum verhindert werde. Wie die Sozialdemokraten schlug er vor, durch die westliche Diplomatie zunächst zu prüfen, wie weit die sowjetischen Konzessionen tatsächlich gingen⁸⁴.

Im Frühjahr 1952 mußte den Neutralisten jedoch der Nachweis schwerfallen, daß auch ohne deutschen Wehrbeitrag und EVG in Europa ein Gleichgewicht der Kräfte hergestellt werden könne, das den Frieden sichern würde. Sie mußten so viele Unbekannte in ihre Rechnung aufnehmen, daß sie in die Gefahr der Spekulation gerieten, während auf der anderen Seite ein fertiger Vertragsentwurf vorlag, welcher der Bundesrepublik die Aufnahme in die westliche Allianz und die Sicherung ihres Gebietes gegen Angriffe aus dem Osten zu garantieren versprach. Vor allem hing es gerade auch bei einer bewaffneten Neutralität allein vom Willen des Kreml ab, ob die Unabhängigkeit des neutralisierten Gebietes auf die Dauer respektiert würde, und niemand vermochte zu sagen, ob dieser Wille in Moskau vorhanden war. Andererseits stand dem Risiko die Chance zur Wiedervereinigung gegenüber. So appellierte z.B. Augstein im Mai 1952, dem Monat der Unterzeichnung des EVG-Vertrags, noch einmal an die Bundesregierung: „Diese Politik müssen wir riskieren, und es wird sich herausstellen, daß das Risiko nicht uns, sondern allenfalls den Westmächten zu groß ist, denen die Spaltung Deutschlands in mehrerlei Beziehung gerade recht ist.“⁸⁵ Die Chance liege in der Fehlspekulation der Sowjets, die Deutschland Wiedervereinigung und Unabhängigkeit

⁸² Vgl. Adenauers Rede im Bundestag vom 3. 4. 1952, in: BT, sten. Ber., S. 8758; vgl. auch den Kommentar des BPA vom 8. 4. 1952, in: *Bulletin*, Nr. 41, S. 426.

⁸³ BT, sten. Ber., S. 9805 (9. 7. 1952).

⁸⁴ Vgl. Meissner, Boris: Die Deutschlandnote des Kreml, Wendepunkt in der sowjetischen Außenpolitik? – In: *Zeitschrift für Geopolitik*, 1952, H. 4, S. 196 ff.

⁸⁵ Daniel, Jens (i.e. Augstein): Der Demokratie eine Chance! – In: *Der Spiegel*, 21. 5. 1952, S. 6.

anbieten in der Hoffnung, im Lauf der Jahre Deutschland ganz für den Osten einzuspannen. Diese Chance müsse Adenauer ergreifen, wenn er wirklich der „Fuchs aller Füchse“ sei⁸⁶.

Doch für Adenauer, der die Bundesrepublik einer permanenten Angriffsdrohung ausgesetzt sah, gab es nur die Alternative: Sicherheit und Schutz durch den Westen oder Sklaverei im Osten. Auch in diesem Zusammenhang behielt die Frage der Westintegration ihre entscheidende Bedeutung. Die mühsam mit dem Westen ausgehandelten Vertragswerke sollten nicht noch in den letzten Wochen vor der Unterzeichnung gefährdet werden, nur weil Moskau mit einem Verhandlungsangebot lockte, das Deutschland bestenfalls in eine höchst prekäre Lage im Vorfeld des sowjetischen Machtbereichs manövrieren würde. Die Entscheidung der Bundesregierung fiel für den militärisch gesicherten Status quo, und die Mehrheit der Bevölkerung – dem mit neutralistischen Experimenten verbundenen Sicherheitsrisiko abgeneigt – stimmte dieser Entscheidung zu⁸⁷.

⁸⁶ Diesen Gedanken hatte Augstein schon ein halbes Jahr zuvor ausgesprochen, vgl.: Das Dilemma mit unserem Kanzler. – In: *Der Spiegel*, 26. 9. 1951, S. 3.

⁸⁷ Im März 1951 sprachen sich 36 % der Bevölkerung für eine Neutralisierung aus gegenüber 39 %, die für eine Beteiligung an der westlichen Verteidigung eintraten. Die Möglichkeit neutralen Verhaltens im Falle eines Krieges zwischen Ost und West bejahten nur 10 %; vgl. Noelle-Neumann: *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, S. 353.

V. WEHRBEITRAG UND WIEDERVEREINIGUNG

Unter welchem Aspekt der Wehrbeitrag auch diskutiert wurde, stets mußte eine Frage vorrangig mitbehandelt werden, die sich als ein Kardinalproblem deutscher Politik zugleich zwangsläufig zum wichtigsten Problem der westlichen Integrations- und Bündnispolitik Bonn's entwickelte: die Frage der Teilung Deutschlands. In der Bundesrepublik herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Politik der Bundesregierung zwei Aufgaben von gleicher Bedeutung zu dienen habe, nämlich der Wiedervereinigung und – angesicht des Ost-West-Konfliktes – der Sicherung des westdeutschen Staates gegen eine Expansion des Ostblocks. Kaum jemand bestritt, daß ein Eintritt in die westliche Allianz und ein militärischer Beitrag zur westlichen Verteidigung brauchbare Mittel zur Erfüllung der zweiten Aufgabe darstellten. Ob ein solcher Kurs auf die Wiedervereinigung zu oder von ihr wegführe, blieb jedoch heftig umstritten. Gustav Heinemann erklärte bündig: „Jede westdeutsche Aufrüstung macht eine friedliche Räumung der Sowjetzone für die Russen undiskutabel.“¹ Auch Adenauer, der so kompromißlos die Sicherheitspolitik vertrat, betonte gelegentlich, daß die deutsche Teilung zugleich Ursache und Folge der gespannten Situation in Europa sei², was logischerweise den Schluß nahelegte, daß Wiedervereinigungspolitik primär Entspannungspolitik zu sein habe. Trug aber die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte zur Entspannung bei? Erhöhte sie nicht vielmehr die Spannung? Dem naheliegenden Hinweis auf Volkspolizei und sowjetische Divisionen in der DDR konnte entgegengehalten werden, daß eine westdeutsche Aufrüstung geradezu eine Bürgerkriegssituation schaffe³. Wenn beide Teile Deutschlands, in verschiedenen Lagern stehend, gerüstet seien, stünden sich wie zur Zeit des ersten Napoleon zwei deutsche Armeen unter fremdem Befehl gegenüber⁴.

Jedenfalls hatten die Anhänger der Sicherheitspolitik ihre Konzeption gegen derartige Argumente wiedervereinigungspolitisch zu legitimieren, so wie die Neutralisten ihre Vorstellungen sicherheitspolitisch legitimieren mußten.

Unabhängig von der Entscheidung für oder gegen den Wehrbeitrag bestand in der Bundesrepublik Einigkeit darüber, daß es zur Wiedervereinigung keinen anderen Weg gebe als den friedlichen. Auch eine zweite Voraussetzung wurde von der großen Mehrheit nicht bestritten: Die Wiedervereinigung dürfe nicht mit der Aufgabe der Freiheit erkauf't werden. Damit schieden zwei Möglichkeiten von

¹ Heinemann, Gustav W.: Diskussionsbeitrag zur Wiederbewaffnung. – In: *Ruhr-Nachrichten*, Dortmund, 14. 2. 1952.

² Vgl. die Regierungserklärung Adenauers vom 9. 3. 1951, in: BT, sten. Ber., S. 4758.

³ Vgl. die Bundestagsrede Helene Wessels vom 8. 11. 1950, in: BT, sten. Ber., S. 3577.

⁴ Vgl. *Hamburger Freie Presse*, 28. 6. 1951.

vornherein aus: Angliederung der DDR an den Westen mit Waffengewalt und Anschluß der Bundesrepublik an den Osten. „Einheit in Frieden und Freiheit“ lautete ein oft gebrauchtes Schlagwort der Bundesregierung, das Hallstein mit den Worten erläuterte: „Es gibt unter diesen drei Werten keinen, auf den wir zugunsten eines anderen verzichten.“⁵ Die Frage lautete jedoch, ob alle drei Ziele zu verwirklichen waren oder ob man sich unter Umständen für eine bestimmte Rangfolge entscheiden mußte. Augstein z.B. schrieb 1952: Vor die Wahl gestellt, gemeinsam versklavt oder frei und getrennt zu sein, würde sich jeder für letzteres entscheiden.⁶

Stellte man in dieser Weise Freiheit und Frieden als Ziele der Sicherheitspolitik an die Spitze der politischen Rangordnung, so schien es unter den Verhältnissen des Kalten Krieges fraglich, ob noch Möglichkeiten für eine aussichtsreiche Wiedervereinigungspolitik offenblieben. Bundestagspräsident Hermann Ehlers versuchte, die Zwangslage des Nichtstkönnens in einen Ansatz aktiver Politik zu verwandeln, als er in der Wehrdebatte vom 8. Februar 1952 ausführte: „Eine Einheit, die die Freiheit opfert, ist irreparabel, aber eine Freiheit, die die Einheit, weil denn kein anderer Weg gewiesen ist, notgedrungen zeitweise suspendiert, gibt die Entscheidung über das, was geschehen muß, künftig in unsere Hand.“⁷ Aus diesen Sätzen spricht die Überzeugung, man könne auf dem Weg über die Sicherung der Freiheit durch einen Wehrbeitrag die Spaltung des Landes überwinden. Darüber hinausgehend sah Hallstein in der Sicherheitspolitik der Bundesregierung sogar „nicht nur die beste, sondern die einzig sichtbare Chance . . . , zu einer Einheit zu kommen“⁸.

Doch dem stand Heinemanns Wort entgegen, die friedliche Räumung der Sowjetzone werde für die Russen indiskutabel. So führte das Spannungsverhältnis zwischen Wiedervereinigung und Sicherheit durch Wiederbewaffnung zur Frage nach der Priorität unter diesen Zielen.

⁵ Hallstein, Walter: Wille, Vernunft, Macht des Geistes. – In: *Bulletin*, 22. 1. 1952, Nr. 9, S. 86.

⁶ Vgl. Daniel, Jens (i.e. Augstein): Ein Lebewohl den Brüdern im Osten. – In: *Der Spiegel*, 2. 1. 1952, S. 3.

⁷ BT, sten. Ber., S. 8218.

⁸ Hallstein, Walter: Wege und Ziele der deutschen Außenpolitik. Vortrag in der Frankfurter Paulskirche vom Herbst 1951. – In: *Für und Wider. Lebensfragen deutscher Politik*. Offenbach und Frankfurt 1952, S. 116.

1. Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit von westlicher Sicherheitspolitik und deutscher Wiedervereinigungspolitik

Solange die Deutschen weder die Souveränität besaßen, noch einen Friedensvertrag abgeschlossen hatten, waren die Siegermächte de jure für die Wiedervereinigung zuständig, die auch praktisch nicht ohne Hilfe der Großmächte erreicht werden konnte. 1951 scheiterte der Versuch, auf einer Viererkonferenz über diese Frage zu verhandeln, und die Westalliierten klagten die Sowjetunion an, sie wolle keine Wiedervereinigung unter demokratischen Bedingungen⁹; die Bundesregierung widersprach ihnen nicht¹⁰. War aber selbst von den Westmächten, die nun den westlichen Teil Deutschlands in ihre Verteidigungsorganisation einbeziehen wollten, eine wirksame Unterstützung der Einigungsbestrebungen zu erwarten? Konnte angenommen werden, daß dieselben Mächte, die das militärische Potential der Bundesrepublik zur Abwehr gegen den Osten ausschöpfen und gleichzeitig Deutschlands Macht unter Kontrolle halten wollten, an einer deutschen Wiedervereinigung Interesse hatten?

Den guten Willen zur Unterstützung der Wiedervereinigungspolitik unterstellte Kurt Borries den Alliierten, nur habe jeder von ihnen unter Einheit etwas anderes verstanden, und dadurch sei es zu keiner gemeinsamen Aktion gekommen¹¹. Rudolf Augstein aber und mancher andere warf den Westmächten vor, sie begehren nur Soldaten der Bundesrepublik und den Wirtschaftsanschluß an den Westen, doch dies lasse eine Wiedervereinigung in Übereinstimmung mit der Sowjetunion nicht mehr zu¹². Bertrand Russell bestätigte im Grunde diese Sorge, wenn er 1950 in einer deutschen Zeitung eine Politik des Status quo und der Aufrüstung als logische Folgerung aus der gegebenen politischen Lage empfahl. Wenige Tage nachdem er den Nobelpreis für Literatur erhalten hatte, skizzierte er in einem Leitartikel sechs Möglichkeiten westlicher Politik im Zeichen des Ost-West-Konfliktes:

- „1. Rußland bringt die kapitalistische Welt auf seine Seite, und ein kommunistisches Weltreich wird errichtet.
2. Rußland kehrt zum Kapitalismus zurück und arbeitet freiwillig mit dem Westen zusammen.
3. Beide Staaten erkennen einander eine fest begrenzte Machtsphäre zu, und die Welt wird geteilt.

Diese drei Möglichkeiten bedingen keinen Weltkrieg. Im Falle eines Krieges ergeben sich drei weitere Möglichkeiten:

⁹ Zur Haltung der Westmächte vgl. die Vierteljahresberichte des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland Nr. 6, 1. 1.–31. 3. 1951, S. 23 ff. und S. 113; Nr. 9, 1. 10.–31. 12. 1951, S. 41 ff.

¹⁰ August Martin Euler (FDP) in einer Entgegnung auf Augsteins Artikel „Ein Lebewohl den Brüdern im Osten“: „Die Entscheidung über die deutsche Einheit in Freiheit liegt lediglich bei den Sowjets.“ – In: *Der Spiegel*, 9. 1. 1952, S. 5.

¹¹ Vgl. Borries, Kurt: Die großen Mächte und das Problem der deutschen Einheit. – In: *Außenpolitik*, 1951, S. 268 ff.

¹² Vgl. z. B. Daniel (i.e. Augstein): Ein Lebewohl den Brüdern im Osten. – In: *Der Spiegel*, 2. 1. 1952, S. 3 ff.

4. Amerika siegt und tritt die Weltherrschaft an.
5. Rußland siegt und errichtet ein kommunistisches Weltreich.
6. Der Krieg bringt keine Entscheidung, und beide Seiten bereiten sich auf einen nächsten vor oder entschließen sich – wie im Westfälischen Frieden nach dem Dreißigjährigen Krieg – verspätet zur dritten Möglichkeit.“

Nachdem er alle Thesen gegeneinander abgewogen hatte, kam er zu dem Schluß, eine Teilung der Welt und eine Übereinkunft, sich nicht in die Sphäre des anderen einzumischen, sei das Beste.

„Ich fürchte aber, daß es nutzlos ist, ein solches Übereinkommen vorzuschlagen, da Rußland keine Verträge einhält. Der einzig mögliche Weg, einen Krieg zwischen Rußland und Amerika zu verhindern, ist daher, soweit ich sehen kann, der russischen Regierung klarzumachen, daß im Falle eines Krieges Amerika daraus als Sieger hervorgehen würde.“¹³

Einen ähnlichen Standpunkt vertrat etwa um die gleiche Zeit der Amerikaner Reinhold Niebuhr in einer Studie zur amerikanischen Deutschlandpolitik. Die Deutschen sollten sich, so meinte er, vor Augen halten, daß die deutsche Teilung nicht schwerer zu ertragen sei als die Teilung der Welt. Jedoch legte er seiner Regierung nahe, die Integration Deutschlands in den Westen nicht zu weit zu treiben, da man von den Deutschen nicht die Unterstützung einer Politik erwarten könne, die ihr nationales Los unwiderruflich mache¹⁴. Und der Staatsminister im Foreign Office unter Eden, Selwyn Lloyd, sprach sich klar gegen die Wiedervereinigung außerhalb der westlichen Gemeinschaft aus, wenn er 1952 schrieb: „Die Gefahr einer Aufrüstung Westdeutschlands ist viel kleiner als diejenige, die von einem vereinten, auferüsteten Deutschland mit nationaler Armee drohen würde.“¹⁵ Daß zahlreiche französische Politiker eine deutsche Wiedervereinigung mit den französischen Sicherheitsinteressen für unvereinbar hielten, war ohnehin bekannt¹⁶.

Die Alliierten gaben in der Tat der Westintegration der Bundesrepublik den Vorrang vor der Wiedervereinigung Deutschlands und waren nicht bereit, auf das Potential der Bundesrepublik zu verzichten, schon gar nicht, wenn die Gefahr bestand, es könnte sonst der Sowjetunion zufallen. Wäre die Westintegration eines wiedervereinigten Deutschland möglich gewesen, hätten die Alliierten natürlich jede Unterstützung gewährt, doch wollte das wiederum die Sowjetunion nicht zulassen¹⁷. Konnte man bei dieser Sachlage eine militärische Integration mit dem Westen eingehen, ohne, wie etwa Heinemann und später auch Schumacher glaubten, die Wiedervereinigung zu verraten? Wilhelm Wolfgang Schütz lehnte die

¹³ Russell, Bertrand: Blick in die Zukunft. – In: *Stuttgarter Zeitung*, 14. 11. 1950.

¹⁴ Vgl. Niebuhr, Reinhold: *Germany and Western Civilization*. – In: Morgenthau: *Germany and the Future of Europe*, S. 7.

¹⁵ Vgl. Selwyn Lloyds Beitrag zum Thema *Deutsche Einheit und Wiederaufrüstung*. – In: *Die Tat*, 9. 7. 1952.

¹⁶ Vgl. z. B. die französischen Äußerungen zum Thema *Deutsche Einheit und Wiederaufrüstung*, ebenda, 8. 7. 1952.

¹⁷ Diesen Gedanken äußerte *The Times* in einem Leitartikel am 14. 5. 1952, zit. bei Ingram, Kenneth: *History of the Cold War*, London 1955, S. 143.

Fragestellung ab, denn ohne die Hilfe des Westens werde man auch nichts für die Wiedervereinigung tun können^{17a}. Der Bundeskanzler war ebenfalls sicher, „daß wir die Wiedervereinigung Deutschlands nur erreichen werden mit Hilfe der drei Westalliierten“¹⁸. Schütz jedoch wollte die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigt wissen, und so schlug er als Ausweg vor, nur vertragliche Abmachungen zu treffen, die es der Bundesrepublik ermöglichten, weiterhin die Wiedervereinigung anzustreben, ohne daß die östliche Besatzungsmacht mit der Freigabe ihrer Zone einen Vormarsch der westlichen Pakt-Organisationen bis an die Oder-Neiße-Linie gewärtigen müßte¹⁹.

Kurz vor Unterzeichnung der Verträge von Bonn und Paris gelang es der FDP als Koalitionspartner tatsächlich, eine Modifizierung der Vertragstexte herbeizuführen, wonach die Rechte und Pflichten der Bundesrepublik nach einer Wiedervereinigung nicht automatisch auf Gesamtdeutschland übergehen sollten, sondern das wiedervereinigte Deutschland die Möglichkeit erhielt, erneut über die Gültigkeit der Vertragswerke zu entscheiden. Vizekanzler Blücher hatte erst zehn Tage vor Unterzeichnung des EVG-Vertrages vom Bundeskanzler die Unterlagen erhalten. In einer bewegten Sitzung des FDP-Gesamtvorstands am 1. Mai 1952 klagten Blücher und Achenbach den Kanzler an, er habe zu geheim verhandelt, und nun sei kaum noch etwas zu ändern. Dehler, der Adenauer am 23. Januar 1958 vorwerfen sollte, er habe die Wiedervereinigung gar nicht gewollt, nahm in dieser Sitzung die Position des Bundeskanzlers ein: Man könne die Wiedervereinigung ohne die Hilfe der Westmächte nicht erreichen und müsse sich deshalb an der westlichen Verteidigung beteiligen. Achenbach dagegen sah in den Verträgen eine Unterwerfung unter den Willen der Alliierten. Blücher meinte, das Problem liege darin, die zwei Fragen der Sicherheit und Wiedervereinigung auseinanderzuhalten²⁰. Das einzige, was die FDP noch erreichen konnte, war die Streichung der „Bindungsklausel“ im Vertragswerk.

Doch die Streichung einer Klausel genügte nicht, um den grundlegenden Einwand zu entkräften, es sei – wie Heinemann schrieb – „objektiv widersinnig“, die deutsche Einheit durch Eingliederung Westdeutschlands in den Westblock zu suchen. Eine Wiedervereinigung könne nur durch Entspannung außerhalb des west-östlichen Wettrüstens zustande kommen²¹. Carlo Schmid befürchtete, die Einigung Deutschlands werde zu einer „Funktion der Interessen der Westmächte“, wenn sich die Bundesrepublik den Bedingungen des Vertragssystems zur westlichen Verteidigung unterwerfe, und schloß die rhetorische Frage an, ob denn der Teil

^{17a} Vgl. Schütz: Deutschland am Rande zweier Welten, S. 41 ff.

¹⁸ Vgl. seine Regierungserklärung vom 7. 2. 1952, in: BT, sten. Ber., S. 8099.

¹⁹ Vgl. Schütz, Wilhelm Wolfgang: Atlantikpakt mit Vorbehalt. – In: *Außenpolitik*, 1952, S. 209 ff.

²⁰ Vgl. das Protokoll der Vorstandssitzung in Bad Godesberg vom 1. 5. 1952, MS, Archiv FDP.

²¹ Heinemann, Gustav W.: Deutschland in der Entscheidung. – In: *Die Stimme der Gemeinde*, 1. Januar 1952, nachgedruckt in: derselbe, *Verfehlte Deutschlandpolitik*, S. 25.

des Ganzen das Ganze verpflichten könne²². Die Diskrepanz zwischen der westlichen Politik der Sicherung gegen den Osten und dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung war nicht zu verbergen.

2. Westdeutsche Reaktion auf erste Moskauer und Ost-Berliner Wiedervereinigungsinitiativen zur Verhinderung eines westdeutschen Wehrbeitrags

Wenn in der innerdeutschen Diskussion das Problem der deutschen Teilung zu einem wichtigen Argument gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik wurde, so bot sich für Moskau eine gute Möglichkeit, mit der Hoffnung auf Wiedervereinigung gegen den höchst unwillkommenen deutschen Beitrag zur westlichen Verteidigung zu operieren. Kaum hatten die New Yorker Besprechungen vom September 1950 die Bewaffnung der Bundesrepublik spruchreif gemacht, da reagierte die Sowjetunion im Oktober 1950 mit einer Achtmächtekonferenz in Prag, die Moskau zur Formulierung einer gemeinsamen Politik des Ostblocks gegen die westdeutsche Aufrüstung diente. In einem Abschluß-Kommuniqué stellten die Vertreter der Sowjetunion, Albaniens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns, der Tschechoslowakei und der DDR vier Forderungen auf:

1. Keine Wiederbewaffnung Deutschlands und Rückkehr zu den Potsdamer Beschlüssen.
2. Aufhebung von Beschränkungen der deutschen Friedenswirtschaft, aber Verhinderung des Aufbaus eines deutschen Kriegspotentials.
3. Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland und Abzug der Besatzungstruppen.
4. Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rats auf paritätischer Grundlage²³.

In einer Note an die Westmächte machte die Sowjetunion am 3. November 1950 den Vorschlag, auf der Grundlage der Prager Beschlüsse eine Viererkonferenz über Deutschland einzuberufen, die dann 1951 schon an den Verhandlungen über die Tagesordnung scheiterte²⁴. Otto Grotewohl wandte sich als Ministerpräsident der DDR unmittelbar an Adenauer und schlug am 30. November 1950 in einem Schreiben die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates mit paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands vor. Dieser Rat solle die Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung übernehmen, wodurch, so meinte Grotewohl, der durch die

²² Vgl. die Bundestagsrede Carlo Schmid's vom 8. 2. 1952, in: BT, sten. Ber., S. 8188f.

²³ Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. I. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte. [Ost]-Berlin 1957, S. 244ff.

²⁴ Vgl. den Wortlaut der Note, ebenda, S. 253f.

Spaltung herbeigeführte und durch die westdeutsche Remilitarisierung verschärfte nationale Notstand behoben werden könne²⁵.

Nachdem Adenauer diese Vorschläge am 15. Januar 1951 abgelehnt hatte, wiederholte Grotewohl seinen Plan am 30. Januar in einer Rede vor der Volkskammer. Er erklärte, die Bundesregierung müsse sich darüber klar sein, daß am Ende der Remilitarisierung der Bruderkrieg stehe. Die Volkskammer billigte einstimmig eine in versöhnlichem Ton abgefaßte Resolution an den Bundestag, die folgende Punkte für eine Beratung im Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat vorsah:

1. Vorschläge über die Bedingungen einer Wiedervereinigung.
2. Änderungen des (von der Bundesregierung scharf beanstandeten) Friedensschutzgesetzes²⁶.
3. Stärke, Bewaffnung und Standortverteilung der Polizei in ganz Deutschland.
4. Gemeinsame Erklärung über ein Verbot der Remilitarisierung und der Bildung deutscher militärischer Formationen.
5. Bedingungen für allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen in ganz Deutschland.
6. Verhandlungen, um die Besatzungsmächte zum Abschluß eines Friedensvertrags und zum Abzug der Besatzungstruppen zu bewegen.
7. Gemeinsame Maßnahmen zur Ausdehnung des innerdeutschen Handels.
8. Andere Vorschläge, die der Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage dienen²⁷.

Als der direkt angesprochene Bundestag in seiner Sitzung am 9. März 1951 wiederum negativ reagierte, verschärfte Grotewohl den Ton in einer Regierungserklärung vor der Volkskammer und prangerte am 14. März in harten Worten und breiter Ausmalung die Remilitarisierung in der Bundesrepublik an, die von Adenauer auf amerikanischen Befehl durchgeführt werde. Auch von Schumacher sei nichts mehr zu erwarten, denn seine Opposition sei nur eine Scheinopposition gewesen, und nun habe er sich als „einer der schlimmsten Kriegstreiber“ entpuppt. Die Wiederaufrüstung Westdeutschlands bringe den Rüstungsfabrikanten hohe Gewinne, der Bevölkerung aber unerträgliche Lasten. Den Deutschen sei im übrigen nur die Rolle des „Kanonenfutters“ zugedacht. Adenauer bereite die Unterwerfung Ostdeutschlands ebenso vor, wie seinerzeit Hitler die Annexion Österreichs vorbereitet habe. Auf dem Weg zum neuen Krieg liege aber auch der deutsche Bruderkrieg. Darum sei ein Friedensvertrag zu fordern, die Durchführung einer Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung und die Errichtung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rats. Die Forderung des Bundestags und der Bundesregierung nach freien Wahlen als ersten Schritt lehnte er ausdrücklich ab.

²⁵ Wortlaut des Briefes in: Siegler: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Hauptband I, S. 105.

²⁶ Die Volkskammer der DDR hatte am 13. 12. 1950 ein „Gesetz zum Schutz des Friedens“ verabschiedet, das alle Handlungen der Wiederaufrüstung oder Vorbereitung eines Krieges, wie sie nach Meinung der DDR von der Bundesregierung begangen wurden, unter Gefängnis-, Zuchthaus- oder Todesstrafe stellte.

²⁷ Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 30. 1. 1951, S. 2794.

Die Bundesregierung müsse verschwinden, denn sie repräsentiere nicht den Willen des Volkes.

„Die Politik der Remilitarisierung Westdeutschlands ist ein Verbrechen an den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Sie ist die Vergewaltigung der Wünsche und der Hoffnungen unseres Volkes, das unmißverständlich seinen Willen für den Frieden, gegen jedwede Remilitarisierung täglich aufs neue bekundet.“²⁸

Die nächste Initiative der DDR erfolgte am 15. September 1951 nach der Washingtoner September-Konferenz der drei Westmächte, und zwar abermals durch eine Regierungserklärung Grotewohls. Die Washingtoner Konferenz hatte das Projekt des westdeutschen Wehrbeitrags weiter vorangetrieben. Grotewohl setzte der Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Westmächten seine Losung „Deutsche an einen Tisch!“ entgegen. „Die drei Westmächte wollen die Spannung in Europa überhaupt nicht beseitigen. Die Spaltung Deutschlands ist geradezu die Voraussetzung für die Erfüllung der amerikanischen Politik.“ Es sei gefährlich, die Lösung der lebenswichtigen deutschen Fragen von außen her zu erwarten. Die Wiederherstellung der deutschen Souveränität könne nur durch eine Vereinigung des Landes geschehen, wogegen die Einbeziehung deutscher Truppen in das atlantische Sicherheitssystem nichts weiter sei als die Herabdrückung der Deutschen auf die Stufe von Kolonialsoldaten. Grotewohl schilderte die Schrecknisse eines Krieges und warnte dann: „Es ist offenkundig richtig, daß der Krieg unvermeidlich werden kann, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen.“ In einem Weißbuch habe der Nationalrat der Nationalen Front mit einer Fülle von Material die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik nachgewiesen. Es gebe nur einen Weg zum Frieden und zur Überwindung der Spaltung: eine „gesamtdeutsche Beratung“ über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland²⁹.

Albert Norden faßte im Frühjahr 1952 die DDR-Vorschläge zur Verhinderung der westdeutschen Wiederbewaffnung zusammen:

„Die Einladung zum gesamtdeutschen Gespräch, der Ruf nach deutschen Wahlen statt ausländischen Waffen, die Ausarbeitung und Annahme eines für alle Demokraten akzeptablen Wahlgesetzes nach dem Muster der Weimarer Republik, der Appell an Volk und Persönlichkeiten Westdeutschlands, gemeinsam mit der Deutschen Demokratischen Republik durch Verständigung die Voraussetzung zur Bil-

²⁸ Wortlaut der Regierungserklärung, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. I, Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1954, S. 46 ff., Zitat S. 51 f.

²⁹ Vgl. den Wortlaut der Regierungserklärung, in: EA, 1951, S. 4398 ff. Die Diskussion um die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen Ende 1951 und Anfang 1952 brachte in der Wiederbewaffnungsfrage keine neuen Gesichtspunkte. Auch eine Note Grotewohls vom 13. Februar 1952 an die vier Mächte und die Bundesrepublik wiederholte nur die Forderung nach einem Friedensvertrag; vgl. das Schreiben der Regierung der DDR an die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs sowie an die Bundesregierung, in: EA, 1952, S. 4793.

dung einer Zentralregierung zu schaffen . . . bricht das Eis, unter das Bonn die nationale Sehnsucht und Leidenschaft bannen will . . . Der Vergewaltigung Europas durch den amerikanischen Imperialismus kann durch den gemeinsamen Widerstand der Völker Europas ein Ende gesetzt werden. Fällt die amerikanische Okkupation Westdeutschlands, dann fällt die amerikanische Schlüsselstellung in Europa.“³⁰

Die KPD war von der SED auf ihrem Parteitag vom 20. bis 24. Juli 1950 dazu ausersehen worden, in Westdeutschland für die Politik der Nationalen Front zu agitieren und einen nationalen Widerstand gegen die Spaltungspolitik der „anglo-amerikanischen Imperialisten“ zu organisieren. Die westdeutschen Kommunisten bewegten sich in den folgenden Jahren auch stets auf der Linie der SED, wobei ein allgemeiner Antimilitarismus mehr im Mittelpunkt ihrer Äußerungen stand als die Wiedervereinigungsfrage³¹.

Die Ziele der sowjetischen und der Ost-Berliner Deutschlandpolitik bestanden also offensichtlich in der Lösung Westdeutschlands von den westlichen Besatzungsmächten und in der Verhinderung einer Westintegration, wobei für die Sowjetunion mehr die Friedenskampagne, für die DDR mehr die Aktion „Deutsche an einen Tisch“ im Vordergrund stand. Die Grundforderung aber lautete stets: Keine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

In allen Bonner Reaktionen auf die Vorschläge aus Pankow spiegelte sich der Widerstreit von Sicherheits- und Einigungspolitik. Adenauers Haltung war freilich eindeutig. Seine Beurteilung der Sowjetnote vom 3. November 1950 sollte sich nie mehr wesentlich ändern: Die Note sei ein Störversuch, der lediglich die Konsolidierung der westlichen Abwehrfront gegen die sowjetische Aggression verhindern oder zumindest erheblich verlangsamen wolle³². Das Verbot einer deutschen Wiederbewaffnung in Verbindung mit dem Abzug der Besatzungstruppen, so schrieb er noch in seinen Erinnerungen, wäre gleichbedeutend mit der Auslieferung Deutschlands an die mächtige, von Waffen starrende Sowjetunion gewesen³³.

Für Adenauer kam es nie in Frage, auf eine Initiative Grotewohls, wie z. B. den Brief vom 30. November 1950, in der Weise einzugehen, daß ein direkter Dialog möglich geworden wäre. Die Sicherung der Bundesrepublik durch Westanschluß und Wehrbeitrag hatte für ihn absoluten Vorrang, und Verhandlungen mit Grotewohl konnten diese Politik nur stören. So äußerte er sich z. B. am 9. Dezember 1950, nachdem er mit den drei Hohen Kommissaren über den Grotewohl-Brief gesprochen hatte, besorgt darüber, daß eine Kontaktaufnahme mit Ost-Berlin die Bundesrepublik bei den Westalliierten als „schwankend und unzuverlässig“ er-

³⁰ Norden, Albert: Um die Nation, Berlin 1952, S. 278/9 und 281.

³¹ Vgl. den Auszug aus einer Entschließung des Parteitags der KPD vom 3.–5. 3. 1951: „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD“. – In: Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956, S. 256 ff.; Erklärung des Parteivorstands der KPD zum beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland vom 19. 2. 1952, ebenda, S. 301 ff.

³² Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 378.

³³ Derselbe: Erinnerungen 1953–1955, S. 27.

scheinen lassen könnte³⁴. Bis zum Herbst des Jahres 1951 blieb es dann auch dabei, daß die Initiativen nicht aus der Bundesrepublik kamen, sondern Adenauer auf Vorschläge des Ostens reagierte: Auf den Volkskammerappell vom 30. Januar 1951 antwortete er am 9. März mit einer Regierungserklärung³⁵, und am 27. September erwiderte er in gleicher Weise Grotewohls Vorstoß vom 15. September³⁶.

In seiner ersten öffentlichen Stellungnahme zum Grotewohl-Brief hatte Adenauer am 15. Januar 1951 die Wiedervereinigungsvorschläge der Bundesrepublik vom 22. März und 1. Oktober 1950 hervorgehoben und der Regierung Grotewohl die Legitimation in dieser Frage bestritten. Den Vorwurf der „Remilitarisierung“ beantwortete er mit dem Hinweis auf die Volkspolizei und die Sowjettruppen in der DDR. Die Schuld an der deutschen Spaltung trage das dem deutschen Charakter widersprechende Regierungssystem in Pankow. Die Brüder und Schwestern im Osten sollten „getrost und voll Zuversicht“ ausharren³⁷.

Adenauers Erklärung fand in der Bundesrepublik ein unterschiedliches Echo. Gustav Heinemann, Helene Wessel (Zentrum) und Ulrich Noack (Nauheimer Kreis) wandten sich gegen Form und Inhalt der Beantwortung; man müsse jede Gelegenheit für ein gesamtdeutsches Gespräch ausnützen³⁸. Augstein, der schon wenige Tage nach Grotewohls Brief Verhandlungen gefordert hatte³⁹, reagierte scharf: Schaukelpolitik zwischen Ost und West sei indiskutabel, denn es sei Tatsache, daß im Osten Staatssklaven und im Westen freie Bürger leben.

„Aber wenn nur eine schwache Aussicht ist, daß wir die Bewohner der Ostzone wieder zu freien Bürgern machen, müssen wir verhandeln. Da ist es lächerlich und absurd, wenn die Bundesrepublik, ein unselbständiger Teilstaat, plötzlich zu fein ist, sich mit Grotewohl zusammenzusetzen, weil er vom Kreml ferngelenkt wird.“⁴⁰

Allerdings stellte auch Heinemann die Frage, wie man eine nach Grotewohls Vorschlägen konstruierte gesamtdeutsche Regierung handlungsfähig machen könne. Mit einer Regierung, die zum „Spielball widerstreitender Kräfte“ würde, sei nichts gewonnen⁴¹. Augstein dagegen bestritt, daß einer gesamtdeutschen Regierungsbildung die Machtübernahme der SED durch Volksfronttaktik mit Unterstützung

³⁴ Zur Beurteilung des Grotewohl-Briefs vom 30. 11. 1950, vgl. ebenda, S. 32 ff.

³⁵ BT, sten. Ber., S. 4757.

³⁶ Ebenda, S. 6700.

³⁷ Wortlaut der Regierungserklärung, in: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. I. Teil Oktober 1949–Oktober 1953, Bonn (4. erw. Aufl.) 1959, S. 22 ff. Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, unterstützte Adenauer mit einer anschließenden Erklärung, ebenda, S. 25 f. Die Erklärungen wurden vor einer Pressekonferenz abgegeben und nicht, wie Adenauer in seinen Erinnerungen schreibt, vor dem Bundestag.

³⁸ Vgl. EA, 1951, S. 3794; NZ (AP), 30. 1. 1951.

³⁹ Vgl. Daniel (i.e. Augstein): Sprachrohr Grotewohl. – In: *Der Spiegel*, 13. 12. 1950, S. 5.

⁴⁰ Derselbe: Gebt Grotewohl eine Antwort, ebenda, 7. 2. 1951, S. 4.

⁴¹ Vgl. *Kölner Stadtanzeiger* (dpa), 23. 1. 1951.

der Volkspolizei folgen müsse. „Unsere Polizei kann mühelos immer so stark sein, daß sie die Volkspolizei in Schach hält.“⁴² Helmut Külz, Leiter des Königsteiner Kreises⁴³, räumte ein, man werde in einem gesamtdeutschen Parlament eine Anzahl SED-Funktionäre in Kauf zu nehmen haben. „Dann muß man eben darauf achten, daß sie nicht putschen wie in Prag.“⁴⁴

Die Freien Demokraten waren mit Adenauers Vorgehen ebenfalls nicht durchweg einverstanden, wenngleich sie sich als Koalitionspartner in der öffentlichen Diskussion zurückhielten. Auf einer Vorstandssitzung der Partei am 12. Februar 1951 kam es zu Kontroversen um die Antwort an Grotewohl. Blücher hielt sie für unzulänglich und glaubte, man übernehme vor der deutschen Zukunft eine nicht tragbare Verantwortung. Grotewohl nutze den Vorteil des Angriffs, und deshalb solle man sich von allen Gefühlsantrieben freimachen und ein öffentliches Gespräch in Gang setzen, nachdem man einen regelrechten Aufmarschplan dafür entwickelt habe. Wildermuth, der Adenauers Wehrpolitik unterstützte, widersprach ihm, und Blücher gab zu, daß man diesen Weg nicht ungefährdet gehen könne. „Ich glaube an die Wiedervereinigung Deutschlands, aber sie bringt uns in die Gefahr, in dem unterzugehen, was wir jetzt bekämpfen.“ Alle Diskussionsteilnehmer sahen in der Sicherheit das zentrale Problem. Trotz aller Bedenken gab die Partei diesem Aspekt schließlich den Vorrang. Hermann Schäfer fürchtete, man bringe die Bundesrepublik durch Gespräche mit Grotewohl in dieselbe Lage, in der die Tschechoslowakei sich gegenüber Hitler befunden habe. „Wir müssen versuchen, in dem Bereich der Westmächte so verankert zu sein, daß sie uns auch bei einem Wandel nicht im Stich lassen können.“⁴⁵

Der Oppositionsführer verhielt sich gegenüber Grotewohl noch aggressiver als der Kanzler. Der Brief des DDR-Ministerpräsidenten vom 30. November 1950 sei ein typisch russisches Satellitenmanöver. Die Russen argumentierten nur so lange mit der Einheit Deutschlands, als sie dadurch die tatsächliche Spaltung fördern könnten⁴⁶. Als Schumacher und Adenauer Anfang 1951 über die Frage korrespondierten, stellte sich weitgehende Übereinstimmung in der Ostpolitik heraus; Differenzen bestanden nach wie vor nur in der Haltung gegenüber den Westmächten⁴⁷.

Als der Bundestag am 9. März den Volkskammerappell vom 30. Januar 1951 diskutierte, wurden lediglich die zuvor geäußerten Meinungen der Parteivorsitzenden bekräftigt. Adenauer gab die „Einheit in Freiheit“ als sein Ziel an, und

⁴² Daniel (i. e. Augstein): Sprachrohr Grotewohl, S. 5.

⁴³ Der Königsteiner Kreis war ein Zusammenschluß von Experten aus Verwaltung, Justiz und Wirtschaft, die aus der DDR geflohen waren.

⁴⁴ *Der Spiegel*, 5. 10. 1951, S. 6.

⁴⁵ Protokoll der FDP-Vorstandssitzung vom 12. 2. 1951, MS, Archiv FDP.

⁴⁶ Vgl. das Schumacher-Interview des Chefredakteurs der *Europäischen Illustrierten* vom Januar 1951, MS, Archiv BPA.

⁴⁷ Vgl. den Wortlaut der Briefe: Adenauer an Schumacher, 31. 1. 1951, in Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 416 ff.; Schumacher an Adenauer, 6. 2. 1951, in Löwke: *Sozialdemokratie und Wehrfrage*, Dokumentenanhang, S. 533 ff., stark gekürzt auch bei Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 420 ff.

von Merkatz wiederholte einmal mehr die Argumente eines dogmatischen Antikommunismus, wenn er die Kritiker der Regierung mit dem Vorwurf angriff, „der müde Geist des Kompromisses, der Verharmlosung und der intellektuellen Eiselei“ leiste nur den kommunistischen Absichten Vorschub. Das Endziel der kommunistischen Strategie sei in der Tat die Einheit Deutschlands, aber unter kommunistischer Herrschaft.

„Und diesem Endziele dient ein organisiertes Gespräch um die Bildung eines Gremiums, dessen Hauptaufgabe die Sowjetisierung ganz Deutschlands und in Ausführung der Warschauer und der Prager Beschlüsse die Schaffung eines Friedens ist, der Deutschland dem sowjetischen Machtbereich einverleibt.“⁴⁸

Die Opposition argumentierte ähnlich. Schumacher setzte allerdings die Akzente etwas anders als die Regierungskoalition. Die Westmächte hätten der Bundesrepublik die Diskussion über den Wehrbeitrag reichlich unbesonnen und „ohne Rücksicht auf die möglichen Gefahren für das deutsche Volk“ aufgezwungen. Im Munde der Kommunisten sei die Kritik an der sogenannten Remilitarisierung aber doch wohl eine Lähmungsaktion ohne sachlichen Ernst. Wie Adenauer lehnte er das Gespräch mit Pankow ab: „Es darf keine Unterschriften geben, es darf keine Gemeinsamkeit der Kundgebungen geben, es darf keine Aktionseinheiten geben.“⁴⁹

Die Antwort auf die Vorschläge der DDR richtete der Bundestag nicht an die Volkskammer, sondern an die Westmächte, zur Berücksichtigung bei der nach Meinung der Koalitionsparteien zuständigen Viererkonferenz, von der Adenauer hoffte, sie werde nicht zustande kommen⁵⁰. Der Inhalt der Note entsprach der Regierungserklärung Adenauers und stellte eine Aufforderung an die Alliierten dar, im Bereich der DDR zunächst die Voraussetzungen für die Abhaltung freier Wahlen zu schaffen⁵¹. Ein unmittelbares Gespräch mit Pankow wurde nicht aufgenommen.

Auch nach Grotewohls Erklärung vom 15. September 1951 blieb Adenauer bei seiner ablehnenden Haltung. Er hielt auch diesen Vorschlag Grotewohls lediglich für ein Störmanöver gegen den Aufbau einer westlichen Verteidigungsfront⁵². Inzwischen war die Bundesregierung der europäischen Integration nähergekommen. Adenauer bezeichnete in seiner Rundfunkansprache vom 18. September die EVG als einzige Möglichkeit zur Friedenssicherung, und er setzte hinzu: „Auf diesem Wege, diesem friedlichen Wege werden wir auch wieder zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kommen.“⁵³

In seinen Erinnerungen stellte Adenauer fest, Bundesregierung und Opposition seien sich auch zu diesem Zeitpunkt noch völlig einig gewesen⁵⁴. Das traf jedoch nicht mehr im selben Maße zu wie zu Beginn des Jahres. Schumacher sah in der

⁴⁸ BT, sten. Ber., S. 4769f.

⁴⁹ Vgl. die Rede Schumachers, in: BT, sten. Ber., S. 4761 ff.

⁵⁰ Vgl. Adenauer: Erinnerungen 1953–1955, S. 36.

⁵¹ Wortlaut der Note, in: BT, sten. Ber., S. 4760f.

⁵² Adenauer: Erinnerungen 1953–1955, S. 55.

⁵³ Wortlaut der Rede, MS, Archiv BPA, S. 3.

⁵⁴ Adenauer: Erinnerungen 1953–1955, S. 56.

Grotewohl-Erklärung vom 15. September neue Varianten und verlangte darauf neue Antworten. Man könne nicht einfach an der neuen Situation vorbeigehen, wenn man sich nicht dem Verdacht aussetzen wolle, man halte die momentanen alliierten Bestrebungen zur westeuropäischen Integration für wichtiger als die deutsche Einheit⁵⁵. Damit hatte sich Schumacher nun doch etwas vom Bundeskanzler entfernt.

In der Öffentlichkeit wurde Adenauer wie schon nach seiner Erklärung vom 15. Januar allerdings heftig kritisiert, und wieder war es Augstein, der den leidenschaftlichsten Angriff vortrug. Daß Amerika den Vorschlag, Deutschland aus dem Pakt-Potential herauszuhalten, nicht begrüße, könne man verstehen. Unverständlich sei es jedoch, wie ein deutscher Bundeskanzler den Inhalt der Grotewohl-Erklärung mit dem Wort „Schwindel“ abtun könne, wenn auch nur die geringste Möglichkeit bestehe, 18 Millionen Deutschen die Freiheit zurückzugeben.

„Wenn nun die deutsche Einheit in Freiheit wirklich hergestellt werden kann, sofern Ost und West auf deutsche Streitkräfte verzichten, dann wäre es eine geschichtsmächtige Torheit, von deutscher Seite auf diesen ‚friedlichen Weg‘ . . . zu verzichten.“⁵⁶

Augstein lehnte Adenauers Beurteilung der Grotewohl-Erklärung als Störmanöver nicht grundsätzlich ab, nur mußte nach seiner Meinung erst erforscht werden, ob in dem Angebot nicht doch die Chance zu echten Verhandlungen stecke.

„Wie anders soll die Sowjetzone denn zurückgewonnen werden, wenn nicht durch einen Kuhhandel mit den Sowjets? Wenn sich Grotewohls Bauchrednerkunststück als Scheinmanöver entpuppte und wenn die Volkspolizei die Sicherheit des Westens bedrohen würde, dann, und dann erst, hieße es, unter den Westdeutschen die psychologische Grundvoraussetzung für einen Wehrbeitrag zu schaffen.“⁵⁷

Seit Herbst 1951 wuchsen dann auch in der SPD die Zweifel an der Vereinbarkeit von Wehrbeitrag und Wiedervereinigung. Zwei Ereignisse außerhalb der Bundesrepublik, die zeitlich fast zusammenfielen, machten den Gegensatz zwischen diesen Zielen deutlich: das Kommuniqué der Außenministerkonferenz der Westmächte vom 14. September 1951 und die Grotewohl-Erklärung vom folgenden Tag. In einer Rundfunkansprache, die er am 18. September hielt, mußte Schumacher sich mit der Problematik der beiden Deklarationen beschäftigen, und er äußerte nun die Befürchtung, daß der EVG-Vertrag im Hinblick auf die Teilung Deutschlands eine Weichenstellung der deutschen Politik bedeute, die später nicht mehr zu korrigieren sei⁵⁸. Ein halbes Jahr später sogar wurde der Wehrbeitrag, wie die Bundesregierung ihn plante, in der SPD bereits als Hindernis für eine ernsthafte Wiedervereinigungspolitik angesehen. Im Oktober 1951 wollte Schumacher noch die Entstehung einer Alternativ-Situation verhindern.

⁵⁵ Vgl. die Rundfunkrede Schumachers vom 18. 9. 1951, in: EA, 1951, S. 4407f.

⁵⁶ Daniel (i.e. Augstein): Das Dilemma mit unserem Kanzler. – In: *Der Spiegel*, 26. 9. 1951, S. 3.

⁵⁷ Daniel: Das Dilemma, S. 3f.

⁵⁸ Vgl. die Rundfunkansprache vom 18. 9. 1951, in: EA, 1951, S. 4407f.

„Selbst die Freunde der jetzt angebotenen Form der westeuropäischen Integration werden wohl kaum die Integration Westeuropas mit dem Verzicht auf die deutsche Einheit erkaufen wollen. Das wäre aber das Ergebnis der hier propagierten Linie. Integration und Einheit dürfen nicht miteinander konkurrieren.“⁵⁹

Doch schon während der zweiten und dritten Lesung des Ratifizierungsgesetzes zur Montanunion am 10. und 11. Januar 1952 spitzte sich die Diskussion zu. Es war gar nicht zu umgehen, daß auch die EVG zum Gegenstand der Debatte wurde, da die Argumentation für und gegen die Montanunion mit der Argumentation für und gegen den Wehrbeitrag praktisch identisch war: in beiden Fällen ging es um die Auswirkung einer Westintegration auf die Wiedervereinigungsmöglichkeiten. Adenauer selbst nannte Montanunion und EVG am 7. Februar 1952 in einem Atemzug⁶⁰. Jedenfalls fragte Wehner die Bundesregierung in der Montan-Debatte bereits ganz direkt, ob die vorgesehene Westbindung nicht im Gegensatz zur Zielsetzung des Grundgesetzes stehe und ob sich nicht doch zwischen Wiedervereinigung und Westintegration die Frage nach der Priorität stelle⁶¹.

Robert Tillmanns antwortete sofort, die europäische Einigung bedeute lediglich eine Erschwerung der bolschewistischen Einheit Deutschlands. Die Frage nach dem Vorrang sei überflüssig.

„Lassen wir doch endlich hier die fruchtlose Diskussion darüber, was zuerst kommen müsse, die Einheit Deutschlands oder die Integration Europas! Das kann doch niemand wissen. . . . Beides gehört zusammen, beides bedingt und fördert sich gegenseitig.“⁶²

Carlo Schmid glaubte zu jener Zeit noch nicht an eine Alternative „deutsche oder europäische Einheit“, aber im Gegensatz zu Tillmanns hielt er eine europäische Einigung ohne Gesamtdeutschland für unmöglich. „Denn ohne ein einiges Deutschland wäre dieses bißchen Kleineuropa nichts anderes als ein möglicher amerikanischer Brückenkopf . . .“⁶³ Schon im Herbst 1951 hatte er die Priorität der Bundesregierung umgekehrt, als er forderte, Deutschland erst dann an das westliche System zu binden, wenn beide Teile Deutschlands nicht mehr aneinander zerrten⁶⁴.

Trotzdem konnte Augstein noch zum Jahresbeginn 1952 schreiben, auch die SPD wage es nicht, öffentlich anzuerkennen, „daß Europa und die deutsche Einheit einstweilen sehr wohl miteinander konkurrieren“⁶⁵. In der Wehrdebatte vom 7. Februar 1952 aber drängte die Opposition auf Klarheit: „Wie verhält sich die Eingliederung der Bundesrepublik in das Verteidigungssystem des Westens zur Frage der deutschen Einheit?“ fragte Ollenhauer die Regierung, und er fuhr fort:

⁵⁹ Rede in Hamburg vom 9. 10. 1951, MS, Archiv BPA.

⁶⁰ Vgl. die Regierungserklärung Adenauers, ebenda, S. 8095 ff.

⁶¹ Ebenda, S. 7762 ff.

⁶² Ebenda, S. 7769.

⁶³ Schmid, Carlo: Die Außenpolitik des Machtlosen. – In: *Außenpolitik*, 1952, S. 17.

⁶⁴ Derselbe: Wege und Ziele der deutschen Außenpolitik, Rede in der Frankfurter Paulskirche im Herbst 1951. – In: *Für und Wider*, S. 36.

⁶⁵ Vgl. Daniel (i.e. Augstein): Ein Lebewohl den Brüdern im Osten. – In: *Der Spiegel*, 2. 1. 1952, S. 4.

„Ich glaube, wir sind uns darin einig, daß es sich hier um eine noch weittragendere Entscheidung als beim Schumanplan handelt. Schon dort hat die Vernachlässigung der Frage Berlins und der russisch besetzten Zone bei den Pariser Verhandlungen in weiten Schichten des deutschen Volkes große Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Willens der Regierung zur Einheit hervorgerufen.

(Abg. Dr. Krone: Das ist doch allerhand!)

Aber beim Schumanplan handelte es sich um eine Union mit vorwiegend wirtschaftlichen Zielen ohne direkte Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Ost und West.

(Abg. Strauß: Warum dann die Aufregung?)

Jetzt handelt es sich um eine militärische Allianz, wenn auch mit defensivem Charakter.

Meine Damen und Herren, was geschieht, wenn der Beitritt der Bundesrepublik zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft staatsrechtliche Konsequenzen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs auslöst, wenn die erste Folge dieses Schrittes die Verhärtung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands ist?“⁶⁶

Strauß baute an diesem Tag in der Prioritätenfrage eine klare Gegenposition auf. Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichte, gebe die deutsche Einheit preis. „Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands!“⁶⁷

Am nächsten Tag wiederholte Arndt aber die Frage, ob denn „die Eingliederung des westlichen Teils“ Deutschlands in Westeuropa „nicht die unwiderrufliche Ausgliederung seines östlichen Teils“ bewirken müsse⁶⁸. Wenn man Sicherheitspolitik als eine ihrem Wesen nach statische Aufgabe kennzeichne⁶⁹ und die Bundesrepublik durch Status-Verträge mit dem Westen verbinde, sei es dann noch möglich, die für die Wiedervereinigung nötige politische Dynamik aufzubringen? Strauß antwortete, auch die CDU/CSU wolle sich „auf keinen Fall abfinden mit dem Provisorium der Bundesrepublik“⁷⁰. Er sprach vom „Definitivum einer gesamtdeutschen Lösung“, umging dann aber das strittige Problem. Die Frage, ob nicht eben dieses „Definitivum“ durch ein zuvor mit dem Wehrbeitrag geschaffenes westdeutsches Definitivum verhindert würde, blieb bei ihm ausgespart.

Die Opposition gelangte gleichwohl in dieser Debatte noch nicht zu einer völligen Verneinung der Regierungspolitik. Zwar nannte Helene Wessel einen weiteren Aspekt, der schon nahe an das „Entweder – Oder“ heranführte, indem sie das russische Sicherheitsbedürfnis in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellte und daraus die Frage ableitete, ob es nach der Eingliederung Westdeutschlands in den westlichen Verteidigungsblock noch möglich sein werde, den Russen die Zustim-

⁶⁶ BT, sten. Ber., S. 8113.

⁶⁷ Ebenda, S. 8125.

⁶⁸ Ebenda, S. 8158.

⁶⁹ Vgl. die Rede Schäfers (FDP), ebenda, S. 8161.

⁷⁰ Ebenda, S. 8125.

mung zur Wiedervereinigung abzurufen. „Werden nicht vielmehr die Russen . . . aus Angst vor einem aufgerüsteten Westdeutschland die Ostzone als Faustpfand behalten und ihrerseits nun in weit verstärktem Maße als bisher aufrüsten?“⁷¹ Aber bis zur Stalin-Note vom März zogen es die Sprecher der Opposition vor, ihre Bedenken und Einwände in Frageform zu kleiden.

Ein Politiker hatte freilich schon längst eine Antinomie zwischen Wehrbeitrag und Wiedervereinigung gesehen: Gustav Heinemann. Bereits in seiner Denkschrift zur deutschen Sicherheit, die er nach seinem Rücktritt als Bundesinnenminister im Oktober 1950 verfaßt hatte, sprach er die Befürchtung aus, daß der Bundesrepublik durch eine Beteiligung an der westlichen Aufrüstung die Chance für eine friedliche Lösung der Wiedervereinigung verlorengehen könnte⁷². Ein Jahr später behandelte er die Frage unter dem Aspekt der Sicherheitsbedürfnisse des Ostens und des Westens. Jeder wolle vermeiden, daß Deutschlands politisches Gewicht in die Waagschale des anderen falle. Diese Besorgnisse gelte es zu respektieren. Andererseits wollten die Deutschen davor bewahrt bleiben, daß man sie hüben und drüben stückweise in den Aufmarsch gegeneinander einbeziehe. Also müsse man der Inanspruchnahme für den Aufmarsch der Weltmächte widerstehen. „Eine westdeutsche Aufrüstung, in welcher Form auch immer, würde die heute noch vorhandenen Reste eines gesamtdeutschen Lebens vernichten.“⁷³

Im Januar 1952 veröffentlichte Heinemann eine Denkschrift über die Rolle Deutschlands im heutigen Europa. Als sein Ziel bezeichnete er die möglichst schnelle Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, um Deutschland aus dem Rüstungswettlauf zwischen Ost und West herauszuhalten. Wenn Bundesrepublik und DDR aufhörten zu bestehen, würde die Möglichkeit der Aufrüstung und Eingliederung in die gegnerischen Blöcke entfallen. Auch nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung solle Deutschland zunächst noch besetztes Land bleiben. Käme es nach einem Friedensvertrag zur Räumung Deutschlands durch alle Besatzungsmächte, so könnten wechselseitige Garantien der Großmächte oder die Wiederherstellung einer defensiven deutschen Wehrmacht oder eine Kombination solcher Regelungen die deutsche Sicherheit garantieren. Die entscheidenden Passagen seiner Begründung lauteten:

„Je mehr West- und Ostdeutschland sich in den Aufmarsch der Westmächte [sic!, soll wohl heißen: „Weltmächte“] gegeneinander eingliedern, desto geringer wird die Aussicht, daß Deutschland wieder ein Ganzes wird. Es gibt viele westliche Kräfte, welche die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten möchten. Deshalb ist eine Eingliederung Westdeutschlands in Westeuropa ein sehr zweifelhafter Weg zur deutschen Einheit. . . .

Wenn Rußland bereit ist, das kommunistische System in Deutschland zu opfern

⁷¹ BT, sten. Ber., S. 8171.

⁷² Heinemann, Gustav W.: Denkschrift Deutsche Sicherheit vom 13. 10. 1950, Ziffer VI, MS, Archiv BPA.

⁷³ Derselbe: Deutsche Friedenspolitik. – In: *Stimme der Gemeinde*, 1. 9. 1951, nachgedruckt in: derselbe: Verfehlte Deutschlandpolitik, S. 9 ff., Zitat S. 14.

und eine gesamtdeutsche Regierung aus freien Wahlen entstehen zu lassen, sollte der Westen den Preis des Verzichtes auf westdeutsche Aufrüstung zahlen.“⁷⁴

Helene Wessel, mit Heinemann politisch in der „Notgemeinschaft“⁷⁵ liiert, formulierte aus solchen Prämissen die konkrete Frage an die Sowjetunion: „Ist Rußland bereit, eine gesamtdeutsche Regierung aus freien Wahlen entstehen zu lassen und damit das kommunistische System in Deutschland zu opfern . . ., wenn der Westen als Preis dafür den Verzicht auf westdeutsche Aufrüstung anbietet?“⁷⁶ Schon wenige Wochen später schien Moskau diese Frage zu beantworten.

3. Die sowjetische Note vom 10. März 1952 und ihre Ablehnung

Am 10. März 1952 richtete die Regierung der Sowjetunion eine Note an die Regierung der drei Westmächte, in der sie den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen den im Zweiten Weltkrieg gegen Hitler kämpfenden Staaten und einem Deutschland vorschlug, das durch eine gesamtdeutsche Regierung vertreten sein sollte. In der diplomatischen Aktivität der Sowjetunion gegen den Wehrbeitrag der Bundesrepublik seit 1950 bildete die Note den Höhepunkt. Wenn die Entwicklung auf den Wehrbeitrag und die Westintegration hin noch eine Wendung nehmen konnte, dann zu diesem Zeitpunkt. Dieser Friedensvertrag, der im Entwurf in der Note enthalten war, könne, so erklärte die Sowjetregierung, zur Festigung des Friedens in Europa beitragen, die internationale Gesamtlage bessern und eine Wiederkehr des deutschen Militarismus wie eine abermalige deutsche Aggression unmöglich machen. In den sogenannten Politischen Leitsätzen empfahl Moskau, Deutschland als einheitlichen Staat wiederherzustellen, sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages abzuziehen, dem deutschen Volk die demokratischen Rechte, den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung zu gewährleisten und Organisationen, die der Demokratie und der Erhaltung des Friedens feindlich gegenüberstehen, zu verbieten. Die beiden letzten Politischen Leitsätze lauteten:

„6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschland.

7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.“

⁷⁴ Derselbe: Die Rolle Deutschlands im heutigen Europa. Exposé, welches der ökumenischen Kommission für Europäische Zusammenarbeit im Januar 1952 erstattet wurde. – In: *Junge Kirche*, 15. 2. 1952, nachgedruckt in: derselbe: Deutsche Friedenspolitik, S. 41 ff.

⁷⁵ Die „Notgemeinschaft zur Rettung des Friedens in Europa“ war eine freie politische Vereinigung, die Adenauers Wehrpolitik als gegen die Wiedervereinigung gerichtet bekämpfte. Zu ihrem politischen Programm vgl. auch Kap. IV.

⁷⁶ BT, sten. Ber., S. 8172.

Die in der Note formulierten militärischen Leitsätze wirkten geradezu sensationell. Seit der Prager Ostblockkonferenz vom Oktober 1950 hatte die Sowjetregierung konsequent jede deutsche Wiederbewaffnung abgelehnt und ständig gegen den deutschen „Militarismus“ polemisiert. Nun schlug Stalin plötzlich für ein Deutschland, das nach dem Politischen Leitsatz Nr. 7 neutralisiert werden sollte, die Aufstellung einer Nationalarmee vor:

- „1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.
2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.“⁷⁷

Die Adressaten und die Bundesregierung stimmten in der grundsätzlichen Beurteilung der Note als einer letzten Anstrengung Moskaus zur Verhinderung einer westdeutschen Wiederbewaffnung im Rahmen der geplanten EVG überein. Es fragte sich aber, ob die Sowjetunion im Interesse dieses Ziels nicht tatsächlich ein ernsthaftes und vielleicht akzeptables Wiedervereinigungsangebot gemacht hatte. Jedermann bemerkte die Fallen, die in der Note versteckt waren. Demokratie und Freiheit wurden in Ost und West unterschiedlich definiert, die Realisierung der Politischen Leitsätze mußte den Sowjets zahlreiche Interventionsmöglichkeiten in einem wiedervereinigten Deutschland eröffnen, und die Aufstellung einer deutschen Nationalarmee auf den Widerstand der unmittelbaren Nachbarn stoßen. Der im Politischen Leitsatz Nr. 6 angesprochene Personenkreis konnte sogar zur Keimzelle eines neuen Nationalismus werden. Doch darüber hätte man verhandeln können, wenn die Note eine Chance bot, Deutschland in Freiheit wiederzueinigen.

Am 25. März antworteten jedoch die Westmächte, nachdem sie zuvor die Bundesregierung konsultiert hatten, mit gleichlautenden Noten, in denen sie eine Neutralisierung Deutschlands glatt ablehnten und erklärten, daß es einer gesamtdeutschen Regierung vor und nach dem Abschluß eines Friedensvertrags freistehen müsse, Bündnisse einzugehen, die mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen übereinstimmen. Die Aufstellung nationaler deutscher Streitkräfte wiesen die Westalliierten mit der Begründung zurück, „daß derartige Bestimmungen einen Schritt zurück bedeuten und den Anbruch einer neuen Epoche in Europa gefährden könnten, in der sich internationale Beziehungen auf Zusammenarbeit und nicht auf Rivalität und Mißtrauen aufbauen“. Zur Hauptbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen, die in Moskauer Augen wohl kaum annehmbar war, machten die Westmächte die Zusage freier Wahlen als ersten Schritt zu einer deutschen Wiedervereinigung⁷⁸.

⁷⁷ Wortlaut der an die amerikanische Regierung gerichteten Note in deutscher Übersetzung bei Jäckel, Eberhard (Hrsg.): Die deutsche Frage 1952–1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte. – Ffm. und Berlin 1957, S. 23f.

⁷⁸ Wortlaut der Antwortnote der Westmächte vom 25. 3. 1952 (amerikanische Note in deutscher Übersetzung), in: Jäckel, Die deutsche Frage, S. 24f.

Hat die Bonner Politik im Frühjahr 1952, als sie die Vorschläge Stalins praktisch ignorierte, tatsächlich eine „Sternstunde“ verpaßt, wie Paul Sethe später meinte⁷⁹? Wäre es möglich gewesen, die Wiedervereinigung in Freiheit gegen den Verzicht auf einen Wehrbeitrag im Rahmen der westlichen Verteidigung einzutauschen? Die Ansichten hierzu reichen von der Position Sethes bis zu den extrem gegensätzlichen Auffassungen derjenigen, die erklärten, in der März-Note eine verpaßte Chance zu sehen, käme der Konstruktion einer neuen „Dolchstoßlegende“ gleich⁸⁰. Gerhard Wettig, der die jüngste Arbeit zu diesem Thema vorgelegt hat, hält die Note sogar nur für einen agitatorischen Appell ohne den Willen zu diplomatischen Verhandlungen⁸¹. Andere Beobachter werfen zwar den westlichen Regierungen vor, nicht verhandelt zu haben, glauben aber auch, daß das sowjetische Angebot nicht aufrichtig gemeint war. Alfred Grosser etwa, der französische Deutschlandkenner, weist darauf hin, daß Moskau zwischen dem Scheitern der EVG und der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO überhaupt kein Interesse mehr an einem politischen Wandel gezeigt habe⁸², und Reinhold Maier erblickte im 17. Juni 1953 die Probe auf das Exempel, daß Rußland auch schon 1952 nicht bereit gewesen sei, die DDR aufzugeben⁸³.

Der in der Sowjetunion geborene und in der Bundesrepublik lebende Herman Achminow vertrat hingegen die These, Stalin könne durchaus die Absicht gehabt haben, ganz Deutschland in die Unabhängigkeit zu entlassen, wenn es dafür auf den militärischen und politischen Westanschluß verzichtet hätte. Stalin habe vielleicht das Ziel verfolgt, durch die deutsche Wiedervereinigung und eine nationale Wiederaufrüstung supranationale Zusammenschlüsse zu verhindern und alte inner-europäische Rivalitäten wieder aufleben zu lassen⁸⁴. Als Beweis führt Achminow Stalins Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ an, die Stalin zur Eröffnung des XIX. Parteitags der KPdSU vorgelegt, in dem hier relevanten Teil aber schon auf den 1. Februar 1952 datiert hat. Darin heißt es:

„Es fragt sich: Welche Garantien gibt es, daß Deutschland und Japan nicht erneut auf die Beine kommen, daß sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht.

Daraus folgt aber, daß die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehenbleibt.“⁸⁵

⁷⁹ Vgl. Sethe, Paul: Die großen Entscheidungen, Ffm. 1958, S. 78.

⁸⁰ Vgl. Bürger, G. A.: Die Legende von 1952, Leer 1962, S. 6.

⁸¹ Vgl. Wettig, Gerhard: Der publizistische Appell als Kampfmittel: Die sowjetische Deutschland-Kampagne vom Frühjahr 1952. – In: Wettig: Politik im Rampenlicht, Ffm. 1967, S. 136 ff. Wettig verwendet für seine Beweisführung nur Äußerungen kommunistischer Parteien außerhalb der Sowjetunion.

⁸² Vgl. Grosser: Die Bonner Demokratie, S. 327.

⁸³ Diese Auffassung hat Reinhold Maier dem Verfasser gegenüber in einem Interview geäußert.

⁸⁴ Vgl. Achminow, Herman: Die sowjetische Deutschlandpolitik in den Jahren 1952/53. – In: *Osteuropa*, 1964, H. 4, S. 251 ff.

⁸⁵ Der Sowjetkommunismus, Dokumente Bd. 2, Köln und Berlin 1964, S. 610.

Endgültig wird man die sowjetischen Absichten erst klären können, wenn eines Tages die sowjetischen Archive geöffnet werden. Hier ist lediglich zu untersuchen, wie die Beteiligten 1952 die Noten der Sowjetunion im Hinblick auf ihre Entscheidung über den deutschen Wehrbeitrag beurteilten und welchen Stellenwert sie dem Wehrbeitrag in der Diskussion um die Noten beimäßen.

Als erster Vertreter der Bundesregierung reagierte am 12. März Jakob Kaiser. Vorsichtig fragte er, ob der Sowjetvorschlag eine neue Hoffnung auf ein Gesamtdeutschland bedeute und vielleicht einen Wendepunkt im Ost-West-Verhältnis ankündige⁸⁶. Dagegen gab es für Adenauer, der sich vier Tage später äußerte, keinen Zweifel, daß die Sowjetunion zu einem „vernünftigen Gespräch“ noch nicht bereit sei. Am schärfsten urteilte er über den militärischen Teil der Note: „Seit 1945 sind in der militärischen Forschung so große Fortschritte gemacht worden, daß Deutschland aus finanziellen und materiellen Gründen allein auf sich gestellt eine nationale Rüstung nicht aufbauen kann. Insofern ist dieser Teil der Note nur ‚ein Fetzen Papier‘.“⁸⁷ Er dachte gar nicht daran, den Wehrbeitrag und die Westintegration der Bundesrepublik zugunsten der Aussicht auf ein Gesamtdeutschland und eine deutsche Nationalarmee aufzugeben. Geradezu erleichtert stellte er am 25. März fest, daß die Westmächte nicht anders dachten: „Wir werden in unseren Verhandlungen so fortfahren, als ob die Note nicht angekommen sei.“⁸⁸ Dementsprechend versuchte Adenauer, die Note in ihrer Bedeutung herunterzuspielen. Während er am 7. Februar 1952 in der Wehrdebatte des Bundestags noch lange Ausführungen zur Gefährlichkeit der sowjetischen Außenpolitik gemacht hatte, beschränkte er sich am 3. April in der Debatte über die März-Note auf betont knappe Bemerkungen⁸⁹. Er wollte sich nicht daran hindern lassen, die Ernte seiner westlich orientierten Außenpolitik einzubringen. Kiesingers Verteidigung Adenauers in der Bundestagsdebatte vom 3. April zeigte das deutlich:

„Wir sind mit dem Westen in sehr wichtigen Verhandlungen, die uns nicht selbstverständlich und in der Automatik der Dinge zugefallen sind. Sie [die Sozialdemokraten] verlangen nun, daß diese Verhandlungen einfach gestoppt werden und daß wir um irgendeiner vagen Chance willen auf ein Gespräch der Vier dringen sollten, und das in welcher [sic!] Situation!“⁹⁰

⁸⁶ Auszüge aus der Rundfunkansprache Kaisers, in: *Archiv der Gegenwart*, 16. 3. 1952, S. 3387 f.

⁸⁷ Auszüge aus der Rede Adenauers vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Siegen nach dpa, in: *Archiv der Gegenwart*, 16. 3. 1952, S. 3388.

⁸⁸ Adenauer in einem Interview mit A. L. Bradford, in: *Bulletin*, 25. 3. 1952, Nr. 35, S. 353.

⁸⁹ Vgl. Adenauers Reden, in: BT, sten. Ber., S. 8095 ff. (7. 2. 1952) und S. 8758 ff. (3. 4. 1952). Die Absicht Adenauers, der Note kein Gewicht beizumessen, zeigt sich auch noch in seinen späteren Darstellungen der Regierungspolitik. In der autorisierten Adenauer-Biographie von Paul Weymar, die unter weitgehender Mitwirkung Adenauers entstand, wird die Sowjet-Note gar nicht erwähnt. Auch in den Erinnerungen 1945–1953 sucht man vergeblich danach. Erst in den Erinnerungen 1953–1955 geht Adenauer auf die Note ein. Seine Darstellung deckt sich mit den Äußerungen von 1952; vgl. Erinnerungen 1953–1955, S. 63 ff.

⁹⁰ BT, sten. Ber., S. 8794.

Wenn der Bundeskanzler gegenüber Ernst Friedlaender beteuerte, er sei unbedingt für eine Prüfung der sowjetischen Absichten durch Verhandlungen, da man jede irgendwie vorhandene gesamtdeutsche Chance ausnutzen müsse, so wirkte und wirkt das als Lippenbekenntnis vor der Öffentlichkeit⁹¹. In einem weiteren Interview, das Adenauer kurz nach Unterzeichnung des EVG-Vertrags Friedlaender gewährte, faßte er noch einmal zusammen, welche politischen Alternativen er auch nach der Stalin-Note als gültig ansah:

„Die Verträge, die jetzt unterzeichnet worden sind, bilden kein Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands. Im Gegenteil: sie sind das einzige Mittel, um uns der deutschen Einheit in Freiheit näher zu bringen. . . . Die Begründung ist sehr einfach. In der harten Welt der Tatsachen gibt es für die Bundesrepublik nur zwei Wege: ein Zusammengehen mit dem Westen oder aber ein Zusammengehen mit den Sowjets. . . . Alles, was dazwischen liegt, versetzt uns in die Ohnmacht des Alleinseins und macht uns zum Spielball widerstreitender Kräfte. Als Ohnmächtige zwischen den Mächten wären wir ein Magnet für den Krieg. Nun gibt es aber keine Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Sowjets. Mit ihnen im Bunde kann man nur zum Satelliten werden. . . . Deutschland gehört zum Westen, nach Überlieferung und Überzeugung. Das ganze Deutschland gehört zum Westen. In dieser Partnerschaft allein liegt unsere Zukunft.“⁹²

Die CDU diskutierte die Note zwar, unterstützte aber weiterhin Adenauers Politik. Als erstes Gremium der Partei tagte nach dem 10. März der Evangelische Arbeitskreis der CDU (vom 14. bis 16. März in Siegen). Eine lange Entschließung befaßte sich vornehmlich mit den Problemen des Wehrbeitrags und stellte auch die Frage, „ob durch einen Verteidigungsbeitrag die unheilvolle Trennung beider Teile Deutschlands noch verstärkt wird“, antwortete aber immer noch, daß keiner der Kritiker, die einen Verteidigungsbeitrag mit Rücksicht auf die Gefährdung der deutschen Einheit ablehnten, einen Weg gewiesen habe, „wie heute die deutsche Einheit in Freiheit auf andere Weise schneller und wirksamer wiederhergestellt werden könnte“⁹³. Heinemann, der ja noch CDU-Mitglied war, wurde an anderer Stelle von der Partei vorgeworfen, er vertrete die Deutschlandpolitik der Sowjets⁹⁴.

Die SPD hingegen vollendete nach der sowjetischen Deutschland-Initiative jene Wendung in ihrer Argumentation gegen den Wehrbeitrag, die sich seit dem Herbst 1951 angekündigt hatte. Auch Schumacher, der doch stets die härteste Politik gegenüber den Sowjets vertreten und im Sommer 1951 geschrieben hatte, alle „nationalistischen, militaristischen und reaktionär-antidemokratischen Kapitel der preußisch-deutschen Geschichte“ müßten herhalten, um die Notwendigkeit einer russisch-deutschen Verbindung zu beweisen, obwohl für die Sowjetunion eine demokratisch zustande gekommene Einheit die Gefährdung ihres ganzen Satelliten-

⁹¹ Vgl. das Interview Friedlaender – Adenauer im NWDR, in: *Bulletin*, 26. 4. 1952, Nr. 47, S. 487 ff.

⁹² Interview Friedlaender – Adenauer vom 28. 5. 1952, MS, Archiv BPA.

⁹³ Wortlaut der Entschließung, in: *UiD*, 20. 3. 1952.

⁹⁴ Als „Beweis“ veröffentlichte die CDU das Protokoll der Ostzonen-CDU von einer Besprechung mit Heinemann; vgl. Entscheidung für Deutschland und Europa, H. 1, Mai 1952, Archiv der CDU.

systems bedeute, weshalb sie die deutsche Einheit nicht wollen könne⁹⁵, empfahl nun Adenauer in einem Brief, nichts unversucht zu lassen, um die sowjetischen Absichten zu ergründen. Sollte das Ergebnis negativ sein, dann sei doch auf jeden Fall klargestellt, daß die Bundesrepublik jede sich bietende Chance für die Wiedervereinigung ausgenützt habe⁹⁶. Die parlamentarischen Redner der SPD übten jedoch am 3. April 1952 bereits schärfere Kritik an Adenauers Haltung, eine Kritik, in der zum Ausdruck kam, daß die SPD, in der ein noch immer skeptischer Schumacher aus gesundheitlichen Gründen allmählich die tatsächliche Leitung abgeben mußte, jetzt in einer aktiven Wiedervereinigungspolitik eine reale Alternative zum Wehrbeitrag der Bundesrepublik und den damit verbundenen Verträgen mit den Westalliierten sah.

Wenn man durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit eine Entspannung herbeiführen könne, so sagte Wehner, dann müsse es doch der Mühe wert sein, die Konzeptionen für die Sicherung der Freiheit zu überprüfen⁹⁷. Man dürfe sich doch nicht einfach auf die Europaarmee versteifen, nur weil die Westmächte keine deutsche Nationalarmee wollten⁹⁸. Nachdem die Russen mit ihrer Note vom 10. März Verhandlungsbereitschaft bekundet hätten, so argumentierten die Sozialdemokraten, müsse man ihnen auch ein echtes Interesse an der deutschen Wiedervereinigung ermöglichen. Wie zuvor schon Heinemann und Wessel, so bezog nun auch die SPD sowjetische Sicherheitsinteressen in ihre Überlegungen mit ein. Carlo Schmid meinte, es sei für die Sowjets unzumutbar, daß sie ihre Machtpositionen aufgeben und zusehen sollten, wie das politische Potential Deutschlands dem Atlantikpakt zugeschlagen werde, denn der Beitritt zur westlichen Verteidigungsorganisation bedeute doch auch die Verpflichtung, die Politik der Führungsmächte dieses Systems mit zu übernehmen⁹⁹.

„Wenn man die Russen an den Verhandlungstisch bringen will, wenn man nicht ein russisches Nein geradezu provozieren will, dann muß man ihnen ein Interesse offen lassen. Man muß Verhältnisse schaffen, die ihnen erlauben, unter bestimmten Umständen den Nachteil oder scheinbaren Nachteil der Aufgabe Mitteldeutschlands durch allgemeinpolitische Vorteile für kompensierbar zu halten.“¹⁰⁰

Ollenhauer, der von der Annahme ausging, durch die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem werde der deutsche Standort bei Verhandlungen von vornherein festgelegt, richtete einen dringenden Appell an die Bundesregierung, keine weiteren Tatsachen zu schaffen oder Unterschriften zu leisten, die ein ernsthaftes Gespräch über Wiedervereinigung nur erschweren könnten¹⁰¹.

⁹⁵ Vgl. Schumacher, Kurt: Deutschland im Wirbel weltpolitischer Auseinandersetzungen. – In: *Turmwächter*, Bd. II, S. 402ff., Zitate S. 402 und 413.

⁹⁶ Vgl. den Wortlaut des Briefes vom 22. 4. 1952, in: Adenauer: Erinnerungen 1953–1955, S. 84ff.

⁹⁷ Vgl. BT, sten. Ber., S. 8757.

⁹⁸ Ebenda, S. 8755.

⁹⁹ Ebenda, S. 8772.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 8774.

¹⁰¹ Ebenda, S. 8766f.

Jedenfalls dürften keine internationalen Verpflichtungen übernommen werden, die eine künftige gesamtdeutsche Regierung in ihrer Entscheidungsfreiheit einengen und im Osten den Eindruck entstehen lassen würden, als ob die Westmächte mit deutscher Unterstützung die Verwirklichung der deutschen Einheit von der vorherigen Anerkennung des westlichen Verteidigungssystems abhängig machten¹⁰².

Der Bundestag nahm in seiner Sitzung am 3. April 1952 jedoch nur den ersten Teil eines SPD-Antrags an, worin die Wiedervereinigung als das oberste Ziel deutscher Politik bezeichnet wurde. Der zweite Teil mit der Aufforderung an die Bundesregierung, nur solche Abkommen zu unterzeichnen, die der Bundesrepublik die Möglichkeit sichern, jederzeit und von sich aus auf Wiedervereinigungsverhandlungen der vier Besatzungsmächte hinzuwirken, wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt¹⁰³.

Aber auch ein Teil der Presse meldete nun erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Regierungspolitik an. Vor allem die Wochenzeitungen fragten, ob nicht doch eine Chance vertan werde, Garantien gegen die sowjetische Expansion zu erhalten und gleichzeitig mit Moskau zu einer Übereinkunft in der Frage der deutschen Einheit zu gelangen. So mahnte am 20. März Giselher Wirsing: Falls sich die sowjetischen Bedingungen für die Wiedervereinigung wesentlich geändert hätten, sei es die Pflicht der Bundesregierung, den Westmächten klarzumachen, daß der Versuch einer Wiedervereinigung gewagt werden müsse¹⁰⁴.

Und am gleichen Tag beklagte in der *Zeit* Richard Tüngel die aufgeschreckte Reaktion bei den Westmächten; man müsse unbedingt Verhandlungen aufnehmen, um festzustellen, was tatsächlich hinter der Note stecke. Verhandlungen von vornherein abzulehnen heiße, „die Politik des Westens zum Selbstzweck erheben, während sie doch nur Mittel sein soll, die Sowjetrussen in ihre Schranken zurückzuweisen“¹⁰⁵.

In der *Frankfurter Allgemeinen* drängte Paul Sethe immer wieder darauf, die durch Stalins Note eröffneten diplomatischen Möglichkeiten nicht ungenutzt zu lassen und sich nicht denkbaren Alternativen zur bisherigen Sicherheitspolitik zu verschließen. Den Amerikanern erscheine im Augenblick die deutsche Einheit unnützlich und darum unerwünscht. „Das erst muß man wissen, um den berühmten Satz ganz würdigen zu können, daß Deutschland seine Einheit nur zusammen mit den Westmächten erringen könne.“ Dieser Satz sei nur richtig, wenn man darüber nicht vergesse, daß zur Wiedervereinigung auch die Unterschrift der Russen notwendig sei¹⁰⁶.

Einen anderen Versuch, die festen Fronten der offiziellen Politik aufzubrechen

¹⁰² BT, sten. Ber., S. 8791.

¹⁰³ Vgl. den Wortlaut des SPD-Antrags, BT, Drucks. Nr. 3278.

¹⁰⁴ Vgl. Wirsing, Giselher (als „gw“): Das Wort Deutschlands. – In: *Christ und Welt*, 20. 3. 1952.

¹⁰⁵ Tüngel, Richard: Das Moskauer Angebot. – In: *Die Zeit*, 20. 3. 1952.

¹⁰⁶ Sethe, Paul: Wir müssen selber wissen, was wir wollen. – In: *FAZ*, 15. 4. 1952.

und Lösungen zu finden, die sowohl dem Sicherheitsbedürfnis als auch dem Wunsch nach Wiedervereinigung entsprächen, machte Klaus Mehnert, als er am 21. Mai 1952 in *Christ und Welt* den Vorschlag veröffentlichte, neben einer zu bildenden gesamtdeutschen Regierung, welche die Friedensverhandlungen mit den Großmächten zu führen hätte, die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR bis zum Abschluß des Friedensvertrages weiter bestehen zu lassen. So mußte man den in Bonn als gefährlich angesehenen Schritt zur gesamtdeutschen Regierung erst nach der endgültigen Klärung aller Modalitäten vollziehen. Auf diesem Weg konnte man die Wiedervereinigung vorantreiben, ohne das Risiko eines kommunistischen Staatsstreichs durch Volksfront einzugehen. Mehnert verfolgte mit seinem Plan außerdem das Ziel, die Sowjetunion zur Eile anzutreiben. Bis zum Abschluß eines Friedensvertrages würde die Bundesrepublik im Vertragssystem des Westens verbleiben. Wenn aber die Westverträge der Bundesrepublik nur bis zum Tag der Unabhängigkeit Gesamtdeutschlands Gültigkeit hätten, bestand für die Sowjetunion der Anreiz, die Wiedervereinigung zuzulassen und das Verfahren zu beschleunigen.

„Auf diese Weise würde die in den Augen Moskaus heikelste Frage der deutschen Zukunft, nämlich das Verhältnis Gesamtdeutschlands zum europäischen Zusammenschluß, auf die Zeit der Friedensverhandlungen vertagt. Dadurch würde vermieden, daß sich heute die Fronten von Ost und West in der deutschen Frage auswegslos festfressen.“¹⁰⁷

In ähnlicher Absicht legte zwei Wochen später Karl Georg Pfeleiderer einen Plan der Öffentlichkeit vor, der auch auf Gedanken zurückgriff, die George F. Kennan schon 1948 in einer vom Planungsstab des State Department ausgearbeiteten Studie geäußert hatte¹⁰⁸. In seiner Waiblinger Rede schlug Pfeleiderer vor, nach der Wiedervereinigung die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter sowjetischer Besatzung, die Gebiete westlich des Rheins unter der Besatzung der Westmächte zu belassen. Der größte und unbesetzte Teil des wiedervereinigten Deutschland sollte dann nationale deutsche Truppen erhalten. Durch die Besetzung der Randgebiete wäre jede der beiden Großmächte davor sicher gewesen, daß Deutschland in die Machtsphäre der anderen einbezogen wird. Gegen die russische Bedrohung hätten die Deutschen aber auch weiterhin eine westliche Rückendeckung erhalten. „Dies etwa wäre im Ausgleich zwischen dem NATO- und EVG-System einerseits und dem russischen System andererseits eine Linie, auf der sich Ost und West begegnen könnten.“¹⁰⁹

Die Bundesregierung ließ sich freilich von der Kritik im eigenen Lande ebenso wenig beeindrucken wie von Stalins Note und unterschrieb den EVG-Vertrag. Sogleich reagierte die DDR in einer Weise, die Heinemann schon 1951 mit der Befürchtung vorausgesagt hatte, westdeutschen Divisionen würden ostdeutsche auf

¹⁰⁷ K[laus] M[ehmert]: Drei deutsche Regierungen. – In: *Christ und Welt*, 21. 5. 1952.

¹⁰⁸ Vgl. Kennan, George F.: *Memoiren eines Diplomaten*, dt. Ausg. Stuttgart 1968, S. 422 ff.

¹⁰⁹ Rede Pfeleiderers vom 6. 6. 1952 in Waiblingen, in: Pfeleiderer: *Politik für Deutschland*, S. 83 ff., Zitat S. 97.

dem Fuße folgen¹¹⁰. Eine solche Entwicklung mußte nicht nur zu einer Erhöhung der Spannung zwischen Ost und West, sondern auch zu einer weiteren Vertiefung der deutschen Spaltung führen. Zwar hatte die DDR mit der Volkspolizei bereits eine militärische Truppe aufgestellt, doch die Umwandlung dieser Einheiten in eine reguläre Armee bedeutete in militärischer wie staatsrechtlicher Hinsicht eine erhebliche Verschärfung der Situation. Die Politiker in der DDR hatten sich sofort nach der März-Note entschlossen gezeigt, jene Möglichkeiten auszunutzen, die das in der Note enthaltene Stichwort „Nationalarmee“ für die Konsolidierung ihres Herrschaftsbereichs bot. Obwohl sich der sowjetische Vorschlag auf ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland bezog, versuchte die SED, ihn in Propaganda für die Aufstellung nationaler Truppen der DDR umzumünzen¹¹¹. Je näher die Unterzeichnung des EVG-Vertrags rückte, desto häufiger sprach die DDR-Führung von der Notwendigkeit einer Nationalarmee. Grotewohl stellte am 18. April fest, das deutsche Volk habe mit „tiefem Befremden“ von der Verweigerung einer Nationalarmee durch die Westmächte Kenntnis genommen¹¹², und Pieck erklärte auf der Feier zum 1. Mai in Berlin, die DDR sei durch die „imperialistischen Kriegstreibereien“ gezwungen, Kampfbereitschaft und Kampffähigkeit zum Schutz der „demokratischen Errungenschaften“ herzustellen. Wenn die westdeutsche Jugend „zu Söldnertruppen im Dienst des amerikanischen Imperialismus“ einberufen und damit die Gefahr eines amerikanischen Krieges gegen den Osten heraufbeschworen werde, so ergebe sich daraus für die DDR die Notwendigkeit, die bewaffnete Verteidigung ihrer Heimat zu organisieren¹¹³. Das Zentralkomitee der SED forderte am 16. April die Aufstellung nationaler Streitkräfte, „die im Geiste der Demokratie und des Friedens aufgebaut werden und für den Schutz des demokratischen Deutschland bestimmt sind“¹¹⁴.

Seit Ende April wurde die Gefährdung der Grenzen betont und auch vor der Öffentlichkeit der Aufgabenbereich der Volkspolizei auf den Schutz der Grenzen erweitert¹¹⁵. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Deutschlandvertrags beauftragte der Ministerrat der DDR das Ministerium für Staatssicherheit mit der Ausarbeitung von Maßnahmen zum verstärkten Schutz der Demarkationslinie zwischen DDR und Bundesrepublik¹¹⁶. Daraufhin erging eine Polizeiverordnung, die Kontrollstreifen, Sperrgebiete und eine strenge Bewachungsordnung für das Grenzgebiet vorsah¹¹⁷.

¹¹⁰ Vgl. Heinemanns Rede vom 21. 11. 1951 in Düsseldorf, in: Heinemann, *Verfehlte Deutschlandpolitik*, S. 20.

¹¹¹ Vgl. die Auszüge aus entsprechenden Reden, in: Wettig, *Politik im Rampenlicht*, S. 141 ff.

¹¹² Vgl. den Auszug aus der Rede Grotewohls, in: Meissner, *Rußland, die Westmächte und Deutschland*, S. 298.

¹¹³ Vgl. den Auszug aus der Rede Piecks, ebenda.

¹¹⁴ Appell des ZK der SED an das deutsche Volk vom 16. 4. 1952, in: *Tägliche Rundschau*, 20. 4. 1952.

¹¹⁵ Vgl. die Sammlung von Zeitungsausschnitten, in: *Ost-Probleme*, 31. 5. 1952, S. 686 ff.

¹¹⁶ Vgl. EA, 1952, S. 4970.

¹¹⁷ Wortlaut der Polizeiverordnung, in: *Bulletin*, 5. 6. 1952, Nr. 63, S. 689 f.

Seit dem Frühsommer 1952 bürgerte sich der Begriff „Nationale Streitkräfte“ in den Reden der DDR-Politiker ein¹¹⁸. Die Volkspolizei wurde in dieser Zeit vergrößert, die FDJ bekam den Auftrag, die militärische Erziehung ideologisch vorzubereiten und die vormilitärische Ausbildung zu übernehmen, und zur weiteren militärischen Ausbildung wurde die „Gesellschaft für Sport und Technik“ gegründet. Am 13. Juni stellte dann der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ in einer Entschließung fest, der Westen habe den Vorschlag der Sowjetunion, nationale Streitkräfte in einem einheitlichen deutschen Staat aufzustellen, abgelehnt, und daher sei die DDR genötigt, zur Rettung des Friedens eigene nationale Streitkräfte aufzustellen¹¹⁹.

Die Realitäten entwickelten also ihr Gewicht, die Fronten erstarrten. Beide deutsche Regierungen dachten in einfachen Alternativen, die es nicht zuließen, aus der eigenen Front auszubrechen oder einen Kompromiß anzustreben. Im Zeichen der Wiederaufrüstung standen sie sich unversöhnlicher gegenüber als zuvor. Adenauer erklärte bei der ersten Lesung des EVG-Vertrags:

„Bei der Frage, ob Genehmigung der Verträge oder nicht, handelt es sich . . . darum, ob sich die Bundesrepublik Deutschland an den Westen anschließen soll oder nicht; ob sie sich den Schutz des atlantischen Verteidigungssystems sichern soll oder nicht; ob sie die Integration Europas einschließlich Deutschlands will oder nicht; ob sie die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit in einem freien Europa will, oder ob sie bereit ist, eine Teilung Deutschlands oder eine Wiedervereinigung Deutschlands in Unfreiheit hinzunehmen.“¹²⁰

Die in der DDR erscheinende *Tägliche Rundschau* formulierte – unter umgekehrten Vorzeichen – eine ähnliche Kompromißlosigkeit:

„Entweder Friedensvertrag und Wiedervereinigung Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen und die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung oder Generalkriegsvertrag und Verewigung der Spaltung Deutschlands und die damit verbundene Gefahr eines neuen Krieges in Europa. Entweder-oder. Einen dritten Weg gibt es nicht.“¹²¹

Es ist gewiß denkbar, daß sich die Sowjetunion mit dem Angebot einer deutschen Nationalarmee nur ein Alibi verschaffen wollte, um in der DDR eine Armee auf-

¹¹⁸ Vgl. z. B. Ulbrichts Antwort auf die Frage: „Was ist das Wesen der Nationalen Streitkräfte der DDR?“, in: Meissner, Rußland, die Westmächte und Deutschland, S. 313.

¹¹⁹ Entschließung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien für die Aufstellung nationaler Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Juni 1952. In: Hohlfeld, Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, Bd. VII, S. 184; zur Entstehungsgeschichte der Nationalen Volksarmee vgl. Bohn, Helmut: Die Aufrüstung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn und Berlin 1960, S. 100 ff.; zur Organisation der vormilitärischen Ausbildung in der DDR nach Abschluß der Verträge von Bonn und Paris vgl. ebenda, S. 47 ff.; vgl. ferner: Die Vormilitärische Ausbildung. Materialien über die Gesellschaft für Sport und Technik. Hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1952; *Bulletin*, 23. 5. 1952, Nr. 58, S. 633 f.

¹²⁰ BT, sten. Ber. S. 9789 (9. 7. 1952).

¹²¹ Orlow, N.: Deutschland an einem geschichtlichen Wendepunkt. – In: *Tägliche Rundschau*, 1. 5. 1952.

stellen zu können¹²², zumindest hielt sich Moskau die Möglichkeit offen, im Falle der Ablehnung ihres Wiedervereinigungsangebots die eigene Zone zu bewaffnen. Ebenso ist es jedoch denkbar, daß der Bonner Beitrag zur westlichen Verteidigung tatsächlich ein Kompensationsobjekt für die Wiedervereinigung dargestellt hätte, wie jene westdeutschen Journalisten und Politiker glaubten, die der Wiedervereinigung den Vorrang vor der Westintegration gaben und das Sicherheitsrisiko für tragbar hielten. Doch die Bundesregierung gab der Westintegration den Vorzug und sah in der Verwirklichung der Pläne Stalins das Ende aller Sicherheit. Die Wiedervereinigung proklamierte sie nicht mehr als Nahziel, sondern als Fernziel ihrer Politik, das sie mit dem Wehrbeitrag und der Unterstützung des Westens erreichen zu können glaubte.

4. Die Politik der Stärke

Das Argument, der Wehrbeitrag verhindere die Wiedervereinigung, konnte in der deutschen Öffentlichkeit ernstzunehmende Kräfte gegen Adenauers Politik freisetzen. Deshalb vertrat der Bundeskanzler eine Konzeption, die den Gegensatz zwischen Wehrbeitrag und Wiedervereinigung aufheben sollte, und versprach in seinen öffentlichen Reden, der Wehrbeitrag werde die Wiedervereinigung nicht nur nicht verhindern, sondern sie im Gegenteil gerade dadurch fördern, daß die Bundesrepublik und der Westen eine militärische Stärke erreichen, die Sowjetrußland zu ernsthaften Verhandlungen über die Wiedervereinigung bewegen werden. Diese Konzeption wurde als „Politik der Stärke“ bezeichnet.

Militärische Überlegenheit sollte demnach politische Vorteile erzwingen und zugleich den aktiven Einsatz der Machtmittel überflüssig machen. Insofern war „Politik der Stärke“ ein spezifischer Begriff des Kalten Krieges. Er wurde in den Vereinigten Staaten bereits nach dem Übergang zur Eindämmungspolitik geprägt¹²³ und besagte zunächst, man solle aus einer „Situation“ oder „Position“ der Stärke heraus in Verhandlungen mit der Sowjetunion eintreten, um mit der Aussicht auf Konzessionen Ost-West-Gespräche führen zu können. Schließlich wurde aber die Konzeption der bloßen Eindämmung verlassen und die These formuliert, der Aufbau einer Position militärischer Stärke werde der westlichen Politik eine Dynamik verleihen, die dann eine Veränderung des Status quo im westlichen Sinne erlauben würde; der Krieg als Mittel dieser Politik ist dabei aber ausdrücklich abgelehnt worden.

In der Bundesrepublik wurde der Begriff „Politik der Stärke“ oft polemisch

¹²² Vgl. Bourdin, Paul: Die Ostpolitik des Kanzlers. – In: *Die Zeit*, 3. 4. 1952.

¹²³ Vgl. die Äußerungen Achesons vor Senatausschüssen 1949, in: U.S. Senate, 82nd Congress, S. 2038, zit. in Wildenmann, Rudolf: Politische Stellung und Kontrolle des Militärs, in: König (Hrsg.), Beiträge zur Militärsoziologie, S. 78; vgl. auch die Zitate aus Artikeln Joseph Alsops vom November 1947, in: Schwarz, Hans Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied und Berlin 1966, S. 82ff.

gegen Adenauers Politik verwandt, vor allem von den Kritikern der später von Dulles vertretenen „Roll back“-Theorie. Trotzdem hat sich der Begriff als Bezeichnung für eine bestimmte Seite der Adenauerschen Ostpolitik eingebürgert, auch in der wissenschaftlichen Literatur, und Adenauer selbst ließ die Bezeichnung gelten¹²⁴. Am Ende der Adenauer-Ära bedeutete der Begriff lediglich: Entfaltung einer ausreichenden militärischen Stärke, um politisch nicht unter Druck gesetzt oder erpreßt werden zu können. Allenfalls war er in die Strategie der Abschreckung eingepaßt. Zu Beginn der 50er Jahre versprach sich Adenauer jedoch tatsächlich größere politische Gewinne vom Aufbau einer Position militärischer Stärke. Die Sowjetunion sollte zu einem bestimmten Handeln veranlaßt werden, nämlich zur Freigabe der ostdeutschen Gebiete auf dem Verhandlungswege.

Diese Hoffnung und der mit ihr verbundene Begriff sind nicht plötzlich, sondern unter dem Druck der Wehrdebatte allmählich entstanden. Noch 1950 vertrat Adenauer auf dem Goslarer Bundesparteitag der CDU lediglich die Meinung, nur durch militärische Machtentfaltung könne der Sowjetunion klagemacht werden, welches Wagnis sie eingehe, wenn sie keinen Frieden gebe¹²⁵. Rußland werde erst dann von seinen Plänen zur Eroberung Europas und besonders Deutschlands Abstand nehmen, sagte Adenauer auch noch im Sommer 1951, „wenn es selbst sieht, daß es dabei zugrunde geht“¹²⁶. Aber schon wenige Wochen nach Goslar, am 8. November 1950, hatte Adenauer in der Wehrdebatte des Bundestags seine Haltung um eine Nuance verändert: Da Sowjetrußland, so meinte er, als totalitärer Staat nur die Macht als maßgeblichen Faktor der internationalen Politik anerkenne, könnten Verhandlungen zur Regelung internationaler Fragen nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, „wenn derjenige, der diese Verhandlungen – mit Sowjetrußland – führt, ebenso stark, wenn nicht noch stärker ist als Sowjetrußland“¹²⁷. Und vier Wochen später, als er auf dem Parteitag der Rheinischen CDU erklärte, wenn Rußland gesehen habe, daß es mit den Mitteln des Kalten Krieges nicht weiterkomme, dann werde es bald zu Friedensverhandlungen bereit sein¹²⁸, ging er noch einen erheblichen Schritt weiter und über die Abschreckungsfunktion der Stärke hinaus, wenn er das Ziel solcher Friedensverhandlungen darin sah, die Verhältnisse in Osteuropa neu zu klären¹²⁹. Letztlich ging es ihm darum, „nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhanges

¹²⁴ Auch die Herausgeber des 4. Bandes seiner Erinnerungen haben alle diesbezüglichen Belegstellen im Sachregister unter „Politik der Stärke“ aufgeführt.

¹²⁵ Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Erster Parteitag der CDU, Goslar 20. bis 22. Oktober 1950, Bonn o. J., S. 14 ff.

¹²⁶ Reichenhaller Rede vom 24. 6. 1951, MS, Archiv BPA, S. 16.

¹²⁷ BT, sten. Ber., S. 3565.

¹²⁸ Vgl. die Rede vor dem Parteitag der Rheinischen CDU vom 2. 12. 1950 in Duisburg, MS, Archiv BPA, S. 4; vgl. ferner diesen Gedanken in den späteren Äußerungen: Rede auf einer CDU-Kundgebung am 28. 3. 1952 in der Universität Bonn, MS, Archiv BPA, S. 13; Rede auf einer CDU-Kundgebung am 1. 3. 1952 in Heidelberg, in: *Bulletin*, 4. 3. 1952, Nr. 26, S. 254.

¹²⁹ Vgl. ebenda.

zu befreien, und zwar in Frieden zu befreien“¹³⁰. Der notwendige Druck auf die Sowjetunion könne aber nur dann ausgeübt werden, so ergänzte er später, wenn der westliche Zusammenschluß, der Atlantikpakt und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, realisiert würden¹³¹. „Wir werden Berlin und wir werden den deutschen Osten nicht anders wiederbekommen als über ein vereintes Europa!“¹³² Die Politik der Stärke hatte mithin in Adenauers Reden eine politisch (nicht militärisch) offensive Funktion erhalten.

Adenauers Koalitionspartner von Merkatz glaubte, man könne auf diese Weise die Russen sogar nötigen, sich von der nach seiner Meinung strategisch und politisch nicht haltbaren Elbe- bzw. Oderlinie hinter die russischen Grenzen zurückzuziehen. Es komme darauf an, diesen Prozeß des Zurückweichens zu unterstützen und gemeinsam mit der Sowjetunion durch eine „vernünftige territoriale Neuordnung die Ursachen der Spannungen zu beseitigen“. Er ließ keinen Zweifel daran, daß nach einer solchen Neuordnung die Grenzen des Atlantikpaktes bis an die Grenzen der Sowjetunion reichen würden. Man müsse nach dem Zweiten Weltkrieg in politischen Großräumen denken, und Deutschland werde in dieser Perspektive zum Großraum Europa als Glied der atlantischen Gemeinschaft zählen. Ganz Deutschland müsse unter Einschluß des Reichsgebietes östlich der Oder und der Lausitzer Neiße in das System europäischer Zusammenarbeit einbezogen werden¹³³.

Ähnlich formulierte Dethleffsen, der von der Bundesregierung zur Propagierung des Wehrbeitrags in die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise entsandt war: Man dürfe sich gegenüber der Sowjetunion nicht wie die Westmächte gegenüber Hitler verhalten. Man müsse vielmehr so stark werden, daß man erfolgreich verhandeln könne; zudem wolle man durch die Aufrüstung erreichen, daß die antisowjetischen Widerstandsbewegungen in den Satellitenstaaten an Kraft gewinnen¹³⁴.

„Unsere Parole heißt statt ‚Gesamtdeutschland‘ besser ‚Befreiung der Sowjetzone‘ – und zwar mit ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln. . . . Die Befreiung der Sowjetzone muß zu einer Frage der Freiheit für alle Völker der westlichen Welt werden. Sie ist zudem auch deswegen nur auf übernationaler Ebene zu lösen, weil sie eng verbunden ist mit der Befreiung der östlichen Nachbarvölker vom Sowjetsystem . . .“¹³⁵

Der Journalist Robert Ingrim wollte mit einer Befreiung der verlorenen Reichsteile das Satellitensystem der Sowjetunion auflösen und forderte als Kernstück einer „Zurückdämmung der roten Flut“ eine deutsche Übereinkunft mit Polen, und

¹³⁰ Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 536; vgl. auch ebenda, S. 382; Rede am 9. 7. 1951 in Essen, MS, Archiv BPA, S. 18.

¹³¹ Vgl. die Bundestagsrede vom 7. 2. 1952, in: BT, sten. Ber., S. 8099.

¹³² Ebenda, S. 8106; gemeint war das Europa der EVG, keine europäische Föderation, die beide deutsche Staaten einschließen könnte.

¹³³ Vgl. die Bundestagsrede des DP-Abgeordneten von Merkatz vom 3. 4. 1952, in: BT, sten. Ber., S. 8776 f.

¹³⁴ Vgl. Dethleffsen: Der deutsche Wehrbeitrag. Schriftenreihe der AdK, Bonn 1952 (März), MS, S. 7.

¹³⁵ Ebenda, S. 15.

zwar dem „wahren“, also dem Exil-Polen, denn die christianisierten Polen gehörten nicht wie die sowjetisierten zu Asien. Das gelte auch für Böhmen, da Deutschland ein Lebensinteresse daran habe, daß dieses Bollwerk nicht in asiatischen Händen bleibe. Mit dieser Politik müsse auch eine Rückkehr der Deutschen und eine Befreiung der Slowaken verbunden sein¹³⁶.

Nicht alle Politiker, die Adenauer nahestanden und dem Grundsatz zustimmten, daß man mit den Sowjets von einer Position der Stärke aus verhandeln müsse, glaubten an so weitreichende Wirkungen, nicht einmal an eine Überwindung der deutschen Teilung. Jakob Kaiser, dessen Ministerium sich von allen Ressorts am intensivsten mit den Möglichkeiten der Wiedervereinigung beschäftigte, formulierte die Politik der Stärke vorsichtiger als der Bundeskanzler. Eine Politik im Dienste der Wiedervereinigung erfordere eine starke Bundesrepublik, die der bis an die Zähne bewaffneten Sowjetunion nicht wehrlos gegenüberstehe. Von dem dynamischen Charakter, den Adenauer der Politik der Stärke zumaß, war in Kaisers Äußerungen nichts zu finden. Zwischen der Stärke, die zum Angriff befähige, so schrieb er im Februar 1952, und der Fähigkeit zur Verteidigung sei ein himmelweiter Unterschied, die Bundesrepublik wolle nur die Verteidigung, und deshalb könne der Wehrbeitrag kein Hinderungsgrund für die Wiedervereinigung sein. Er behauptete aber nicht, der Wehrbeitrag könne die Wiedervereinigung fördern¹³⁷.

Ähnlich äußerte sich die FDP. Während der Studentenverband der FDP die EVG als „zureichendes Druckmittel“ ansah, um auf friedlichem Weg „die Preisgabe mindestens der Sowjetzone Deutschlands durch die Sowjetunion zu erreichen“¹³⁸, drückte sich die Leitung der Partei eher behutsam und skeptisch aus. Blücher wies auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen 1952 dem Wehrbeitrag im Rahmen der Wiedervereinigungspolitik nur die Funktion zu, das Gleichgewicht der Kräfte mit der Sowjetunion herzustellen, ohne das es keine Verhandlungen mit Moskau geben werde¹³⁹, und Reinhold Maier, DVP(FDP)-Vorsitzender in Baden-Württemberg und Ministerpräsident in Stuttgart, hielt die Politik der Stärke gar für zum Scheitern verurteilt; sie werde genau das Gegenteil erreichen. Maier sagte später, es sei vielleicht für eine Übergangszeit ein primäres Erfordernis gewesen, die Russen nicht weiter vordringen zu lassen. Die Politik der Stärke habe aber dazu führen müssen, „daß uns kein Mensch mehr entgegenkommt. Ich habe das oft gesagt, aber Adenauer hat die Wahlen gewonnen mit der Gefahr aus dem Osten.“¹⁴⁰

¹³⁶ Vgl. Ingram: Die Rettung Deutschlands, S. 137 ff.; derselbe: Der Westen hat den Schlüssel zur deutschen Einheit. – In: *Der Mittag*, Düsseldorf, 6. 10. 1951.

¹³⁷ Vgl. Kaiser, Jakob: Freiheit auch für die Sowjetzone. – In: *Bulletin*, 12. 2. 1952, Nr. 18, S. 169; vgl. auch seine Rede in Essen vom 19. 11. 1950, MS, BA/MA, (Schw) 1–/2, S. 4.

¹³⁸ Vgl. Liberaler Studentenbund Deutschlands, Bürger-Armee-Staat. Forderungen zu einer künftigen Wehrverfassung. MS, Bonn 1952, S. 4.

¹³⁹ Vgl. die Rede vom 6. 1. 1952 in Stuttgart, MS, Archiv FDP, S. 2 ff.; vgl. auch eine Wahlrede Blüchers, in: FDP-Briefe, Nr. 22 vom 23. 11. 1950, S. 3.

¹⁴⁰ Aus einem Interview, das Reinhold Maier dem Verfasser im Herbst 1967 gewährt hat; vgl. auch Maier, Reinhold: Erinnerungen 1948–1953, S. 448.

Theodor Heuss schien eine Bewaffnung der Bundesrepublik nach den Ereignissen in Korea und auf Grund des Anwachsens der Volkspolizei zwar unumgänglich zu sein – wenngleich er für eine scharfe Begrenzung eintrat –, doch stimmte er der Adenauerschen These, durch das Anwachsen der westlichen Stärke sei die Wiedervereinigung schneller zu erreichen, nicht zu: Es gebe keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung als den über das westliche Bündnis, aber er werde sehr lang sein – Heuss dachte an einen Zeitraum von 20 Jahren – und über eine allmähliche Verständigung mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten führen. Ein deutscher Wehrbeitrag durfte nach der Auffassung des Bundespräsidenten keine andere Funktion als die der Friedenssicherung durch Abschreckung haben¹⁴¹.

Die SPD opponierte entschieden gegen die Politik der Stärke, seit sie das Wiedervereinigungsproblem in den Vordergrund der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag stellte. Durch die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik eine der Sowjetunion gegenüber politisch wirksame Position der Stärke zu erreichen, hielt Carlo Schmid schon deshalb für unmöglich, weil es den Russen ein leichtes sei, den Zuwachs der westlichen Stärke um 12 Divisionen auszugleichen¹⁴². Adenauers These betrachtete Ollenhauer als ein Zeichen von „illusionärem Denken, das sicher nicht im deutschen Interesse liegt“. Er fragte den Bundeskanzler, ob er sich der ganzen inneren und internationalen Tragweite seiner These bewußt sei.

„Denn wenn wir nicht an den offenen Konflikt zwischen West und Ost glauben – und der Herr Bundeskanzler hat bestritten, daß das seine Anschauung ist –, dann ist die These, die Einheit mit den drei Westmächten herstellen zu können, falsch.“¹⁴³

Paul Sethe, der sich in zahlreichen Leitartikeln der *Frankfurter Allgemeinen* mit der Politik des Bundeskanzlers auseinandersetzte, wies nach dessen Voraussage vom 7. Februar 1952, man werde die deutschen Ostgebiete mit Hilfe der Westmächte wiedergewinnen, auf die französischen Pressestimmen hin und mahnte, über dem innenpolitischen Kampf gegen die Opposition nicht die außenpolitischen Rücksichten zu vergessen¹⁴⁴. Tatsächlich benutzte Daladier noch im Juli 1952 Adenauers Rede vom 7. Februar als Beweis für die Gefahr vor den Toren Frankreichs, wie sie eine deutsche Armee darstelle, die im „traditionellen Geist der Revanche“ lebe¹⁴⁵. Im März warf Sethe der Bundesregierung vor, sie übernehme sich mit der Politik der Stärke. Die Bundesrepublik könne nicht von der Neuordnung Europas sprechen, denn Deutschland sei ein gespaltenes Land, das unter zwei Weltkriegen unendlich gelitten habe, das mehr tapfere und zukunftsstarke Menschen verloren habe als irgendein anderes Land im Westen. „Mit einem solchen Volke macht man keine

¹⁴¹ Nach einer Mitteilung seines langjährigen persönlichen Referenten Hans Bott an den Verfasser vom Februar 1968.

¹⁴² Vgl. BT, sten. Ber., S. 8194 (8. 2. 1952).

¹⁴³ Ebenda, S. 8113 (7. 2. 1952).

¹⁴⁴ Vgl. Sethe, Paul: War es nicht zu spät? – In: *FAZ*, 11. 2. 1952.

¹⁴⁵ Vgl. den Beitrag Daladiers in der Tat-Rundfrage zum Thema „Deutsche Einheit und Wiederaufrüstung“. – In: *Die Tat*, 8. 7. 1952.

Weltpolitik.“¹⁴⁶ Sethe fürchtete, Adenauer könnte eine Politik betreiben, „die unsere schwachen Kräfte in die Versuche zur Befreiung des mitteleuropäischen Ostens verstricken will“¹⁴⁷. Auch Wilhelm II. habe nur friedliche Ziele gehabt und sich an ihnen übernommen. Die weit schwächere Bundesrepublik könne und dürfe sich erst recht nicht in außenpolitische Abenteuer stürzen¹⁴⁸.

Soweit sich die Bundesregierung von einem Anwachsen der westlichen Stärke tatsächlich sowjetische Verhandlungsbereitschaft über die Deutschlandfrage versprach, konnte sie Stalins Note vom 10. März 1952 jedoch als einen Erfolg ihrer Politik verbuchen, und Adenauer wollte die Note in der Tat als eine solche Bestätigung gewertet wissen. Es war indes bezeichnend, daß dem Bundeskanzler die westliche Stärke für die Aufnahme des zugespielten sowjetischen Balls noch nicht ausreichen schien. Er zog aus dem „Erfolg“ nur die Konsequenz, die „bisher eingeschlagene Politik weiter zu verfolgen“¹⁴⁹. Noch wisse man nicht, ob die Sowjetunion wirklich zu der Erkenntnis bereit sei, daß die Weltlage keinen Raum mehr für einseitige Lösungen im russischen Interesse lasse¹⁵⁰. Man dürfe nicht der Versuchung erliegen, zum falschen Zeitpunkt in ein Gespräch mit der Sowjetunion einzutreten. Den richtigen Zeitpunkt zu erkennen, sei eine der großen Aufgaben deutscher und westlicher Politik. „Bis dahin müssen wir warten, geduldig warten.“¹⁵¹

Andererseits behauptete Adenauer auch, ein sowjetisches Nachgeben sei auf Grund innerer Schwächen der UdSSR nicht mehr allzu fern. Der russische Boden reiche nicht aus, so argumentierte er, um alle Menschen in der Sowjetunion zu ernähren. Große Teile des sowjetischen Territoriums bestünden aus Steppe, Urwald und Wüstenei, weshalb Rußland gezwungen sei, neuen Ackerboden zu schaffen; auch die Pläne zur Umlenkung sibirischer Flüsse seien keine Phantastereien, sondern zwingende Notwendigkeit. Doch zu solchen Vorhaben gehöre viel Geld, das Rußland jetzt für Rüstungszwecke vertue. Es müsse daher die Aufgabe der westlichen Politik sein, die Sowjetunion erkennen zu lassen, daß sie mit machtpolitischen Pressionen nichts ausrichte. Dann werde Sowjetrußland an den Verhandlungstisch kommen, denn es sei nicht in der Lage, seine Aufrüstung ad infinitum fortzusetzen¹⁵².

Charakteristisch für Adenauers Argumentation in der Diskussion um die Politik

¹⁴⁶ Vgl. Sethe, Paul: So stark ist Deutschland nicht. – In: *FAZ*, 25. 3. 1952; vgl. auch derselbe: Verhandeln – und stärker werden. – In: *FAZ*, 14. 3. 1952; derselbe: Wir nähern uns der Schicksalsfrage. – In: *FAZ*, 22. 3. 1952.

¹⁴⁷ Derselbe: Die allzu einsamen Beschlüsse. – In: *FAZ*, 31. 3. 1952.

¹⁴⁸ Vgl. derselbe: So stark ist Deutschland nicht. – In: *FAZ*, 25. 3. 1952.

¹⁴⁹ Adenauer am 3. 4. 1952 im Bundestag, BT, sten. Ber., S. 8761.

¹⁵⁰ Vgl. das Interview, das Adenauer A. L. Bradford gewährte, in: *Bulletin*, 25. 3. 1952, Nr. 35, S. 353.

¹⁵¹ Auf einer Kundgebung der CDU in der Universität Bonn am 28. 3. 1952, MS, Archiv BPA, S. 14.

¹⁵² Vgl. ebenda, S. 13; BT, sten. Ber., S. 8761 (3. 4. 1952); vgl. auch die Rede Blanks in der Universität Bonn vom 16. 6. 1952, MS, Archiv BPA, S. 15 ff.

der Stärke ist ein Gespräch, das er am 24. April 1952 im Nordwestdeutschen Rundfunk mit Ernst Friedlaender führte:

Friedlaender: Gesetz den Fall, die Viermächtebesprechungen scheitern . . ., besteht dann überhaupt noch eine Hoffnung auf eine spätere friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit?

Bundeskanzler: Ich denke überhaupt nur an eine friedliche Erreichung dieses Ziels. Und ich sehe nicht, daß die Aussichten sich verschlechtern müßten. Im Gegenteil. Die Stärke des Westens nimmt zu. Man verhandelt immer besser aus der Stärke als aus der Schwäche.

Friedlaender: Dies Argument mit der Stärke hat auch seine Schattenseite. Es besteht nämlich die Gefahr, daß sie immer weiter aufgebaut, daß sie zum Selbstzweck wird. Wenn das der Fall ist, verbaut sich der Starke selbst den Weg zu Verhandlungen.

Bundeskanzler: In der Theorie will ich das gar nicht bestreiten. Aber solange ich Bundeskanzler bin, werde ich meinen ganzen Einfluß dafür aufbieten, daß dieser Fehler nicht begangen wird. Für mich ist Stärke immer nur Mittel zum Zweck und niemals Selbstzweck. Der Zweck kann nur der Friede sein. Der Wille zum Frieden ist bei allen Staatsmännern des Westens lebendig.

Friedlaender: Trotzdem fällt es schwer zu begreifen, wie sich aus der Einbeziehung der Bundesrepublik in den Westen ohne weiteres die deutsche Einheit ergeben soll.

Bundeskanzler: Ohne weiteres gewiß nicht. Aber erstens ist ein anderer Weg gar nicht sichtbar und zweitens ist es auch für die Sowjets keine sinnvolle Politik, sich jahrelang auf ein aussichtsloses Wettrüsten einzulassen. Sie sind die ersten, die die Sprache westlicher Stärke verstehen werden.¹⁵³

Die Gegenposition hatte Carlo Schmid am 3. April in einer Bundestagsrede bezogen und die Frage gestellt, was die Sprache der Stärke denn eigentlich besagen solle und mithin bewirken könne:

„Bedeutet das – ich will es nicht hoffen und kann es auch nicht annehmen – die Möglichkeit der Drohung, von dieser militärischen Stärke Gebrauch zu machen, wenn der andere nicht hören will? . . . Ich glaube nicht, daß das die Absicht der Bundesregierung ist. . . .

Also ist es doch so, daß man eine militärische Stärke will, von der man entschlossen ist, in der politischen Offensive für die Einheit Deutschlands keinen Gebrauch zu machen. Was soll denn bei dieser politischen Offensive, die wir alle unternehmen wollen, diese militärische Stärke nützen?

Ein Instrument, von dem ich keinen Gebrauch machen will, ist doch genauso, als hätte ich es nicht. Das ist doch ein Messer ohne Heft und Klinge!

Man sagt doch jetzt: Wir müssen uns – auch militärisch – in den Westen integrieren, nicht nur und in erster Linie zu Verteidigungszwecken, sondern damit wir eine Machtgrundlage für eine politische Offensive zur Herstellung der Einheit Deutschlands haben. Ich glaube, daß in dieser Konzeption der Bundesregierung soviel Widerspruch steckt, daß ein Faktor den andern aufhebt, und ich möchte darauf hinweisen, daß die Stärke einer Verhandlungspartei auch auf andere Weise als durch Häufung militärischer Machtmittel gesteigert werden könnte.“¹⁵⁴

Noch entschiedener konstatierte Heinemann, daß man den Russen mit noch so vielen Panzern nicht imponieren könne, wenn dahinter nicht die Entschlossenheit

¹⁵³ Wortlaut des Interviews, in: *Bulletin*, 26. 4. 1952, Nr. 47, S. 488f.

¹⁵⁴ BT, sten. Ber., S. 8772f.

stehe, unter Umständen zuzuschlagen¹⁵⁵. Auch Wilhelm Wolfgang Schütz machte darauf aufmerksam, daß Stärke ein relativer Begriff sei, der nur im Verhältnis zur Gegenseite gemessen werden könne. Die Globalüberlegenheit des Westens ändere nichts daran, daß die notwendige regionale Stärke auf dem europäischen Festland gegenüber den russischen Massenheeren auf Jahre hinaus nichts zu erwarten sei. Daraus ergebe sich, daß militärische Stärke für Westdeutschland zwar eine defensive Funktion haben könne, aber keine offensive Möglichkeit biete und damit für die Einigung Deutschlands wirkungslos sei¹⁵⁶.

Die Bundesregierung konnte mit ihrer als Politik der Stärke bezeichneten Argumentation, durch den Wehrbeitrag werde man die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung schaffen, ihre Kritiker nicht überzeugen, und der Erfolg dieser Politik blieb aus. Doch wie waren für die Bundesrepublik Sicherheits- und Wiedervereinigungspolitik in Übereinstimmung zu bringen? Während Carlo Schmid in der ersten Ratifizierungsdebatte zum EVG-Vertrag den Mißerfolg der Regierungspolitik voraussagte, fragte von Brentano sechsmal in Zwischenrufen: „Aber was sollen wir denn machen?“ Eine konkrete Antwort konnte auch Schmid nicht geben. Es gebe kein Patentrezept zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, „aber man muß auf dieses Ziel hin verhandeln, und das ist besser, als militärisch zu denken, wo politisch gedacht werden muß“¹⁵⁷.

Den mittleren Weg einer Politik, die auf Stärke nicht ganz verzichten sollte, schlug Paul Sethe vor. Die Bundesregierung dürfe Möglichkeiten, wie sie sich in der Sowjet-Note böten, nicht einfach deshalb ausschlagen, weil sie in kein starres Schema paßten. Außenpolitik müsse biegsam sein und die Möglichkeiten auf dem diplomatischen Verhandlungsweg abtasten; so hätten es alle Meister der Politik gehalten. Selbstverständlich müsse die Bundesrepublik gegen einen sowjetischen Angriff gesichert werden, aber das schließe doch Verhandlungen nicht aus. Am Tag der ersten Bundestagsdebatte über Stalins Note, dem 3. April 1952, veröffentlichte Sethe den Vorschlag, „daß die europäische Armee mit Einschluß deutscher Streitkräfte gebildet werden sollte, daß aber gleichzeitig Verhandlungen mit den Russen geführt würden, mit dem Ziele, ihr Einverständnis mit der Wiedervereinigung zu erringen; als Preis dafür sollten sie die Garantie bekommen, daß die europäische Armee eine bestimmte Stärke nicht überschritte. So könnte sie niemals zum Einfall in Rußland fähig sein.“¹⁵⁸

Stärker werden und gleichzeitig verhandeln war Sethes Alternative zu Adenauers Politik der Stärke, wonach erst verhandelt werden sollte, wenn die Bundesrepublik und der Westen noch stärker geworden wären. Mit der Forderung nach Gleichzeitigkeit unterschied sich Sethe aber auch von der SPD, die das Problem des

¹⁵⁵ Vgl. die Rede in der Frankfurter Paulskirche vom 8. 6. 1952 bei Heinemann: Verfehlte Deutschlandpolitik, S. 31.

¹⁵⁶ Vgl. Schütz: Deutschland am Rande zweier Welten, S. 32f.

¹⁵⁷ BT, sten. Ber., S. 9817 (9. 7. 1952).

¹⁵⁸ Sethe, Paul: Außenpolitik muß biegsam sein, in: *FAZ*, 3. 4. 1952; vgl. auch derselbe, Zwischen Bonn und Moskau. Ffm. 1956, S. 49ff.

Wehrbeitrags zunächst suspendieren wollte, um frei von Bindungen verhandeln zu können. Sethe berücksichtigte sowohl die westlichen als auch die sowjetischen Sicherheitsinteressen und versuchte, die deutsche Wiedervereinigung mit beiden in Übereinstimmung zu bringen. Die Macht stellte Adenauer her, ohne jedoch gleichzeitig für den Osten akzeptable Vorschläge zu unterbreiten oder auf solche einzugehen, ohne stärker zu werden und zu verhandeln.

Paul Sethe unterstellte Adenauer später sogar Relikte militaristischen Denkens aus wilhelminischer Zeit, in der sich sein politisches Denken geprägt habe, denn der Kern des Militarismus, „die Überbewertung des Militärischen, der Verzicht auf das Königsrecht der schöpferischen Diplomatie zugunsten des militärischen Denkens“ sei eine überpersönliche Erscheinung gewesen, der auch Adenauer als gänzlich unmilitärischer Kopf erlegen sei¹⁵⁹.

Vieles deutet aber darauf hin, daß Adenauer in Wahrheit stets politisch und nicht militärisch dachte und die Primärfunktion des Wehrbeitrags immer in der defensiven militärischen Sicherung des Bundesgebiets nach Osten erblickte. Ob der Kanzler je an eine sekundäre Funktion, an die auf militärische Überlegenheit gestützte politische Offensive geglaubt hat, scheint fraglich. Kühne Formulierungen aus dem Arsenal der Politik der Stärke hat er in der Regel nur dann gebraucht, wenn er sich gegen die Kritik verteidigte, die seine innenpolitischen Gegner an seiner Wehrpolitik übten, wenn er sich gegen den Vorwurf wehrte, er schreibe mit der Wiederbewaffnung die Wiedervereinigung ab. Seine als Politik der Stärke bezeichnete Gegenbehauptung, er werde gerade mit dem Wehrbeitrag die Wiedervereinigung durchsetzen, war offensichtlich eine Hilfskonstruktion innenpolitischer Taktik, die das eigentliche Ziel seiner Politik abschirmen sollte.

¹⁵⁹ Vgl. eine Zuschrift Sethes, in: *Der Spiegel*, 9. 10. 1963, S. 16f.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Bundesregierung und Opposition standen nach dem Ausbruch des Koreakrieges gleichermaßen unter einem Schock. Sie waren sich zunächst darüber einig, daß in der Sicherheitsfrage schnell gehandelt werden müsse, um eine Wiederholung der koreanischen Ereignisse auf deutschem Boden zu verhindern. Aus dem Zwang zum Handeln ergab sich die Notwendigkeit, politische Entscheidungen zu fällen, die unter anderen Umständen nicht oder noch nicht zur Diskussion gestanden hätten.

Mit zunehmendem Abstand vom Kriegsausbruch ließ die fieberhafte Aktivität des Sommers und Herbstes 1950 jedoch nach, und eine ruhigere Betrachtungsweise des Sicherheitsproblems setzte sich durch. Es zeigte sich bald, welche unterschiedliche Lagebeurteilungen selbst in einer Zeit äußerster politischer Spannung möglich waren. Zwar wußten alle Beteiligten um die exponierte Lage Deutschlands im Ost-West-Konflikt, aber es blieb fraglich, wie weit die Deutschen an diesem Konflikt aktiv teilnehmen mußten, ob aus der Situation des Kalten Krieges zwangsläufig die Politik des Wehrbeitrags zur westlichen Verteidigung abzuleiten war.

Adenauer war gewillt, schnell zu handeln, nicht nur der sowjetischen Bedrohung wegen, sondern weil er die günstige Situation des Drucks von außen für die politische Integration der Bundesrepublik in den Westen erkannt hatte.

Gegner dieser Politik waren nicht prinzipiell mit der unpolitischen „ohne mich“-Haltung gleichzusetzen, doch sie schreckten davor zurück, außenpolitische Weichenstellungen und verfassungsgebende Maßnahmen unter Zeitdruck und unter tagespolitischen Aspekten vorzunehmen. Man dürfe, so argumentierten sie, durch zu rasche Entschlüsse ohne ausreichend durchdachte Alternativen zum Vergangenen nicht die Möglichkeiten des Neuanfangs verpassen, sonst bereite man eine politische Restauration vor¹.

Bis zum Sommer 1950 hatte in der Bundesrepublik im wesentlichen Einigkeit über die politische Zielsetzung bestanden. Die wichtigsten politischen Grundentscheidungen hatten die Westorientierung der Bundesrepublik betroffen, ferner das Streben nach Wiedergewinnung der politischen Handlungsfreiheit, die Politik der Wiedervereinigung und die europäischen Einigungsbestrebungen. Zwischen diesen Zielen bestand keine spürbare Rangordnung. Das änderte sich, als mit Ausbruch des Koreakrieges die bis dahin in der Bundesrepublik vernachlässigte Frage der äußeren Sicherheit zum vorrangigen Problem wurde, dessen Lösung das Gefüge der politischen Zielsetzung beeinflussen mußte.

Nachdem es im Juli und August 1950 immer offensichtlicher geworden war, daß die Westmächte eine Beteiligung der Bundesrepublik an der westlichen Verteidi-

¹ Vgl. z. B. Dirks, Walter, Der restaurative Charakter der Epoche, in: *Frankfurter Hefte*, 1950, H. 9, S. 942 ff.

gung anstrebten, erkannten Bundesregierung und Opposition darin neben der Notwendigkeit militärischer Sicherung auch eine Chance für die Erweiterung des politischen Handlungsspielraums und den beschleunigten Abbau des Besatzungsrechts in der Bundesrepublik. Die dadurch verursachte politische Aktivität brachte binnen weniger Monate in die politischen Ziele der Bundesrepublik eine Rangordnung. An ihrer Spitze stand im Herbst 1950 die Rückgewinnung der politischen Handlungsfreiheit als Voraussetzung oder Folge eines Wehrbeitrags, an zweiter Stelle die europäische Einigung. Das Wiedervereinigungsproblem trat zunächst nicht besonders hervor, obwohl es ein Jahr später im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag stehen sollte.

Den deutschen Interessen standen die Absichten der westlichen Alliierten gegenüber, die sich hauptsächlich auf drei Punkte konzentrierten: militärische Stärkung des Westens durch einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik, Kontrolle dieses Wehrbeitrags und Einbeziehung der Bundesrepublik in die Verteilung der westlichen Verteidigungslasten. Am Ende eines längeren Prozesses der Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen sollte dann den Deutschen eine gewisse politische Selbständigkeit gewährt werden. Über die Reihenfolge der Ziele bestand jedoch Uneinigkeit unter den Alliierten.

Diese Differenzen gaben der Bundesrepublik zwar Verhandlungsspielraum, aber nur in dem Rahmen, der durch die Grundentscheidungen der westlichen Politik abgesteckt und bei einer Einbeziehung in die westliche Verteidigung mit zu übernehmen war. Zu ihnen gehörten vor allem die Politik des Status quo und die in der Eindämmungspolitik begründete Limes-Funktion der an den Ostblock angrenzenden Bundesrepublik.

Vom Oktober 1950 an nahm auch die Sowjetunion als vierte Besatzungsmacht an der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag der Bundesrepublik teil. Die Russen wollten diesen Wehrbeitrag verhindern – um welchen Preis, war und ist fraglich, obwohl die Bedingungen 1952 vielleicht zu erfahren gewesen wären. Immerhin hatte die Sowjetunion einen Trumpf in der Hand: die Wiedervereinigung. Sie zeigte diesen Trumpf als Lock- und Druckmittel, aber würde sie ihn auch ausspielen, und würde er die Karte der Sicherheit im westlichen Verteidigungssystem stechen?

Zunächst bestand in der Bundesrepublik nahezu Einigkeit über die Beurteilung der östlichen Wiedervereinigungsinitiativen: Sie sollten einen Wehrbeitrag verhindern; auch lehnte man sie als Versuche zur Unterwerfung der Bundesrepublik unter das kommunistische System ab.

Erste Zweifel regten sich bei Heinemann, vom Sommer 1951 an auch in der SPD: Könnte die mit dem Wehrbeitrag verbundene Westintegration etwa so weit gehen, daß eine Wiedervereinigung erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht würde? Mit dem Luetkens-Eklat vom 16. Oktober 1951 wurde der Zielkonflikt offenbar. Einerseits wollte auch die Opposition die außenpolitische Handlungsfreiheit für die Bundesrepublik von den Westmächten als Voraussetzung für die Teilnahme an der Verteidigung gewinnen, doch andererseits stand dem die

Befürchtung entgegen, die Bundesrepublik werde durch diesen Zuwachs an Souveränität vom Provisorium zum Definitivum.

Adenauer wollte diesen Zielkonflikt umgehen, um eine Gefährdung seiner Politik – der Westintegration und der Bildung eines vereinigten Europa durch gemeinsame Verteidigung – zu verhindern. Auch er gab stets die Wiedervereinigung als sein politisches Ziel an, wie die SPD ihrerseits nicht vom Ziel der europäischen Einigung abrückte. Während Adenauer aber den Anschluß an den Westen und die europäische Einigung für das wichtigste und vordringlichste Ziel hielt, gaben die Sozialdemokraten und andere oppositionelle Politiker der Wiedervereinigung zunächst den Vorrang. Damit verband sich notwendigerweise das vorläufige Nein zu einem Wehrbeitrag im Rahmen der EVG. Die Opposition befürchtete, der Wehrbeitrag könnte eine solche Eigengesetzlichkeit entwickeln, daß die Entscheidungsfreiheit über andere politische Probleme wie die Wiedervereinigung in untragbarer Weise eingeengt würde. Regierung und Opposition setzten die Prioritäten in umgekehrter Reihenfolge. Für Adenauer waren im Gegensatz zur Opposition Wehrbeitrag und Wiedervereinigung zu vereinbarende, allerdings nicht gleichzeitig erreichbare Ziele.

Die Neutralisten versuchten, den politischen Folgen des Kalten Krieges zu entkommen. Sie wollten das Problem der Wiedervereinigung lösen, konnten aber auf die Frage nach der Sicherheit keine eindeutige Antwort geben. Pazifistische Neutralisten vertrauten darauf, daß die Nichtteilnahme am Wettrüsten Deutschland aus dem Ost-West-Konflikt heraushalten werde, doch ihr Vertrauen erschien im Kalten Krieg als nicht gerechtfertigt. Deutschland dagegen aus eigener Kraft zu verteidigen, schien angesichts der hochgerüsteten Sowjetunion ebensowenig möglich zu sein, und die Stabilität einer Garantie durch die Großmächte hing von deren politischer Interessenlage und nicht von den deutschen Bedürfnissen ab.

Die Neutralisten der Notgemeinschaft, nach Stalins März-Note auch der SPD, wollten Wehrbeitrag und Westintegration wenigstens so lange zurückstellen, bis die Absichten Stalins durch Verhandlungen auf ihre Annehmbarkeit geprüft wären. Sie wollten die Möglichkeit des „dritten Weges“ zwischen dem Anschluß an den Westen und an den Osten für eine bestimmte Zeit offenhalten und räumten damit der Wiedervereinigungspolitik einen höheren Rang ein als der Politik des Westanschlusses.

Adenauer hielt einen dritten Weg für ungangbar, denn nach seiner Meinung gab es nur die Entscheidung für oder gegen Moskau. Eine Lösung außerhalb der Westintegration, so glaubte Adenauer, könnte nicht gegen den Osten gesichert werden. Jede Art von Neutralisierung betrachtete er als eine Kapitulation vor der Sowjetunion.

Es ist fraglich, ob nach Stalins März-Note die Wiedervereinigung tatsächlich um den Preis einer Aufgabe des Wehrbeitrags zu haben gewesen wäre. In keinem Fall aber war Adenauer gewillt, diesen Preis zu bezahlen, denn er hätte damit sein Ziel aufgeben müssen, Deutschland so eng wie möglich mit Westeuropa zu verbinden, wobei sich politische Zielsetzung und Sicherheitserfordernis zur Deckung bringen

ließen. Jede Stellungnahme gegen den Wehrbeitrag betrachtete er als gegen Europa und gegen den Westen gerichtet.

Dem Vorwurf einer Vernachlässigung der Wiedervereinigungspolitik versuchte er mit einer Konzeption zu begegnen, die als Politik der Stärke bezeichnet wurde. Diese Politik war so formuliert, daß auch Kompromißvorschläge wie die von Mehner, Pfeleiderer oder Sethe in ihr keinen Platz fanden. Die „Politik der Stärke“ sollte Westintegration mit Wiedervereinigungspolitik verbinden und den behaupteten Widerspruch zwischen beiden aufheben. Die Bundesregierung konnte auf diese Weise den Eindruck vermitteln, sie habe in der Frage der Wiedervereinigung das Gesetz des Handelns in die eigene Hand bekommen; sie gab zu erkennen, auf dem Wege über den Wehrbeitrag ließe sich in absehbarer Zeit die Wiedervereinigung erreichen.

Aber war es möglich, mit dem als reine Verteidigungsmaßnahme deklarierten und konzipierten Wehrbeitrag der Bundesrepublik den Osten zu Verhandlungen über die Aufgabe des von der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebietes zu bewegen? Und wenn es möglich war, warum hat Adenauer dann die als ersten Erfolg der Politik der Stärke interpretierte März-Note nicht zu Verhandlungen genutzt? Der Bundeskanzler hielt den Zeitpunkt für solche Verhandlungen im Frühjahr 1952 noch nicht für gekommen und wollte erst ein weiteres Anwachsen der westlichen Macht abwarten, vor allem aber sollte das Hauptziel seiner Politik, die Westintegration, nicht gefährdet werden.

Der sozialdemokratische Vorwurf, die Politik der Stärke lasse dem Kreml keine Möglichkeit, Verhandlungen zu führen, die auch in sowjetischem Interesse lägen, traf die Konzeption an einer empfindlichen Stelle, denn einige Formulierungen konnten die Sowjets zu der Meinung kommen lassen, die Bundesregierung werde nicht bereit sein, Kompromisse in bezug auf die Politik der Westintegration einzugehen, ja ein Zurückweichen vor der Stärke des Westens werde sogar zur Einbeziehung des DDR-Territoriums in den Machtbereich der westlichen Gemeinschaft führen.

Adenauer, der die sowjetische Politik weiterhin als expansiv einschätzte, ließ das mögliche Vorhandensein defensiver sowjetischer Interessen unberücksichtigt. Er betrachtete die Bildung des Satellitengürtels nur unter dem Aspekt imperialer Politik, nicht unter dem der Sicherheit für die Sowjetunion. Falls der Kreml das Gebiet zwischen der sowjetischen Westgrenze und dem Eisernen Vorhang aber doch als Vorfeld der Verteidigung ansah, wie sollte er dann den Satellitengürtel freiwillig aufgeben? Die Hoffnung, die Sowjetunion werde bei einem fühlbaren Anwachsen der westlichen Macht vor dieser zurückweichen, erwies sich als falsch.

Adenauer versprach sich dennoch – wenn man seinen öffentlichen Reden folgt – vom Vorhandensein westdeutscher Divisionen mehr als nur die Sicherung der Bundesrepublik. Er traute dem militärischen Mittel eine politische Wirkung zu, die es im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen nicht mehr haben konnte, schon gar nicht gegenüber der Weltmacht Sowjetunion, denn der Krieg hatte aufgehört, ultima ratio im Austrag politischer Konflikte zu sein. Militär konnte unter diesen

Umständen nur noch für den Fall der Notwehr aufgestellt werden und die Funktion haben, Sicherheit gegen Angriff durch Abschreckung des Angreifers zu geben und dem Politiker die Freiheit zum Handeln ohne Erpressung zu erhalten.

Das unmittelbare Ziel des Wehrbeitrags, die Sicherung des Bundesgebiets gegen militärische Übergriffe, wurde erreicht, auch das indirekte Ziel der politischen Westintegration, nicht aber die Wiedervereinigung. Der Wehrbeitrag erwies sich als untaugliches Mittel zu diesem Zweck. Die deutschen Truppen, die aufgestellt werden sollten, erhielten in der Politik der Stärke eine Funktion, die sie nicht erfüllen konnten.

Die Sozialdemokraten sahen den Mißerfolg dieser Politik voraus, aber sie konnten keinen anderen Weg weisen, der für die Öffentlichkeit den gleichen Vorzug gehabt hätte, nämlich Erfolg zu versprechen. Ihre Politik erschöpfte sich lange Zeit in der bloßen Ablehnung des Wehrbeitrags. Sie wollten zunächst alle Möglichkeiten der Verhandlung mit dem Osten ausschöpfen, befanden sich aber in der schwierigen Lage, über das Ergebnis solcher Verhandlungen nur Spekulationen anstellen zu können, solange sie nicht geführt wurden. So entschieden sich die Wähler 1953 für Adenauers Weg, der ihnen Sicherheit versprach, während die SPD sie nicht davon überzeugen konnte, daß auch ihr Weg Sicherheit bringen würde. Die Wähler gaben damit auch der Sicherung durch Westintegration den Vorzug vor der Wiedervereinigung.

Die Entscheidung über den Wehrbeitrag hatte damit zu einer Entscheidung über die Prioritäten in der Politik der Bundesrepublik geführt. Wenn zu Beginn der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag die Rangordnung der politischen Ziele noch offen war, so führte der Kampf um den Wehrbeitrag im Lauf von zwei Jahren zu einer Festlegung und damit zu politischen Entscheidungen, die über das Sicherheitsproblem weit hinausreichten.

„Die Bundesrepublik ist noch unfertig an allen Ecken und überall knistert es.“² So schrieb Heinemann im Mai 1950. Genau zwei Jahre später fand in Bonn und Paris die Unterzeichnung der Verträge statt, die den außenpolitischen Weg der Bundesrepublik und einen wesentlichen Teil ihrer Verfassung, die Wehrverfassung, weitgehend festlegten. Nun konnte eine Zeitung die politische Situation der Bundesrepublik mit den Worten kommentieren: „Les jeux sont faits“³, und Reinhold Maier glaubte, dabei „den Flügelschlag des Schicksals unseres Vaterlandes“ zu vernehmen⁴.

Regierung und Opposition erkannten die weitreichende politische Bedeutung der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag wohl, und deshalb wurde so hart gekämpft. Adenauer bezeichnete den Wehrbeitrag 1950 als „die Frage der Fragen“⁵, und Schumacher stellte 1951 fest:

² *Wiesbadener Kurier*, 21. 5. 1950.

³ *Universitäts-Zeitung*, 6. 6. 1952.

⁴ Maier, *Erinnerungen 1948–1953*, S. 448.

⁵ In einer Rede vor den ap-Abonnenten in Bonn am 28. 10. 1950, ap-Fernschreiben, Archiv BPA.

„Für die deutsche Politik handelt es sich heute um einmalige, unrevidierbare Entscheidungen. Sind die Weichen einmal gestellt und ist der Zug in Bewegung, kann er weder umgeleitet noch aufgehalten werden.

Goethe hat einmal gesagt: ‚Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem Zuknöpfen nicht zurecht!‘⁶

Ob das erste Knopfloch verfehlt wurde, ist eine Frage der Wertung. Sicher ist, daß die Entscheidung über den Wehrbeitrag eine Entscheidung über die politische Zukunft Deutschlands war.

⁶ In einer Rede am 9. 10. 1951, Text-Archiv BPA, S. 2.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Akten und Archivmaterialien

a) *Bundesarchiv/Militärarchiv**

Signatur

(Schw.) 1-/Bd. 1 ff. Akten der Bundeszentrale für Heimatdienst (Dienststelle des ersten Sicherheitsbeauftragten des Bundeskanzlers 1950, Graf von Schwerin)

(Bl.) 2-1 ff. Akten der Dienststelle des Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen („Amt Blank“)

(EVG) 3-ff. Akten der EVG-Konferenzen, insbesondere der deutschen Militärdelegation in Paris

b) *Pressearchiv des Deutschen Bundestages*

Signatur

Inhalt

INT 302 Europäische Verteidigungsgemeinschaft allgemein

„ 302-0 Konferenzen

„ 302-4 Alternativvorschläge zur EVG

„ 302-4/0 Bundesregierung

„ 302-4/1 Öffentliche Meinung, Einzelpersonlichkeiten

„ 302-4/2 Parteien

„ 302-4/10 Frankreich

„ 302-4/15 USA

„ 302-4/16 England

„ 302-10 Eingliederung der Bundesrepublik in die EVG

„ 302-10/0 Einstellung der Bundesregierung

„ 302-10/1 Öffentliche Meinung

„ 302-10/2 Parteien

„ 302-10/3 Gewerkschaften

„ 302-10/4 Soldatenbünde

„ 302-10/5 Andere Organisationen

„ 302-10/13 EVG und Saargebiet

„ 302-10/15 EVG und USA

„ 302-10/16 EVG und England

„ 302-10/17 EVG und andere westliche Länder

„ 302-10/18 EVG und ausländische Organisationen

„ 302-10/19 EVG und Europarat

„ 302-10/20 EVG und UdSSR

„ 302-10/21 EVG und Ostzonenregierung

c) *Archiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*

Adenauer-Nachlaß (vorläufige Zusammenstellung)

Archiv des Deutschen Büros für Friedensfragen

Archiv der Neuen Zeitung

* Bestände, die aus dem Bundesministerium der Verteidigung stammen und im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg lagern; nach der Gemeinsamen GO der Bundesregierung nicht allgemein zugänglich.

Pressekonferenzen und Interviews, die in Bonn gegeben wurden (unveröffentlichte Wortprotokolle)

Presseverlautbarungen der Bundesregierung

Biographisches Archiv

„Grüner Plan“ auf Mikrofilm:

Signatur	Film-Nr.	Inhalt
Grüner Plan		
004-0/1	3	Beratungsstelle Sicherheitsfragen (Schwerin)
004-2	4	Besprechungen Bundeskanzler – Fraktionsvorsitzende und SPD-Vorstand
035-1/6	17	SPD und Wiederbewaffnung
035-2/2	18	FDP und Wiederbewaffnung
060-7 ff.	23/24	„Remilitarisierung“, Wehrbeitrag, Neutralisierungsbestrebungen
060-15	25	Bundeszentrale für Heimatdienst
074-1	29	Subversion, „5. Kolonne“
079	29	Pazifismus
508	48	Kriegsbeschädigte, Heimkehrer
524-0/6	52	DGB und Wehrbeitrag
630-7	55	EKD und Wehrbeitrag
705	56/57	Öffentliche Meinung und Wehrbeitrag
800-2	58	Kriegsgefangene
800-7	58	ehemalige Soldaten
810-3/2	59	Manstein-Prozeß
810-3/4	59	Deutsch-alliierte Gnadenkommission für Kriegsverbrecher, Amnestiebestrebungen
820-7/0	60	Deutsche Arbeitseinheiten bei den Besatzungsmächten
820-9/0	61	Amt Blank
825-1	61	Sicherheitspolitik der Westmächte
850	62	Gesetzgebung der Alliierten Hohen Kommission und Stellungnahmen der Bundesregierung
981	73	Jugendorganisationen, Jugend und Politik
	81-86	Verbände
	91-93	Wahlen

Mikrofilm: Deutsches Büro für Friedensfragen; Die Wiederaufrüstung Deutschlands im Spiegel der Presse, MS, Mai 1950.

Mikrofilm: Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Staff; Germans View the Remilitarization Issue. Report No. 57. Series No. 2. January 12, 1951. Restricted.

d) Archiv der CDU, Bundesgeschäftsstelle

Mappe Theodor Blank

Mehrere Schachteln „Wehr . . .“, „Verteidigung“

Presseverlautbarungen

e) Archiv der CDU, Landesverband Nordwürttemberg

Material zum Landtagswahlkampf im Herbst 1950

f) Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Vom DGB und Einzelgewerkschaften veröffentlichte Stellungnahmen zu Wehrbeitrag und Sicherheitsfragen

- g) *Archiv der FDP, Bundesgeschäftsstelle*
 Akten Mende
 Nachlaß Pfeleiderer
 Wortprotokolle der Sitzungen des Bundesvorstandes
 Protokolle und Entschlüsse des Bundesparteitages München im September 1951
 Mappen „Wehrbeitrag“ u. ä.
 Pressedienste
 Presseverlautbarungen
- h) *Archiv des Verbandes Deutscher Soldaten (VDS)*
 Akten der Bundesgeschäftsstelle
 Schriftwechsel mit den Landesverbänden
- i) *Archiv der Bibliothek für Zeitgeschichte (vormals Weltkriegsbücherei), Stuttgart*
 Nr. 0630 Denzel Egon: Zeitungsausschnittsammlung 1948–1955 betr. Europaarmee und Anfänge der Bundeswehr (Auswertung der südwestdeutschen Regionalzeitungen).

2. Gedruckte Verhandlungsprotokolle

- a) Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Erster Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Goslar, 20. bis 22. Oktober 1950, Bonn o. J.
 dieselbe: Zweiter Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Karlsruhe, 18. bis 21. Oktober 1951, Bonn o. J.
- b) Council of Europe: Consultative Assembly. Second Session. Vol. I. 7th–28th August 1950. Reports. Part I. Sittings 1 to 12, Strasbourg 1950.
- c) Der Kampf um den Wehrbeitrag. Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e. V. in Mainz. 2 Halbbände und ein Ergänzungsband, München 1952, 1953 und 1958. 469, 838 und 689 S. [Verfassungsstreit vor dem Bundesverfassungsgericht um den Wehrbeitrag]
- d) Deutscher Gewerkschaftsbund: Landesbezirk Bayern, Außerordentliche Landesbezirkskonferenz, Protokoll, München am 10. Februar 1952.
- e) Verhandlungen des Deutschen Bundestages. I. Wahlperiode 1949. Stenographische Berichte.
 Anlagen zu den stenographischen Berichten (Drucksachen).

3. Dokumentenveröffentlichungen, Sammlungen von Reden, Statistiken u. a.

- Bauer, Karl: Deutsche Verteidigungspolitik 1945–1963. Dokumente und Kommentare, Boppard 1964.
- Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. I. Teil Oktober 1949 bis Oktober 1953. Hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn, 4. erw. Aufl., 2. Nachdruck 1959.
- Brentano, Heinrich von: Deutschland, Europa und die Welt. Reden zur deutschen Außenpolitik, Bonn 1962.
- CDU/CSU, Generalsekretariat (Hrsg.): Politisches Jahrbuch der CDU/CSU, 1. Jg., Frankfurt/Main 1950.
 Politisches Jahrbuch der CDU/CSU, 2. Jg., Recklinghausen 1953.

- Deuerlein, Ernst: Die Einheit Deutschlands. Bd. I. Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949. Frankfurt/Main und Berlin (2. erw. Aufl.) 1961.
- derselbe (Hrsg.): Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der „Großen Drei“, München 1963.
- Der deutsche Verteidigungsbeitrag. Dokumente und Reden. Hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1954.
- Deutschland-Frankreich. Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen. Hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg, 3. Bd., Stuttgart 1963.
- Documents on Germany under Occupation 1945–1954. Hrsg. von Beate Ruhm von Oppen, London 1955.
- Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956, [Ost-]Berlin 1965.
- Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, [Ost-]Berlin 1954.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, [Ost-]Berlin 1957.
- Drott, Karl (Hrsg.): Sozialdemokratie und Wehrfrage. Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatten, Berlin und Hannover 1956.
- Ehlers, Hermann: Um dem Vaterland zu dienen. Reden und Aufsätze, Köln 1955.
- Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, 3 Teilbände, München 1962.
- Faul, Erwin (Hrsg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen 1960.
- Flechtheim, Ossip K.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 3 Bde., Berlin 1962 f.
- Für und Wider. Lebensfragen deutscher Politik [Vortragsreihe des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Frankfurt in der Paulskirche im Herbst 1951], Offenbach und Frankfurt/Main 1952.
- Heidtmann, Günter: Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945–1964, 3. erw. Aufl., Berlin 1964.
- Heinemann, Gustav W.: Deutsche Friedenspolitik. Reden und Aufsätze, Darmstadt 1952.
- derselbe: Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung. Artikel und Reden, Frankfurt/Main 1966.
- Hohlfeld, Johannes (Hrsg.): Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Bd. VI: Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945, Berlin o. J., Bd. VII: Das Ringen um Deutschlands Wiederaufstieg, Teil I, 1951–1952. Berlin o. J.
- Jäckel, Eberhard (Hrsg.): Die deutsche Frage 1952–1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt/Main und Berlin 1957.
- Jacobsen, Hans-Adolf und Otto Stenzl (Hrsg.): Deutschland und die Welt. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1963. Veröffentlichungen des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Bonn, München 1964.
- Jahn, Hans Edgar: Für und gegen den Wehrbeitrag. Argumente und Dokumente, Köln 1957.
- Kogon, Eugen: Die unvollendete Erneuerung. Deutschland im Kräftefeld 1945–1963. Aufsätze aus zwei Jahrzehnten, Frankfurt/Main 1964.
1. Kongreß der Sozialistischen Internationale. Frankfurt/Main 30. 6.–3. 7. 1951. Konferenzdokumente, Bonn 1951.
- Kraus, Herbert (Hrsg.): Die im Braunschweiger Remerprozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil, Hamburg 1953.

- Lieber, Hans-Joachim und Karl-Heinz Ruffmann: Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Bd. 1, Köln und Berlin 1963.
- Merzyn, Oberkirchenrat (o. Vorn.) (Hrsg.): Kundgebungen, Worte und Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland 1945–1959, Hannover o. J.
- Molotow, W. M.: Fragen der Außenpolitik. Reden und Erklärungen April 1945–Juni 1948, Moskau 1949.
- Neumann, Erich-Peter und Elisabeth Noelle: Antworten. Politik im Kraftfeld der öffentlichen Meinungen, Allensbach 1954.
- dieselben: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, Allensbach 1956.
- dieselben: Umfragen über Adenauer. Ein Porträt in Zahlen, Allensbach 1961.
- Noack, Ulrich (Hrsg.): Die Nauheimer Protokolle. Diskussionen über die Neutralisierung Deutschlands, Würzburg 1950. 230 S.
- Pfleiderer, Karl-Georg: Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956, Stuttgart 1961.
- Reimann, Max: Aus Reden und Aufsätzen 1946–1963, [Ost-]Berlin 1963.
- Report on Germany. 4th Quarterly July 1–September 30, 1950. Hrsg. vom Office of the U.S. High Commissioner for Germany, o. O. u. J.
- 5th Quarterly Oct.–Dec. 1950. 123 S.
- ab 6. Quartal in deutscher Übersetzung als: 6. Bericht über Deutschland des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland. 1. 1.–31. 3. 1951.
7. Bericht 1. 4.–30. 6. 1951. 148 S.
8. Bericht 1. 7.–30. 9. 1951. 114 S.
9. Bericht 1. 10.–31. 12. 1951. 160 S.
10. Bericht 1. 1.–31. 3. 1952. 114 S.
- Bericht über Deutschland des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland. 21. 9. 1949–31. 7. 1952. 360 S. [Letzter zusammenfassender Bericht]
- Scholz, Arno, und Walter G. Oschilewski: Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher. Bd. II: Reden und Schriften, Berlin 1953.
- Siegler, Heinrich von: Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. I: 1943 bis 1959, Bonn 1966 (unveränd. Nachdruck der 1. Aufl. von 1960).
- derselbe: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantikcharta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961. Hauptband I: 1941–1958, 2. erg. u. erw. Aufl., Bonn 1961.
- derselbe (Hrsg.): Keesing's Archiv der Gegenwart, Essen 1950ff.
- derselbe: Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, 4. erw. Aufl., Bonn 1960.
- SPD, Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1948/49. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover o. J.
- Jahrbuch der SPD 1950/51, Dortmund o. J.
- Stammen, Theo (Hrsg.): Einigkeit und Recht und Freiheit. Westdeutsche Innenpolitik 1945–1955, München 1965.
- Treue, Wolfgang: Deutsche Parteiprogramme 1861–1961, 3. erw. Aufl., Göttingen 1961.
- Die Vertragswerke von Bonn und Paris vom Mai 1952. 1. Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten mit den Zusatzverträgen und Korrespondenzen. 2. Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit Anlagen, Frankfurt/Main 1952. (= Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 10)
- Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin o. J.

4. Wichtigere Einzeldokumente

Adenauer, Konrad: Memorandum über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen vom 29. 8. 1950 mit Anschreiben an McCloy, worin dieser gebeten wird, das Memorandum den Außenministern der drei Westmächte so rechtzeitig zuzuleiten, daß es zum Gegenstand der New Yorker Außenministerkonferenz gemacht werden kann. BA/MA, Zentrale für Heimatdienst. Handakte Graf Schwerin. (Schw) 1-/Bd. 4, Bl. 148–155 (MS, unveröffentlicht).

Adenauer-Pressekonferenzen (Wortprotokolle, unveröffentlicht):

- 23. 8. 1950 MS, Archiv BPA.
- 15. 1. 1951 EA, 1951, S. 3716 f.
- 28. 6. 1951 Pressetee, MS, Archiv BPA.
- 28. 6. 1951 Empfang für französische Journalisten, MS, Archiv BPA.
- 15. 7. 1951 Tee-Empfang für Chef-Redakteure, MS, Archiv BPA.
- 18. 9. 1951 MS, Archiv BPA.
- 24. 1. 1952 MS, Archiv BPA.
- 20. 2. 1952 Bulletin, 23. 2. 1952, Nr. 23, S. 217 f.

Adenauer-Interviews:

- 18. 8. 1950 New York Times, dt. Übers., in: EA, 1950, S. 3515.
- 11. 12. 1950 Kingsbury Smith, gekürzte BPA-Version, MS, Archiv BPA.
- 30. 11. 1951 Jan Fraser, in: Bulletin, 4. 12. 1951, Nr. 16, S. 103.
- 5. 3. 1952 Ernst Friedlaender im NWDR, in: Bulletin, 6. 3. 1952, Nr. 27, S. 261 f.
- 26. 4. 1952 Ernst Friedlaender, in: Bulletin, 26. 4. 1952, Nr. 47, S. 487 f.

Adenauer-Reden:

- 11. 10. 1950 Rundfunkrede, MS, Archiv BPA.
- 28. 10. 1950 vor ap-Abonnenten, ap-Fernschreiben, Archiv BPA.
- 2. 12. 1950 Parteitag der Rheinischen CDU in Duisburg, MS, Archiv BPA.
- 14. 1. 1951 Parteitag der Westfälischen CDU in Bielefeld, MS, Archiv BPA.
- 10. 2. 1951 vor Studenten in der Universität Bonn, MS, Archiv BPA.
- 24. 6. 1951 CSU-Landesversammlung in Bad Reichenhall, MS, Archiv BPA.
- 9. 7. 1951 Essen, MS, Archiv BPA.
- 18. 9. 1951 Rundfunkrede, EA, 1951, S. 4405 f.
- 28. 9. 1951 Deutschlandtag der Jungen Union in Bonn, MS, Archiv BPA.
- 8. 12. 1951 vor der Interparlamentarischen Union in London, Bulletin, 8. 12. 1951, Nr. 18, S. 123.
- 10. 12. 1951 vor der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg, MS, Archiv BPA.
- 1. 3. 1952 CDU-Kundgebung in Heidelberg, Bulletin, 4. 3. 1952, Nr. 26, S. 251 ff.
- 9. 3. 1952 Landesparteitag der CDU in Niedersachsen in Hannover, MS, Archiv BPA.
- 25. 3. 1952 vor dem Verein der ausländischen Presse, Bulletin, 27. 3. 1952, Nr. 36, S. 365 f.
- 28. 3. 1952 CDU-Kundgebung in Bonn, MS, Archiv BPA.
- 30. 4. 1952 CDU-Kundgebung in Wetzlar, Bulletin, 3. 5. 1952, Nr. 50, S. 527 ff.

Adenauer-Brief an Kurt Schumacher, in: Bulletin, 13. 11. 1951, Nr. 8, S. 46.

Aufruf zur Bildung der „Dritten Front“, unterzeichnet vom Vorbereitenden Ausschuß, Wolf Schenke u. a. in Hamburg am 31. 10. 1950, Flugblatt, Archiv BPA.

- Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß vom 20. 1. 1951, unterzeichnet von Erich Arp, Günter Gereke, Ulrich Noack, Wolf Schenke u. a., Flugblatt, Archiv BPA.
- Atlantikrat: 5. Tagung des Rates in New York, 18.–27. 9. 1950, Ergebnisse. – In: EA, 1950, S. 3475 f.
- Kommuniqué der Brüsseler Ratstagung vom 18./19. 12. 1950. – In: EA, 1951, S. 3639.
- Kommuniqué der 8. Tagung in Rom vom 24.–28. 11. 1951. – In: EA, 1951, S. 4587.
- Ergebnisse der 9. Tagung in Lissabon vom 20.–25. 2. 1952. – In: EA, 1952, S. 4795 ff.
- Baade, Fritz: Wie kann Deutschland verteidigt werden? Vortrag vom 19. 2. 1951 vor Studenten der Universität Kiel, MS. – In: BA/MA, EVG-Konferenz. Handakte Speidel. Schriftwechsel A–M. EVG 3–/233, Bl. 47 ff.
- Bérard (stellvertr. franz. Hoher Kommissar): Pressekonferenz am 26. 1. 1951 in Bad Godesberg, MS, Archiv BPA.
- Besatzungsstatut, Dokumente zur Revision des Besatzungsstatuts am 6./3. 1951. – In: EA, 1951, S. 3829 f. und 3849 ff.
- Blank, Theodor:
Pressekonferenz zusammen mit Graf Kielmansegg vom 27. 7. 1951 in Bonn, MS, Archiv BPA.
Informationsgespräch mit Pressevertretern am 14. 1. 1952 in Bonn, MS, Archiv BPA.
Rundfunkrede am 19. 1. 1952, MS, Archiv BPA.
Schutz Europas oder Untergang. Rede auf einer Tagung der Katholischen Arbeiterbewegung in Recklinghausen am 30. 3. 1952. – In: Bulletin, 1. 4. 1952, Nr. 38, S. 390 f.
Rede vor Studenten in der Universität Bonn am 16. 6. 1952, MS, Archiv BPA.
- Blücher, Franz:
Pressekonferenz vom 20. 9. 1950, MS, Archiv BPA.
Rede auf dem Dreikönigstreffen der DVP am 6. 1. 1952 in Stuttgart, MS, Archiv der FDP.
- Brüsseler Konferenz der Außenminister der drei Westmächte am 19. 12. 1950, Kommuniqué. – In: EA, 1951, S. 3639.
- Clay, Lucius D.: Pressekonferenz am 25. 10. 1950 in Bonn, MS, Archiv BPA.
- Coudenhove-Kalergi, Richard Graf: Bericht an den IV. Europäischen Parlamentarierkongreß vom 18.–21. 9. 1950 in Konstanz. – In: EA, 1950, S. 3453 ff.
- Ergebnisse der Außenministerkonferenz von London und Lissabon sowie der Besprechungen der westlichen Außenminister mit Bundeskanzler und Außenminister Adenauer am 19. 2. 1952. – In: EA, 1952, S. 4796 f.
- Erklärung der britischen Regierung über einen gegenseitigen Hilfs- und Unterstützungsvertrag zwischen Großbritannien und der EVG vom 15. 4. 1952. – In: EA, 1952, S. 4865 f.
- Evangelischer Arbeitskreis der CDU, Entschließung zur Deutschen Politik im geteilten Deutschland, vom 16. 3. 1952 in Siegen. – In: Union in Deutschland, 20. 3. 1952.
- EVG:
Konferenz in Paris, Dezember 1951, Dokumente. – In: EA, 1951, S. 4659 f.
Kommuniqué der EVG-Konferenz vom 28. 1. 1952. – In: EA, 1952, S. 4731 f.
Kommuniqué der an den EVG-Verhandlungen beteiligten Mächte vom 15. 4. 1952. – In: EA, 1952, S. 4865 f.
Kommuniqué anlässlich der Paraphierung des Vertrages über die EVG vom 9. 5. 1952. – In: EA, 1952, S. 4963.

- Europäische Bewegung, Abschlusserklärung der Deutsch-Europäischen Konferenz in Hamburg vom 21.–23. 9. 1951. – In: EA, 1951, S. 4408f.
- FDP-Parteitag vom September 1951. Entschliefungen zur Außenpolitik, MS, Archiv der FDP.
- François-Poncet, Rede vor amerikanischen Resident Officers am 9. 10. 1950 in Frankfurt. – In: EA, 1950, S. 3577.
- Für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Flugschrift. Hrsg. vom Sekretariat des Deutschen Kongresses, Wolf Schenke, Hamburg o.J. [1951].
- Grotewohl, Otto: Brief an Adenauer vom 30. 11. 1950. – In: EA, 1951, S. 3716.
- Regierungserklärung vom 15. 9. 1951. – In: EA, 1951, S. 4398ff.
- Hallstein, Walter:
- Tee-Empfang für den Verein der ausländischen Presse in Bonn am 11. 7. 1951, MS, Archiv BPA.
 - Vortrag vor Studenten in Bonn, Auszüge. – In: Bulletin, 22. 1. 1952, Nr. 9, S. 86f.
 - Interview mit Peter von Zahn im NWDR. – In: Bulletin, 25. 3. 1952, Nr. 35, S. 356.
 - Pressekonferenz am 29. 1. 1952 in Bonn, MS, Archiv BPA.
- Heuss, Theodor: Rede bei der Schaffermahlzeit in Bremen am 8. 2. 1952. – In: Bulletin, 19. 2. 1952, Nr. 21, S. 193.
- „Himmeroder Denkschrift“. Denkschrift über die Aufstellung eines Deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas. Verfaßt von dem im Eifelkloster Himmerod tagenden militärischen Experten Ausschuß am 9. 10. 1950. Verteilt an den Bundeskanzler, Ministerialdirektor Blankenhorn und Graf Schwerin, BA/MA, (Schw) 1–/Bd. 18, Bl. 1–53.
- Dazu: Stellungnahme des Sicherheitsberaters des Bundeskanzlers, Graf Schwerin vom 28. 10. 1950, ebenda, Bl. 54–60 (MS, unveröffentlicht).
- Kaiser, Jakob: Rede in Essen am 19. 11. 1950. – In: BA/MA (Schw) 1–/Bd. 2 (MS).
- Kielmansegg: Pressekonferenz 27. 7. 1951 siehe Blank.
- Kiesinger, Kurt Georg – Heinz Medefind: Rundfunkgespräch am 13. 1. 1952 im NWDR. – In: Schwäbische Rundschau, 10. 2. 1952.
- Kirkpatrick, Ivone: Rede vor amerikanischen Resident Officers in Frankfurt am 11. 10. 1950. – In: EA, 1950, S. 3578.
- Kommuniqué über Besprechungen zwischen den Außenministern der drei Westmächte und Bundeskanzler Adenauer in Paris am 22. 11. 1951. – In: EA, 1951, S. 4588.
- Konsultativversammlung des Europarates, Die politischen Entschliefungen im ersten Abschnitt der Sitzungsperiode vom 7.–28. 8. 1950. – In: EA, 1950, S. 3361ff.
- Liddell Hart, B. H.: Pressekonferenz in Bonn am 30. 6. 1950, MS, Archiv BPA.
- McCloy, John: Rundfunkinterview mit Ed Haaker vom 25. 7. 1950 in Frankfurt. – In: NZ, 24. 7. 1950.
- Rundfunkrede vom 8. 10. 1950. – In: EA, 1950, S. 3476ff.
- Müller, Vinzenz u. a.: Offener Brief an alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP, Offiziere und Berufssoldaten in Westdeutschland. (1950?) Flugblatt, Archiv BPA.
- Nauheimer Kreis, Stellungnahme zur Jahreswende 1950/51, Würzburg, 20. 1. 1951, Unterzeichner: Ulrich Noack, MS, Archiv BPA.
- Witzenhausener Proklamation des Nauheimer Kreises vom 18. 5. 1950. – In: EA, 1950, S. 3880f.
- New Yorker Außenministerkonferenz, 12.–14. und 18. 9. 1950, Ergebnisse und Kommuniqués. – In: EA, 1950, S. 3405ff.
- Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen dieser Konferenz. – In: EA, 1950, S. 3512.

- Noack, Ulrich: An die Freunde des Nauheimer Kreises und der Unabhängigen Sammlung für die Neutralisierung des wiedervereinigten Deutschland! Würzburg, Oktober 1951. MS, Archiv BPA.
- derselbe: Erläuterungen zu den drei ersten Punkten der Grundlagen einer unabhängigen Sammlung aller Kräfte für Frieden, soziale Gerechtigkeit und menschliche Freiheit, Würzburg, September 1951. MS, Archiv BPA.
- Für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit! Flugschrift. Hrsg. vom Sekretariat des Deutschen Kongresses, Wolf Schenke, Hamburg 1951. Archiv BPA.
- Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten über die Einberufung einer Viererkonferenz ab 3. 11. 1950. – In: EA, 1951, S. 3711 ff.
- Pfleiderer, Karl-Georg: Rede in London am 12. 4. 1951. MS, Archiv der FDP, Pfleiderer-Nachlaß, lfd. Nr. 61.
- Schmid, Carlo: Rundfunkrede im Hessischen Rundfunk am 3. 10. 1950. – In: EA, 1950, S. 3583 f.
- Schumacher, Kurt: Pressekonferenzen:
23. 8. 1950, 24. 10. 1950, 24. 1. 1951, 20. 9. 1951, 9. 10. 1951,
sämtlich als MS im Archiv BPA.
- Schumacher-Reden:
Deutschlands Beitrag für Frieden und Freiheit. Die Politik der deutschen Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation. Referat auf der gemeinsamen Tagung der SPD-Körperschaften am 17. 9. 1950 in Stuttgart. Vom Vorstand der SPD als Broschüre hrsg., Dortmund o.J.
- Macht Europa stark! Referat in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Vorstandes der Bundestagsfraktion der SPD am 31. 3. 1951 in Bonn. Vom Vorstand der SPD als Broschüre hrsg., Hannover o.J.
- Hauptthesen Schumachers aus seiner Rede vom 15. 9. 1951 in Essen. Zusammengestellt und vervielfältigt vom Bundespresseamt am 16. 9. 1951, MS, Archiv BPA.
- Rundfunkrede vom 18. 9. 1951. – In: EA, 1951, S. 4407 f.
- Rundfunkrede im Bayrischen Rundfunk am 11. 6. 1952. – In: Die Freiheit, Mainz, 13. 6. 1952.
- Brief an Bundeskanzler Adenauer vom 9. 11. 1951. – In: Bulletin, 13. 11. 1951, Nr. 8, S. 45 f.
- UP-Interview. – In: Sozialdemokratischer Pressedienst, 17. 5. 1952.
- Schutzbund Deutscher Soldaten, Satzung. – In: Die Deutsche Soldatenzeitung, 6. 6. 1951.
- Speidel, Hans: Denkschrift zur deutschen Sicherheit. Angefertigt im Auftrag des Bundeskanzlers und diesem am 14. 8. 1950 zugeleitet. (MS, unveröffentlicht) Privatarchiv Speidel.
- Strauß, Franz Joseph: Rede im Bayrischen Rundfunk am 16. 4. 1952. – In: Bulletin, 29. 4. 1952, Nr. 48, S. 503 f.
- Twardowski, Fritz von (Regierungssprecher): Pressekonferenzen:
1. 12. 1950, 5. 12. 1950, 12. 12. 1950, 20. 12. 1950, 23. 1. 1951,
sämtlich als MS im Archiv BPA.
- Volkskammer-Erklärung vom 15. 9. 1951. – In: EA, 1951, S. 4404.
- Washingtoner Außenministerkonferenz vom 10.–14. 9. 1951, Konferenzdokumente. – In: EA, 1951, S. 4397 ff.
- Wildermuth, Eberhard: Rede auf dem Dreikönigstreffen der DVP am 6. 1. 1951 in Stuttgart, MS, Archiv der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn.

5. Aufsätze

- Abendroth, Wolfgang: Deutsche Einheit und europäische Integration in der Präambel des Grundgesetzes. – In: EA, 1951, S. 4385 ff.
- Achminow, Herman: Die sowjetische Deutschlandpolitik in den Jahren 1952/53. – In: Osteuropa, 1964, H. 4, S. 251 ff.
- Adenauer, Konrad: Mut zum Handeln. – In: Bulletin, 8. 4. 1952, Nr. 41, S. 425.
- Armstrong, Hamilton Fish: Postscript to E.D.C. – In: Foreign Affairs, Oktober 1954, S. 17 ff.
- Aron, Raymond: Französische Gedanken über die deutsche Einheit. – In: Außenpolitik, 1952, H. 9, S. 576 ff.
- Augstein, Rudolf: Konrad Adenauer und seine Epoche. – In: Der Spiegel, 9. 10. 1963, S. 75 ff.
- Augstein, Rudolf (unter dem Pseudonym „Jens Daniel“): Koreanische Epistel. – In: Der Spiegel, 20. 7. 1950, S. 15.
- Friedfertige Sitten, ebenda, 18. 10. 1950, S. 10.
- Mach Platz, ebenda, 6. 12. 1950, S. 4.
- Sprachrohr Grotewohl, ebenda, 13. 12. 1950, S. 5.
- Isolationismus als Rettung, ebenda, 17. 1. 1951, S. 15.
- Gebt Grotewohl eine Antwort, ebenda, 7. 2. 1951, S. 4.
- Das wäre, ebenda, 27. 3. 1951, S. 4.
- Politik der Faustpfänder, ebenda, 25. 4. 1951, S. 7.
- Das Dilemma mit unserem Kanzler, ebenda, 26. 9. 1951, S. 3 ff.
- Ein Lebewohl den Brüdern im Osten, ebenda, 2. 1. 1952, S. 3 ff.
- Warum nicht noch warten?, ebenda, 12. 3. 1952, S. 4 ff.
- Der Demokratie eine Chance!, ebenda, 21. 5. 1952, S. 3 ff.
- Barandon, Paul: Deutschland im System der Sicherheitspakete. – In: EA, 1952, S. 4975 ff.
- Baumgarten, Hans: Der Zwang, weiter zu sehen. – In: FAZ, 5. 7. 1950.
- Blank, Theodor: Europäische Einheit – Europäische Sicherheit. – In: Bulletin, 13. 5. 1952, Nr. 54, S. 579.
- Borries, Kurt: Die großen Mächte und das Problem der deutschen Einheit. – In: Außenpolitik, 1951, S. 268 ff.
- Bourdin, Paul: Was kümmert uns Korea? – In: Die Zeit, 1. 2. 1952.
- dieselbe: Die Ostpolitik des Kanzlers, ebenda, 3. 4. 1952.
- Braun, Otto: Miliz nach Schweizer Muster? – In: Hamburger Echo, 16. 12. 1950.
- Christ und Welt: Zur Frage der Aufrüstung, 17. 8. 1950.
- dieselbe: Unser aller Sehnsucht, 1. 3. 1951.
- dieselbe: Das deutsche Kontingent: Mehr Initiative – weniger Drill!, 4. 10. 1951.
- dieselbe: Deutsche Außenpolitik im Herbst 1951, 1. 11. 1951.
[sämtlich ungezeichnete Artikel der Redaktion]
- Cornides, Wilhelm: Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost-Gespräches in Deutschland. – In:
EA, 1950, S. 3069 ff. (1. Teil)
EA, 1950, S. 3103 ff. (2. Teil)
EA, 1951, S. 3879 ff. (Schluß).
- dieselbe: Die Straßburger Konsultativversammlung vor den Grundfragen der Europäischen Einigung. – In: EA, 1950, S. 3347 ff.
- dieselbe: Deutschland in Europa. Ergebnisse und Lücken der Deutsch-Europäischen Konferenz in Hamburg vom 21.–23. 9. 1951. – In:

- EA, 1951, S. 4463 ff. (1. Teil)
 EA, 1951, S. 4563 ff. (2. Teil).
 derselbe: Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft. 1. Teil: Kollektive Sicherheit und europäische Verteidigung. – In: EA, 1952, S. 4613 ff.
 derselbe und Hermann Volle: Schumanplan und Atlantikpakt. – In:
 EA, 1950, S. 3503 ff. (3. Teil)
 EA, 1951, S. 3961 ff. (4. Teil).
 dieselben: Die Diskussion über den deutschen Verteidigungsbeitrag. – In: EA, 1951, S. 3576 ff.
 dieselben: Die internationalen Verhandlungen über die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. – In: Die Vertragswerke von Bonn und Paris vom Mai 1952, Frankfurt/Main 1952, S. XIX ff.
 Daniel, Jens: siehe Augstein.
 Dethleffsen, Erich: The Chimera of German Neutrality. – In: Foreign Affairs, April 1952, S. 361 ff.
 Deutsche Außenpolitik 1952. – In: Zeitschrift für Geopolitik, 1952, H. 1, S. 1 ff.
 Deutsche Einheit und Wiederaufrüstung. Eine „Tat“-Rundfrage in Deutschland, Frankreich, USA und England. – In: Die Tat, 8. und 9. 7. 1952.
 Dirks, Walter: Der restaurative Charakter der Epoche. – In: Frankfurter Hefte, 1950, H. 9, S. 942 ff.
 derselbe: Christus, Europa und der Friede, ebenda, 1950, H. 12, S. 1255 ff.
 derselbe (als „WD“): Man braucht deutsche Soldaten, ebenda, 1951, H. 8, S. 533 ff.
 derselbe (als „WD“): Die Deutsche Einheit – Fetisch und Programm, ebenda, 1951, H. 11, S. 789 ff.
 derselbe (als „WD“): Das Angebot der Russen und die Deutschen, ebenda, 1952, H. 4, S. 233 ff.
 Dönhoff, Marion Gräfin: Ist Amerika zur Weltherrschaft bereit? – In: Die Zeit, 15. 2. 1951.
 Erler, Fritz: Ein anderer Weg. – In: Reutlinger Nachrichten, 5. 7. 1952.
 Euler, August Martin: Korea und Deutschland. – In: Industriekurier, 1950, Nr. 111.
 derselbe: Wege zum Frieden ohne Krieg. – In: Der Spiegel, 7. 3. 1951, S. 24 f.
 derselbe: Den Brüdern im Osten eine Zuversicht. – In: Der Spiegel, 9. 1. 1952, S. 4 f.
 Europa zuerst! – In: Rheinischer Merkur, 16. 12. 1950.
 Franz, Emil: Der politische Katholizismus. – In: Christ und Welt, 23. 8. 1951.
 Friessner, Hans: An uns ist es, zu handeln. – In: Die Deutsche Soldatenzeitung, 6. 6. 1951.
 Fuller, J. F. C.: Wie bei Dschingis Khan. – In: Hamburger Freie Presse, 4. 3. 1950.
 Georges-Picot: Die Verteidigung Europas. – In: Internationales Jahrbuch der Politik, 1954, München 1954, S. 74 ff.
 Gerstenmaier, Eugen: Europa als Gegenpol Moskaus. – In: Christ und Welt, 26. 7. 1951.
 derselbe: Mobilmachung der Angst. – In: Schwäbische Rundschau, 10. 2. 1952.
 Grewe, Wilhelm: Von der Kapitulation zum Deutschlandvertrag. – In: Außenpolitik 1952, H. 7, S. 414 ff.
 Guiton, Jean: Die französische Außenpolitik nach dem Kriege. – In: EA, 1952, S. 4651 ff.
 Hallstein, Walter: Freiheit und Frieden in internationaler Solidarität. – In: Bulletin, 23. 2. 1952, Nr. 23, S. 220 f.

- Hamon, Léo: Warum Frankreich mißtrauisch ist. – In: Außenpolitik, 1952, H. 4, S. 216 ff.
- Heinemann, Gustav W.: Was heißt Neutralisierung? – In: Stuttgarter Zeitung, 27. 2. 1951.
- derselbe: Diskussionsbeitrag zur Wiederbewaffnung. Um Frieden, Einheit und Freiheit. – In: Ruhr-Nachrichten, 14. 2. 1952.
- derselbe: Was Dr. Adenauer vergißt. – In: Frankfurter Hefte, 1956, H. 7, S. 455 ff.
- Heinze, Kurt: Völkerrechtsprobleme des Verteidigungsbeitrages der deutschen Bundesrepublik. – In:
EA, 1952, S. 4711 ff. (1. Teil)
EA, 1952, S. 4851 ff. (2. Teil).
- Hermann, Kurt: Gründe gegen den Wehrbeitrag. – In: Nation Europa, 1951, H. 6, S. 29 ff.
- Hill, Russell: The Pact Army in West Germany. – In: New York Herald Tribune, 2. 8. 1951.
- Hofer, Walter: ‚Europäer‘ falschverstandenen Soldatentums. – In: Die Freiheit, 14. 9. 1951.
- Ingrim, Robert: Deutschlands Gelegenheit. – In: Münchner Merkur, 21. 10. 1950.
- derselbe: Wiederbewaffnung und Nürnberger Justiz. – In: Christ und Welt, 7. 12. 1950.
- derselbe: Ende Europas. – In: FAZ, 8. 1. 1951.
- derselbe: Kampf der Strategen. – In: Rheinischer Merkur, 1. 6. 1951.
- derselbe: Der Westen hat den Schlüssel zur deutschen Einheit. – In: Der Mittag, 6. 10. 1951.
- Kaiser, Jakob: Freiheit auch für die Sowjetzone. – In: Bulletin, 12. 2. 1952, Nr. 18, S. 169 f.
- Kleist, Peter: Europa endet nicht an der Elbe. – In: Zeitschrift für Geopolitik, 1951, H. 11, S. 661 ff.
- Kluke, Paul: Nationalsozialistische Europaideologie. – In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1955, S. 240 ff.
- Kogon, Eugen: Die Entscheidung auf Leben und Tod. – In: Frankfurter Hefte, 1950, H. 9, S. 907 ff.
- derselbe: Die Verteidigung Europas, ebenda, H. 12, S. 1261 ff.
- derselbe (als „EK“): Widerspruchsvolle Politik der Einigung, ebenda, 1951, H. 10, S. 701 ff.
- Kruls, H. J.: The Defense of Europe. – In: Foreign Affairs, Januar 1952, S. 265 ff.
- Lauret, René: Frankreich und die deutschen Waffen. – In: Außenpolitik, 1951, H. 1, S. 23 ff.
- Luetkens, Gerhart: Die „Heilige Allianz“ von Straßburg. – In: Außenpolitik, 1950, H. 3, S. 172 ff.
- Manteuffel, Hasso von: Die ehemaligen Soldaten und Europa. – In: Rheinische Post, 14. 8. 1951.
- Mehnert, Klaus (als „m“): „Kampfgruppen“ und deutscher Beitrag. – In: Christ und Welt, 14. 12. 1950.
- derselbe: Der Kampf um Europas Armee, ebenda, 6. 12. 1951.
- derselbe (als „KM“): Noch fehlt die deutsche Antwort. – In: Christ und Welt, 3. 4. 1952.
- derselbe (als „KM“): Drei deutsche Regierungen. – In: Christ und Welt, 21. 5. 1952.
- Meissner, Boris: Die Deutschlandnote des Kreml – Wendepunkt in der sowjetischen Außenpolitik? – In: Zeitschrift für Geopolitik, 1952, H. 4, S. 196 ff.
- Mende, Erich: Die innere und äußere Sicherheit Deutschlands. – In: fdk, 23. 10. 1951.

- Mommsen, Hans: Zum Verhältnis von Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland. – In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1962, H. 4, S. 341 ff.
- Noack, Ulrich: Der Wehrbeitrag – Das Ende einer Politik der Fiktion. – In: Stuttgarter Zeitung, 17. 10. 1951.
- Oppenheimer, Ludwig Yehuda: Aufrüstung und Politische Wissenschaft. – In: Frankfurter Hefte, 1952, H. 5, S. 372 f.
- Orlow, N.: Deutschland an einem Wendepunkt. – In: Tägliche Rundschau, 1. 5. 1952.
- Pechel, Rudolf: Das „gefährlichste trojanische Pferd des Ostens in der Westzone“. – In: Schweizer National-Zeitung, 28. 1. 1951 und 4. 2. 1951.
- Der Preis für die deutsche Einheit. – In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1951, H. 3, S. 157 ff.
- Priester, Karl Heinz: Was ist und was will die „Europäische Nationale“? – In: Nation Europa, 1951, H. 4, S. 62 f.
- Rifflet, R.: Die Entwicklung des europäischen Sozialismus. – In: Bulletin, 20. 5. 1952, Nr. 57, S. 623 f.
- Rothfels, Hans: Zeitgeschichte als Aufgabe. – In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1953, H. 1, S. 1 ff.
- Rudel, Hans-Ulrich: Mit uns? – In: Zeitschrift für Geopolitik, 1951, H. 1, S. 75.
- Russell, Bertrand: Blick in die Zukunft. – In: Stuttgarter Zeitung, 14. 11. 1950.
- Schmid, Carlo: Die Außenpolitik des Machtlosen. – In: Außenpolitik, 1952, H. 1, S. 11 ff.
- Schmid, Werner: Der Sonderfall der Schweizer Neutralität. – In: Außenpolitik, 1950, H. 4, S. 300 ff.
- Schmoller, Gustav von: Die Revision des Besatzungsstatutes. – In: EA, 1951, S. 3919 ff.
- Schütz, Wilhelm Wolfgang: Atlantikpakt mit Vorbehalt. – In: Außenpolitik, 1952, S. 209 ff.
- Sethe, Paul: Leitartikel in der FAZ:
 14. 4. 1950: Der zweite Schritt vor dem ersten
 1. 7. 1950: Nichts aus der Geschichte lernen?
 8. 7. 1950: Dem Konflikt ins Auge schauen
 14. 7. 1950: Man muß für alles bezahlen
 16. 8. 1950: Und Landsberg?
 9. 5. 1951: Schumachers politische Strategie
 11. 2. 1952: War es nicht zu spät?
 12. 3. 1952: Stalins jähe Wendung
 14. 3. 1952: Verhandeln – und stärker werden
 22. 3. 1952: Wir nähern uns der Schicksalsfrage
 25. 3. 1952: So stark ist Deutschland nicht
 29. 3. 1952: Achtung: Wache schieben!
 31. 3. 1952: Die allzu einsamen Beschlüsse
 3. 4. 1952: Außenpolitik muß biegsam sein
 14. 5. 1952: Wir müssen selber wissen, was wir wollen.
- Spindler, Gert: Wir fordern Waffenschutz für unsere Heimat. – In: Der Fortschritt, 21. 7. 1950.
- Spinelli, Altiero: Nordatlantik-Pakt und Europa-Armee. – In: Frankfurter Hefte, 1952, H. 2, S. 81 ff.
- Strasser, Otto: Europas beste Chance: Neutralität. – In: Die Wochen Zeitung, Zürich, 20. 4. 1950.
- Studnitz, Hans Georg von: Kanonenfutter? – In: Hamburger Allgemeine, 29. 11. 1949.

- Thielicke, Helmut: Malmedy. – In: FAZ, 25. 1. 1951.
- Tüngel, Richard: Soll Westdeutschland aufrüsten? – In: Die Zeit, 2. 12. 1948.
- derselbe: Politik der Maginotlinie. – In: Die Zeit, 12. 10. 1950.
- derselbe: Das Ende der Illusion. – In: Die Zeit, 19. 7. 1951.
- derselbe: Das Moskauer Angebot. – In: Die Zeit, 20. 3. 1952.
- derselbe: Auch der Westen bleibt die Antwort schuldig. – In: Die Zeit, 17. 4. 1952.
- Thyssen, Johannes: Westliche Defensive. Wehrbeitrag ein Hindernis für die Wiedervereinigung? – In: Deutsche Universitäts-Zeitung, 25. 4. 1952.
- Vogel, Rudolf: Deutschland und Korea. – In: Union, 9. 7. 1950.
- derselbe: Wehrbeitrag und Frankreich. – In: Schwäbische Rundschau, 10. 2. 1952.
- Volle, Hermann: Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft. 2. Teil: Die Positionskämpfe innerhalb der Atlantikpakt-Organisation. – In: EA, 1952, S. 4618ff.
- Von der totalen Niederlage zur neuen Freiheit. – In:
 Bulletin, 13. 5. 1952, Nr. 54, S. 583ff. (1. Teil)
 Bulletin, 20. 5. 1952, Nr. 57, S. 625ff. (2. Teil)
 Bulletin, 23. 5. 1952, Nr. 58, S. 635f. (3. Teil).
- Vries, Axel de: Neutralisierung und Heimatrecht. – In: Die Stimme der Vertriebenen, 11. 3. 1951.
- Weber, Alfred: Der Westen und die deutsche Einheit. – In: Außenpolitik, 1952, H. 1, S. 5ff.
- Wirsing, Giselher (als „gw“): Partnerschaft, nicht Fremdenlegion. – In: Christ und Welt, 13. 9. 1951.
- derselbe (als „gw“): Das Wort Deutschlands. – In: Christ und Welt, 20. 3. 1952.
- Zwischen Krieg und Frieden. Sonderbeilage der Zeitung Kirche und Mann, 1951, H. 10.

6. Bücher und Broschüren

- Acheson, Dean: Sketches from Life. Of Men I Have Known, New York 1960.
- Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965.
- derselbe: Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.
- derselbe: Wo stehen wir jetzt? Aus der Rede des Bundeskanzlers Dr. Adenauer vor den Studenten der Universität Bonn am 10. Februar 1951. Veröff. im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951.
- Albright, Raymond Jacob: The Defense Ministry of the Federal Republic of Germany: a Study of Organizational Patterns for Creating and Controlling Military Power in West Germany, 1949–1960, Doct. Diss. Harvard 1960.
- Alleman, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar. Köln und Berlin 1956.
- Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, Argumente gegen und für den Wehrbeitrag, MS, Bonn 1952.
- Aron, Raymond: Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, dt. Ausg., Frankfurt/Main 1963.
- derselbe: Der Permanente Krieg, dt. Ausg., Frankfurt/Main 1953.
- Aufrüstung im Sowjetischen Machtbereich. Schriftenreihe der Gesellschaft für Wehrkunde, H. 2, München 1952.
- Backhaus, Hugo Carl (Pseudonym für: Herbert Grabert): Wehrkraft im Zwiespalt. Zur Psychologie des Besiegten, Göttingen 1952.
- Baring, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München und Wien 1969.

- Bauer, Karl: Zehn Jahre nach Korea. Ein Beitrag zur Wehrpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Boppard 1961.
- Bereithbleiben zur Tat. Zum siebenzigsten Geburtstag von General a.D. Dr. Hans Speidel. Hrsg. von der Markus-Verlagsgesellschaft, Köln 1967.
- Bergstraesser, Arnold: Weltpolitik als Wissenschaft, Köln und Opladen 1965.
- Bergstraesser, Arnold, und Wilhelm Cornides (Hrsg.): Die internationale Politik 1955, München 1958.
- Bericht über die Rüstungsproduktion in der Sowjetischen Besatzungszone. Stand 1951, Frühjahr. Hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn ö. J.
- Besson, Waldemar: Von Roosevelt bis Kennedy. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933–1963, Ffm. 1964.
- Billotte, Pierre: Noch ist es Zeit! Kritik und Vorschläge zur Verteidigung des Westens, dt. Ausg., Baden-Baden 1951.
- Blumentritt, Günther: Deutsches Soldatentum im Europäischen Rahmen, Gießen 1952.
- Boeckmann, Herbert von: Die Wandlung des deutschen Soldaten, Berlin 1951.
- Boelling, Klaus: Die zweite Republik. 15 Jahre Politik in Deutschland, Köln und Berlin 1963.
- Bohn, Helmut: Die Aufrüstung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn und Berlin 1960.
- derselbe: Die deutschen Soldatenbünde und der Wehrbeitrag. Anhang: Protokoll der Tagung des VDS am 9. 9. 1951 in Bonn, Verzeichnis der deutschen Soldatenbünde und ihrer Zeitschriften, abgeschlossen im Juni 1952, MS, Archiv der Gesellschaft für Auswärtige Politik (unveröffentlicht).
- derselbe: Die Sozialisten und die Verteidigung. Eine Untersuchung in den Nachbarländern Deutschlands, Köln 1957.
- Bor, Peter (Pseudonym für Paul Lüth): Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950.
- Borch, Herbert von: Friede trotz Krieg. Spannungsfelder der Weltpolitik seit 1950, München 1966.
- Bornhardt, Alfred: Das Janusgesicht der deutschen Sozialdemokratie. Eine wehrpolitische Auseinandersetzung, Stuttgart 1953.
- Brecht, Arnold: Wiedervereinigung. Drei Vorlesungen, München 1957.
- Buchrucker, E.: Die Ehre des Soldaten. Deutsches Soldatentum in europäischer Wehrmacht?, Stollham 1952.
- Bürger, G. A.: Die Legende von 1952. Zur sowjetischen März-Note und ihrer Rolle in der Nachkriegspolitik, Leer 1962.
- Bürger und Landesverteidigung. Bericht über eine Arbeitstagung. Hrsg. vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e.V., Frankfurt/Main 1952.
- Büttner, Walter: Verschwörung gegen Deutschland, Pähl 1952.
- Churchill, Winston S.: Der Zweite Weltkrieg. Mit einem Epilog über die Nachkriegsjahre, dt. Ausg. Bern 1954.
- Cornides, Wilhelm: Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945–1955, Tübingen 1957.
- Cube, Walter von: Ich bitte um Widerspruch. Fünf Jahre Zeitgeschehen kommentiert, Frankfurt/Main 1952.
- Dethleffsen, Erich: Der deutsche Wehrbeitrag. Referat für die ADK. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, MS, Bonn 1952.
- derselbe: Das Wagnis der Freiheit. Schriftenreihe der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947, Nr. 1, Stuttgart 1952.
- Deuerlein, Ernst: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1955, Konstanz 1964.

- Der deutsche Soldat in der Armee von morgen. Wehrverfassung, Wehrsystem, Inneres Gefüge. Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e.V. Mainz, Bd. 4, München 1954.
- Deutschland heute. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Düsseldorf (4. erw. Aufl.) 1955.
- Deutschland heute. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn (5. völlig neu bearbeitete Aufl.) 1959.
- Deutschland im Wiederaufbau. Ein Tätigkeitsbericht der Bundesregierung (für 1949/50). Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn o. J.
- Deutschland im Wiederaufbau 1951. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1951. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn o. J.
- Deutschland im Wiederaufbau 1952. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1952, Bonn o. J.
- Deutschland-Jahrbuch 1953. Hrsg. von Klaus Mehnert und Heinrich Schulte, Essen 1953.
- Dietrich, Hermann: Auf dem Wege zum neuen Staat. Die deutsche Aufgabe, Stuttgart 1951.
- Dischler, Ludwig: Das Saarland 1945–1956. Eine Darstellung der historischen Entwicklung mit den wichtigsten Dokumenten. 2 Teile. Hektographierte Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg Nr. 24 und 25, Hamburg 1956.
- Dönhoff, Marion Gräfin: Die Bundesrepublik in der Ära Adenauer. Kritik und Perspektiven, Reinbek bei Hamburg 1963.
- Donner, Wolf: Die sozial- und staatspolitische Tätigkeit der Kriegspopferverbände, Berlin 1960.
- Douglas, William Allison: The KPD Against Rearmement: The Role of the West German Communist Party in the Soviet Campaign Against West German Rearmement, 1949–1953. Princeton University, Ph. D. 1964.
[In Europa nicht greifbar. Mikrofilm im Besitz des Verfassers.]
- Dyke, Vernon van: Political Science. A Philosophical Analysis, London 1960.
- Edinger, Lewis J.: Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln und Opladen 1967 (dt. Ausg.).
- Eden, Anthony Sir: Memoiren. Bd. II 1945–1957, dt. Ausg., Köln und Berlin 1960.
- Erdmenger, Klaus: Das folgenschwere Mißverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949–1955, Freiburg 1967.
- Europa – Besinnung und Hoffnung. Geleitwort von Albert Hunold und Aufsätze von F. Baudhuin u. a., Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1957.
- Fauvet, Jacques: Von de Gaulle bis de Gaulle. Frankreichs Vierte Republik, dt. Ausg., Tübingen 1960.
- Feld, Werner: Reunification and West German – Soviet Relations. The Role of the Reunification Issue in the Foreign Policy of the Federal Republic of Germany, 1949–1957, with Special Attention to Policy toward the Soviet Union, The Hague 1963.
- Forster, Thomas M.: NVA, Die Armee der Sowjetzone, Köln, 1964.
- Fischer, Per: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945–1959, Berlin und Frankfurt/Main 1959.
- Frankel, Joseph: Die Außenpolitische Entscheidung, dt. Ausg., Köln 1965.
- Franz, Günther (Hrsg.): Teilung und Wiedervereinigung. Eine weltgeschichtliche Übersicht, Göttingen 1963.
- Freymond, Jacques: Die Saar 1945–1955. Hrsg. von Carnegie Endowment for International Peace European Centre. Ausgabe gleichzeitig in deutscher, englischer und

- französischer Sprache, dt. Ausg., hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München 1961.
- Friedrich, Carl Joachim: Die Politische Wissenschaft, Freiburg und München 1961.
- Gablentz, Otto Heinrich von der: Einführung in die Politische Wissenschaft, Köln und Opladen 1965.
- Grewe, Wilhelm G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960.
- Grosser, Alfred: L'Allemagne de L'Occident 1945–1952, Paris 1953.
- derselbe: Die Bonner Demokratie, Düsseldorf 1960.
- Gruchmann, Lothar: Das Korea-Problem. Seine Bedeutung für das geteilte Deutschland. Zur Politik und Zeitgeschichte H. 3. Hrsg. vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Berlin 1960.
- Guderian, Heinz: Kann Westeuropa verteidigt werden?, Göttingen 1950.
- Guiton, Jean R.: Paris – Moskau. Die Sowjetunion in der auswärtigen Politik Frankreichs seit dem Zweiten Weltkrieg, dt. Ausg., Stuttgart 1956.
- Hanrieder, Wolfram F.: West German Foreign Policy 1949–1963. International Pressure and Domestic Response, Stanford 1967.
- Hartmann, Rüdiger: Die Nachkriegsbündnisse und die europäische Ordnung. Jur. Diss. Köln 1962.
- Harwick, Christian: Deutschland zwischen Ja und Nein. Prognose unter dem Fallbeil, Kreuzlingen und Konstanz 1951.
- Hirsch-Weber, Wolfgang: Gewerkschaften und Politik. Eine Studie über die deutschen Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung ihres Kampfes um das Mitbestimmungsrecht, Phil. Diss. Heidelberg 1956.
- Horne, Alistair: Return to Power. A Report on the New Germany, New York 1956.
- Hubatsch, Walter: Die deutsche Frage, Würzburg (2. erw. Aufl.) 1964.
- Ingram, Kenneth: History of the Cold War, London 1955.
- Ingrim, Robert: Die Rettung Deutschlands, Düsseldorf 1952.
- Ja oder Nein zum Verteidigungsbeitrag. Schriftenreihe der Gesellschaft für Wehrkunde, H. 1, München 1952.
- Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925–1950, dt. Ausg., Stuttgart 1968.
- Kirkpatrick, Ivone: Im inneren Kreis. Erinnerungen eines Diplomaten, dt. Ausg., Berlin 1964.
- Kluth, Hans: Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945–1956, Köln und Opladen 1959.
- Knütter, Hans-Helmuth: Ideologie des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus, Bonn 1961.
- König, René (Hrsg.): Beiträge zur Militärsoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 12/1968, Köln und Opladen o. J.
- Kogon, Eugen: Die unvollendete Erneuerung. Frankfurt/Main 1964.
- Kopp, Fritz: Chronik der Wiederbewaffnung in Deutschland, Köln 1958.
- derselbe: Kurs auf ganz Deutschland? Die Deutschlandpolitik der SED, Stuttgart 1965.
- Kralewski, Wolfgang, und Karlheinz Neunreither: Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag 1949–1953, Köln und Opladen 1963.
- Krautkrämer, Elmar: Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg. Eine Darstellung der Entwicklung von 1945–1949 mit Dokumenten, Hildesheim 1962.
- Landsberg. Ein dokumentarischer Bericht. Hrsg. von Information Services Division Office of the U.S. High Commissioner for Germany, o. O. 1951.
- Laqueur, Walter: Deutschland und Rußland, Berlin 1965.
- Laubach, Jakob: Die Verteidigung Europas. Hrsg. vom Büro für Politische Studien. Serie: Wissenswertes, Nr. 9, Frankfurt/Main 1952.

- Lauret, René: Laßt Deutschland arbeiten, dt. Ausg., München 1950.
- Legaret, Jean, und E. Martin-Dumesnil: La Communauté Européenne de Défense, Paris 1953.
- Lehmbruch, Gerhard: Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart 1967.
- Leitbriefe der Freunde der „Stätte der Begegnung“. Nr. 1 und 2, Heiligenhaus o. J. o. S. (Anfang 1952).
- Liberaler Studentenbünd Deutschlands, Bürger – Armee – Staat. Forderungen zu einer künftigen Wehrverfassung, MS, Bonn 1952.
- Lindemann, Helmut: Generäle machen Politik. Eine Studie, Bonn 1952.
- Löwenstein, Hubertus Prinz zu, und Volkmar von Zühlsdorff: Deutschlands Schicksal 1945–1957, Bonn 1957.
- Löwke, Udo Friedrich: Sozialdemokratie und Wehrfrage 1949 bis 1955. Die Haltung der SPD zur Bewaffnung Teil-Deutschlands. Noch unveröff. phil. Diss., MS, Freie Universität Berlin 1968.
- Macintosh, J. M.: Strategie und Taktik der sowjetischen Außenpolitik, dt. Ausg., Stuttgart 1963.
- Maier, Reinhold: Erinnerungen. Bd. II 1948–1953, Tübingen 1966.
- Majonica, Ernst: Deutsche Außenpolitik. Probleme und Entscheidungen, Stuttgart 1965.
- Mehnert, Klaus: Der deutsche Standort, Stuttgart 1967.
- Meissner, Boris: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943–1953, Hamburg 1953.
- Middleton, Drew: The Defense of Western Europe, New York 1952.
- Moch, Jules: Histoire du Réarmement Allemand depuis 1950, Paris 1965.
- Morgenthau, Hans J. (Hrsg.): Germany and the Future of Europe, Chicago 1951.
- Müller-Brandenburg, Hermann: Neutralität?, Berlin 1952.
- Nerlich, Uwe (Hrsg.): Krieg und Frieden im industriellen Zeitalter, Gütersloh 1966. derselbe: Krieg und Frieden in der modernen Staatenwelt, Gütersloh 1966.
- Neunteufel, Raimund: „ohne mich“ – Moskaus trojanisches Pferd, Flugschrift, Bonn 1951 (Bundes-Verlag).
- Niemöller, Martin: Deutschland wohin? Krieg oder Frieden? Rede, gehalten in Darmstadt am 17. 1. 1952, Darmstadt 1952.
- Noack, Ulrich: Deutschlands neue Gestalt in einer suchenden Welt, Frankfurt/Main 1946.
- Norden, Albert: Um die Nation. Beiträge zu Deutschlands Lebensfrage, [Ost-]Berlin 1952.
- Obermann, Emil (Hrsg.): Verteidigung der Freiheit, Stuttgart 1966.
- Oberndörfer, Dieter (Hrsg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg 1962.
- Paget, Reginald T.: Manstein, seine Feldzüge und sein Prozeß, dt. Ausg., Wiesbaden 1952.
- Pape, Friedrich-Wilhelm: Neutralität und kollektive Sicherheit. Jur. Diss., MS, Hamburg 1952.
- Pechel, Rudolf: Deutsche Gegenwart. Aufsätze und Vorträge 1945–1952, Darmstadt 1953.
- derselbe (Hrsg.): Deutsche Rundschau. Sonderheft: Neutralität, Darmstadt und Zürich (Juni) 1952.
- Picht, Georg: Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr. Bd. 1. Witten und Berlin 1965.
- Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, München 1965.

- Poegel, Richard: Sind wir auf dem richtigen Wege? Deutsche Schicksalsfragen gestern, heute und morgen, Frankfurt/Main 1954.
- La Querelle de la C.E.D. Essais d'Analyse Sociologique. Recueil d'Etudes sous la Direction de Raymond Aron et Daniel Lerner par Jacques Fauvet e. a., Paris 1956.
- Ramcke, Hermann Bernhard: Fallschirmjäger damals und danach, Frankfurt/Main 1951.
- Rauschnig, Hermann: Deutschland zwischen West und Ost, Berlin 1950.
- Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg. Wert und Wirkung der Bundeswehr, Stuttgart-Degerloch 1966.
- Raymond, Aron: Frieden und Krieg, dt. Ausg., Ffm. 1965.
- Reiss, Jürgen: George Kennans Politik der Eindämmung, Berlin 1957.
- Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk.
Bd. I–IV: München 1954–1968.
- derselbe: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München 1964.
- Ritter, Gerhard A., und Gilbert Zieburg (Hrsg.): Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag, Berlin 1963.
- Ritter, Waldemar: Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption und seiner Gesellschafts- und Staatsauffassung, Hannover 1964.
- Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.
- Rovan, Joseph: Le Catholicisme Politique en Allemagne, Paris 1956.
- Rudel, Hans-Ulrich: Aus Krieg und Frieden. Aus den Jahren 1945 und 1952, Göttingen o. J.
- derselbe: Dolchstoß oder Legende? In der Reihe: Dokumente der Schande, Rottach-Egern o. J. (um 1952).
- derselbe: Wir Frontsoldaten zur Wiederaufrüstung. Schriften zur Gegenwart, Bd. 2, Buenos Aires 1951.
- Salomon, Ernst von: Der Fragebogen, Hamburg 1951.
- Schicksalsfragen der Gegenwart. Handbuch Politisch-Historischer Bildung. Hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, Innere Führung.
Bd. I–VI Tübingen 1957–1961.
- Schmidt, Robert H.: Saarpolitik 1945–1957. Bd. II: Entfaltung der Saarpolitik zwischen „Wirtschaftsausschuß“ und „Europäisierung“ 1945–1953, Berlin 1960.
- Schmitt, Walter E.: Krieg in Deutschland. Strategie und Taktik der sowjetrussischen Deutschlandpolitik seit 1945, Düsseldorf 1961.
- Schütz, Wilhelm Wolfgang: Deutschland am Rande zweier Welten. Voraussetzungen und Aufgabe unserer Außenpolitik, Stuttgart 1952.
- derselbe: Neutralität oder Unabhängigkeit. Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften München, H. 31, München 1952.
- derselbe: Organische Außenpolitik. Vom Einzelstaat zum Überstaat, Stuttgart 1951.
- Schwarz, H. P.: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeption in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied und Berlin 1966.
- Sethe, Paul: Zwischen Bonn und Moskau, Frankfurt/Main 1956.
- derselbe: Die großen Entscheidungen, Frankfurt/Main 1958.
- derselbe: Öffnung nach Osten. Weltpolitische Realitäten zwischen Bonn, Paris und Moskau, Frankfurt/Main 1966.
- Snyder, Richard C.: Foreign Policy Decision-Making, New York 1962.
- Die sowjetische Deutschlandpolitik 1949–1953. Staatspolitische Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Zeitprobleme, Duisdorf bei Bonn 1962.

- Speier, Hans: German Rearmement and Atomic War. The Views of German Military and Political Leaders, New York 1957.
- Stein, Harold (Hrsg.): American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies, University of Alabama Press 1963.
- Steltzer, Theodor: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966.
- Tauber, Kurt P.: Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism Since 1945. 2 Bde., Middletown, Connecticut 1967.
- Tetens, T. H.: Germany Plots with the Kremlin, New York 1953.
- Tönnies, Norbert: Der Weg zu den Waffen. Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949–1957, Köln 1957.
- Toppe, Hilmar: Der Kommunismus in Deutschland, München 1961.
- Truman, Harry S.: Memoiren. Bd. II, dt. Ausg., Stuttgart 1956.
- Vogelsang, Thilo: Das geteilte Deutschland, München 1966.
- Volle, Hermann, und Claus-Jürgen Duisberg: Probleme der internationalen Abrüstung. Die Bemühungen der Vereinten Nationen um internationale Abrüstung und Sicherheit 1945–1961, 2 Teilbände, Berlin 1964.
- Die Vormilitärische Ausbildung. Materialien über die Gesellschaft für Sport und Technik. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1952.
- Wegmann, Bernhard: Die Europäische und Atlantische Gemeinschaft in der Ost-West-Spannung, Bonn 1953.
- Weinstein, Adelbert: Armee ohne Pathos. Die deutsche Wiederbewaffnung im Urteil ehemaliger Soldaten, Bonn 1951.
- Wettig, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 bis 1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967.
- derselbe: Politik im Rampenlicht. Aktionsweisen moderner Außenpolitik, Frankfurt/Main 1967.
- Weymar, Paul: Konrad Adenauer, München 1955.
- Wir mahnen die Welt. Jahrbuch des VDH. Hrsg. vom Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e.V., Hannover 1952.
- Zander, Ernst: Die Kampagne gegen die Remilitarisierung in Deutschland, London o. J. [um 1952].
- Wildenmann, Rudolf: Macht und Konsens als Problem der Innen- und Außenpolitik. Köln und Opladen (2. Aufl.) 1967.
- Wolfers, Arnold: Discord and Collaboration. Essays on International Politics, Baltimore 1962.
- Worliczek, Adalbert: Bonn – Moskau. Die Ostpolitik Adenauers, München 1957.
- Zentner, Kurt: Aufstieg aus dem Nichts. Deutschland 1945–1953. Soziographie in zwei Bänden, Köln und Berlin 1954.

7. Bibliographien

(außer allgemeinen Bibliographien, Zeitungs- und Hochschulschriftenverzeichnissen)

- Die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1955. Amtliche amerikanische Publikationen über Deutschland. Zusammengestellt und erläutert von Robert W. Müller. Frankfurt/Main 1956. (= Aktuelle Bibliographien des Europa-Archivs, H. 12.)
- A Basic Bibliographie on Disarmement, Arms Controll and National Security, Washington 1961.

- Bibliographie zur europäischen Integration. Hrsg. vom Bildungswerk Europäische Politik, Düsseldorf 1962.
- Bibliographie zur Zeitgeschichte. Beilage der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1953 ff.
- Bruedigam, Heinz: Der Schoß ist fruchtbar noch . . . Neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1964.
- Bücherschau der Weltkriegsbücherei. Stuttgart 1953 ff. ab 1960: Jahresbibliographie 1960 ff. Bibliothek für Zeitgeschichte. Stuttgart und Frankfurt/Main 1961 ff.
- Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Literatur zur Deutschen Frage, 3. erw. Aufl., Bonn 1962.
- Grosser, Alfred: Die Bonner Demokratie, Düsseldorf 1960. S. 471–514: kritische Bibliographie.
- Guide to Foreign Military Studies 1945–1954. Hrsg. von den US-Headquarters Europe, Karlsruhe 1954.
- Gurland, A. R. L.: Political Science in Western Germany. Thoughts and Writings 1950–1952, Washington 1952.
- Literatur-Verzeichnis der Politischen Wissenschaften 1952 ff. Hrsg. von der Hochschule für Politische Wissenschaften, München 1952 ff.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Das amtliche Schrifttum der Bundesrepublik, 2. Aufl., Bonn 1957.
- Regionale Sicherheitsvereinbarungen 1945–1956. Deutsches und ausländisches Schrifttum, Frankfurt/Main 1957. (= Aktuelle Bibliographien des Europa-Archivs, H. 14.)
- Schrifttum über Deutschland 1918–1965. Ausgewählte Bibliographie zur Politik und Zeitgeschichte. Bearbeitet vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Wiesbaden 1964.
- The Wiener Library. Catalogue Series No. 4, After Hitler. Germany 1945–1963. London 1963.

PERSONENREGISTER¹

- Abendroth, Wolfgang: 118
Achenbach, Ernst: 80, 153
Acheson, Dean: 22, 27, 40, 56, 103
Achminow, Herman: 167
Albertz, Heinrich: 94
Allemann, Fritz René: 8, 95
Alphand, Hervé: 107ff.
Alsop, Joseph: 175
Armstrong, Hamilton Fish: 88
Arndt, Adolf: 55, 163
Aron, Raymond: 9, 31
Asmussen, Hans: 94
Attlee, Clement: 33, 58
Augstein, Rudolf: 46ff., 52, 60, 72, 147f., 150f., 158, 161f.
- Baade, Fritz: 53, 144
Backhaus, Hugo C. siehe Grabert
Barandon, Paul: 123
Baring, Arnulf: 10
Baudissin, Wolf Graf von: 65, 120f.
Bell, George K. A.: 78
Benusson, Maurice: 28
Bérard, Armand: 99, 105, 107, 111, 119f.
Bergstraesser, Arnold: 10
Besson, Waldemar: 22
Béthouart, Antoine: 91
Bevin, Ernest: 27, 29, 57
Billotte, Pierre: 28
Blank, Theodor: 12, 71, 85, 105, 107ff., 117f., 121, 125, 180
Blankenhorn, Herbert: 105
Blücher, Franz: 54f., 60, 65, 93f., 138, 153, 159, 178
Bohn, Helmut: 18, 92, 136, 174
Borch, Herbert von: 72
Borries, Kurt: 151
Bott, Hans: 179
Bourdin, Paul: 175
Bracher, Karl Dietrich: 10f.
Bradford, A. L.: 28, 168, 180
Bradley, Omar: 21
- Braun, Otto: 117
Brentano, Heinrich von: 51, 99, 182
Bruce, David: 107
Buchner, Rudolf: 32
Bürger, G. A.: 167
Büttner, Walter: 49
- Churchill, Winston S.: 32f., 39, 57ff., 85, 115
Clay, Lucius D.: 21, 40, 52
Cornides, Wilhelm: 7, 19f., 46, 110, 114, 122, 129, 132f.
Coudenhove-Kalergi, Richard Graf: 94f.
Couve de Murville, Maurice: 116
Creighton, T. R. M.: 81
Cube, Walter von: 54f., 75
Curtis, Lionel: 90
Czempiel, Ernst-Otto: 9
- Daladier, Edouard: 31, 179
Debré, Michel: 104
Dehler, Thomas: 118, 153
Dethleffsen, Erich: 140, 142, 177
Deuerlein, Ernst: 8, 17
Dibelius, Otto: 80
Dirks, Walter: 88f., 106, 145, 184
Dischler, Ludwig: 100ff.
Dönhoff, Marion Gräfin: 55
Dorls, Fritz: 134, 145
Douglas, William A.: 49
Dresbach, August: 83
Dufhues, Josef Hermann: 80
Duisberg, Claus-Jürgen: 18
Dulles, John Foster: 176
- Eden, Anthony: 58, 152
Edinger, Lewis J.: 45, 61, 92
Ehlers, Hermann: 55, 150
Eichler, Willy: 68
Eisenhower, Dwight D.: 54, 56, 67, 82f., 107
Epting, Karl: 28
Erdmenger, Klaus: 11, 141f.

¹ ausgenommen Adenauer und Schumacher.

- Erler, Fritz: 47, 88, 111
 Etzel, Franz: 118
 Euler, August Martin: 25, 55f., 77, 118, 141, 151

 Faul, Erwin: 50
 Fauvet, Jacques: 28, 116
 Feld, Werner: 8, 10
 Flechtheim, Ossip K.: 40, 44
 Foertsch, Hermann: 65
 Forster, Thomas M.: 18
 Fraenkel, Ernst: 11
 François-Poncet, André: 67, 98
 Frankel, Joseph: 9f.
 Franz, Emil: 94
 Franz, Günther: 28, 32
 Freymond, Jacques: 100ff.
 Friedlaender, Ernst: 87f., 169, 181
 Fuller, J. F. C.: 33

 Gablentz, Otto Heinrich von der: 9f.
 Gaulle, Charles de: 28, 63, 100, 116, 145
 Gerstenmaier, Eugen: 52, 58f., 85, 90f., 93, 127, 147
 Gladisch, Walter: 65
 Goebbels, Joseph: 96
 Göring, Hermann: 96
 Grabert, Herbert: 49, 96f., 116
 Grandval, Gilbert: 102
 Grewe, Wilhelm: 71, 126
 Grosser, Alfred: 8, 32, 92, 167
 Grotewohl, Otto: 135, 154ff., 173
 Gruchmann, Lothar: 22
 Guderian, Heinz: 66, 96f.
 Guiton, Jean R.: 116

 Haaker (NBC-Korrespondent): 39
 Halder, Franz: 51
 Hallstein, Walter: 56, 87, 105, 107f., 111ff., 117, 140, 150
 Hamon, Léo: 32
 Hankey, Robert (Lord): 78
 Hanrieder, Wolfram F.: 8, 11, 103
 Hansen, Gottfried: 79, 85f.
 Hartmann, Rüdiger: 123
 Harwick, Christian: 49
 Hays, George P.: 105
 Hein, Gerd: 135
 Heinemann, Gustav: 39, 45f., 67, 72, 99, 130, 136f., 141, 144, 149, 152f., 158, 164, 169f., 173, 182, 185, 188

 Heinze, Kurt: 118
 Henderson, William Watson: 57
 Hermann, Kurt: 134
 Herriot, Edouard: 31
 Herzfeld, Hans: 83
 Heusinger, Adolf: 65, 82f., 105
 Heuss, Theodor: 19, 179
 Hitler, Adolf: 81, 96f., 100, 143, 155, 159
 Hofer, Walther: 97
 Hoffmann, Johannes: 103
 Hohlfeld, Johannes: 174
 Hoover, Herbert Clark: 56
 Höpker-Aschoff, Hermann: 138
 Horne, Alistair: 80

 Ingram, Kenneth: 152
 Ingram, Robert: 67, 79, 177f.

 Jäckel, Eberhard: 166

 Kaiser, Jakob: 81, 158f., 158, 168, 178
 Katona, George: 121
 Kennan, George F.: 17, 172
 Kennedy, John F.: 22
 Kesselring, Albert: 77
 Kielmansegg, Johann Adolf Graf von: 65, 108f.
 Kiesinger, Kurt Georg: 102, 118, 124, 168
 Kingsbury-Smith, Joseph: 61
 Kirkpatrick, Ivone: 33, 67, 83
 Kleist, Peter: 96
 Kluge, Paul: 95
 Kluth, Hans: 49
 Knauss, Robert: 65, 120f.
 Koenig, Marie-Pierre: 28
 Kögler, Theodor: 131
 Kogon, Eugen: 19, 74f., 89, 115, 121
 König, René: 175
 Kramer, F. A.: 19
 Krone, Heinrich: 163
 Krüger, Horst: 65
 Kruls, H. J.: 56
 Krupp, Alfred: 79
 Kuhn, Hans Wolfgang: 11
 Külz, Helmut: 159

 Lauret, René: 28f., 32, 62
 Legaret, Jean: 28, 115
 Lehmbruch, Gerhard: 9f.
 Lenz, Otto: 19

- Lichterman, Martin: 22
 Liddel Hart, Basil Henry: 78, 81
 Linde, Kurt: 83
 Lindemann, Helmut: 94
 Lloyd, Selwyn: 152
 Löwke, Udo Friedrich: 70, 72, 119, 124, 141, 159
 Luetkens, Gerhard: 72, 92, 94, 185

 MacArthur, Douglas: 53f., 56, 76
 Mackintosh, J. M.: 22
 Maier, Reinhold: 73, 167, 178, 188
 Manstein, Erich von: 76f.
 Manteuffel, Hasso von: 91
 Martin-Dumesnil, E.: 28, 115
 Martin, Laurence W.: 21, 27, 56
 Mauriac, François: 32f.
 Mayer, Ernst: 46
 McCloy, John: 21, 27, 39, 67, 79, 106f.
 Medefind, Heinz: 118
 Mehnert, Klaus: 44, 89, 172
 Meissner, Boris: 18, 23, 147, 173f.
 Meister, Rudolf: 65
 Mende, Erich: 76, 80
 Merkatz, Hans Joachim von: 66, 160, 177
 Merzyn (Oberkirchenrat): 80
 Middelhauve, Friedrich: 80
 Middleton, Drew: 34
 Moch, Jules: 27, 29, 31, 54, 59
 Modelski, George: 11
 Moltke, Helmut Graf von: 90
 Mommsen, Hans: 10
 Monnet, Jean: 107
 Montgomery, Bernard: 21
 Morgenthau, Hans J.: 34, 38, 152
 Morrison, Herbert: 57
 Mühlenfeld, Hans: 143
 Müller, Gebhard: 19
 Müller, Vinzenz: 50, 145
 Müller-Brandenburg, Hermann: 97, 143

 Nerlich, Uwe: 9, 11
 Neumann, Erich Peter: 44, 76, 148
 Neunteufel, Raimund: 140
 Niebuhr, Reinhold: 152
 Niemöller, Martin: 89, 94, 130
 Noack, Ulrich: 128ff., 135, 137, 141, 143f., 158
 Noelle, Elisabeth: 44, 76, 148
 Norden, Albert: 156f.
 Nostiz, Eberhard Graf von: 68

 Oberndörfer, Dieter: 10f.
 Ollenhauer, Erich: 47, 72, 92, 103f., 162, 170, 179
 Oppenheimer, Ludwig Yehuda: 50
 Orlow, N.: 174
 Oschilewski, Walter G.: 45
 Oster, Joachim: 50

 Paget, Reginald T.: 76
 Pechel, Rudolf: 142
 Peck, David W.: 78
 Pfeleiderer, Karl Georg: 63, 68, 74, 95, 172
 Philip, André: 85, 92
 Picht, Georg: 83
 Pieck, Wilhelm: 173
 Pirker, Theo: 100f.
 Pleven, René: 29ff., 98, 125
 Priester, Karl Heinz: 95

 Ramcke, Hermann Bernhard: 77
 Rauschning, Hermann: 91
 Rechenberg, Hans-Albrecht von: 138
 Reimann, Max: 49
 Reiss, Jürgen: 17
 Remer, Ernst: 49f., 96, 116
 Reynaud, Paul: 28
 Richter, Franz (alias: Rößler, Fritz): 134
 Rifflet, R.: 92
 Rische, Friedrich: 112
 Ritter, Gerhard: 10
 Ritter, Waldemar: 64, 141
 Roediger, Conrad: 105
 Roon, Ger van: 90
 Roosevelt, Franklin D.: 17, 22, 55
 Röttiger, Hans: 65
 Rován, Joseph: 93
 Rudel, Hans-Ulrich: 49, 96ff.
 Ruge, Friedrich: 65
 Russell, Bertrand: 151f.

 Salomon, Ernst von: 75
 Schäfer, Hermann: 60, 92, 99, 159, 163
 Schenke, Wolf: 131, 133
 Scheringer, Richard: 50
 Schmid, Carlo: 19, 47, 68, 72f., 86f., 123f., 153f., 162, 170, 179, 181f.
 Schmid, Werner: 142
 Schmidt, Robert: 100
 Schmitt, Carl: 132
 Schmoller, Gustav von: 68

- Scholz, Arno: 45
 Schörner, Ferdinand: 77
 Schoettle, Erwin: 70, 118
 Schulze-Hinrichs, Alfred: 65
 Schuman, Robert: 27, 29, 31, 61, 98,
 101 ff., 107 f., 111
 Schütz, Wilhelm Wolfgang: 55, 114, 128,
 152 f., 182
 Schwarz, Hans Peter: 175
 Schwarz, Urs: 142
 Schwerin, Gerhard Graf von: 38, 65
 Seeckt, Hans von: 145
 Senger und Etterlin, Fridolin von: 65
 Servan-Schreiber, Jean Jacques: 32
 Sethe, Paul: 26, 74, 77, 88, 142, 167,
 171, 179 f., 182 f.
 Shdanow, Andrej: 18
 Siegler, Heinrich von: 18, 85, 155
 Snyder, Richard C.: 9
 Speidel, Hans: 19, 53, 65, 77, 82 ff., 91,
 105, 110
 Speidel, Wilhelm: 79
 Spindler, Gert: 26, 52
 Spinelli, Altiero: 114
 Stalin, Josif: 12, 17, 36, 51, 55, 146 f.,
 166 f., 171 f., 175, 180, 182, 186
 Stein, Harold: 21 f., 27, 56
 Steltzer, Theodor: 90 f.
 Strasser, Otto: 145
 Strauß, Franz Joseph: 47, 103, 163
 Studnitz, Hans Georg von: 63

 Taft, Robert A.: 56
 Tauber, Kurt P.: 50, 133, 135, 145
 Thadden, Adolf von: 116, 134

 Thielicke, Helmut: 78
 Tillmanns, Robert: 47, 162
 Tito, Josip Broz: 125
 Truman, Harry S.: 17, 27, 40, 53 f.,
 56
 Tüngel, Richard: 19, 44, 171
 Twardowski, Fritz von: 41, 53, 65, 83

 Ulbricht, Walter: 174

 Vietinghoff, Heinrich von: 65
 Vogel, Rudolf: 20, 24, 102
 Vogelsang, Thilo: 8
 Volle, Hermann: 18 ff., 54, 110, 114

 Warburg, James P.: 33
 Ward, John G.: 105
 Weber, Alfred: 48
 Wehner, Herbert: 23, 73, 162, 170
 Weinstein, Adelbert: 51, 60, 66
 Wessel, Helene: 136 f., 141, 144, 149,
 158, 163, 165, 170
 Westphal, Siegfried: 91
 Wettig, Gerhard: 7, 20 f., 27 f., 56, 68,
 107, 114, 125, 167, 173
 Weymar, Paul: 24, 40, 58, 168
 Wildenmann, Rudolf: 123, 175
 Wildermuth, Eberhard: 55, 138, 143,
 159
 Wilhelm II.: 143, 180
 Wirsing, Giselher: 171
 Wolfers, Arnold: 11, 122 f.

 Zahn, Peter von: 56
 Ziebur, Gilbert: 11